

Libysche Miliz soll Flüchtlingsboot unter Feuer genommen haben

SPIEGEL ONLINE

13. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 357 words

Highlight: Überlebende des Bootsunglücks, bei dem am Samstag im Mittelmeer mehr als 30 Menschen ums Leben gekommen sind, sollen beschossen worden sein. Laut Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR stammen die Schüsse womöglich von libyschen Milizionären.

Body

Lampedusa - Nach dem erneuten Schiffsunglück, bei dem am Samstag 36 Menschen zwischen Malta und der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa gestorben sind, werden Vorwürfe von den Überlebenden laut. Wie mehrere Flüchtlinge berichten, soll ihr Boot kurz nach der Abfahrt beschossen worden sein.

Das Schlauchboot sei getroffen worden und allmählich voll Wasser gelaufen. Ein Militärschiff sei ihnen zuvor stundenlang gefolgt und habe den Kapitän zur Rückkehr aufgefordert. Nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR wurden die Schüsse möglicherweise von libyschen Milizionären abgefeuert. Der libysche Regierungschef Ali Seidan erklärte, er könne die Berichte nicht bestätigen. Eine Untersuchung laufe.

Seidan forderte indes ein entschlossenes Vorgehen gegen illegale Einwanderer. "Wir sind fest entschlossen, uns mit diesem Problem auseinander zu setzen", sagte Seidan nach einem Treffen mit Maltas Regierungschef Joseph Muscat in Tripolis.

Er habe die EU bereits um Unterstützung gebeten, fügte Seidan hinzu. Neben Ausrüstung und Schulungen wäre auch ein Zugang zu europäischer Satellitentechnik eine "große Hilfe", um die libyschen See- und Landgrenzen besser überwachen zu können.

Am Sonntag sind zudem offenbar erneut Flüchtlingsboote in Seenot geraten. Italienischen Medien zufolge wurden 386 Menschen von italienischen und maltesischen Küstenwachschiffen nach Pozzallo auf Sizilien gebracht. Rund hundert weitere Flüchtlinge wurden nach Valletta auf Malta gebracht.

Am 3. Oktober waren bei einer Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa mehr als 360 Menschen aus Afrika ums Leben gekommen. Nur 155 der geschätzt rund 550 Bootsinsassen konnten gerettet werden. Seit dem Unglück wird in der EU verstärkt über die europäische Flüchtlingspolitik diskutiert.

Auch Italien will die Überwachung im Mittelmeer verstärken. Die Einsatzkräfte von Marine und Luftwaffe in der Straße von Sizilien würden verdreifacht, kündigte Ministerpräsident Enrico Letta an. "Wir sind keine Supermacht - aber wir kontrollieren nicht nur unsere Grenze, sondern die Grenzen von ganz Europa", sagte Muscat.

Libysche Miliz soll Flüchtlingsboot unter Feuer genommen haben

kha/AFP/dpa

Load-Date: October 14, 2013

End of Document

Uno und Irak untersuchen Tod von 52 Iranern

SPIEGEL ONLINE

03. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 369 words

Highlight: 52 iranische Dissidenten waren bei gewaltsamen Auseinandersetzungen in einem irakischen Flüchtlingslager ums Leben gekommen. Der Irak und die Uno haben nun mit Untersuchungen der genauen Todesumstände begonnen. Ein Flüchtlings-Sprecher sprach von einem "Massaker".

Body

Bagdad - Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen in einem irakischen Flüchtlingslager haben der Irak und die Uno Untersuchungen zur Aufklärung eingeleitet. Ein irakischer Behördenvertreter bestätigte unterdessen am Montag die Höhe der Opferzahl. 52 Leichen wurden demnach in dem Lager gefunden.

Der Sprecher einer iranischen Exil-Oppositionsgruppe hatte der irakischen Armee vorgeworfen, ein "Massaker" in dem Lager angerichtet zu haben. Am Montag besuchte eine Untersuchungskommission der Uno das Flüchtlingscamp. Mit weiteren Informationen sei aber nicht vor dem Ende der Woche zu rechnen, sagte eine Sprecherin der Uno-Mission im Irak.

Nach den USA verurteilte auch Frankreich den Gewaltausbruch und forderte eine unabhängige Untersuchung. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International warf den irakischen Behörden vor, in der Vergangenheit Angriffen gegen Lager der Exil-Iraner nicht gründlich untersucht zu haben.

Im vergangenen Jahr wurden sie aus ihrem alten Standort in ein neues Lager umgesiedelt, in die nur einen halben Quadratkilometer große frühere US-Militärbasis Camp Liberty. Im Februar wurden bei einem Granaten- und Raketenangriff auf dieses Camp nahe der irakischen Hauptstadt Bagdad mindestens acht Menschen getötet. In einer Abmachung zwischen dem Irak und der Uno wurde die Aussiedlung von rund 3000 iranischen Flüchtlingen vereinbart.

Seit dem iranisch-irakischen Krieg von 1980 bis 1988 gibt es iranische Flüchtlinge im Irak. Sie wurden vom ehemaligen irakischen Machthaber Saddam Hussein dabei unterstützt, Angriffe auf das Nachbarland vorzubereiten. Nach der Intervention der USA im Jahr 2003 wurden die Mitglieder der Volksmudschaheddin entwaffnet.

Die überwiegend schiitische Regierung des Irak, die nach dem Sturz Saddams die Macht übernahm, ist auf die politische Unterstützung Irans angewiesen und sieht die Anwesenheit der Gruppe kritisch. Die Vereinten Nationen beabsichtigen, den Mitgliedern der Gruppe den Flüchtlingsstatus zuzuerkennen, damit sie ins Ausland gebracht werden können, und sucht derzeit Exilländer für sie. Im Juni nahm Albanien 71 von ihnen auf, Deutschland sagte die Aufnahme von 100 Iranern aus dem Irak zu.

Uno und Irak untersuchen Tod von 52 Iranern

lei/afp

Load-Date: September 18, 2013

End of Document

Wie bei Volksverhetzung ermittelt wird

Spiegel Online

14. November 2012 Mittwoch 10:41 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: RECHTSEXTREMISMUS

Length: 688 words

Byline: Anna Reimann

Highlight: Kurz vor der Aufdeckung der Terrorzelle NSU im vergangenen Jahr erhielt der Berliner Grünen-Politiker Özcan Mutlu eine Hass-Mail mit Drohungen. Ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung wurde eingeleitet. Zu einem Ergebnis sind die Behörden bis heute nicht gekommen - warum nicht?;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextremismus-gruener-mutlu-beklagt-verschleppung-bei-behoerden-a-866911.html>

Body

Berlin - Eigentlich sind viele es schon gewöhnt, Politiker mit ausländischen Wurzeln in Deutschland und andere Migranten, die in der Öffentlichkeit stehen. Sie bekommen öfter hasserfüllte rassistische Post.

Wie der Berliner Grünen-Politiker Özcan Mutlu. Wie er haben auch andere Politiker mit Einwanderergeschichte im September 2009, wenige Tage vor den Bundestagswahlen, Briefe von der NPD bekommen. Den Angeschriebenen wurde verkündet, sie müssten Deutschland verlassen.

Deshalb wäre die Geschichte, um die es hier geht, nur eine unter vielen, wäre nicht im vergangenen Jahr die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle NSU aufgedeckt worden - und danach serienweise Versagen, Vertuschung, Überforderung der Behörden. Akten zum Bereich Rechtsextremismus wurden noch im Jahr 2012 geschreddert, Hinweisen nicht nachgegangen, Verantwortung wurde abgeschoben. Das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden ist erschüttert.

Der Rechtsextremismus ist laut einer neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung auf dem Vormarsch. In Ostdeutschland hat sich die Gruppe mit rechtsextremem Weltbild seit 2006 von 6,6 auf 15,8 Prozent - das ist beinahe jeder sechste Ostdeutsche - mehr als verdoppelt. Und laut der Untersuchung sympathisieren 14- bis 30-Jährige stärker mit rechtsextremen Vorstellungen wie etwa einer rechtsautoritären Diktatur, dem Sozialdarwinismus oder der Verharmlosung des Nationalsozialismus als über 60-Jährige. Das bedeutet: Eine junge Generation rechtsextrem denkender Ostdeutscher wächst heran.

Diese Ergebnisse und die Pannen bei der Aufdeckung der NSU-Morde - man könnte denken, die Behörden bemühen sich nun besonders, das verlorengegangene Vertrauen der Menschen wiederherzustellen. Man könnte meinen, sie setzen nun alles daran, Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund besonders schnell aufzuklären. Der Berliner Grünen-Abgeordnete Mutlu hat dieses Gefühl nicht.

Droh-Mail und wüste Beschimpfung

Anfang Oktober vergangenen Jahres bekam Mutlu eine Mail, verschickt an seine Grünen-Abgeordneten-Adresse. Darin wird der Politiker als *"Heultürke"* beschimpft, als *"türkisches Kanackenschwein"*, als *"dreckige Türkensau"*. Der Absender schreibt weiter: *"Der Tag kommt, an dem werdet ihr für jeden Tropfen deutschen Blutes, der durch Türken und Araber vergossen wurde, mit eurem Blut büßen."*

Mutlu erstattete erst im Januar Anzeige, auch weil ihm die Mail vor dem Hintergrund der Morde, die die NSU in Deutschland über Jahre ungestört begehen konnte, besonders bedrohlich vorkam. Kurz darauf bestätigte das Berliner Landeskriminalamt den Eingang der Strafanzeige. In der Antwort-Mail heißt es: Aufgrund der Inhalte der Mail sei ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und Beleidigung eingeleitet worden. Für Mutlu war diese Reaktion der Behörden neu: "Ich bekomme viele Hass-Mails und Briefe und habe bereits einige zur Anzeige gebracht. Aber das hier ist das erste Mal, dass der Tatbestand der Volksverhetzung anerkannt wurde. Bisher wurden meine Anzeigen immer eingestellt, etwa mit der Begründung, ich sei Person des öffentlichen Lebens."

Zehn Monate später - keine Erkenntnisse

Seit der Mail des Landeskriminalamts haben sich die Behörden nicht mehr bei Mutlu gemeldet - zehn Monate sind vergangen. Eine Nachfrage beim Landeskriminalamt vor Monaten habe ergeben, dass der Fall weiter an die Staatsanwaltschaft gegangen sei, so Mutlu.

Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft sagte spiegel ONLINE auf Nachfrage, die Ermittlungen seien noch am Laufen, es gebe eben einiges an Schriftverkehr. "Da wird noch dran gearbeitet." Auf Nachfrage, ob es denn wenigstens ein Ergebnis gebe, von wo aus die E-Mail geschickt wurde, wollte man sich nicht äußern. Das werde man nicht vor der Presse kundtun. Das wolle man Herrn Mutlu selbst sagen.

Für Mutlu ist das alles unverständlich. "Ein Mail-Absender kann sehr einfach nachverfolgt werden, und wenn im schlimmsten Fall die Mail aus einem Internetcafé gesendet wurde, dann ist das auch ein Ergebnis", sagt er. Bei ihm bleibe das Gefühl, "vor lauter Aktenzerschredderung, Täuschung und Verschleierung kommen die Sicherheitsbehörden nicht dazu, Strafanzeigen wegen Volksverhetzung zu verfolgen".

Load-Date: November 22, 2012

Gauck fordert humanere Flüchtlingspolitik

SPIEGEL ONLINE

04. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / DEFAULT

Length: 454 words

Highlight: Rettungskräfte beschreiben Szenen "wie in einem Horrorfilm": Nach der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa wurden 111 Leichen geborgen, insgesamt könnten mehr als 300 Menschen gestorben sein. Bundespräsident Gauck kritisiert Europas Flüchtlingspolitik als inhuman.

Body

Rom - Bundespräsident Joachim Gauck hat angesichts des Flüchtlingsdramas vor Lampedusa an die Europäische Union appelliert, Flüchtlingen einen besseren Schutz angedeihen zu lassen. Leben zu schützen und Flüchtlingen Gehör zu gewähren, seien wesentliche Grundlagen der Rechts- und Werteordnung, sagte Gauck bei der Verleihung des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland in Berlin.

"Zuflucht Suchende sind Menschen - und die gestrige Tragödie zeigt das - besonders verletzte Menschen. Sie bedürfen des Schutzes. Wegzuschauen und sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbaren Tod, missachtet unsere europäischen Werte", sagte der Bundespräsident laut Redemanuskript.

Nach der Katastrophe auf einem Flüchtlingsboot vor der italienischen Insel werden immer mehr Tote aus dem Mittelmeer geborgen. Die Küstenwache teilte mit, bis zum Morgen hätten Rettungskräfte 111 Leichen aus dem Wasser geholt. "Aber das ist noch keine definitive Bilanz, weil Dutzende weitere Leichen im Wrack des gesunkenen Bootes sind", sagte Innenminister Angelino Alfano dem TV-Sender Canale 5.

"Es ist wie in einem Horrorfilm, da unten ist eine Masse von eingeklemmten Leichen, eine über der anderen im Laderaum", sagte Taucher Rocco Canell der Nachrichtenagentur Ansa. Andere Taucher berichteten, dass sie nahe dem Schiffswrack am Meeresgrund Dutzende weitere Tote gesehen hätten.

Von den insgesamt 450 bis 500 vorwiegend afrikanischen Flüchtlingen, überwiegend aus Somalia und Eritrea, konnten bis Donnerstagabend nur 155 gerettet werden. Deshalb befürchten die Rettungskräfte, dass bei der Tragödie mehr als 300 Menschen gestorben sein könnten. "Wir haben keine Hoffnung mehr, Überlebende zu finden", sagte ein Polizist.

Das Schiff war in der libyschen Hafenstadt Misurata gestartet und am Donnerstag vor der Küste Lampedusas gekentert. Nach Berichten von Überlebenden hatten die Flüchtlinge zuvor ein kleines Feuer an Bord entzündet, um die Küstenwache auf ihr Boot aufmerksam zu machen. Kurz vor der Küste war der Motor ausgefallen. Als das Feuer an Bord außer Kontrolle geriet, brach Panik aus, woraufhin das Schiff kenterte. Das Wrack liegt in 40 Metern Tiefe, rund 550 Meter vor der Küste.

Staatstrauer in Italien

Der mutmaßliche Kapitän, ein 35-jähriger Tunesier, wurde festgenommen. In ganz Italien wurden die Flaggen am Freitag auf Halbmast gesetzt, während in Schulen eine Schweigeminute für die Opfer abgehalten wurde.

Papst Franziskus sprach von einem "Tag der Tränen". Der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano forderte die Abschaffung eines Gesetzes gegen die Begünstigung illegaler Einwanderung, nach dem auch Retter bestraft werden können.

wit/dpa/AFP/Reuters

Load-Date: October 4, 2013

Westerwelle will Flüchtlingsstrom von Europa fernhalten

Spiegel Online

15. Oktober 2012 Montag 10:46 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KRIEG IN SYRIEN

Length: 401 words

Highlight: Deutschland ist laut Außenminister Westerwelle prinzipiell bereit, syrische **Flüchtlinge** zur medizinischen Behandlung aufzunehmen - doch vorrangig sollten die Menschen in den Ländern der Region versorgt werden. Die Türkei hat bereits 100.000 **Flüchtlinge** aufgenommen.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/westerwelle-will-syrien-fluechtlinge-von-europa-fernhalten-a-861293.html>

Body

Luxemburg/Ankara - Rund 300.000 Menschen sind Uno-Schätzungen zufolge bislang vor dem Konflikt in Syrien aus ihrem Land geflohen: Geht es nach Außenminister Guido Westerwelle, dann werden die Menschen vorrangig in den Nachbarländern versorgt - und nicht unbedingt in Europa. "Der klare Schwerpunkt muss sein, die **Flüchtlinge** vor Ort zu versorgen", sagte Westerwelle am Montag in Luxemburg vor einem Treffen der EU-Außenminister. "Diese **Flüchtlinge** wollen ja nicht auf Dauer ihr Land verlassen, sie haben Verwandte, sie haben ihre gesamten persönlichen Beziehungen zu dem Land, und sie wollen möglichst schnell zurück in das Land."

Westerwelle sagte erneut zu, dass Deutschland im Prinzip bereit sei, "Flüchtlinge bei uns aufzunehmen, zum Beispiel zu medizinischen Behandlungen. Und das wird auch geschehen." Ein solches Vorgehen könne es jedoch nur als gemeinsames Vorgehen der EU und in Absprache mit den Vereinten Nationen geben.

Die türkische Regierung macht wegen des Flüchtlingsstroms zunehmend Druck auf Europa. Ankara hat inzwischen 100.000 Flüchtlinge aus dem Nachbarland aufgenommen - und erwartet Unterstützung. EU-Minister Egemen Bagis forderte Europa zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge auf. Europa müsse beginnen, über diejenigen Menschen nachzudenken, "die aus Syrien in die Türkei geflohen sind", sagte Bagis der "Welt". "Es wird Zeit, dass Europa endlich hilft."

Den Grund für die europäische Zurückhaltung sieht der AKP-Politiker in der Schuldenkrise: "Europa befindet sich in einem Zustand eingefrorenen Denkens. Es kommt nicht voran, weil es vollkommen auf die Euro-Krise fixiert ist."

Bei dem Treffen der EU-Außenminister steht der andauernde blutige Konflikt zwischen Aufständischen und der syrischen Regierung um Präsident Baschar al-Assad auf der Tagesordnung.

"Wir sind immer noch in großer Sorge über die jüngsten Zuspitzungen an der syrisch-türkischen Grenze", sagte Westerwelle. Die Spannungen zwischen Syrien und der Türkei hatten sich zuletzt nach mehreren Zwischenfällen an der Grenze verschärft. "Die Gefahr eines Flächenbrandes wächst", warnte Westerwelle. "Und daran kann niemand, auch nicht Russland, ein Interesse haben." Die EU-Außenminister hatten am Sonntagabend mit ihrem

Westerwelle will Flüchtlingsstrom von Europa fernhalten

russischen Kollegen Sergej Lawrow über den Syrien-Konflikt beraten. Russland blockiert bei den Vereinten Nationen ein entschiedenes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft gegen Syrien.

hen/dpa/Reuters

Load-Date: October 15, 2012

End of Document

"Meine Freunde konnten nicht schwimmen"

SPIEGEL ONLINE

06. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / DEFAULT

Length: 804 words

Highlight: Bei einem der schlimmsten Unglücke an Europas Küsten sind vor Lampedusa offenbar mehr als 300 Flüchtlinge ertrunken. Ein Junge aus Eritrea schilderte nun im "Guardian" die schreckliche Geschichte seiner Flucht, die vor anderthalb Jahren begann.

Body

"Mama und Papa, ich will euch sagen", lässt der Teenager seinen Eltern ausrichten: "Da waren Wind und eine hohe Welle, und ich fiel ins Meer, aber sorgt euch nicht, mir geht es gut."

Der Junge aus Eritrea hat eine der schlimmsten Katastrophen Europas überlebt, die Havarie eines Flüchtlingsboots im Mittelmeer, bei der in der Nacht zum Donnerstag vermutlich mehr als 300 afrikanische Flüchtlinge ertranken. Der britischen Zeitung "Guardian" erzählte er nun, was geschehen war.

"Ich kann schwimmen", sagt der Junge, der sich David Villa nennt. "Meine Freunde aber waren nie am Meer." Deshalb habe er als einer von 155 Flüchtlingen überlebt, während seine Freunde ertranken. Seit Frühjahr 2012 seien sie auf der Flucht gewesen. Viele kamen aus Somalia, die meisten aber wohl aus Eritrea, einem armen Unrechtsstaat in Ostafrika, wo Menschen grausamer Willkür des Staates ausgesetzt sind.

Die Ersparnisse der Eltern seien draufgegangen für die zermürende Reise, die die Flüchtlinge durch die Sahara nach Europa führen sollte. Im Lieferwagen sei es so eng gewesen, dass sie kaum atmen konnten, viele hätten geweint oder gehustet, erzählt der Junge. "An dem Tag, als wir anhielten und sie uns losbanden, dachte ich, dass ich sterben würde", sagte er dem "Guardian".

"Die Libyer haben uns wie Sklaven gehalten"

In Libyen seien sie monatelang für Malerarbeiten eingesetzt worden. "Die Libyer haben uns wie Sklaven gehalten." In ihrer Arbeitskleidung hätten sie jede Nacht neben den Maltöpfen schlafen müssen. Sie seien schon glücklich gewesen, nicht in den gefürchteten libyschen Auffanglagern gelandet zu sein, wo Gewalt und Willkür herrschen.

Dann ging es per Schiff weiter. 440 Menschen drängten sich auf dem Holzboot nach Lampedusa. Nach zwei Tagen und Nächten, in denen sie sich bei der Hitze jeweils zu dritt eine Flasche mit fünf Litern Wasser teilen mussten, schien die Rettung nah: Um die Besatzung anderer Schiffe und die Küstenwache auf sich aufmerksam zu machen, hätten einige ihre T-Shirts angezündet und mit den Textilfackeln gewedelt. Dabei geriet das Flüchtlingsschiff in Flammen.

"Meine Freunde konnten nicht schwimmen"

"Wir wussten, es war ein anderes Boot ganz in unserer Nähe", erinnert sich David. "Viele sprangen ins Wasser, aber sie konnten das Boot nicht mehr finden." Fischer haben mittlerweile den Behörden vorgeworfen, mit Rettungsmaßnahmen getrödeln zu haben, womöglich hätten mehr Menschen gerettet werden können.

Neue europäische Flüchtlingspolitik gefordert

Vor der Küste von Lampedusa haben Rettungskräfte am Sonntag weitere zehn Opfer geborgen, bislang sind 121 Todesfälle bestätigt. Die Taucher arbeiten in drei Teams und sind jeweils zwei Stunden im Einsatz. Wegen des schweren Seegangs war die Suche nach Vermissten am Freitag vorübergehend ausgesetzt worden.

Das Unglück hat eine Debatte über die europäische Einwanderungspolitik ausgelöst. Als Konsequenz aus der Bootskatastrophe vor der italienischen Insel Lampedusa fordern führende CDU-Politiker ein Umdenken in der Flüchtlingspolitik. Die stellvertretende Parteivorsitzende Julia Klöckner mahnte in der Zeitung "Welt am Sonntag": "Wir brauchen neue Regelungen."

Nötig sei ein europäischer Flüchtlingsgipfel. CDU-Vize Thomas Strobl sagte demselben Blatt: "Eine neue europäische Flüchtlingspolitik gehört mittelfristig auf die Agenda." Europa dürfe Italien mit dem Problem nicht allein lassen. Jedes Jahr flüchten nach Angaben von Amnesty International viele tausend Menschen über das Mittelmeer; die meisten Ertrunkenen blieben unentdeckt.

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, äußerte, auch die Bundesregierung sei nun in der Pflicht. "Als Konsequenz aus diesem Unglück erwarte ich, dass die EU neben der Grenzsicherung auch Nothilfe für Flüchtlinge zu ihrer Aufgabe macht", ergänzte Oppermann. Amnesty International fordert seit langem besseren Schutz für afrikanische Flüchtlinge.

Davids Traum

Vor der Küste Lampedusas haben am Samstag Fischer der Opfer der Flüchtlingstragödie gedacht. Mit vier Booten fuhren sie aufs Meer an die Stelle, an der das Schiff gesunken war. Dort warfen sie ein Blumengebilde ins Meer mit der Aufschrift: "In Erinnerung an jene, die auf dem Meer starben".

"Die Toten dürfen nicht vergessen werden", sagte Salvatore Martello vom Fischerverband der italienischen Mittelmeerinsel. "Wir müssen ihrer gedenken, denn es waren Menschen, die herkommen und arbeiten wollten, um ein besseres Leben führen zu können." Während der Zeremonie heulten die Schiffssirenen der vier Kutter.

David und die 154 anderen Überlebenden hoffen im Flüchtlingscamp in Lampedusa nun darauf, dass sich ihr Schicksal zum Guten wendet. "Ich würde gerne in die Schweiz", sagt David, "ich würde gerne Krankenpfleger werden."

boj/AFP/Reuters

Load-Date: October 6, 2013

[Wer will schon nach Lolland?;
http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/theater-in-hamburg-hanumans-
reise-nach-lolland-a-939150.html](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/theater-in-hamburg-hanumans-reise-nach-lolland-a-939150.html)

SPIEGEL ONLINE

16. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR / GESELLSCHAFT

Length: 837 words

Byline: Anke Dürr

Highlight: Ein Inder und ein Russe träumen in einem dänischen Lager von Amerika, und zwei estnische Regisseure stellen das in Hamburg auf die Bühne. In "Hanumans Reise nach Lolland" suchen die Menschen ihr Glück und helfen sich mit Rausch, Sex und Konsum über die Runden.

Body

Asylbewerber sind auch nur Menschen. Sie sind spaßsüchtig, notgeil und nie um einen Trick verlegen. Geben ihr mühsam schwarz verdientes oder ergaunertes Geld für Drogen, Alkohol und Nutten aus.

Das ist möglicherweise kein besonders korrekter und sicher nicht der einzig mögliche Blick auf die **Flüchtlinge**, die es trotz aller Abwehrmaßnahmen immer noch in die EU schaffen. Aber ein streckenweise durchaus interessanter, amüsanter und anrührender. "Hanumans Reise nach Lolland" heißt die Theaterproduktion, die diesen respektlosen, ehrlichen und oft komischen Blick auf die **Flüchtlinge** wagt und am Samstag in der Nebenspielstätte des Hamburger Thalia Theaters, dem Thalia in der Gaußstraße, uraufgeführt wurde. Das estnische Regie-Duo Tiit Ojasoo und Ene-Liis Semper vom Theater NO99 hat inszeniert, die Vorlage (als "Schelmenroman" wird sie im Begleittext des Theaters beschrieben) stammt vom russisch-estnischen Autor Andrej Iwanow, und die Geschichte spielt, was aber austauschbar ist, in Dänemark.

Hier treffen der Inder Hanuman und der Russe Sid aufeinander. In einem Auffanglager irgendwo in der Ödnis teilen sie sich ein Zimmer - eine Containerblechwand, zwei schiefe Stahlrohrbetten, ein Röhrenfernseher - und auch ihre Träume. Hanuman wollte unbedingt nach Amerika, inzwischen wäre er auch schon damit zufrieden, es bis auf die Ferieninsel Lolland zu schaffen, "das dänische Ibiza". Sid versucht, in ihm den alten Traum aufrechtzuerhalten: "Du hast nicht das Recht, einzuknicken. Alles hängt davon ab! Deine Hingabe an den Traum gibt mir die Illusion von Sicherheit."

Jenseits der Träume ist aber erstmal eine Menge Zeit totzuschlagen. Sid und Hanuman sind wie alle im Lager zur Tatenlosigkeit verdammt, bis endlich das entscheidende Papier der Behörden eintrifft. Sie verbringen die Tage damit, mit dem Russen Potapow und dem Armenier Mayis endlos über die Wege nach Lolland zu labern, das nach Jauche stinkende Dänemark zu beschimpfen und sich Tricks auszudenken, wie sie an ein Auto, Geld und Frauen rankommen könnten. Die Freiheit, von der sie träumen, ist auch die Konsumfreiheit.

Wer will schon nach Lolland? <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/theater-in-hamburg-hanumans-reise-nach-lolland-a-939150.html>

Das wäre alles ziemlich trist, wenn die Regisseure nicht so ein engagiertes Ensemble hätten. Sebastian Rudolph (als Thalia-"Faust" 2012 Schauspieler des Jahres) mit dunkler Perücke erzählt anfangs von Hanuman in der dritten Person, bevor er sich mit schwarzen Kontaktlinsen und notdürftig aufgetragener brauner Farbe in den Inder verwandelt. Es scheint noch immer der Schauspieler durch - und gerade dadurch rückt die Figur näher an den Zuschauer heran.

Rudolphs Hanuman hat ein extrem hohes Energielevel. Mal marschiert er in dem viel zu kleinen Zimmer auf und ab wie aufgezogen, mal geht er aggressiv auf die anderen los, aber es ist meist die Kraft der Verzweiflung, die ihn treibt.

Das Leben ohne Freunde und ohne Träume ist sehr trist

Rafael Stachowiak als Sid ist sein grüblerischer und ruhigerer Gegenpart. Seine Spezialität ist das bekümmert-erstaunte Schauen, eine Skepsis dem Leben gegenüber, die hier groß und wirkungsvoll von einer Kamera auf die Rückwand geworfen wird.

Achim Buch als leicht asozialer Russe, ein Harter mit weichem Kern, ist virtuos. Und Sven Schelker ist als junger Armenier, der - Verfremdung in doppelter Hinsicht - gelegentlich schwyzerdeutsch spricht, amüsant, aber als dicke Gelegenheitsnutte legt er später richtig los. Birte Schnöink als Potapows Tochter Lisa, eine vom Vater niedergeduckte Göre, hat einen großen Auftritt, als sie immer wieder vom Fahrrad fällt. Beim Legospielen gibt sie Einblick in ihre gestörte Seele.

Nicht alle Szenen sind so gelungen, zwischendurch hat "Hanumans Reise nach Lolland" ganz schöne Längen, was sich umso bemerkbarer macht, als das Ganze zwei Stunden zwanzig ohne Pause dauert. Einmal guckt man einem nepalesischen Koch (wieder Birte Schnöink) dabei zu, wie er ein Hühnchen zubereitet, dann führen Sid und Hanuman sehr ausführlich mit Legofiguren vor der Kamera vor, wie dänische Männer ein kleines schwarzes Mädchen missbrauchen. Szenen, die wirken, als seien sie in der Erschöpfungs-Hysterie am Ende allzu langer Probenstage entstanden.

Woher der alte, offenbar schwule Restaurantbesitzer kommt, für den Sid und Hanuman eine Zeitlang arbeiten, wird auch nicht ganz klar - aber als er stirbt, nehmen sie ihm eine Menge Geld ab. Sie hauen alles auf den Kopf. Das ist, man ahnt es, die große Ekstase vor dem Fall. Danach geht es nur noch bergab. Sid, der vielleicht nie wirklich an Amerika geglaubt hat, spricht es nun aus: "Meiner Meinung nach sind Träume Parasiten des Bewusstseins." Dann lässt er Hanuman allein zurück, und der versinkt in der Depression.

"Hanumans Reise nach Lolland" ist auch die Geschichte einer Freundschaft. Dass das Leben ohne Freunde und ohne Träume sehr trist ist, ist zwar wahr, aber auch ein bisschen banal.

Hanumans Reise nach Lolland. Hamburg, Thalia in der Gaußstraße. Wieder am 21.12., 11.1., 21.1., Tel. 040/32 81 44 44, www.thalia-theater.de

Load-Date: December 16, 2013

Venezuela ärgert USA mit der "Gringo-Petze"

SPIEGEL ONLINE

09. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 896 words

Byline: David Böcking

Highlight: Edward Snowden würde gerne nach Venezuela flüchten. Präsident Maduro positioniert sich mit seinem Asylangebot wie Vorgänger Chávez klar gegen die USA. Im eigenen Land könnte ihm das nützen - obwohl der Whistleblower schon mal abschätzig "Gringo-Petze" genannt wird.

Body

Falls Edward Snowden demnächst tatsächlich am Flughafen von Caracas ankommt, wird er von Hugo Chávez begrüßt. Wie überall in Venezuela ist der vor vier Monaten verstorbene Ex-Präsident auch dort weiterhin omnipräsent. In den Läden gibt es Chávez-Büsten, im Flughafenfernsehen immer wieder Szenen aus dem Leben des "Comandante Supremo". Und selbst auf den digitalen Fluganzeigetafeln ist ein Ausschnitt reserviert, in dem in Dauerschleife der Zoom auf ein berühmtes Chávez-Bild läuft.

Auch Nicolás Maduro dürfte seinen Vorgänger vor Augen gehabt haben, als er dem Whistleblower Snowden am vergangenen Freitag Asyl anbot - worauf der Amerikaner nun eingegangen ist. Schließlich gehörte scharfe Kritik an den USA zu den Markenzeichen von Chávez. Legendar ist ein Auftritt vor den Vereinten Nationen, bei dem Chávez den damaligen US-Präsidenten George W. Bush als Teufel bezeichnete. Daran hat Maduro bereits angeknüpft, als er Barack Obama mit derselben Beschimpfung belegte. Mit dem Asylangebot für Snowden positioniert er sich nun endgültig gegen den mächtigen Nachbarn im Norden.

Selbstverständlich ist das nicht. Denn bei aller kämpferischen Rhetorik sind auch Venezuelas Sozialisten keineswegs unabhängig von den USA. Diese sind weiterhin der wichtigste Abnehmer von venezolanischem Erdöl, der mit Abstand wichtigsten Einnahmequelle des Landes. Und angesichts anhaltender Oppositionsproteste gegen die angeblich manipulierte Wahl von Maduro ist die Regierung umso mehr um Anerkennung im Ausland bemüht.

Deshalb war es im Land eine große Neuigkeit, als sich Außenminister Elías Jaua Anfang Juni mit seinem US-Gegenpart John Kerry traf, um eine Normalisierung der Beziehungen zu besprechen. Das Treffen fand laut amerikanischen Regierungsvertretern auf Wunsch der Venezolaner statt, nur wenige Stunden zuvor hatten sie demonstrativ einen US-Dokumentarfilmer ausreisen lassen, der unter Spionageverdacht festgenommen worden war. Kerry revanchierte sich, indem er Maduro anschließend als Präsidenten bezeichnete - obwohl die USA Oppositionsforderungen nach einer Überprüfung des Wahlergebnisses unterstützen.

Venezuela ärgert USA mit der "Gringo-Petze"

Diese vorsichtige Annäherung wäre spätestens mit einer Annahme von Snowdens Asylantrag Makulatur. Außenpolitisch geht Maduro damit volles Risiko, schließlich haben die USA mit der Zwangslandung des bolivianischen Präsidenten Evo Morales gezeigt, zu welch drastischen Schritten sie im Fall Snowden bereit sind.

Auch in Venezuela wird viel mitgehört

In Venezuela selbst haben die von Snowden enthüllten Bespitzelungspraktiken nur für mäßige Empörung gesorgt. Der Datenschutz ist im Land sehr gering ausgeprägt, bei jedem Einkauf im Supermarkt müssen Venezolaner ihre Ausweisnummer angeben. Die Veröffentlichung heimlich mitgeschnittener Gespräche gehören zudem zum politischen Alltag. So präsentierte die Opposition kürzlich Tonaufnahmen, in denen der regierungstreue TV-Moderator Mario Silva angeblich gegenüber einem Offizier des kubanischen Geheimdienstes von Korruption in der venezolanischen Führungsspitze berichtet.

Regierungskritische Medien beschrieben die US-Schnüffelei zum Teil als Normalität. Spionage sei "eine Praxis so alt wie die Prostitution", schrieb die Zeitung "El Nacional" am Wochenende. "El Nuevo País" bezeichnet Snowden abschätzig als "Gringo-Petze". Oppositionsführer Henrique Capriles Radonski warf Maduro vor, mit dem Asylangebot wolle er nur von den Problemen im eigenen Land ablenken, das mit grassierender Inflation, Lebensmittelknappheit und einer rekordverdächtigen Mordrate kämpft.

Tatsächlich haben die meisten Venezolaner im Alltag andere Sorgen als die NSA-Affäre. Selbst viele frühere Chavisten sprechen Maduro nach kurzer Zeit im Amt die Eignung ab - etwa, weil diesem Chávez nach eigenen Angaben wiederholt als Vogel erschien. Doch durch die erzwungene Landung von Morales hat die Snowden-Affäre eine neue Dimension bekommen. Wenn es um die Unabhängigkeit ihres Landes geht, verstehen auch Oppositionsvertreter keinen Spaß. So prangern sie regelmäßig die angebliche Präsenz kubanischer Führungskräfte im venezolanischen Militär an.

In den Reden Maduros sind die Unabhängigkeit und der venezolanische Befreiungsheld Simón Bolívar ohnehin Dauerthema. Nicht zufällig kündigte der Präsident das Asylangebot an Snowden am vergangenen Freitag an, dem Unabhängigkeitstag des Landes. "Die USA regieren nicht die Welt und uns schon gar nicht", sagte Maduro, als er nun von Snowdens Antrag berichtete.

Gestärkt kann sich der Sozialist dabei von anderen linken Politikern des Kontinents fühlen. Auf einer Sondersitzung des Staatenbündnisses Unasur empörten sich Maduro und Morales vergangene Woche gemeinsam mit ihren Amtskollegen Cristina Kirchner (Argentinien), Rafael Correa (Ecuador) und José Mujica (Uruguay) ausgiebig über die Intervention der USA. Als Maduro das Asylgesuch von Snowden bekanntgab, legte er Wert auf die Feststellung, dass sich auch andere lateinamerikanische Länder als Fluchtpunkt vor dem "Imperium" im Norden angeboten haben. Es handele sich damit um "fast das einzige kollektive humanitäre Asyl, das in der Geschichte gewährt wurde".

Die US-Amerikaner als Gegner, die Einheit von Lateinamerika und die eigene geschichtliche Bedeutung fest im Blick: In diesem Moment erinnerte der oft belächelte Maduro tatsächlich ziemlich an Hugo Chávez.

Load-Date: July 23, 2013

**[45 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/unhcr-bericht-45-millionen-menschen-sind-weltweit-auf-der-flucht-a-940295.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/unhcr-bericht-45-millionen-menschen-sind-weltweit-auf-der-flucht-a-940295.html)**

SPIEGEL ONLINE

20. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 260 words

Highlight: Weltweit gibt es so viele **Flüchtlinge** wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr. Insgesamt sind nach Uno-Angaben derzeit mehr als 45 Millionen Menschen auf der Flucht. Besonders prekär ist die Lage in Syrien, Afghanistan und Somalia.

Body

Genf - Mehr als 45 Millionen Menschen sind derzeit laut Uno-Angaben **Flüchtlinge** in fremden Staaten oder Vertriebene innerhalb des eigenen Heimatlandes. Dies sei die höchste Zahl seit Anfang der neunziger Jahre, heißt es in einem am Freitag in Genf veröffentlichten Bericht des Uno-**Flüchtlingshilfswerks** (UNHCR).

Dabei seien die Flüchtlingsströme im ausgehenden Jahr - vor allem durch die bewaffneten Konflikte in Syrien, Afghanistan und Somalia sowie im Sudan und im Kongo - so groß gewesen wie seit langem nicht mehr. Die Länder, die weltweit die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sind Afghanistans Nachbarstaaten Pakistan und Iran sowie die an Syrien grenzenden Länder Jordanien und Libanon.

Daten aus 120 Ländern

Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2013 seien 5,9 Million Menschen zur Flucht aus ihren Wohnorten gezwungen worden. Im gesamten Jahr 2012 seien es 7,6 Millionen gewesen. Dagegen seien von Januar bis Juni dieses Jahres nur knapp 190.000 Flüchtlinge in ihre Heimatländer zurückgekehrt. Der Bericht stützt sich auf Daten von UNHCR-Büros in 120 Ländern.

Es sei schwer, sich angesichts dieser Zahlen nicht zu fragen, wieso derart viele Menschen zur Flucht getrieben werden, erklärte der Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge, António Guterres. Humanitäre Organisationen leisteten zwar lebensrettende Hilfe, aber sie könnten Kriege nicht verhindern und auch nicht beenden. "Das erfordert politische Anstrengungen und politischen Willen, und darauf müssten sich international weit größere Anstrengungen richten."

syd/dpa

Load-Date: December 26, 2013

45 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht <http://www.spiegel.de/politik/ausland/unhcr-bericht-45-millionen-menschen-sind-weltweit-auf-der-flucht-a-9402....>

End of Document

Snowden offenbar nicht im Flugzeug nach Kuba

SPIEGEL ONLINE

24. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: NETZWELT / NETZPOLITIK

Length: 433 words

Highlight: Rätselraten um den Verbleib von Edward Snowden: Der Platz des Whistleblowers auf dem Flug von Moskau nach Kuba ist leer, laut Airline ist er nicht an Bord. Der ecuadorianische Außenminister Ricardo Patiño präsentierte Snowdens Asylantrag.

Body

Moskau - Der planmäßige Flug von Moskau nach Kuba findet offenbar ohne den Whistleblower Edward Snowden statt. Journalisten an Bord des Flugzeugs berichten, Snowden habe das Flugzeug nicht betreten. Platz 17A sei leer geblieben, meldete Max Seddon von Associated Press über Twitter. Mitarbeiter der Fluglinie Aeroflot am Flughafen Scheremetjewo sagten der "Guardian"-Reporterin Miriam Elder, Snowden sei nicht an Bord.

Der Whistleblower Snowden hatte vor rund zwei Wochen damit begonnen, die Internetüberwachung des US-Geheimdienstes NSA öffentlich zu machen. Er hatte sich zunächst nach Hongkong abgesetzt. Von dort aus soll er mit WikiLeaks-Aktivistin Sarah Harrison nach Russland geflogen sein. Es war spekuliert worden, Snowden könnte über Kuba und Venezuela nach Ecuador fliehen. Die USA wollen ihn vor Gericht stellen.

Der ecuadorianische Außenminister Ricardo Patiño teilte am Montag mit, dass Snowden Antrag auf Asyl in seinem Land gestellt habe. Man stehe im diplomatischen Kontakt mit Russland und habe mitgeteilt, dass man den Asylantrag prüfe. Wo genau sich Snowden derzeit aufhalte, wisse er nicht.

Snowden fürchtet Prozess in den USA

Patiño zitierte aus dem Asylantrag, den Snowden an den ecuadorianischen Präsidenten geschrieben haben soll. Darin soll er dem US-Geheimdienst Verstöße gegen die Verfassung vorwerfen. Wegen seiner Enthüllungen fürchte Snowden, bei einem Strafverfahren in den USA nicht fair behandelt zu werden. In dem Brief soll sich der Whistleblower auf eine Stufe mit dem WikiLeaks-Informanten Bradley Manning stellen.

Außenminister Patiño ist derzeit zu einem Staatsbesuch in Vietnam. Zuvor hatte er in Großbritannien den WikiLeaks-Gründer Julian Assange getroffen. Auch Assange hat Asyl in Ecuador beantragt.

Ob sich Snowden aktuell überhaupt in Moskau befindet, ist unklar. Journalisten vor Ort konnten bisher keine Augenzeugen ausfindig machen. Die russische Nachrichtenagentur Interfax meldete, Snowden habe Russland vermutlich bereits verlassen. Der 30-Jährige sei offenbar an Bord eines anderen Flugzeuges gegangen. Interfax berief sich auf Sicherheitskreise.

Snowden offenbar nicht im Flugzeug nach Kuba

Die US-Regierung hat Snowdens Pass zurückgezogen und die russische Regierung aufgefordert, den Whistleblower auszuliefern. Russland wies dieses Ansinnen zunächst zurück, weil kein internationaler Haftbefehl vorliege. Zuvor war die US-Regierung damit gescheitert, die Regierung von Hongkong zur Auslieferung Snowdens zu bewegen. Die Führung der zu China gehörenden Sonderverwaltungszone berief sich auf formale Mängel und ließ Snowden ausreisen.

ore/ulz

Load-Date: July 23, 2013

End of Document

Dutzende Flüchtlinge ertrinken vor Lampedusa

SPIEGEL ONLINE

03. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 251 words

Highlight: Vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa ist ein Schiff mit Flüchtlingen gesunken. Mindestens 62 der rund 500 Personen am Bord starben. Die Behörden rechnen mit weiteren Toten.

Body

Rom - Mindestens 62 Passagiere eines Flüchtlingsbootes sind im Mittelmeer gestorben. Das teilte ein Sprecher der Gesundheitsbehörde in Palermo mit. Mit etwa 500 Personen an Bord war das Schiff vor der Küste der italienischen Insel Lampedusa gesunken, wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Unter den Toten sollen laut Ansa mehrere Kinder sein.

Das Schiff mit vor allem somalischen Flüchtlingen hatte in der Nähe der kleinen Nachbarinsel Isola dei Conigli Feuer gefangen und war untergegangen. Hunderte Flüchtlinge versuchten sich über Wasser zu halten, während Küstenwache und andere Rettungskräfte ihnen zur Hilfe eilten.

Ein Sprecher der Küstenwache sagte, etwa 160 Personen seien aus dem Wasser gerettet worden; es seien aber noch nicht alle Passagiere in Sicherheit. Man rechne mit weiteren Toten.

Auf Lampedusa stranden jedes Jahr Tausende Afrikaner. In der Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa wagen sie die gefährliche Überfahrt in meist überfüllten und wenig seetüchtigen Booten. Dabei kommen immer wieder zahlreiche Flüchtlinge ums Leben.

Erst am Montag waren 13 Menschen vor der italienischen Küste ertrunken. Ihr Schiff strandete vor Sizilien. Daraufhin versuchten die etwa 200 Flüchtlinge an Bord, zur Küste zu schwimmen.

Von 1999 bis 2012 sind mehr als 200.000 Menschen auf Lampedusa angekommen. Nach Schätzungen kamen in den vergangenen 25 Jahren rund 19.000 Flüchtlinge bei der oft gefährlichen Überfahrt ums Leben.

ulz/AFP/Reuters

Load-Date: October 3, 2013

**[3500 Schüler demonstrieren für Lampedusa-Flüchtlinge;
http://www.spiegel.de/schulspiegel/schueler-demo-fuer-lampedusa-
fluechtlinge-in-hamburg-a-938684.html](http://www.spiegel.de/schulspiegel/schueler-demo-fuer-lampedusa-fluechtlinge-in-hamburg-a-938684.html)**

SPIEGEL ONLINE

12. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SCHULSPIEGEL / DEFAULT

Length: 454 words

Highlight: Mit einem Protestzug am Vormittag haben Hamburger Schüler für das Bleiberecht von Lampedusa-**Flüchtlingen** in der Stadt demonstriert. Die Lehrgewerkschaft befürwortet den "praktischen Politikunterricht", die Schulbehörde will das Schwänzen ahnden.

Body

Etwa 3500 Schüler haben am Donnerstagvormittag für die Rechte von 300 in Hamburg lebenden **Flüchtlingen** demonstriert. Sie trugen Transparente mit Parolen wie "Still loving Bleiberecht" und "Politikunterricht auf der Straße". Auch einige Lehrer unterstützten die Schülerinitiative für die "Lampedusa-Gruppe", einer Gruppe von **Flüchtlingen** aus dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Libyen.

Neben Bleiberecht und Arbeitserlaubnis für alle Flüchtlinge forderten die Schüler auch den Rücktritt von Hamburgs Innensenator Michael Neumann (SPD). "Er hat versagt", sagte Initiatorin Leonie Meliones, 23, dem Norddeutschen Rundfunk. An seinem Verhalten gegenüber der Gruppe "Lampedusa in Hamburg" habe sich gezeigt, wie unmenschlich mit Flüchtlingen in Hamburg umgegangen werde. Neumann wird unter anderem vorgeworfen, für Durchsuchungen der Männer aus Afrika, von denen die meisten über die italienische Insel Lampedusa nach Europa gekommen sind, verantwortlich zu sein.

Die Gruppe von Lampedusa-Flüchtlingen fordert seit Monaten mit Protesten ein Bleiberecht, das ihnen der Hamburger Senat nicht gewähren will. Eine Zeit lang hatte die Hamburger Regierung die Gruppe ignoriert, dann Einzelne anhand umstrittener Kontrollen aufgegriffen und schließlich einen vermeintlichen Kompromiss vorgeschlagen: Die Flüchtlinge sollten sich bei der Ausländerbehörde melden, ihre Aufenthaltsgesuche würden einzeln geprüft, bis zu einer Entscheidung bekämen sie eine Duldung, könnten also legal, jedoch ohne Arbeitserlaubnis, in Deutschland bleiben. Knapp 70 der 300 Flüchtlinge sind der Hamburger Innenbehörde mittlerweile namentlich bekannt. Doch die meisten weigern sich, ihre Identität preiszugeben.

"Unentschuldigtes Fehlen wird entsprechend vermerkt"

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützte die Schüleraktion. Schon vor Beginn der Demonstration hatte die Lehrgewerkschaft die Hamburger Lehrerschaft gebeten, die Schülerinitiative zu unterstützen. "Wir rufen die Schulen dazu auf, den Schulstreik als praktischen Politikunterricht zum Zwecke der

3500 Schüler demonstrieren für Lampedusa-Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/schulspiegel/schueler-demo-fuer-lampedusa-fluechtlinge-in-hamburg-a-938684.html>

politischen Bildung zu verstehen und wohlwollend mit dieser Aktivität umzugehen", sagte GEW-Sprecherin Anja Bensinger-Stolze dem NDR.

Doch der Unterricht fand an den meisten Hamburger Schulen regulär statt, berichtete das "Hamburger Abendblatt". Die Schulbehörde begrüße zwar prinzipiell, dass sich die Schüler mit gesellschaftlich relevanten Themen kritisch auseinandersetzen. "Es gibt aber keinen überzeugenden Grund, weshalb dies in der Unterrichtszeit passieren muss", sagte Behördensprecher Peter Albrecht. "Sollten Schüler am Donnerstag dem Unterricht fernbleiben, gilt dies als unentschuldigtes Fehlen und wird entsprechend vermerkt."

cpa

Load-Date: December 12, 2013

End of Document

Verteidigung fordert Freispruch

Spiegel Online

11. Dezember 2012 Dienstag 7:45 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FALL OURI JALLOW

Length: 261 words

Highlight: Der **Asylbewerber** Ouri Jallow starb bei einem Feuer in einer Polizeizelle. Die Verteidigung des angeklagten Beamten plädiert vor dem Landgericht Magdeburg auf Freispruch - die Staatsanwaltschaft hatte sich für eine Geldstrafe ausgesprochen.; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-ouri-jallow-verteidigung-fordert-freispruch-a-872360.html>

Body

Magdeburg - Im Prozess um den Feuertod des **Asylbewerbers** Ouri Jallow hat die Verteidigung Freispruch für den angeklagten Polizisten gefordert. Die Vertreter der Nebenklage plädierten vor dem Magdeburger Landgericht auf eine Verurteilung wegen Körperverletzung mit Todesfolge und Freiheitsberaubung mit Todesfolge durch Unterlassen. Sie forderten aber kein konkretes Strafmaß.

Die Staatsanwaltschaft hatte bereits vergangene Woche in ihrem Plädoyer eine Geldstrafe von insgesamt 6300 Euro wegen fahrlässiger Tötung durch Unterlassen gefordert. In dem seit fast zwei Jahren andauernden Prozess soll nun am kommenden Donnerstag das Urteil verkündet werden.

Der aus dem westafrikanischen Sierra Leone stammende Asylbewerber Ouri Jallow war am 7. Januar 2005 in einer Dessauer Polizeizelle gestorben. Er soll dort eigenhändig mit einem Feuerzeug eine Matratze entzündet haben, obwohl er gefesselt war. Die Nebenklage, die die Mutter und den Bruder Jallows vertritt, bezweifelt dies. Aus ihrer Sicht könnten auch Dritte das Feuer entzündet haben. Die Staatsanwaltschaft sieht für diese Theorie dagegen keine Hinweise.

Der damalige Dienstgruppenleiter des Polizeireviere Dessau soll auf den Feuersalarm laut Anklage nicht schnell genug reagiert haben. Jallow starb binnen zwei Minuten durch die heißen Rauchgase an einem sogenannten Inhalationshitzeschock.

In einem ersten Verfahren vor dem Landgericht Dessau war der angeklagte Polizist freigesprochen worden. Der Bundesgerichtshof hob den Freispruch später aber wegen erheblicher Lücken in der Beweiskette wieder auf.

wit/AFP/dapd

Load-Date: December 12, 2012

Verteidigung fordert Freispruch

End of Document

Flüchtlinge ertrinken 15 Meter vor Sizilien

SPIEGEL ONLINE

10. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / GESELLSCHAFT

Length: 489 words

Highlight: Vor der Küste von Sizilien sind sechs Flüchtlinge, vermutlich aus Syrien, ertrunken - ihr Boot lief nur 15 Meter vom Strand entfernt auf. Doch die entkräfteten Passagiere schafften es nicht bis ans Ufer.

Body

Catania/Hamburg - Am Samstagmorgen wurden die Leichen von sechs ertrunkenen Flüchtlingen an einem Touristenstrand in der Nähe der sizilianischen Stadt Catania gefunden. "Wir vermuten, dass es sich bei allen um Syrer handelt", sagte ein Sprecher der Hafenbehörde. Laut Medienberichten war ein kleines Fischerboot mit etwa 120 Flüchtlingen an Bord nur etwa 15 Meter vor dem Ufer aufgelaufen. Einige der entkräfteten Passagiere hätten vergeblich versucht, das Ufer zu erreichen.

Bis auf die sechs Ertrunkenen hätten es aber vermutlich alle an Land geschafft, darunter auch mehrere kleine Kinder, sagte der Sprecher. Allerdings suchten Taucher das Meer um das Boot nach weiteren Opfern ab. Wo es in See gestochen war, blieb zunächst offen.

Bei anhaltend gutem Wetter hatten in den vergangenen Wochen vermehrt Flüchtlinge aus Afrika und dem Nahen Osten versucht, die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer zu machen. Weil dies meist in völlig überladenen Booten geschieht, kommt es regelmäßig zu Todesfällen.

In der Nacht zum Mittwoch waren rund hundert Einwanderer aus Syrien vor der Küste von Calabrien gerettet worden. Sie hatten eine zweiwöchige Odyssee hinter sich und waren schließlich auf einem elf Meter langen Boot in Küstennähe ausgesetzt worden, bevor sie von der Küstenwache entdeckt wurden.

Tausende Todesfälle

In der letzten Juliwoche waren 31 Flüchtlinge vor der Küste Libyens ertrunken, nachdem ihr mit insgesamt 53 Menschen besetztes Schlauchboot kenterte. Anfang August ertranken 24 Flüchtlinge vor der türkischen Küste, als sie versuchten, Griechenland zu erreichen.

Im Juli hielt Papst Franziskus einen Gottesdienst auf der italienischen Insel Lampedusa ab, um auf das Elend der dort in Abschiebehäft gehaltenen Flüchtlinge hinzuweisen. Italien bringt Flüchtlinge, die es auf offener See aufgreift, in Lagern auf Lampedusa unter.

Flüchtlinge ertrinken 15 Meter vor Sizilien

Das Mittelmeer gilt als das Gewässer, in dem weltweit die meisten Menschen umkommen - größtenteils Flüchtlinge. Gesicherte Statistiken gibt es nicht, Hilfsorganisationen gehen aber davon aus, dass von mehreren zehntausend Flüchtlingen pro Jahr mehrere tausend die Überfahrt nicht überstehen.

Im Jahr 2011 wurden von Medien mindestens 1500 Totesfälle berichtet. Hilfsorganisationen gehen darüber hinaus von einer hohen Dunkelziffer aus. Nach Berechnung der Nichtregierungsorganisation Fortress Europe kommen an den EU-Außengrenzen jedes Jahr mehr Menschen ums Leben, als an allen anderen Grenzen der Welt.

Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR geht für die Zeit von 1993 bis 2012 von mindestens 17.000 Toten aus. Laut UNHCR haben Flüchtlingsbewegungen 2012 den höchsten Stand seit 1994 erreicht. Hauptursache dafür seien aktuelle Kriege und Konflikte gewesen. Allein 55 Prozent der Flüchtlinge seien aus Afghanistan, Somalia, Irak, Syrien und dem Sudan gekommen. Aktuelle Zahlen für das laufende Jahr liegen noch nicht vor.

pat/AFP

Load-Date: September 6, 2013

End of Document

WikiLeaks will Whistleblower Snowden im Privatjet nach Island bringen

SPIEGEL ONLINE

21. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: NETZWELT / NETZPOLITIK

Length: 339 words

Highlight: NSA-Whistleblower Edward Snowden versteckt sich in Hongkong - ein WikiLeaks-Anhänger hat nun nach eigenen Angaben in China ein Flugzeug gechartert, um ihn nach Island zu bringen. Dort könnte er Asyl beantragen.

Body

Seine Firma hat ihn gefeuert, die Behörden ermitteln gegen ihn: Edward Snowden hat die Internet-Überwachung des US-Geheimdienstes NSA öffentlich gemacht, offenbar Hunderte Dokumente kopiert und sich vorerst nach Hongkong abgesetzt.

Nun bekommt er offenbar Hilfe von WikiLeaks: Ein isländischer Geschäftsmann will sich um den sicheren Transport des Whistleblowers nach Island kümmern. Dem isländischen Fernsehsender Channel2 sagte Olafur Vignir Sigurvinsson, er habe für Snowden einen Privatjet in China gechartert. Sigurvinsson ist Chef der Firma DataCell, die die Spenden für WikiLeaks verwaltet.

Sigurvinsson will Snowden von Hongkong nach Reykjavik bringen, damit dieser dort Asyl beantragen kann. "Alles auf unserer Seite ist bereit, das Flugzeug könnte morgen abheben. Nun warten wir, was die isländische Regierung tun wird", sagte Sigurvinsson. Der Flugzeugcharter für rund 200.000 Euro soll mit Privatspenden finanziert werden, schreibt die Zeitung "News of Iceland".

Die Regierung in Reykjavik sagte am Mittwoch zwar, sie habe informelle Kontakte zu Snowden. Es ist bisher aber nicht sicher, dass die isländische Mitte-Rechts-Regierung dem Whistleblower Zuflucht gewähren will. In einem Interview mit der britischen Zeitung "Guardian" hatte Snowden davon gesprochen, in Island um politisches Asyl bitten zu wollen.

Allerdings ist es für Snowden nur möglich einen Antrag zu stellen, wenn er sich in Island befindet. Zurzeit hält er sich an einem unbekannten Ort in Hongkong auf. Laut Sigurvinsson wird Snowden wahrscheinlich nur mit grünem Licht der Regierung nach Island ausreisen. "Es wäre dumm herzukommen, um dann in die USA ausgeliefert zu werden", sagte der DataCell-Chef. "In dem Fall wäre es besser, er bliebe, wo er ist."

Snowden, der am Freitag 30 Jahre alt wurde, hatte im Mai das geheime Spähprogramm Prism des US-Geheimdienstes NSA enthüllt, mit dem das Internet und der Telefonverkehr umfassend überwacht werden. Der Computerexperte floh anschließend nach Hongkong.

kpg/afp/dpa

WikiLeaks will Whistleblower Snowden im Privatjet nach Island bringen

Load-Date: July 12, 2013

End of Document

Das Ausweichmanöver; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/snowden-soll-von-deutschland-in-moskau-befragt-werden-a-932162.html>

SPIEGEL ONLINE

06. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 780 words

Byline: Severin Weiland

Highlight: Die Regierung verweigert dem Whistleblower Edward Snowden politisches **Asyl** in Deutschland. Stattdessen sollen nun deutsche Behörden mit dem US-Bürger in Moskau Kontakt aufnehmen. Doch eine Befragung in Russland dürfte wenig bringen.

Body

Berlin - Der Bundesinnenminister lehnt es ab. Die Unionsfraktion. Auch der künftige Koalitionspartner SPD, im Sommer noch forsch an der Spitze der Aufklärer, hat jetzt erkennbar damit Probleme: Politisches **Asyl** für den US-Whistleblower Edward Snowden wird es vorerst nicht geben. "Eine Befragung in Deutschland steht im Augenblick nicht zur Debatte", erklärte nach der Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums dessen Vorsitzender Thomas Oppermann. Man wolle, so der SPD-Politiker, "zunächst sehen, ob eine Befragung in Moskau möglich ist".

Es ist eine Variante, die wenig bringen dürfte.

Der Grund ist schlicht: Snowden wird wohl wenig aussagen wollen. So zumindest der Grünen-Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele, der vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium sein Treffen mit Snowden schilderte. Er wiederholte danach vor Journalisten erneut, was ihm der US-Bürger in Moskau erklärt hatte. Snowden wolle nicht in Moskau befragt werden, sondern in Deutschland Asyl oder Aufenthalt bekommen; er sei dann auch bereit, vor einem Untersuchungsausschuss und gegebenenfalls auch gegenüber der Justiz auszusagen.

In Moskau nicht Herr seiner Worte

Ohne spezifisch zu werden, nannte Ströbele "gravierende Gründe", die eine Aussage in Moskau erschweren - auch für die Bundesanwaltschaft, sollte diese Snowden tatsächlich als Zeugen in einem Ermittlungsverfahren befragen wollen. Denn die russische Seite könnte, falls sie eine Befragung überhaupt zulassen würde, ihrerseits für jeden Themenkomplex Bedingungen stellen, so der Grüne.

Im Klartext heißt das: Snowden wäre in Russland gar nicht Herr über seine Auskünfte. Dennoch soll genau das jetzt versucht werden. Einvernehmlich wurde im Parlamentarischen Kontrollgremium festgehalten, deutsche Behörden sollten mit Snowden Kontakt aufnehmen.

Das Ausweichmanöver <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/snowden-soll-von-deutschland-in-moskau-befragt-werden-a-932162.html>

Damit hat die Bundesregierung zumindest eines erreicht - sie spielt auf Zeit in der Asyldebatte.

Eine Aussage Snowdens in Deutschland ist für die jetzige, aber auch für eine künftige Regierung eine Horrervorstellung. Die ohnehin angespannten Beziehungen zu den Amerikanern könnten nach dem mutmaßlichen "Handy-Gate" auf einen neuen Tiefpunkt fallen, so die Befürchtung. Manche, die jetzt politisches Asyl für Snowden verlangten, wüssten gar nicht, welche außenpolitischen Probleme sie damit heraufbeschwören, heißt es mahnend in Regierungskreisen.

Hinzu kämen die innenpolitischen Folgen: Seit Anfang Juli gibt es ein Festnahmeersuchen der US-Seite, das in letzter Konsequenz sogar zu einer Auslieferung Snowdens führen könnte. Die Dinge würden sich also rasch verkomplizieren, käme er ins Land.

Begrenzter Erkenntnisgewinn

Snowden soll nun in Moskau befragt werden - wie, das ist noch unklar. Weil der NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags noch nicht existiert (und vielleicht auch gar eingesetzt wird), verbleiben zeitnah eigentlich nur zwei Möglichkeiten:

Vertreter der deutschen Botschaft versuchen, mit Snowden in Moskau Kontakt aufzunehmen. Oder die Bundesanwaltschaft vernimmt ihn als Zeugen.

Doch auch dazu müsste es erst einmal eine Grundlage geben. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe hat zwar im Zusammenhang mit der US-Abhöraffäre in Deutschland sogenannte Vorermittlungen aufgenommen. Doch ob diese in ein förmliches Ermittlungsverfahren münden - das ist einer der offenen Punkte. Erst wenn das geklärt ist, könnte es zu einer Befragung Snowdens als Zeuge in Moskau kommen - immer unter der Bedingung, die russischen Behörden genehmigten dies. Und selbst dann könnte Moskau Forderungen stellen, zu welchen Punkten Snowden aussagt oder nicht.

Ströbele ist skeptisch, was den Erkenntnisgewinn einer Befragung in der russischen Hauptstadt angeht. Er glaubt, nur in Deutschland könnte Snowden - etwa vor einem Untersuchungsausschuss - wirklich weitere Details über die Arbeit der NSA liefern.

Das aber wird bei CDU/CSU anders gesehen. Wie Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), so lehnen auch die Vizefraktionschefs Günter Krings und Michael Kretschmer politisches Asyl für Snowden ab. Beide stellten am Mittwoch ein Positionspapier vor, mit dem Konsequenzen aus der NSA-Affäre gezogen werden sollen - darunter befindet sich die Forderung nach einer besseren Ausstattung der deutschen Spionageabwehr, nach einem No-Spy-Abkommen mit den USA und zwischen EU-Staaten.

Von Snowden - der in ihrem Papier namentlich nicht erwähnt wird - erwarten sie nicht mehr viel Neues. Kretschmer hat daher Zweifel, was eine Befragung des US-Bürgers bringen würde: "Der Erkenntnisgewinn dürfte begrenzt sein", sagt der CDU-Politiker, "die entscheidenden Informationen, die haben wir."

Load-Date: November 15, 2013

Deutsche Grundschüler sind gut, aber nicht sehr gut

Spiegel Online

11. Dezember 2012 Dienstag 10:31 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: LEISTUNGSVERGLEICH VON 45 STAATEN

Length: 825 words

Highlight: Grundschüler in Deutschland schneiden im internationalen Vergleich gut ab: Beim Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften landen Viertklässler bei den aktuellen Iglu- und Timss-Studien erneut im oberen Drittel - verbessert haben sie sich allerdings nicht.; <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/iglu-und-timss-studie-wie-deutschland-im-grundschultest-abschneidet-a-871993.html>

Body

Hongkong auf Platz eins, Russland, USA, einige europäische Länder, dann kommt Deutschland: Viertklässler hierzulande erreichen beim Lesen, in Mathematik und in den Naturwissenschaften erneut überdurchschnittliche Leistungen. Im internationalen Vergleich landen die Grundschüler im oberen Drittel. Damit liegt Deutschland laut Bildungsforscher Wilfried Bos auf Augenhöhe mit den Niederlanden, Tschechien, Schweden und Italien.

Das geht aus der aktuellen Iglu-Lesestudie und der Timss-Mathematikstudie hervor, die am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde. "Wir haben unsere hohe Position halten können", sagte Bos, der das Institut für Schulentwicklungsforschung der Technischen Universität Dortmund leitet. Bos zufolge habe Deutschland ähnlich gut abgeschnitten wie bei vergleichbaren Studien im Jahr 2001 - obwohl es inzwischen "erschwerte Bedingungen" gebe: 2011 seien sechs Prozent mehr Kinder mit **Migrationshintergrund** in den Schulen gewesen.

Bei der Timss-Untersuchung geht es um Mathematik und Naturwissenschaften, bei der Iglu-Studie um die Lesekompetenzen von Viertklässlern. Die Tests für beide Untersuchungen fanden im Frühsommer 2011 in allen 16 Bundesländern statt. Rund 4.600 Schüler an 200 zufällig ausgewählten Grund- und Förderschulen haben mitgemacht. Die Abkürzungen stehen für Trends in International Mathematics and Science Study und Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung. Außerhalb Deutschlands heißt die Studie PIRLS, Progress in International Reading Literacy Study.

Lesekompetenz schlechter als 2006

An der Iglu-Studie hatten 45 Staaten teilgenommen. Erneut liegen die Schüler aus Hongkong bei Lesen und Textverständnis an der Spitze. Die Schüler sind dort ein gutes halbes Schuljahr weiter als deutsche Zehnjährige. Insgesamt erreichen zwölf Staaten deutlich bessere Testleistungen als Deutschland, darunter Finnland, Dänemark, Irland und England. Die deutschen Kinder liegen aber immer noch deutlich über dem internationalen Mittelwert und dem Durchschnittsergebnis der anderen EU-Staaten.

Deutsche Grundschüler sind gut, aber nicht sehr gut

Vergleicht man die zwei Iglu-Erhebungen aus den Jahren 2001 und 2006 mit der aktuellen aus 2011, zeigt sich: Deutschland konnte die Verbesserung, die sich 2006 im Vergleich zu 2001 eingestellt hatte, im Jahr 2011 nicht fortsetzen. Vielmehr entsprechen die Leistungen von 2011 in etwa dem Leistungsniveau von 2001. Beim Lesen haben sich die Grundschüler im Vergleich zu 2006 verschlechtert. Besonders Sachtexte fallen den Kindern schwer. Nach wie vor erreicht mehr als jedes sechste Grundschulkind in Deutschland ein nicht ausreichendes Kompetenzniveau im Lesen, dieser Anteil hat sich im Vergleich zu 2001 nicht verändert.

Auch in Mathe liegen die deutschen Schüler im oberen Drittel. Ihre Leistungen haben sich im Vergleich zu der Studie von 2007 kaum verändert. 13 Staaten erzielen dabei deutlich bessere Testleistungen als Deutschland, darunter Belgien, Finnland, England, die Niederlande und Dänemark.

Das Bildungssystem ist durchlässiger geworden

Die vorherige Timss-Studie von 2007 hatte ergeben, dass deutsche Grundschüler mit ihren Leistungen in Mathematik und Naturwissenschaften weltweit im vorderen Mittelfeld liegen. Die deutschen Viertklässler kamen auf Rang 12 von 40 Staaten. Auch bei der bis dato jüngsten Iglu-Studie von 2006 wurde deutschen Grundschülern ein Leseverständnis bescheinigt, das über dem Schnitt der EU-Staaten und der OECD-Länder liegt.

Vor wenigen Wochen erst hatte eine Bildungsstudie gezeigt, wie die Leistungen der Grundschüler in den einzelnen Bundesländern sind: Wie so oft dominierten in allen drei getesteten Disziplinen - Lesen, Zuhören, Mathematik - in der Spitzengruppe überwiegend Länder aus dem Süden Deutschlands. Danach folgt im Leistungsranking ein sehr breites Mittelfeld mit marginalen Punktunterschieden. Erhebliche Probleme in allen drei Disziplinen haben dagegen die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg.

Bildungsexperten raten allerdings seit Jahren, nicht ganze Bundesländer miteinander zu vergleichen, sondern besser Regionen mit ähnlichen Wirtschaftsstrukturen und Problemlagen. Also etwa Berlin mit dem Ruhrgebiet wegen der hohen Ausländerquoten unter den Schülern oder ländliche Gebiete im Osten mit denen im Westen wegen Abwanderung und Bevölkerungsrückgang.

Viele Kinder bleiben dauerhaft außen vor

Dass vieles nicht rund läuft an deutschen Schulen, das hatte auch - und erneut - der letzte Bundesbildungsbericht gezeigt. Er dokumentierte zwar, dass es immer mehr Abiturienten und Studenten gibt und das Bildungssystem durchlässiger geworden ist - dass die Bildungschancen also steigen. Aber es zeigte sich auch, dass eine Schicht von 15 bis 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen von diesen Chancen dauerhaft ausgeschlossen bleibt. Sie können nicht richtig lesen oder Texte verstehen, brechen die Schule oder die Lehre ab und nehmen auch nicht an Weiterbildungskursen teil.

Die Probleme der deutschen Schulen beginnen nämlich in der Regel erst mit der 5. Schulklasse.

otr/lgr/dpa/dapd

Load-Date: December 11, 2012

[Ärger wegen NDR-Spottlied; http://www.spiegel.de/kultur/tv/aerger-wegen-ndr-spottlied-auf-hamburg-a-931298.html](http://www.spiegel.de/kultur/tv/aerger-wegen-ndr-spottlied-auf-hamburg-a-931298.html)

SPIEGEL ONLINE

01. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR / TV

Length: 485 words

Highlight: "Wir sind die Stadt, die auf euch kackt": Eine für die NDR-Sendung "Extra 3" umgedichtete Version des HSV-Stadionliedes empört die Politiker der Hansestadt - und auch der Originalsänger Lotto King Karl findet den Song über den Umgang mit den Lampedusa-Flüchtlingen "geschmacklos".

Body

Hamburg - Die NDR-Sendung "Extra 3" ist zwar ausdrücklich als "Satiresendung" angelegt - aber über das Spottlied auf den Umgang mit der Gruppe von rund 300 Lampedusa-Flüchtlingen, das am vergangenen Mittwoch lief, mögen Hamburgs Politiker nicht lachen. Die Persiflage auf die HSV-Hymne "Hamburg, meine Perle" habe "die Grenze des akzeptablen Geschmacks überschritten", sagte Hamburgs CDU-Chef Marcus Weinberg der "Bild"-Zeitung. "'Extra 3' verunglimpft ganz Hamburg und seine Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen", so Weinberg.

Tatsächlich handelt die Spottversion des Hamburg-Songs nicht von den hilfsbereiten Hamburgern, die die zum Teil in einer Kirche im Stadtteil St. Pauli lebenden afrikanischen Flüchtlinge mit Spenden, Obdach und Demonstrationen unterstützen. Im Fokus ist vielmehr die Position des Senats in der "SPD-regierten Stadt", die in deftigen Worten karikiert wird: "Wenn du über Lampedusa kommst, / schicken wir dich gleich nach Hause. / Wenn du aus Ghana kommst, / sagen wir den Bullen Bescheid.", heißt es dort in breitem Norddeutsch.

Dazu laufen Bilder eines giggelnden Bürgermeisters Olaf Scholz, gegengeschnitten mit Aufnahmen der Flüchtlinge in ihren Notunterkünften.

"Keinem Gebührenzahler zu erklären"

Zwischendurch zeigt der Beitrag einen Ausschnitt aus einer Rede von Innensenator Michael Neumann (SPD): "Und damit ist klar, dass die Zukunft dieser Männer eben nicht in Hamburg liegt." Im Refrain heißt es: "Hamburg, meine Perle, du superreiche Stadt. / Gönn euch kein Zuhause', gönn euch kein Leben. / Wir sind die Stadt, die auf euch kackt."

Der CDU-Medienexperte und Bürgerschaftsabgeordnete Andreas Wankum findet laut "Bild"-Zeitung, das sei "keinem Gebührenzahler zu erklären". SPD-Senatssprecher Christoph Holstein reagierte sarkastisch: "Gebührenfinanzierten Humor MUSS man als ehrlicher Gebührenzahler lustig finden. Sonst wäre das Geld ja rausgeschmissen", schrieb er auf Facebook.

Ärger wegen NDR-Spottlied <http://www.spiegel.de/kultur/tv/aerger-wegen-ndr-spottlied-auf-hamburg-a-931298.html>

Der Hamburger Sänger Lotto King Karl, der das Original von "Hamburg, meine Perle" vor jedem Heimspiel des HSV live im Stadion singt, droht den "Extra 3"-Machern gar mit rechtlichen Schritten - er habe seinen Anwalt eingeschaltet, erklärte er gegenüber der "Bild"-Zeitung. "Mich ärgert, dass ich in eine politische Schublade gesteckt werde", so Lotto King Karl. "Das ist geschmacklos. Wir haben diesen Song für die Stadt gemacht, nicht gegen die Stadt." Außerdem hätte der NDR bei ihm und den Co-Autoren nicht um Erlaubnis für die Verwendung des Songs gefragt.

Seit Mitte Oktober entlädt sich die Debatte über das Schicksal der afrikanischen Flüchtlinge, die aus Syrien über Lampedusa nach Hamburg gekommen sind, in fast täglichen Protesten - unter anderem hatten Aktivistinnen der Gruppe Femen die Politik von Bürgermeister Scholz attackiert. Für den Samstag hat ein Bündnis zu einer Großdemonstration in der Hamburger Innenstadt aufgerufen.

Load-Date: November 15, 2013

End of Document

Britische Polizei marschiert vor Ecuadors Botschaft auf

Spiegel Online

16. August 2012 Donnerstag 7:37 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ÄRGER UM JULIAN ASSANGE

Length: 559 words

Highlight: Der Fall Julian Assange sorgt für erhebliche Spannungen zwischen Großbritannien und Ecuador. Der WikiLeaks-Gründer wartet in der Londoner Botschaft des Landes auf eine Entscheidung über seinen **Asylantrag**. Die Polizei hat dort ihre Präsenz massiv verschärft, die Regierung in Quito fürchtet eine Erstürmung des Gebäudes.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/assange-asylantrag-britische-polizei-vor-ecuadors-botschaft-in-london-a-850311.html>

Body

London/Quito - Der Streit über die Zukunft von Julian Assange hat sich zu einem diplomatischen Konflikt ausgewachsen. Die Regierung Ecuadors beschuldigt Großbritannien, mit einem Eindringen in die Botschaft des südamerikanischen Staates in London gedroht zu haben. Dort hält sich der unter Vergewaltigungsverdacht stehende WikiLeaks-Gründer auf und wartet auf eine Entscheidung über seinen **Asylantrag**.

Außenminister Ricardo Patiño sagte am Mittwochabend auf einer Pressekonferenz in Quito, die britische Regierung habe "ausdrücklich und schriftlich" mit der Erstürmung der ecuadorianischen Botschaft gedroht. Ecuador verwahre sich dagegen. "Wir sind keine britische Kolonie", fügte Patiño hinzu.

An diesem Donnerstag will die Regierung in Quito ihre Entscheidung über den Asylantrag von Assange bekanntgeben. Der WikiLeaks-Gründer hält sich seit dem 19. Juni in der Botschaft in London auf, um einer Auslieferung nach Schweden zu entgehen. Dort will ihn die Staatsanwaltschaft zu Vorwürfen befragen, er habe im Sommer 2010 zwei Frauen sexuell belästigt und eine von ihnen vergewaltigt. Assange bestreitet dies.

Das britische Außenministerium teilte am späten Mittwochabend in London mit, es habe Ecuador auf einige "einschlägige Vorschriften unseres Rechts" hingewiesen. Großbritannien sei verpflichtet, Assange an Schweden auszuliefern. Weitere Details wurden in der Erklärung nicht genannt.

Ein britischer Diplomat erläuterte in einer E-Mail an die Nachrichtenagentur AP, der Brief sei keine Drohung, sondern stelle "alle Aspekte des britischen Rechts" klar, "derer sich Ecuador bewusst sein sollte".

Proteste in Quito, Polizeiaufmarsch in London

Der BBC zufolge könnte unter anderem der extraterritoriale Status der Botschaft in London aufgehoben werden, um ein Eindringen von Polizeikräften zu ermöglichen. Nach internationalem Recht werden diplomatische Vertretungen als Territorium der ausländischen Nation betrachtet. Im britischen Konsulargesetz von 1987 gibt es aber eine

Britische Polizei marschiert vor Ecuadors Botschaft auf

Regelung, wonach der diplomatische Status eines Gebäudes aufgehoben werden kann, wenn es nicht mehr ausschließlich als Botschaft oder Konsulat genutzt wird.

In der Nacht zum Donnerstag wurde die Polizeipräsenz vor der ecuadorianischen Botschaft deutlich verstärkt. In Quito haben sich wütende Bürger zur Protesten vor der britischen Botschaft versammelt.

Eine Sprecherin des Außenministeriums in London bekräftigte nach Angaben der Agentur PA, die Regierung halte an der Absicht zur Auslieferung Assanges fest. Allerdings werde mit Ecuador weiterhin "eine gegenseitig annehmbare Lösung" angestrebt.

Assange will die Auslieferung nach Schweden umgehen, weil er fürchtet, von dort in die USA überstellt zu werden. Seine Plattform hatte Tausende Depeschen öffentlich gemacht, die die Rolle der USA in verschiedenen internationalen Konflikten, unter anderem in Afghanistan und im Irak, öffentlich machten.

Ecuador will seine Entscheidung über den Asylantrag laut Außenminister Patiño an diesem Donnerstag um 14 Uhr mitteleuropäischer Zeit bekanntgeben. Medien hatten berichtet, das Land habe bereits beschlossen, Assange Asyl zu gewähren.

Doch selbst dann dürfte es schwierig werden, Assange aus der scharf bewachten Botschaft zu einem Flughafen zu bringen. Britische Stellen hatten stets betont, Assange werde festgenommen, sobald er die ecuadorianische Botschaft verlasse.

siu/dpa/dapd/AFP

Load-Date: August 16, 2012

End of Document

Polizei nimmt Software-Guru McAfee fest

Spiegel Online

6. Dezember 2012 Donnerstag 6:26 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FLUCHT NACH GUATEMALA

Length: 467 words

Highlight: John McAfee wollte in Guatemala Asyl beantragen. Doch nur wenige Stunden nach seiner Ankündigung sitzt der Software-Millionär in Haft: Die Polizei in dem mittelamerikanischen Land hat den 67-Jährigen festgenommen. Er habe gegen das Einwanderungsgesetz verstoßen.; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/john-mcafee-nach-flucht-aus-belize-in-guatemala-festgenommen-a-871251.html>

Body

Guatemala-Stadt - Erst am Mittwoch hatte John McAfee sein wochenlanges Versteckspiel beendet und sich öffentlich vor dem Obersten Gericht in Guatemala-Stadt gezeigt. Er wolle politisches Asyl beantragen, gab McAfee bekannt. Doch nur wenige Stunden später wurde der 67-Jährige festgenommen. "Herr McAfee wurde festgenommen, weil er gegen das Einwanderungsgesetz verstoßen hat", erklärte der Sprecher der guatemaltekenischen Präsidentschaft, Francisco Cuevas, dem spanischsprachigen CNN-Sender. Er werde in Gewahrsam bleiben, bis über eine mögliche Ausweisung in die USA entschieden sei.

Laut CNN komme jedoch auch Belize als mögliches Ziel einer Ausweisung in Betracht, da dies das letzte Land gewesen sei, in dem McAfee sich vor seiner illegalen Einreise nach Guatemala befunden habe. Der exzentrische Computer-Pionier war unter scharfen Sicherheitsmaßnahmen von einem Hotel in der guatemaltekenischen Hauptstadt abgeführt worden.

Seinen Asylantrag hatte McAfee mit der Furcht begründet, ermordet zu werden - schließlich wolle er die von ihm als korrupt bezeichnete Regierung Belizes nicht länger finanziell unterstützen, wie sein guatemaltekenischer Anwalt Telésforo Guerra mitteilte. Der Jurist hatte eigenen Angaben zufolge eine Antwort auf das Asylgesuch innerhalb von acht Tagen erwartet, obwohl das Verfahren bis zu 90 Tage brauchen kann, zitiert ihn der Sender Radio Emisoras Unidas. Gegen McAfee liege keine formelle Anklage vor. Außerdem gebe es auch kein Auslieferungsabkommen zwischen Guatemala und Belize.

Außenminister Harold Caballeros hatte seinerseits erklärt, die Umstände von McAfees Einreise seien ein Faktor bei der Bewertung des Asylantrags. Der Antiviren-Pionier hatte in seinem Internetblog für diesen Donnerstag eine Pressekonferenz angekündigt.

"Absurd und paranoid"

In dem Blog beteuerte McAfee erneut, nichts mit der Tat in San Pedro zu tun gehabt zu haben: Sein Nachbar, der US-Bürger Gregory Faull, war Anfang November erschossen auf seinem Grundstück auf der Insel Ambergris Caye

Polizei nimmt Software-Guru McAfee fest

entdeckt worden. Kurz zuvor hatte er sich über die Hunde und Wachleute auf McAfees Nachbargrundstück beschwert.

McAfee bot Belizes Polizei auf seinem Blog an, sich telefonisch zu dem Vorfall befragen zu lassen. Zudem sei er bereit, den Premier des mittelamerikanischen Landes in einem neutralen Staat zu treffen. Die Regierung Belizes bezeichnete die Äußerungen McAfees nach Medienberichten als absurd und paranoid.

Der US-Programmierer war in den achtziger Jahren mit der nach ihm benannten Antivirus-Software reich geworden. 1999 nutzte er den Börsengang seiner Firma für einen lukrativen Ausstieg und ließ sich im englischsprachigen Belize nieder. Das Land liegt nur eine Flugstunde von Miami entfernt. Die "New York Times" schätzte McAfees Vermögen zu Spitzenzeiten auf 100 Millionen Dollar.

aar/dapd/dpa

Load-Date: December 6, 2012

End of Document

Femen-Ideologe will Asyl im Westen

SPIEGEL ONLINE

24. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: DER SPIEGEL / VORABMELDUNGEN

Length: 202 words

Body

Der Ideologe der ukrainischen Feministinnen-Gruppe Femen ist Ende vergangener Woche aus der Ukraine **geflüchtet**. "Ich entschied mich, in einem westeuropäischen Land **Asyl** zu beantragen", sagte Wiktor Swjazki dem SPIEGEL. Die Angriffe auf seine Person und Femen seien "Racheaktionen des russischen Geheimdienstes". Der russische Präsident Wladimir Putin habe sich über eine Oben-Ohne-Protestaktion gegen ihn bei der diesjährigen Hannover Messe geärgert. Swjazki war in den vergangenen Wochen zweimal brutal zusammengeschlagen worden.

Erstmals äußerte sich Swjazki auch zu den in dem Dokumentarfilm "Die Ukraine ist kein Bordell" erhobenen Vorwürfen, er habe die Feministinnen-Gruppe als Tyrann geführt. Er selbst habe sich diesen Plot zusammen mit der australischen Regisseurin Kitty Green ausgedacht, um "ihren Film spannend zu machen". Die Femen-Gründerinnen hätten sich alle ins Ausland abgesetzt. Swjazki kündigte nun an: "Das neue Femen-Zentrum ist Paris. Von dort aus wird Femen Mädchen aus aller Welt rekrutieren.

Femen ist die Fremdenlegion, die überall zuschlagen kann." In der Ukraine werde man ausländische Frauen zu Aktionen schicken, weil diese durch ihren Pass besser geschützt seien.

Load-Date: September 24, 2013

McAfee ins Krankenhaus eingeliefert

Spiegel Online

7. Dezember 2012 Freitag 7:28 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: GUATEMALA

Length: 335 words

Highlight: John McAfee sitzt in Guatemala in Haft, er kämpft gegen seine Auslieferung nach Belize. Doch die Regierung des lateinamerikanischen Landes hat dem IT-Unternehmer Asyl verweigert. Jetzt wurde der Software-Millionär vorübergehend in ein Krankenhaus gebracht.; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/software-guru-mcafee-in-guatemala-voruebergehend-im-krankenhaus-a-871491.html>

Body

Guatemala-Stadt - Guatemala hat dem Software-Pionier John McAfee Asyl verweigert, Staatschef Otto Pérez wies am Donnerstag einen entsprechenden Antrag des Amerikaners ab. Somit müsste der 67-Jährige nun in seine Wahlheimat Belize ausgeliefert werden. Von dort war McAfee im November vor der Polizei geflohen, nachdem sein Nachbar tot aufgefunden worden war.

Doch nun ist McAfee plötzlich erkrankt, er fiel an seinem Haftort in Ohnmacht und wurde vorübergehend in ein Hospital eingeliefert, wie der Rundfunksender Emisoras Unidas berichtete. McAfee hatte zuvor über Schmerzen in der Brust geklagt. Nach Angaben eines Arztes war offenbar Stress der Grund für McAfees Beschwerden.

McAfees Anwälte erklärten laut Nachrichtenagentur AP, sie würden vor dem Verfassungsgericht von Guatemala nochmals versuchen, McAfees Auslieferung zu verhindern. Ein derartiges Verfahren hätte womöglich zur Folge, dass McAfee noch ein bis zwei Tage in dem Land bleiben könnte.

Am Donnerstag hatte der illegal eingereiste Softwareunternehmer in Guatemala einen Asylantrag gestellt und war kurz darauf festgenommen worden. Laut einem Eintrag in seinem Blog hatte McAfee bei der US-Vertretung eine Überstellung in die USA beantragt, diese habe aber eine Einmischung abgelehnt.

Zuvor hatte McAfee in seinem Blog erneut beteuert, nichts mit der Tat in San Pedro zu tun gehabt zu haben. Der Polizei zufolge gab es keine Hinweise auf ein gewaltsames Eindringen in das Haus von McAfees Nachbarn Gregory Faull, allerdings fehlten ein Mobiltelefon und ein Laptop. Faull soll sich in der Vergangenheit über McAfees aggressives Auftreten beschwert haben.

Der US-Programmierer war in den achtziger Jahren mit der nach ihm benannten Antivirus-Software reich geworden. 1999 nutzte er den Börsengang seiner Firma für einen lukrativen Ausstieg und ließ sich im englischsprachigen Belize nieder. Das Land liegt nur eine Flugstunde von Miami entfernt. Die "New York Times" schätzte McAfees Vermögen zu Spitzenzeiten auf 100 Millionen Dollar.

McAfee ins Krankenhaus eingeliefert

bos/AFP/dpa/AP

Load-Date: December 7, 2012

End of Document

Assange-Vertrauter lanciert Rettungsplan

Spiegel Online

19. August 2012 Sonntag 1:30 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ASYLSTREIT

Length: 475 words

Byline: Ole Reißmann

Highlight: Julian Assange könnte sich doch den Behörden in Schweden stellen, wo ihm sexuelle Übergriffe vorgeworfen werden - das sagte ein Vertrauter der "Sunday Times". Das Land müsse aber garantieren, dass der WikiLeaks-Gründer nicht an die USA ausgeliefert werde.; <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/asylstreit-assange-praesentiert-seinen-fluchtplan-a-850849.html>

Body

Letzter Ausweg Schweden? WikiLeaks-Gründer Julian Assange erwägt offenbar, sich in dem Land den Vorwürfen der Vergewaltigung und sexuellen Nötigung zu stellen. Schweden und Großbritannien müssten aber garantieren, dass Assange nicht an die USA ausgeliefert werde. Das sei die Voraussetzung für weitere Überlegungen, sagte der Journalist und WikiLeaks-Aktivist Kristinn Hrafnsson der britischen "Sunday Times".

Der Vorstoß des Assange-Vertrauen ist der Versuch, doch noch einen Ausweg aus der verfahrenen Situation zu finden. Denn Assange sitzt in der Falle. Er selbst wollte sich am Sonntagnachmittag erstmals seit Monaten öffentlich äußern.

Assange wird wegen der Vorwürfe europaweit per Haftbefehl gesucht. Anfang Dezember 2010 stellte er sich der Polizei in Großbritannien und kam zunächst unter Auflagen gegen Kautions frei. Bis zum Obersten Gericht stritt er gegen seine Auslieferung nach Schweden. Seit dem 19. Juni hält sich Assange in der ecuadorianischen Botschaft in London auf. Damit verstieß er gegen seine Kautionsauflagen und wurde zur Festnahme ausgeschrieben.

Er fürchtet, die USA würden anschließend seine Auslieferung beantragen, um ihn wegen der Veröffentlichung geheimer Diplomatendepeschen zur Rechenschaft zu ziehen. Ecuador gewährte ihm deswegen am Donnerstag politisches Asyl. Sollte er die Botschaft jedoch verlassen, würde er umgehend festgenommen und an Schweden überstellt werden. Dort soll er persönlich zu den Vorwürfen befragt werden.

Großbritannien hatte Ecuador im Vorfeld der Asyl-Entscheidung gedroht, man könne den diplomatischen Status der Botschaft aussetzen, um Assange zu verhaften. Die Drohung hatte international für Aufsehen gesorgt, ehemalige britische Außenminister warnten vor einem solchen Schritt, linksgerichtete südamerikanische Staaten schlugen Alarm.

Assange -Vertrauter lanciert Rettungsplan

Wegen des diplomatischen Gerangels um Assanges Asyl treffen sich am Sonntag die Außenminister mehrere südamerikanischer Staaten, um über eine gemeinsame Haltung zu beraten. Dem Staatenbund Unasur gehören zwölf Länder an. Am Freitag dann treffen sich die Außenminister der Organisation Amerikanischer Staaten in Washington. Zu den 35 Mitgliedstaaten gehören auch die USA und Kanada.

Bisher haben die USA keinen Haftbefehl gegen Julian Assange ausgestellt. Wikileaks-Anhänger sind aber überzeugt davon, dass ein "sealed indictment" existiert, eine geheime Anklage. Hinweise darauf sollen sich in den gehackten E-Mails der US-Sicherheitsfirma Stratfor gefunden haben - das Justizministerium will dazu keine Stellung nehmen.

Der mutmaßliche Informant, der WikiLeaks mit den geheimen Botschaftsdepeschen sowie Akten aus dem Irak- und Afghanistan-Krieg versorgt haben soll, sitzt mehr als zwei Jahren in Haft. Der Soldat Bradley Manning muss sich vor einem Militärtribunal verantworten. Wegen "Unterstützung des Feindes" könnte er für immer hinter Gittern bleiben.

Load-Date: August 19, 2012

End of Document

Ermittler befragten Kontaktmann von Mundlos schon 2006

Spiegel Online

1. März 2013 Freitag 3:00 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FAHNDUNG NACH DEN "CESKA"-KILLERN

Length: 701 words

Byline: Sven Röbel

Highlight: Hätte die rassistische Mordserie des NSU schon vor Jahren geklärt werden können? 2006 ermittelten bayerische Polizisten in der Nürnberger Neonazi-Szene und befragten dabei auch einen alten Bekannten von Uwe Mundlos - doch auf die Spur des Terroristen kamen sie nicht.; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/fahndung-nach-den-ceska-killern-a-886368.html>

Body

Nürnberg/Berlin - Jahrelang hatten die Fahnder ins Leere ermittelt. Mit gewaltigem Aufwand durchleuchteten sie das Umfeld der Opfer, schleusten verdeckte Ermittler ein und betrieben, als Gastwirte getarnt, zeitweise sogar eine eigene Imbiss-Bude, in der Hoffnung, so an Informationen über vermeintliche Schutzgelderpresser zu kommen. Doch auf die Idee, dass es sich bei den "Ceska"-Mördern, die seit September 2000 neun Migranten erschossen hatten, um Rechtsextremisten handeln könne, kamen sie erst spät - zu spät.

Zur Abklärung der sogenannten "Spur Nr. 195" machte sich 2006 ein Beamter der Soko "Bosporus" auf, um in der Neonazi-Szene von Nürnberg, wo sich drei der Morde ereignet hatten, nach Hinweisen zu den Serienkillern zu suchen. Insgesamt neun Rechtsextremisten befragte der Kriminalhauptkommissar - und sprach am 6. Dezember auch mit Mike T., einem einstmals stadtbekannten Skinhead. T. stammte aus Jena in Thüringen und war Mitte der neunziger Jahre zu einer großen Nummer im rechtsextremen Milieu Nürnbergs aufgestiegen, bevor er in die Drogenkriminalität abrutschte.

"T. wurde wegen seiner Insiderkenntnisse zur rechten Szene" aufgesucht, notierte der Kripo-Beamte in einem Vermerk, und "dazu befragt, ob er etwas über die Mordserie sagen kann". Ergebnis: "Auf den Punkt gebracht kann sich T. nicht vorstellen, dass ein Skin oder Angehöriger der ihm noch bekannten rechten Szene in Nürnberg etwas mit der Mordserie zu tun haben könnte", schrieb der Kriminalhauptkommissar.

Treffen in der "Tiroler Höhe"

Was der Beamte damals offenbar nicht wusste: Mike T. war ein alter Bekannter des NSU-Mörders Uwe Mundlos. Laut einem Vermerk des Bundeskriminalamts vom 14. Mai 2012 findet sich T.'s Name auf einer der von Mundlos erstellen Telefon- und Adresslisten, die nach der Flucht des Terroristen in einer Garage in Jena gefunden aber über Jahre nie richtig ausgewertet wurden.

Ermittler befragten Kontaktmann von Mundlos schon 2006

Hätten die bayerischen Fahnder 2006 die Telefonlisten gekannt, hätten sie Mundlos und seinen Komplizen Uwe Bönnhardt und Beate Zschäpe womöglich auf die Spur kommen können: Die Verbindung der jahrelang steckbrieflich gesuchten, rechtsextremen Bombenbauer nach Nürnberg jedenfalls hätte die Staatsschützer alarmieren müssen. Unter anderem hatte Mundlos die Telefonnummer der Gaststätte "Tiroler Höhe" notiert, die einstmals als einschlägiger Treffpunkt der rechten Szene gedient hatte und sich nur wenige Kilometer von den Tatorten der Nürnberger Morde befand.

In der Nähe der "Tiroler Höhe" war Mundlos im Februar 1995 auch von der Polizei kontrolliert worden, nach einer Neonazi-Feier, die offenbar von Mike T. organisiert worden war.

Verhör ohne Ergebnis

Der wurde - nach dem Aufliegen des NSU - im vergangenen April dann noch einmal vom Staatsschutz als Zeuge befragt, diesmal auch konkret zu Mundlos. T. gab an, Uwe "persönlich aus Jena" zu kennen. Mundlos sei "damals Fußballanhänger vom FC Zeiss Jena" gewesen und habe im Stadtteil Lobeda gewohnt. Kontakt zu ihm hatte T. aber offenbar bereits seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr.

Auch an das Gespräch mit dem Bayerischen Staatsschutzbeamten im Dezember 2006 konnte sich T. in der Vernehmung erinnern: Dem Kripo-Mann habe er damals vieles aus seiner Vergangenheit erzählt; zudem, so behauptet T., habe ihm der Hauptkommissar seinerzeit "200.000 Euro" angeboten, für Informationen zu der Mordserie. T. aber, der Ende der neunziger Jahre aus der Neonazi-Szene ausgestiegen war, habe der Polizei nichts dazu sagen können.

Ein knappes Jahr nach der damaligen Befragung legten die Nürnberger Fahnder ihre Neonazi-Spur zu den Akten. Am 11. November 2007 verfasste der Staatsschutzbeamte einen Abschlussvermerk: Im Ergebnis sei "festzuhalten, dass bei keiner der angesprochenen Personen ein Bezug zur Mordserie hergestellt werden konnte".

Innerhalb der rechten Szene herrsche die Meinung vor, "dass sich die Opfer wohl selber im kriminellen Milieu bewegt haben dürften und einer Vergeltungs-/Rachetat zum Opfer gefallen sein könnten". Nach Ansicht der befragten Rechtsextremisten liege keine "fremdenfeindlich motivierte Straftat" vor, da "die Mordopfer für ihren Unterhalt selber sorgten und aufgrund ihrer Berufstätigkeit den deutschen Staat (Steuerzahler) nicht ausnützten".

Load-Date: March 1, 2013

Dutzende Flüchtlinge ertrinken vor Lampedusa

SPIEGEL ONLINE

03. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 251 words

Highlight: Vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa ist ein Schiff mit Flüchtlingen gesunken. Mindestens 62 der rund 500 Personen am Bord starben. Die Behörden rechnen mit weiteren Toten.

Body

Rom - Mindestens 62 Passagiere eines Flüchtlingsbootes sind im Mittelmeer gestorben. Das teilte ein Sprecher der Gesundheitsbehörde in Palermo mit. Mit etwa 500 Personen an Bord war das Schiff vor der Küste der italienischen Insel Lampedusa gesunken, wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Unter den Toten sollen laut Ansa mehrere Kinder sein.

Das Schiff mit vor allem somalischen Flüchtlingen hatte in der Nähe der kleinen Nachbarinsel Isola dei Conigli Feuer gefangen und war untergegangen. Hunderte Flüchtlinge versuchten sich über Wasser zu halten, während Küstenwache und andere Rettungskräfte ihnen zur Hilfe eilten.

Ein Sprecher der Küstenwache sagte, etwa 160 Personen seien aus dem Wasser gerettet worden; es seien aber noch nicht alle Passagiere in Sicherheit. Man rechne mit weiteren Toten.

Auf Lampedusa stranden jedes Jahr Tausende Afrikaner. In der Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa wagen sie die gefährliche Überfahrt in meist überfüllten und wenig seetüchtigen Booten. Dabei kommen immer wieder zahlreiche Flüchtlinge ums Leben.

Erst am Montag waren 13 Menschen vor der italienischen Küste ertrunken. Ihr Schiff strandete vor Sizilien. Daraufhin versuchten die etwa 200 Flüchtlinge an Bord, zur Küste zu schwimmen.

Von 1999 bis 2012 sind mehr als 200.000 Menschen auf Lampedusa angekommen. Nach Schätzungen kamen in den vergangenen 25 Jahren rund 19.000 Flüchtlinge bei der oft gefährlichen Überfahrt ums Leben.

ulz/AFP/Reuters

Load-Date: October 3, 2013

Das Do-it-Yourself-Flüchtlingslager

Spiegel Online

9. Oktober 2012 Dienstag 9:47 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SYRER IM LIBANON

Length: 836 words

Byline: Raniah Salloum

Highlight: Im Libanon gibt es keine Lager für syrische **Flüchtlinge**. Also helfen sie sich selbst. Im Bekaa-Tal haben mehr als hundert Familien einen Acker gemietet und Notunterkünfte gebaut. Mit Spenden und Uno-Hilfe kommen sie über die Runden - doch nun naht der Winter.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrer-im-libanon-fluechtlinge-bauen-sich-ihr-eigenes-lager-a-857722.html>

Body

Wenn der Syrer Abu Mohammed Besuch bekommt, werden schnell alle Möbel zusammengetragen, die es in seinem **Flüchtlingslager** gibt: drei grüne Plastikstühle, ein abgewetzter roter Sessel und ein umgedrehter Eimer als Tisch. Abu Mohammed nimmt dann auf dem Sessel Platz und erklärt, wie sein **Flüchtlingslager** funktioniert. Der Mittvierziger mit dickem Bauch und Schnauzbart ist Gründervater und Bürgermeister in einem.

Anders als in der Türkei, Jordanien oder dem irakischen Kurdistan gibt es im Libanon keine **Flüchtlingslager** für Syrer. Mehrere Parteien der libanesischen Koalitionsregierung sind mit Baschar al-Assad verbündet. Sie wollen die Aufstände in Syrien lieber ausblenden. Syrische **Flüchtlinge** im Libanon müssen sich Wohnungen oder Häuser mieten, die mit der steigenden Nachfrage immer teurer werden. Im Bekaa-Tal nahe der syrischen Grenze kostet eine Einzimmerwohnung inzwischen 400 Dollar oder mehr im Monat - unbezahlbar für viele **Flüchtlinge**. "Da habe ich mir gesagt, wir bauen uns unser eigenes Lager", sagt Abu Mohammed.

Der Mann kennt sich im libanesischen Bekaa-Tal gut aus. Vor dem Bürgerkrieg in Syrien war er Taxifahrer. Immer wieder fuhr er syrische und libanesische Händler zwischen seiner Heimatstadt Homs und dem Bekaa-Tal hin- und her. Aus dieser Zeit hat er einige libanesische Bekannte, darunter einen Landwirt. Der erklärte sich bereit, Abu Mohammed einen Acker zu vermieten, um darauf ein Flüchtlingslager zu errichten. Zusammen mit einem Dutzend anderer Flüchtlingsfamilien, die Abu Mohammed aus Homs kannte, machte er sich an die Arbeit.

Sein selbstgebautes Haus wird von einem Skelett aus Holzpfosten aufrechtgehalten. Um die Pfosten hat er als Wände Plastikplanen und den Stoff von Kaffee- und Zementsäcken gespannt. Als Dach dienen Pressholzplatten.

"Das Holz haben wir gekauft", sagt Abu Mohammed. Alles andere habe man von Libanesen aus dem Nachbardorf geschenkt oder im Gegenzug für ein paar Stunden Hilfe im Haushalt bekommen: den Sessel, die drei Stühle, fünf Satellitenschüsseln und 30 Kühlschränke. Viele der Flüchtlingshäuser haben sogar ein gegossenes Zementfundament als Boden - die Spende eines Syrers, der schon seit Jahren im libanesischen Nachbardorf lebt.

100 Dollar im Monat für Miete, Wasser und Strom

Jede Flüchtlingsfamilie bezahlt dem libanesischen Landwirt 100 Dollar im Monat für Miete, Strom und Wasser. Die Syrer haben Stromkabel verlegt, die am Anschluss des Vermieters hängen und zapfen die natürliche Wasserquelle auf dem Grundstück an.

In den vergangenen drei Monaten ist das Lager auf 110 solcher Häuser angewachsen, 110 syrische Flüchtlingsfamilien - rund 700 Personen. Sie alle kommen aus Homs und haben über Bekannte von dem Lager erfahren. "Inzwischen bekommen wir einen Anruf, wenn wieder jemand die Grenze überquert hat und zu uns will", sagt Abu Mohammed.

Leicht ist die Ausreise nicht. Abu Mohammed hat für die rund 25 Kilometer zwischen Homs und der libanesischen Grenze drei Tage gebraucht. Syrische Aktivisten schmuggelten ihn und seine Familie in zehn verschiedenen Autos vorbei an den Straßensperren der Assad-Milizen. "Für jeden, der Homs, Aleppo oder Idlib im Ausweis als Herkunft stehen hat, sind die Checkpoints des Regimes sehr gefährlich", erklärt Abu Mohammed. "Man hält uns automatisch alle für 'Terroristen'. Es wurden schon viele an Checkpoints verhaftet oder erschossen." Von den 110 Flüchtlingsfamilien im Lager haben 40 Angehörige in Syrien verloren.

Angst vor Hisbollah-Angriffen

Das selbstgebaute Flüchtlingslager ist inzwischen offiziell beim Uno-Flüchtlingswerk UNHCR registriert. "Wir bekommen von der Uno 30 Dollar im Monat pro Person als Zuschuss zur Miete und zum Essen, das wir im Nachbardorf kaufen", sagt Abu Mohammed.

Den Rest verdienen sich die Flüchtlingsfamilien dazu. Die Kinder und die Frauen helfen jeden Tag auf den Feldern der libanesischen Bauern bei der Ernte. Die Männer arbeiten als Tagelöhner auf dem Bau, als Maler oder ebenfalls in der Landwirtschaft. Zehn bis 15 Dollar Lohn kommen so pro Person pro Tag zusammen. "Wir kommen über die Runden", sagt Abu Mohammed.

Ganz sicher fühlt sich Abu Mohammed jedoch im libanesischen Bekaa-Tal nicht. Nicht alle Libanesen hält er für so hilfsbereit wie die direkten Nachbarn. Das Bekaa-Tal gilt als Hochburg der libanesischen Hisbollah, die mit Baschar al-Assad verbündet ist. "Wir haben Angst, dass wir irgendwann nachts angegriffen werden", sagt Abu Mohammed. Bloß nicht auffallen, ist daher seine Devise. Keine einzige syrische Rebellen-Flagge weht über dem Lager. Es ist auf den ersten Blick nicht von den notdürftigen Unterkünften zu unterscheiden, die syrische Saisonarbeiter jedes Jahr im Sommer im Bekaa-Tal bevölkern, wenn sie dort die Ernte einbringen.

Sorge bereitet Abu Mohammed auch der nahende Winter. "Ich weiß noch nicht genau, was wir machen, wenn es kalt wird. Vielleicht können wir unsere Häuser besser isolieren und Gas-Öfen bauen." Bisher habe man keinerlei Vorkehrungen getroffen. "Noch hoffen wir, dass wir bis dahin wieder nach Syrien zurückkehren können."

Load-Date: October 9, 2012

Snowden beantragt Asyl in Ecuador

SPIEGEL ONLINE

23. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 441 words

Highlight: Wohin will Edward Snowden vor den US-Fahndern flüchten? Der US-Whistleblower hat jetzt in Ecuador Asyl beantragt - das gab der Außenminister des südamerikanischen Landes bekannt. Derzeit hält sich der Informant auf einem Moskauer Flughafen auf, wo ihn der Botschafter Ecuadors sprechen will.

Body

Hamburg - Der von den USA gesuchte Geheimdienstspezialist Edward Snowden hat Asyl in Ecuador beantragt. Das teilte der ecuadorianische Außenminister Ricardo Patiño am Sonntag auf Twitter mit.

Snowden arbeitete früher für den US-Abhördienst NSA. Er enthüllte die Spähprogramme Prism (USA) und Tempora (Großbritannien), mit denen die Geheimdienste beider Nationen das Internet in massivem Umfang überwachen.

Snowden suchte zunächst in Hongkong Schutz vor der Verfolgung durch US-Behörden. Am Freitag beschuldigte die US-Justiz den Whistleblower jedoch offiziell der Spionage und beantragte seine Auslieferung. Snowden verließ daher Hongkong und flog nach Moskau.

Hongkongs Behörden ließen den 30-Jährigen auf legalem Weg ausreisen. Der US-Antrag sei fehlerhaft gewesen, hieß es, es habe keinen Grund für eine Festnahme gegeben. Begleitet wurde Snowden offenbar von Diplomaten und juristischen Beratern von WikiLeaks. Das teilte zumindest die Enthüllungsplattform mit.

Ecuadors Botschafter in Moskau gab bekannt, er wolle sich noch am Abend mit Snowden treffen. Zunächst war spekuliert worden, Snowden wolle über Kuba nach Venezuela reisen. Auch Island galt als mögliches Ziel.

Von Ecuador hatte bereits WikiLeaks-Gründer Julian Assange Asyl gewährt bekommen. Weil er in Schweden wegen einer mutmaßlichen Sexualstraftat vernommen werden soll, flüchtete er in die ecuadorianische Botschaft in London. Dort sitzt er seit einem Jahr fest, die britische Regierung lässt ihn nicht ausreisen.

Empörung in China

Unterdessen schaltete sich auch China in die Debatte um die Abhörmaßnahmen der USA ein. Die Hongkonger "South China Morning Post" hatte unter Berufung auf Snowden berichtet, die NSA zapfe auch chinesische Mobilfunkanbieter an und habe schon Daten von Millionen SMS gesammelt. Die jüngsten Berichte bewiesen erneut, dass China Opfer von Cyber-Attacken der USA sei, sagte eine Sprecherin des Außenministeriums. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua brandmarkte die USA gar als "größten Schurken unserer Zeit".

Snowden beantragt Asyl in Ecuador

Die Zwischenstation Snowdens in Moskau wiederum könnte das Verhältnis zwischen Russland und den USA belasten. Der einflussreiche demokratische Senator Chuck Schumer drohte, dies werde "ernste Konsequenzen" für die russisch-amerikanischen Beziehungen haben. Russlands Präsident Wladimir Putin müsse von der Aktion gewusst haben, sagte Schumer dem TV-Sender CNN. Es scheine, als wolle "Russland den USA Knüppel zwischen die Beine werfen".

Das US-Justizministerium teilte mit, man werde mit möglichen Ländern, in die Snowden einreisen wolle, das Gespräch suchen.

hut/dpa/Reuters

Load-Date: July 23, 2013

End of Document

Deutschland vergrault Fachkräfte

Spiegel Online

20. April 2012 Freitag 8:55 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: STUDIE

Length: 804 words

Byline: Heike Sonnberger

Highlight: Deutschland scheitert daran, internationale Absolventen als Fachkräfte im Land zu halten, belegt eine neue Studie. Die Autoren kritisieren: Mindestens drei von vier ausländischen Hochqualifizierten wollen nach dem Studium gerne bleiben, wissen aber oft nicht wie.;

<http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/0,1518,828593,00.html>

Body

Mindestens drei von vier Doktoranden und Master-Studenten aus Nicht-EU-Staaten, die in Deutschland studieren, würden nach ihrem Abschluss gern hier leben und arbeiten. Umsetzen kann diesen Wunsch jedoch nur etwa ein Viertel. Das zeigt eine Studie des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und **Migration** (SVR), die am Donnerstag vorgestellt wurde.

Für die Studie "Mobile Talente?" füllten mehr als 6200 internationale Studenten an Universitäten in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien und Schweden online einen Fragebogen aus. Dabei kam heraus: Auch in den anderen Ländern möchten die meisten jungen Akademiker aus nichteuropäischen Staaten vorerst in ihrem Studienland bleiben - doch vergleichsweise wenige tun es tatsächlich, wie Zahlen der OECD deutlich machen. Demnach liegt die Verbleiberate im OECD-Durchschnitt bei rund 25 Prozent. In Deutschland liegt der Wert etwas höher, in Frankreich sogar über der 30-Prozent-Marke.

"Die Untersuchung zeigt deutlich, dass keines der fünf Länder die Potentiale der internationalen Studierenden ausschöpft", sagte die Direktorin des SVR-Forschungsbereichs, Gunilla Fincke, über die aktuelle Studie. Dabei gehe es um hoch qualifizierte potentielle Zuwanderer: jung, gut ausgebildet und mit Land und Leuten bereits vertraut. Ein großes Problem sei, dass Studenten nicht gut über die rechtlichen Regelungen für den Übergang auf den Arbeitsmarkt informiert seien.

Für die Studie wurden nur Master-Studenten und Doktoranden befragt. Die wichtigsten Ergebnisse:

In Deutschland ist die Zahl der Bleibewilligen am höchsten: Fast 80 Prozent der angehenden Master-Absolventen und 67 Prozent der Doktoranden möchten vorerst nicht in ihre Heimatländer zurück. Am anderen Ende der Skala findet sich Großbritannien mit gut 50 Prozent. Studenten der Ingenieur- und Naturwissenschaften wollen häufiger bleiben als Sozial- und Geisteswissenschaftler. "In Berufen, in denen mehr kulturspezifisches Wissen und Sprachkenntnisse erforderlich sind, ist ein Verbleib in einem anderen Land also schwerer vorstellbar als in

Deutschland vergault Fachkräfte

technischen Berufen." In den Niederlanden haben die Befragten am stärksten das Gefühl, auch nach dem Studium gerngesehene Zuwanderer zu sein. Fast jeder zweite internationale Student gab dort an, sich willkommen zu fühlen, nach dem Abschluss zu bleiben und Arbeit zu suchen. Die wenigsten stimmten dieser Aussage in Frankreich zu, in Deutschland war es gut jeder Dritte. Beim Thema Diskriminierung schnitten Deutschland und Frankreich am schlechtesten ab: Knapp 40 Prozent sagten, sie seien mit Vorurteilen und Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft konfrontiert worden. Nur wenige Befragte - zwischen 5,3 Prozent in Großbritannien und 12,5 Prozent in Deutschland - können sich vorstellen, länger als fünf Jahre in ihrem Studienland zu bleiben. Viele gaben an, ein bis zwei Jahren bleiben zu wollen. "Die verbreitete Annahme, dass internationale Studierende von vornherein ein Sprungbrett zur dauerhaften Einwanderung in ein hoch entwickeltes Land suchen, erweist sich damit als falsch." Ihren Wunsch, in der EU zu bleiben, begründeten die Studenten am häufigsten mit internationaler Berufserfahrung und den guten Job-Aussichten, Familie oder Freunde spielten seltener eine Rolle. "In meinem Heimatland gibt es viele deutsche Unternehmen", zitiert die Studie einen 32-jährigen angehenden Ingenieur aus Thailand. "Wenn ich schon vor der Rückkehr hier in einer deutschen Firma Erfahrungen sammeln könnte, wäre das für mich eine großartige Chance." Studenten aus Nord- und Südamerika und aus Afrika möchten eher zurück als Studenten aus asiatischen Ländern, vor allem aus China und Indien, sowie aus Osteuropa. Am wenigsten sind Studenten aus den USA, Kanada, Australien oder Neuseeland an einem Verbleib interessiert. Es bleiben eher diejenigen, die besser über die rechtlichen Regelungen informiert sind. Weniger als jeder Fünfte gibt an, sich gut mit seinen Möglichkeiten für den Übergang in den Arbeitsmarkt auszukennen. Schlusslicht ist Deutschland: Hier fühlt sich fast die Hälfte der Befragten schlecht oder gar nicht informiert.

In Frankreich und Deutschland seien die Hürden für eine Zulassung zum Studium zwar niedriger als in den anderen drei Ländern. Die Möglichkeiten, nach dem Abschluss zu bleiben, sind dagegen vergleichsweise restriktiv (siehe Kasten am Textende).

Die Bundesregierung wurde von den Autoren der Studie jedoch dafür gelobt, dass sie es ausländischen Studenten weiter erleichtern will, im deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. "In Deutschland sind damit die Weichen für eine überfällige Liberalisierung der Regelungen für internationale Hochschulabsolventen gestellt", sagte Fincke vom SVR-Forschungsbereich. Nun müsse der Gesetzentwurf für die Umsetzung der EU-Hochqualifiziertenrichtlinie schnell verabschiedet werden.

Load-Date: April 20, 2012

Kim Jong Un erlaubt Familientreffen im September

SPIEGEL ONLINE

18. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1062 words

Highlight: Erstmals seit drei Jahren will Nordkorea durch den Krieg getrennten Familien ein Wiedersehen erlauben. Es ist ein weiteres Zeichen dafür, dass sich das Verhältnis zum Süden etwas entspannt. Auch beim Umgang mit Flüchtlings hat das Regime in Pjöngjang seine Strategie angepasst.

Body

Pjöngjang/Seoul - Noch vor Monaten drohte ein Krieg, doch nun mehrten sich die Anzeichen für eine Entspannung zwischen Nord- und Südkorea. Erstmals seit 2010 soll es wieder grenzübergreifende Treffen für koreanische Familien geben, die seit dem Korea-Krieg auseinandergerissen sind. Das nordkoreanische Komitee für die friedliche Wiedervereinigung teilte staatlichen Medienberichten zufolge mit, Pjöngjang nehme den Vorschlag Südkoreas für die Treffen am 19. September an.

Am Donnerstag hatte die südkoreanische Präsidentin Park Geun Hye das Regime in Pjöngjang aufgerufen, für derartige Treffen ihr "Herz zu öffnen". Am 19. September wird in Korea traditionell das Erntedankfest Chuseok begangen. Die Familienzusammenführung soll im Ferienpark Kumgang im Norden stattfinden, in dem sich in den Jahren 1998 bis 2008 bereits tausende Südkoreaner aufhielten. Zudem soll es am 4. Oktober die Möglichkeit geben, getrennte Familien per Videokonferenz zusammenzuschalten.

Seit dem Jahr 2000 konnten 17.000 Menschen kurzzeitig ihre Verwandten besuchen. Der von 1950 bis 1953 dauernde Krieg hatte Millionen von Menschen von ihren Familien getrennt. Etwa 72.000 Südkoreaner stehen auf einer offiziellen Warteliste, in der Hoffnung, ihre Verwandten im Norden besuchen zu dürfen. Die Hälfte von ihnen ist bereits über 80 Jahre alt.

Im Frühjahr hatte sich der Konflikt zwischen Nord- und Südkorea dramatisch verschärft. Das Regime in Pjöngjang drohte seinem südlichen Nachbarn mit einem Atomschlag. Danach riegelte es die gemeinsame Industriezone Kaesong ab, schickte seine rund 53.000 Arbeitskräfte nach Hause und verweigerte in der Folge jedes offizielle Gespräch über eine Wiedereröffnung.

Die nun geplanten Familientreffen sind daher ein weiteres Zeichen der Entspannung. Bereits in der vergangenen Woche hatten sich die beiden koreanischen Staaten auf die Wiedereröffnung des gemeinsamen Industrieparks Kaesong geeinigt.

Pjöngjang wirbt um Flüchtlinge im Süden

Kim Jong Un erlaubt Familientreffen im September

Auch im Umgang mit Flüchtlingen verfolgt das Regime in Nordkorea seit der Machtübernahme durch Kim Jong Un offenbar eine neue, zweigleisige Strategie: Während bereits Geflohene mit Straffreiheit und teils üppigen Prämien zur Rückkehr geködert werden, werden Fluchtversuche noch härter bestraft als bislang. Zudem verschärft die Regierung offenbar die Grenzkontrollen zu China, um weitere Übertritte zu verhindern.

In den vergangenen Monaten hätten nordkoreanische Sicherheitsbeamte verstärkt die Familien von nach Südkorea Geflüchteten aufgesucht und ihnen versichert, ihre Angehörigen würden straffrei bleiben, falls sie in den Norden zurückkehrten, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf mehrere Flüchtlinge in Südkorea.

Einige von ihnen hätten sogar von regelrechten Anwerbeversuchen berichtet: Personen, die sich selbst als Flüchtlinge ausgeben würden, versuchten demnach, Flüchtlinge mit der Aussicht auf 50 Millionen koreanischer Won (umgerechnet etwa 45.000 Dollar) zur Rückkehr in den Norden zu locken. Zudem werde ihnen die Teilnahme an einer Propaganda-Presskonferenz in Pjöngjang angeboten. Insgesamt sollen in Südkorea etwa 25.000 Flüchtlinge aus dem Norden leben.

"Kim Jong Un umarmte mich mit seinem warmen Herzen"

Seit dem Amtsantritt Kim Jong Uns hat es laut Bericht mindestens fünf derartiger Medieninszenierungen mit zurückgekehrten Flüchtlingen gegeben, alle wurden im Staatsfernsehen übertragen. Das Regime will dabei offenbar demonstrieren, dass Nordkoreanern im Süden mitnichten glücklich in prosperierenden Verhältnissen leben, sondern ein Dasein im Elend fristen, entwürdigende Arbeiten verrichten und große Probleme haben, einen Platz in der Gesellschaft zu finden - was vielen Flüchtlingen zufolge nicht weit von der Wahrheit entfernt ist.

Damit unterscheidet sich Kim Jong Uns Strategie fundamental von der seines Vaters Kim Jong Il. Unter dessen fast zwei Jahrzehnte dauernden Herrschaft wurden die Flüchtlinge offiziell totgeschwiegen. Rückkehrer erwarteten drastische Strafen.

Im Gegensatz dazu präsentiert das Regime Rückkehrer nun als verlorene Töchter und Söhne, über die man sich freut und denen man verzeiht - und die für das Staatsfernsehen inszenierten Veranstaltungen waren bislang gewohnt pathetisch: Die männlichen Rückkehrer trugen Anzüge, die Frauen traditionelle oder elegante Kleider - und alle Anstecker, die die Kim-Dynastie preisen. Sie machten ihrem Ärger über Südkorea Luft oder vergossen Tränen. Gemeinsam sangen sie Lieder, die ihre Verbundenheit und Dankbarkeit zu Kim Jong Un zum Ausdruck bringen. Dabei schwangen sie ihre Fäuste martialisch.

"Unser geliebter General Kim Jong Un schalt mich nicht, obwohl ich eine unauslöschliche Sünde begangen habe. Er umarmte mich mit seinem warmen Herzen", sagte eine Rückkehrerin aus Seoul beispielsweise bei einer der Veranstaltungen im vergangenen Jahr. Die Staatsmedien berichteten anschließend, sie hätte ein neues Haus in Pjöngjang zugewiesen bekommen, wo sie mit ihrer Tochter und ihrem Schwiegersohn lebe.

Zahl der Flüchtlinge fällt stark

Der neue, offensive Umgang mit dem Thema Republikflucht könnte auch damit zusammenhängen, dass selbst Nordkorea nicht mehr so abgeschottet werden kann wie noch vor wenigen Jahren. Flüchtlingsorganisationen schätzen, dass jeden Tag 3000 Telefongespräche aus Südkorea über chinesische Mobilfunknetze nach Nordkorea geführt werden. Anders als früher können sich die Nordkoreaner also nun eine Vorstellung davon machen, wie ein Leben im demokratischen Süden aussieht.

Für den Widerspruch zwischen dem milden Umgang mit Rückkehrern und den noch schärferen Strafen für Fluchtversuche hat Cho Jung Hyun vom Koreanischen Institut für Nationale Vereinigung in Seoul eine Erklärung. Demnach seien insbesondere während der harten Hungersnöte in den neunziger Jahren viele Nordkoreaner geflüchtet. Das Regime könne also den Eindruck erwecken, es reiche denjenigen die Hand, die das Land in harten Zeiten verlassen haben - während es gegenüber jenen, die es nun quasi im Stich ließen, Härte zeige.

Kim Jong Un erlaubt Familientreffen im September

Unterdessen scheinen die schärferen Kontrollen und härteren Strafen Wirkung zu zeigen: Die Zahl der Flüchtlinge fiel im vergangenen Jahr um 44 Prozent auf rund 1500. Und von Januar bis März dieses Jahres ging die Zahl noch einmal um etwa 15 Prozent zurück.

fdi/Reuters/AFP

Load-Date: September 6, 2013

End of Document

Merkel bekräftigt Willen zu neuem US-Geheimdienstpakt;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ausspaehaffaere-merkel-gibt-pk-zu-spionagevorwuerfen-gegen-usa-a-930035.html>

SPIEGEL ONLINE

25. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 513 words

Highlight: Die Kanzlerin scheint die Abhöraffäre nicht zusätzlich anheizen zu wollen: Beim Abschlussauftritt auf dem EU-Gipfel in Brüssel riss Merkel die mutmaßliche Überwachung ihres Handys nur indirekt an. Auch beim künftigen Kurs in der **Flüchtlingspolitik** hielt sie sich bedeckt.

Body

Berlin - Die Kanzlerin demonstrierte Business as usual: Auf dem EU-Gipfel in Brüssel sei über Krisenfragen des Euro debattiert worden, über den Abbau von Bürokratie, die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Staaten und die europäische **Flüchtlingspolitik**, stellte Angela Merkel (CDU) sachlich fest.

Fehlt da nicht noch etwas? Bei ihrem Abschlussauftritt des Gipfeltreffens in Brüssel klammerte die Kanzlerin das Thema europäische Datenschutzstandards aus, auch zur amerikanischen Abhöraffäre äußerte sie sich indirekt erst auf Nachfrage.

Merkel machte deutlich, dass Frankreich und Deutschland bei neuen Regeln für Geheimdienstkooperationen mit den USA nicht als geschlossene Front auftreten wollten. "Jedes Land tauscht sich für sich mit den amerikanischen Sicherheitsbehörden aus", betonte Merkel.

Konflikt nicht aufladen

Deutschland, Frankreich und die USA wollen sich noch in diesem Jahr auf Regeln für die Arbeit ihrer Geheimdienste verständigen. Kurz vor dem EU-Gipfel war die Nachricht eingeschlagen, dass die Bundesregierung die US-Geheimdienste verdächtigt, ein Mobiltelefon Merkels überwacht zu haben. In Brüssel hatte die CDU-Vorsitzende am Donnerstag angedeutet, dass es sich dabei um ein weniger stark gesichertes Partei-Handy gehandelt habe.

Auf die Frage, wie ein mögliches Anti-Spionage-Abkommen zwischen den USA und Deutschland aussehen könnte, gab es von der Kanzlerin keine näheren Angaben. "Wir suchen eine Grundlage für die Kooperation unserer Dienste, die transparent ist, die klar ist und dem Charakter von Bündnispartnern entspricht", sagte sie.

Dass Merkel Nachfragen zu den Spähvorwürfen gegen die USA am Freitagnachmittag eher unverbindlich beantwortete, kann man als Zeichen dafür deuten, dass sie den Konflikt nicht unnötig aufladen will.

Merkel bekräftigt Willen zu neuem US -Geheimdienstpakt

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ausspaehaffaere-merkel-gibt-pk-zu-spionagevorwuerfen-gegen-usa->

....

"Tief bestürzt" von Flüchtlingskatastrophen

Der EU-Gipfel ging zudem ohne eine Wende in der Flüchtlingspolitik zu Ende. Es sei um kurzfristige Maßnahmen gegangen und keine grundsätzlichen Änderungen diskutiert worden, sagte Merkel weiter. "Wir haben alle zum Ausdruck gebracht, dass wir tief bestürzt sind von den Ereignissen, die wir vor Lampedusa erleben mussten", sagte die Kanzlerin.

Es habe beim Gipfel eine "sehr lange, eindringliche Diskussion" über das Flüchtlingsproblem gegeben. Für das kommende Jahr sei ein EU-Afrika-Gipfel geplant. Eine Änderung der Quoten, wie viele Flüchtlinge einzelne europäische Länder aufnehmen müssten, stehe derzeit aber nicht zur Debatte.

Merkel verwies auf eine Task Force der europäischen Innenminister, die sich nach der Flüchtlingstragödie vor der italienischen Insel Lampedusa mit mehr als 360 Toten Anfang Oktober gebildet hatte. Diese solle kurzfristige Maßnahmen entwickeln, wie man dem Flüchtlingsproblem im Mittelmeerraum begegnen könne, so die Kanzlerin.

Am Freitag wurden erneut etwa 700 Flüchtlinge vor der Küste Lampedusas aufgegriffen. Die EU-Einwanderungspolitik steht derzeit heftig in der Kritik. Die Regierungen in Italien und Malta fordern zudem mehr Unterstützung von den EU-Partnern.

amz/dpa

Load-Date: November 15, 2013

End of Document

Gauck-Gegner formieren sich

Spiegel Online

21. Februar 2012 Dienstag 11:35 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KÜNFTIGER BUNDESPRÄSIDENT

Length: 778 words

Highlight: Auch wenn er der Konsenskandidat von Union, FDP, Grünen und SPD ist: In der Bundesversammlung sind ihm längst nicht alle Stimmen sicher. Neben den Linken fremdeln auch einige Grünen-Politiker und Vertreter der Migranten mit früheren Äußerungen des künftigen Bundespräsidenten.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,816622,00.html>

Body

Berlin - Erstes Murren über den überparteilichen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten: Neben der Linken ziehen auch Grünen-Politiker, Zuwanderer und Gewerkschafter die Eignung von Joachim Gauck für das höchste Amt im Staat in Zweifel.

Der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele stört sich an früheren Äußerungen des parteilosen Kandidaten. Ströbele kritisierte in der "Frankfurter Rundschau" unter anderem Gaucks Aussagen zu den Occupy-Protesten gegen die Bankenmacht. "Inzwischen beklagen selbst die härtesten Kapitalisten Übermacht und Machtmissbrauch des Finanzsystems. Wie kann Herr Gauck den Protest dagegen auf der Straße 'unsäglich albern' nennen", sagte der Grünen-Politiker. Vielmehr müsse Gauck als früherer DDR-Bürgerrechtler doch Sympathie mit demonstrierenden Menschen haben.

Ströbele verwies auch auf Aussagen Gaucks zu dem umstrittenen Integrationsbuch von Thilo Sarrazin und zu Hartz-IV-Empfängern. Er hoffe, dass Gauck in den kommenden Wochen einiges erklären werde. Ströbele sagte, er wolle davon abhängig machen, ob er erneut für Gauck stimmen werde.

Nicht wählbar

Der Grünen-Fraktionssprecher für Integration, Memet Kilic, nannte Gauck in der "Frankfurter Rundschau" nicht wählbar. Der Theologe habe mit dem Lob für Sarrazin Vertrauen zerstört. "Wir brauchen echte Integrations- und keine populistischen Debatten", sagte Kilic. In der Bundesversammlung wolle er sich der Stimme enthalten.

Auch Grünen-Bundesgeschäftsführerin Steffi Lemke sagte in der "Stuttgarter Zeitung", es sei nicht korrekt, dass Gauck Sarrazin wegen dessen Mut gelobt habe. Sie verteidigte den Präsidentschaftskandidaten aber: "Er wird sich in der nächsten Zeit zum Thema Integration sicher auch noch äußern", sagte Lemke.

"Nicht Kandidat, weil er uns nach dem Mund redet"

Gauck -Gegner formieren sich

Der Grünen-Bundestagsfraktionsvorsitzende Jürgen Trittin wies die Bedenken seiner Parteifreunde gegen den Präsidentschaftskandidaten zurück. "Herr Gauck ist nicht deswegen unser Kandidat, weil wir erwarten würden, dass er uns nach dem Mund redet", sagte Trittin der "Frankfurter Rundschau". "Sondern weil er jemand ist, der zwar seine Positionen klar vertritt, der aber auch bereit ist, sie einem demokratischen Diskurs zu stellen und sie entweder mit Argumenten zu verteidigen oder zu ändern."

Linksparteichefin Gesine Löttsch prophezeite CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen, die Gauck auf den Schild gehoben hatten, ein "blaues Wunder" mit ihrem Kandidaten. "Die SPD und die Grünen hatten ja gedacht, sie würden der Bundeskanzlerin eine Falle stellen und sind selbst hineingelaufen", sagte sie in den ARD-Tagesthemen. Die Linke war bei der Aufstellung von Gauck von Merkel nicht eingebunden worden.

Mehr als Loblied auf Freiheit

Aber nicht nur unter Grünen- und Linkenpolitikern gibt es Kritik an dem Konsenskandidaten Gauck. Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, sagte der "Frankfurter Rundschau", er hoffe, dass Gauck als Bundespräsident seine Aussagen revidieren und beim Thema Integration die Linie von Ex-Bundespräsident Christian Wulff fortführen werde. Der Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider, ergänzte: "Wir gehen davon aus, dass er solche Äußerungen nicht wiederholt und beim Thema Armut einsieht, dass er als Präsident aller Deutschen auftreten muss."

Auch im Netz sammeln sich die Gegner des künftigen Bundespräsidenten. Sie erregen sich nicht nur über dessen Bemerkungen zur Occupy-Bewegung und Sarrazin, sondern auch zur Vorratsdatenspeicherung. Gauck hatte im Dezember 2010 bei einer Diskussion im Wiener Burgtheater gesagt: "Sie müssen wissen, dass etwa die Speicherung von Telekommunikationsdaten nicht der Beginn eines Spitzelstaates ist." In derselben Diskussion sagte er über die damaligen Veröffentlichungen von Botschaftsdepeschen durch WikiLeaks, es handele sich um gestohlenen Material. "Das kann ich nicht akzeptieren, dass das gefeiert wird, das ist ein elementarer Verlust von Recht."

Umfrage sieht große Zustimmung für Gaucks Nominierung

Zu Gaucks Kritikern gehört auch der Theologe und Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer. "Die Bandbreite seiner Einlassungen muss sich noch sehr erweitern", sagte er der "Berliner Zeitung". "Es ist wunderbar, dass er das Loblied auf die Freiheit singt. Aber er müsste auch das Loblied auf die Gerechtigkeit singen, damit sich alle die Freiheit leisten können."

Nach seiner Nominierung kann Gauck auf breite Unterstützung in der Bevölkerung bauen: Seine am 18. März geplante Wahl zum Staatsoberhaupt finden nach einer Blitzumfrage des ZDF-Politbarometers am Montag 69 Prozent der Bundesbürger gut. 16 Prozent finden das nicht gut, 15 Prozent haben dazu keine Meinung.

heb/dpa/dapd/AFP

Load-Date: February 21, 2012

Italien schickt Flüchtlinge mit 500 Euro nach Deutschland

SPIEGEL ONLINE

28. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND; S. 0; Ausg. 0

Length: 304 words

Highlight: Hunderte Flüchtlinge wurden von Italien weiter nach Deutschland geschickt - die Afrikaner erhielten dafür sogar 500 Euro, wie das Bundesinnenministerium erklärte. Allein in Hamburg landeten 300 Menschen aus Libyen, Ghana und Togo.

Body

Hamburg - Die Sozialbehörde in Hamburg hat schwere Vorwürfe gegen die Behörden in Italien erhoben. Mehrere hundert afrikanische Flüchtlinge sind demnach nach ihrer Ankunft in Italien in Richtung Deutschland weitergeschickt worden.

Die dortigen Behörden sollen sie entgegen europäischen Vereinbarungen mit Geld und Aufenthaltspapieren zur Weiterreise animiert haben. Insgesamt rund 300 Frauen und Männer aus Libyen, Ghana und Togo sind nach Angaben der Hamburger Sozialbehörde allein in der Hansestadt gestrandet, obwohl sie eigentlich von Italien hätten betreut werden müssen.

Etliche der Flüchtlinge seien obdachlos, weil sie in der Bundesrepublik keinerlei Anspruch auf Unterstützung haben. Sie dürften nicht arbeiten und hätten auch kein Recht auf Unterbringung und Sozialleistungen, erklärte Hamburgs Sozialsenator Detlef Scheele. Die Stadt bemühe sich zwar, für die obdachlosen Flüchtlinge Unterkünfte und Hilfe zu organisieren. Der Sozialdemokrat Scheele schränkte jedoch ein: "Es wäre unverantwortlich, falsche Erwartungen zu wecken; die Rückreise ist die einzige Option."

Das Bundesinnenministerium hatte im März in einem der Nachrichtenagentur dpa vorliegenden Brief an die Ausländerbeauftragten der Länder geschrieben, dass Italien Flüchtlingen bis zu 500 Euro zahle, wenn sie das Land verließen. Außerdem würden ihnen Fremdenpässe und jeweils drei Monate gültige Aufenthaltstitel für das gesamte Schengengebiet ausgestellt - also für jene europäischen Länder, zwischen denen es keine Grenzkontrollen mehr gibt.

In den vergangenen Jahren sind Tausende Flüchtlingen aus Afrika nach Italien gekommen. Die meisten von ihnen sind mit Schiffen aus Tunesien und Libyen auf die Mittelmeerinsel Lampedusa gelangt, die nur 130 Kilometer von der afrikanischen Küste entfernt liegt.

ler/dpa

Load-Date: June 25, 2013

Italien schickt Flüchtlinge mit 500 Euro nach Deutschland

End of Document

Snowden beantragt Asyl auch in Deutschland

SPIEGEL ONLINE

02. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 731 words

Highlight: Auf seiner Flucht vor den US-Behörden hat Whistleblower Edward Snowden in zahlreichen Ländern um Asyl gebeten - darunter auch Deutschland. Ein entsprechendes Schreiben wurde der Botschaft in Moskau zugestellt. Die USA bemühen sich, die NSA-Spionageaffäre kleinzureden.

Body

Berlin/Moskau - Edward Snowden hat mit seinen Enthüllungen einen gigantischen Datenskandal losgetreten - diplomatische Verstimmungen zwischen den USA und europäischen Regierungen inklusive. Doch das persönliche Schicksal des Ex-Geheimdienstmannes ist weiter offen. Noch immer soll sich der US-Bürger auf dem Moskauer Flughafen verbergen. Unklar ist, wohin er will und ebenso, wohin er kann. Snowden hat nun in weltweit 21 Ländern um Asyl gebeten. Auch Deutschland befindet sich auf dieser Liste, die am Dienstag von der Enthüllungsplattform WikiLeaks im Internet veröffentlicht wurde.

Die Anträge seien einem Beamten des russischen Konsulats am Moskauer Flughafen Scheretmetjowo übergeben worden und sollen den entsprechenden Botschaften in Moskau weitergeleitet werden.

Nach dieser Aufstellung sucht Snowden Asyl in Ecuador und Island, in Österreich, Bolivien, Brasilien, China, Kuba, Finnland, Frankreich, Deutschland, Indien, Italien, Irland, den Niederlanden, Nicaragua, Norwegen, Polen, Russland, Spanien, der Schweiz und in Venezuela.

Kreml-Chef Wladimir Putin hatte dem Whistleblower auf einer Pressekonferenz am Montag ein Bleiberecht eingeräumt. Mit süffisantem Unterton gab der Präsident auch gleich die Bedingung bekannt: Snowden dürfe "unseren amerikanischen Partnern" nicht weiter schaden. Mit den russischen Geheimdiensten arbeite Snowden nicht zusammen.

Zuvor hatte Snowden in einer Online-Stellungnahme schwere Vorwürfe gegen sein Heimatland USA erhoben. Vor allem kritisiert er, dass die Regierung in Washington seine Bemühungen blockiere, Asyl zu finden. So lasse Präsident Barack Obama "Druck auf die Staatsführer der Welt" ausüben, "die ich um Schutz gebeten hatte". Obwohl er wegen keiner Straftat schuldig gesprochen worden sei, habe man seinen Reisepass für ungültig erklärt und ihn so zum Staatenlosen gemacht.

Mit seinen Veröffentlichungen über die Spionageaktionen des US-Geheimdienstes NSA hat Snowden für Missstimmung zwischen der Obama-Regierung und europäischen Regierungen gesorgt. Vor allem in Deutschland und Frankreich gibt es heftige Kritik an den Abhörangriffen der US-Spione, die millionenfach E-Mail- und Telefonverbindungen überwacht hatten. Nach tagelangem Schweigen hat auch Kanzlerin Angela Merkel verärgert

Snowden beantragt Asyl auch in Deutschland

reagiert. Laut SPIEGEL-Informationen wurden allein in Deutschland mehr als 500 Millionen Kommunikationsverbindungen monatlich angezapft.

Obama bemüht sich um Deeskalation

US-Präsident Barack Obama versuchte am Montag während seiner Afrika-Reise die Affäre kleinzureden: Man werde den SPIEGEL-Artikel prüfen und danach die "Verbündeten angemessen unterrichten". Er deutet auch an, dass es in allen europäischen Hauptstädten Überwachungen gebe. So arbeiteten Geheimdienste nun mal. In Bezug auf Deutschland sagte Obama: "Wenn ich wissen will, was Kanzlerin Merkel denkt, dann rufe ich Kanzlerin Merkel an (...) letztlich arbeiten wir so eng zusammen, dass es fast keine Informationen gibt, die wir nicht zwischen unseren Ländern teilen".

Präsidentensprecher Jay Carney wurde am Montag von US-Journalisten gefragt, ob er denke, dass die Europäer "insgesamt heuchlerisch" reagierten, schließlich hätten doch auch sie wohl schon von US-Geheimdienstinformationen profitiert. Carney sagte: Gespräche über den SPIEGEL-Bericht würden "Teil unserer normalen Konsultationen mit den Alliierten" sein, mit denen man "exzellente Geheimdienstbeziehungen" habe.

Verweis auf etablierte Geheimdienstkanäle

Ernsthafte diplomatische Probleme mit Europa fürchtet auch Obamas Vize-Sicherheitsberater Ben Rhodes nicht: Man verfüge über etablierte Geheimdienstkanäle mit allen europäischen Partnern, zudem gebe es einen "US-EU-Geheimdienstdialog", der Möglichkeiten biete, diese Dinge zu besprechen. Rhodes betonte nochmals: "Wie gesagt, wir haben sehr enge Beziehungen mit Blick auf das Teilen von Geheimdienstinformationen", und im Rahmen dieser "engen Beziehungen" könne man die Fragen und Bedenken der Europäer diskutieren.

Die Bundesregierung weist jegliche Mitwisserschaft zurück. Und die hartnäckigen Gerüchte, dass die Amerikaner zumindest einen Teil ihres Überwachungsprogramms auf deutschem Boden präzise abgesprochen haben sollen? Bislang hat der BND SPIEGEL-Anfragen vehement dementiert, Kommunikationsverbindungsdaten aus Deutschland an die NSA geliefert zu haben.

jok/sef/dpa/Reuters

Load-Date: July 23, 2013

Bombe reißt mehrere Menschen in den Tod

Spiegel Online

21. März 2013 Donnerstag 9:28 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FLÜCHTLINGSCAMP IN PAKISTAN

Length: 385 words

Byline: Hasnain Kazim

Highlight: Sie warteten auf Hilfsgüter - dann explodierte eine Autobombe. Bei einem Angriff auf ein pakistanisches **Flüchtlingscamp** nahe Peschawar sind mindestens zwölf Menschen gestorben. Die Taliban erklärten, sie hätten mit der Tat nichts zu tun.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/viele-tote-in-fluechtlingscamp-in-pakistan-a-890112.html>

Body

Es war ein Knall, den man im ganzen **Flüchtlingslager** von Jalojai hörte, wo mehrere tausend **Flüchtlinge** aus Afghanistan und aus den pakistanischen Stammesgebieten leben. Eine Bombe, vermutlich in einem Auto versteckt, explodierte am Donnerstagvormittag und riss mindestens zwölf Menschen in den Tod. Mindestens 25 wurden verletzt, teilte die Polizei mit. Die Bombe habe "etwa 30 bis 35 Kilogramm Sprengstoff" enthalten, sagte ein Ermittler. Viele der Opfer seien gerade dabei gewesen, Hilfsgüter zu empfangen.

Nach Angaben von Rettungskräften könne die Zahl der Opfer noch deutlich steigern. "Einige der Verletzten sind in kritischem Zustand", erklärte ein Sanitäter pakistanischen Fernsehjournalisten. Die Opfer wurden auf Krankenhäuser in den nahegelegenen Städten Peschawar und Nowshera verteilt.

Das Flüchtlingslager Jalojai, etwa eine Stunde Autofahrt von der Grenze zu Afghanistan entfernt, war Anfang der achtziger Jahre gegründet worden, um Flüchtlinge aus Afghanistan aufzunehmen. Damals kamen mehrere Millionen Afghanen wegen des Kriegs gegen die sowjetischen Besatzer nach Pakistan.

In den vergangenen Jahren wurde das Lager von den Vereinten Nationen vor allem dazu genutzt, Menschen aus unterschiedlichen Regionen Pakistans aufzunehmen, überwiegend aus den von Taliban beherrschten Stammesgebieten. Zeitweise leben in dem Camp mehr als hunderttausend Menschen in Zelten, derzeit vor allem aus Regionen, in denen die pakistanische Armee gegen Extremisten kämpft.

Ein Uno-Mitarbeiter sagte spiegel ONLINE, es sei möglich, dass der Täter selbst im Flüchtlingscamp lebe. "Wir können nicht verhindern, dass unter den Flüchtlingen, die wir aufnehmen, auch Extremisten sind." Es habe schon mehrfach gewalttätige Zwischenfälle in Jalojai gegeben, darunter auch Schießereien.

Bombe reißt mehrere Menschen in den Tod

Die pakistanischen Taliban (TTP) erklärten am Mittag, sie hätten mit der Tat nichts zu tun. Ein Sprecher der verbotenen Organisation teilte mit, Angriffe "auf öffentliche Plätze" und "auf unschuldige Leute" seien "unmenschlich". Die Taliban würden solche Taten "verurteilen".

Erst vor wenigen Tagen hat die TTP das Angebot zurückgezogen, diese Woche Friedensgespräche mit pakistanischen Politikern zu führen. Grund dafür sei, dass "die Vertreter des Staates nicht ernsthaft an einem Dialog interessiert" seien, sagte der Taliban-Sprecher.

Load-Date: March 21, 2013

End of Document

Uno verurteilt Assads Angriffe auf Flüchtlingslager

Spiegel Online

17. Dezember 2012 Montag 11:41 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: BÜRGERKRIEG IN SYRIEN

Length: 492 words

Highlight: Empört hat Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon auf die jüngsten Angriffe der syrischen Luftwaffe reagiert. Bei der Attacke auf ein **Flüchtlingslager** starben am Sonntag mindestens acht Menschen. Auf Zivilisten zu zielen, sei ein Kriegsverbrechen, so Ban.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-generalsekretaer-ban-kritik-an-assads-angriff-auf-fluechtlinge-a-873329.html>

Body

New York - Der "blinde Waffeneinsatz" gegen Zivilisten in Syrien müsse endlich ein Ende haben, fordert Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon. Er hat den Angriff der syrischen Luftwaffe auf ein palästinensisches **Flüchtlingslager** am Sonntag scharf verurteilt. Die Attacke sei "Anlass für ernste Besorgnis".

"Auf Zivilisten zu zielen oder Militäraktionen in dicht besiedelten Gebieten vorzunehmen in einer diskriminierenden oder unverhältnismäßigen Art, ist ein Kriegsverbrechen", so Bans Sprecher. Anfang des Monats hatte der Uno-Generalsekretär in der Türkei und Jordanien Lager von syrischen Flüchtlingen besucht.

Bei dem Angriff auf das Lager Jarmuk im Süden der Hauptstadt Damaskus waren nach unbestätigten Angaben von Menschenrechtsaktivisten mindestens acht Menschen getötet worden. Mehrere Verletzte schwebten nach der Attacke zudem in Lebensgefahr. Videoaufnahmen des Angriffs, die von Regimegegnern ins Internet gestellt wurden, zeigen viele Opfer mit verheerenden Verletzungen.

Etwa 500.000 Menschen leben in Jarmuk. Nach Angaben von Anwohnern war die Bombardierung vom Sonntag der erste Luftangriff auf den Stadtteil seit Beginn des Aufstands gegen Assad im März 2011. Seit Wochen liefern sich Rebellen hier Gefechte mit Regierungstruppen sowie palästinensischen Milizionären, die auf Seiten des syrischen Diktators Baschar al-Assad stehen.

In den vergangenen Tagen verstärkten sich die Kämpfe in Jarmuk. Die Palästinenser in Syrien geraten dabei zunehmend zwischen die Fronten. Ein Teil von ihnen hat sich als "Sturmbrigade" den Aufständischen angeschlossen.

Außer Jarmuk soll die Luftwaffe am Sonntag auch weitere Stadtteile und Vororte angegriffen haben. Mehrere Häuser seien dabei zerstört worden. Mit ihrer Offensive wollen die Regierungstruppen die Umgebung der Hauptstadt Damaskus wieder vollständig unter ihre Kontrolle bringen.

Uno verurteilt Assads Angriffe auf Flüchtlingslager

Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR befürchtet, dass die Zahl der syrischen Flüchtlinge in den Nachbarländern bald auf 1,1 Millionen ansteigen könnte. Pessimistischere Prognosen gingen sogar von einem Anstieg auf bis zu 1,8 Millionen Flüchtlinge in den kommenden sechs Monaten aus, sagte der deutsche UNHCR-Sprecher Stefan Telöken am Montag im SWR. Jeden Tag würden in der Türkei, im Libanon und in Jordanien Tausende Menschen neu als Flüchtlinge registriert.

In Syrien selbst eskaliert die Lage für die Zivilbevölkerung: Offenbar setzt Assad im Kampf gegen die Aufständischen nun auch Scud-Kurzstreckenraketen ein. Zudem steigt die Angst vor dem Einsatz von Chemiewaffen. Nach Einschätzung des Bundesnachrichtendienstes könnte die syrische Armee bei einem entsprechenden Befehl des Diktators ihre Chemiewaffen innerhalb weniger Stunden zum Einsatz bringen.

Nach spiegel-Informationen sollen bereits mehrere Feldkommandeure der syrischen Armee den Einsatz der Massenvernichtungswaffen gegen die Rebellen gefordert haben. Laut BND gibt es jedoch bisher keine konkreten Vorbereitungen zum Einsatz der Waffen.

kgp/AFP/Reuters

Load-Date: December 17, 2012

End of Document

Zahl der syrischen Flüchtlinge steigt auf eine Million

Spiegel Online

6. März 2013 Mittwoch 9:23 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: UNO-STATISTIK

Length: 314 words

Highlight: Uno-Hochkommissar Guterres befürchtet eine "absolute Katastrophe": Der Strom der **Flüchtlinge** aus dem Bürgerkriegsland Syrien wächst seit Anfang des Jahres dramatisch. Die Zahl hat nun viel früher als erwartet die Eine-Million-Marke überschritten.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-mehr-als-eine-million-syrer-vor-buergerkrieg-geflohen-a-887132.html>

Body

Genf/Damaskus - Der Bürgerkrieg in Syrien hat nach Uno-Angaben eine Million Menschen in die Flucht getrieben. Seit Jahresbeginn sei die Zahl der **Flüchtlinge** dramatisch gestiegen, sagte Hochkommissar António Guterres am Mittwoch. Mehr als 400.000 Syrer haben nach Informationen des Uno-**Flüchtlingshilfswerks** UNHCR allein in den vergangenen Wochen ihr Land verlassen.

Etwa die Hälfte der Flüchtlinge seien Kinder, die meisten jünger als elf Jahre. Die Menschen seien traumatisiert, besäßen nichts mehr und hätten zudem Familienangehörige verloren, so Guterres.

Noch vor wenigen Wochen hatte das UNHCR geschätzt, dass die Zahl von einer Millionen syrischer Flüchtlinge etwa im Frühsommer erreicht werden könnte. Doch seit Anfang des Jahres seien weit mehr Menschen aus Angst um ihr Leben aus dem Bürgerkriegsland geflohen als erwartet.

"Eine Million auf der Flucht, mehrere Millionen Vertriebene im Inland und jeden Tag Tausende, die über die Grenzen gehen - Syrien bewegt sich auf eine absolute Katastrophe zu", warnte Guterres. Die internationale Hilfe reiche nicht aus, bisher sei nur ein Viertel der zugesagten Mittel eingegangen. "Diese Tragödie muss gestoppt werden", forderte der Hochkommissar.

Hauptziele der Flüchtlinge seien der Libanon, Jordanien, die Türkei, der Irak und Ägypten. Viele flüchteten inzwischen auch nach Nordafrika und Europa. Für die Aufnahmeländer seien die Folgen des Flüchtlingsstroms schwerwiegend. Im Libanon sei die Bevölkerung um zehn Prozent gewachsen. Die Türkei habe bisher 600 Millionen Dollar zur Einrichtung von 17 Flüchtlingslagern gezahlt.

Präsident Baschar al-Assad versucht seit zwei Jahren, einen Aufstand gegen seine Herrschaft niederzuschlagen. Der Konflikt hat sich inzwischen zu einem Bürgerkrieg ausgeweitet. Zehntausende Menschen sind getötet worden. Nach Uno-Angaben kamen bereits rund 70.000 Menschen in Syrien ums Leben.

heb/Reuters/AFP/dpa

Zahl der syrischen Flüchtlinge steigt auf eine Million

Load-Date: March 6, 2013

End of Document

Ecuador tastet sich an Kompromiss heran

Spiegel Online

22. September 2012 Samstag 11:00 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ASSANGE-AUSLIEFERUNG

Length: 364 words

Highlight: Befragung in England oder Schweden, aber nur mit diplomatischer Immunität? Seit drei Monaten hält sich WikiLeaks-Mitbegründer Julian Assange in der Londoner Botschaft Ecuadors auf. Jetzt suchen die Südamerikaner offenbar nach einer Lösung für die verfahrenene Situation - und bieten Gespräche an.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/assange-auslieferung-ecuador-sucht-nach-kompromissen-a-857325.html>

Body

London/Quito - Für Ecuadors Präsidenten Rafael Correa, einem selbsternannten "Linksnationalisten", war es eine grandiose PR-Plattform und eine willkommene Möglichkeit, die Großmacht USA auf diplomatischer Ebene ein wenig zu piesacken. Doch rund drei Monate, nachdem das südamerikanische Land dem polizeilich gesuchten WikiLeaks-Mitbegründer Julian Assange in seiner Londoner Botschaft Unterschlupf und politisches **Asyl** gewährt hat, sucht Ecuador nun offenbar nach einem Weg, die angespannte Situation zu lockern.

Außenminister Ricardo Patiño kündigte am Freitag in Quito an, er werde am kommenden Donnerstag am Rande der Uno-Vollversammlung mit seinem britischen Kollegen William Hague zusammenkommen, um mehrere Optionen abzuwägen. Eine Möglichkeit wäre, so Patiño, Assange in der ecuadorianischen Botschaft in London zu den Vergewaltigungsvorwürfen befragen zu lassen, die in Schweden gegen ihn erhoben werden. Denkbar sei auch, Assange in die ecuadorianische Botschaft nach Stockholm zur Befragung zu bringen. In beiden Fällen würde der Australier weiterhin unter dem Schutz des ecuadorianischen Asyls stehen, erklärte Patiño.

Von den britischen Behörden gab es zunächst keine Reaktion auf diese Angebote, die diplomatische Krise zu lockern.

Julian Assange hält sich seit dem 19. Juni in der ecuadorianischen Botschaft in London auf und genießt seit dem 24. August Asyl. Die britische Regierung hat erklärt, Assange werde verhaftet, sobald er seinen Fuß vor die ecuadorianische Botschaft setzt. Im Verfahren gegen den mutmaßlichen WikiLeaks-Zuträger Bradley Manning, der Assange mit Hunderttausenden geheimen Botschaftsdepeschen und Akten über den Irak- und Afghanistankrieg versorgt haben soll, wird seitens der USA offenbar versucht, eine Verbindung herzustellen, um Assange des Geheimnisverrats anzuklagen. Dem 41-Jährigen würde eine möglicherweise lebenslange Haftstrafe drohen.

Gleichzeitig soll Assange in Schweden zu Vorwürfen zweier Frauen befragt werden, die ihm sexuelle Nötigung und Vergewaltigung vorwerfen. In beiden Fällen gibt es noch keine Anklage. Assange befürchtet jedoch, dass die Briten ihn an die Schweden und die wiederum in die USA ausliefern würden.

Ecuador tastet sich an Kompromiss heran

bor/APD/AFP

Load-Date: September 22, 2012

End of Document

[Die Amerika-Freunde schlagen zurück;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/snowden-transatlantiker-gegen-
asyl-fuer-nsa-whistleblower-a-931683.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/snowden-transatlantiker-gegen-asyl-fuer-nsa-whistleblower-a-931683.html)

SPIEGEL ONLINE

04. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 736 words

Byline: Severin Weiland

Highlight: Soll der NSA-Enthüller Edward Snowden Asyl bekommen? Ein breites Bündnis von Politikern und Intellektuellen will den Amerikaner von Russland nach Deutschland holen. Dagegen formiert sich nun eine Phalanx von treuen Transatlantikern - angeführt von der Kanzlerin.

Body

Berlin - Edward Snowden hat der Welt gezeigt, auf welchen Wegen der US-Geheimdienst NSA die internationale Kommunikation überwacht. Der Amerikaner, der in Moskau Zuflucht gefunden hat, spaltet die öffentliche Meinung.

Für viele ist er ein Held, der in einem westlichen Land Asyl finden sollte - etwa in Deutschland. Im aktuellen SPIEGEL fordern Prominente und Politiker wie der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, Vertreter der Grünen und aus der SPD, dem Whistleblower hierzulande eine sichere Lebensperspektive zu geben. Doch die Transatlantiker schalten auf stur.

Sie eint vor allem eine Sorge: Dass Deutschland sich mit der Aufnahme Snowdens in eine politische Sackgasse manövriert. Zumal dann, wenn der Amerikaner von deutschem Boden aus mit weiteren Enthüllungen für Unruhe in den Beziehungen beider Länder sorgt.

Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert warnte eindringlich vor einem Zerwürfnis mit den USA: "Das transatlantische Bündnis bleibt für uns Deutsche von überragender Bedeutung."

Eine deutliche Botschaft, die Angela Merkel (CDU) über ihren Sprecher vortragen ließ. Die Kanzlerin sehe sich dem Schutz der Daten und der Privatsphäre der Bürger vor unerlaubten Zugriffen verpflichtet, so Seibert weiter. "Bei alledem geht es aber auch immer um unsere Sicherheits- und unsere Bündnisinteressen." Kaum ein Land, erinnerte er indirekt an die Hilfe der Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg, habe wie Deutschland von der Freundschaft zu den USA profitiert.

Westerwelle mahnt zur Zurückhaltung

Eine Einschätzung, die auch von anderen in der Regierung und außerhalb geteilt wird. Der derzeit geschäftsführende Außenminister Guido Westerwelle (FDP) appelliert: "Bei allem Ärger, eine gute Partnerschaft mit

Die Amerika-Freunde schlagen zurück <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/snowden-transatlantiker-gegen-asyl-fuer-nsa-whistleblower-a-931683.html>

den USA ist unersetzbar. Auf beiden Seiten des Atlantiks müssen wir jetzt darauf achten, das Verhältnis nicht dauerhaft zu beschädigen."

Snowden in Deutschland - das würde aus Sicht vieler bekennender Transatlantiker die deutsch-amerikanischen Beziehungen, die wegen des mutmaßlich durch US-Dienste abgehörten Kanzler-Handys angespannt sind, nur noch weiter belasten. Horst Teltschik, einst enger Berater von Kanzler Helmut Kohl während der deutschen Wiedervereinigung und langjähriger Vorsitzender der Münchener Sicherheitskonferenz, wendet sich "strikt", wie er betont, gegen ein politisches Asyl für Snowden. "Ich bin mir sicher, dass dadurch die deutsch-amerikanischen Beziehungen in erhebliche Turbulenzen geraten werden. Davon haben wir ohnehin schon genug", sagt er.

Snowden in Deutschland - das würde, befürchtet Teltschik, auf Seiten der US-Regierung "das Fass zum Überlaufen bringen". Er begrüßt daher Merkels Zurückhaltung und plädiert für einen maßvollen Umgang. Deutschland habe seine eigenen Interessen, die müsse es jenseits der derzeitigen Aufregung weiter verfolgen - etwa in der Frage des künftigen Freihandelsabkommens zwischen der EU und den Vereinigten Staaten.

Wolfgang Ischinger, einst Staatssekretär im Auswärtigen Amt, ehemaliger deutscher Botschafter in Washington und seit 2008 Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, hält sich in diesen Tagen in den USA auf. In der "New York Times" hat er jüngst in einem Gastbeitrag darüber geschrieben, dass die Beziehungen beider Länder nach der Handy-Affäre auf einem Tiefpunkt seien - wie seit dem Irak-Krieg nicht mehr. Er warnt davor, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Schadensbegrenzung müsse auf beiden Seiten das Ziel sein, um wieder Vertrauen aufzubauen. Was die Frage des Whistleblowers Snowden angeht, so meldet er sich aus New York mit einem klaren Statement: "Ich bin gegen ein Asyl für Snowden. Aus Gründen der außenpolitischen Schadensabwägung."

Hinter vorgehaltener Hand befürchten manche bekennende Transatlantiker auch, dass die russische Regierung aus dem Fall womöglich noch Kapital schlägt - indem sie den US-Bürger von Moskau nach Deutschland ausreisen lässt, um sich dann am Streit zwischen Berlin und Washington zu erbauen.

"Snowden hat der Öffentlichkeit einen Dienst erwiesen, aber er ist kein politisch Verfolgter. Einen zwingenden Grund, ihn nach Deutschland zu holen, gibt es nicht, denn man kann ihn problemlos in Moskau vernehmen", sagt etwa der FDP-Europaabgeordnete und Mitbegründer der Atlantischen Initiative Alexander Graf Lambsdorff. Das müsse jetzt der nächste Schritt sein. "Es ist sicher richtig, ihn anzuhören."

Load-Date: November 15, 2013

Endstation Elend

Spiegel Online

23. März 2012 Freitag 1:11 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SYRISCHE FLÜCHTLINGE

Length: 770 words

Byline: Oliver Trenkamp

Highlight: Sie flohen vor dem Grauen in ihrer Heimat, jetzt harren sie aus in Zeltlagern: Zu Tausenden strömen Flüchtlinge aus Syrien in die Nachbarländer, vor allem in die Türkei. Was aber geschieht mit ihnen, falls sie nicht zurückkehren können? Nach der Flucht droht ein Leben in Elend.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,823112,00.html>

Body

Zu erzählen wäre von Haisam, 52, dem sie die Zähne ausschlugen und der fast den Verstand verlor, als sie ihn für zwölf Jahre wegsperreten, in Einzelhaft. Zu erzählen wäre von Tarik, 30, dem sie ins Bein schossen. Zu erzählen wäre von Mehmed, 13, dem sie den Vater nahmen. Zu erzählen wäre von Angst, Verzweiflung und wenig Hoffnung; zu erzählen wären 16.000 Geschichten von Menschen, die vor dem Regime Baschar al-Assads in die Türkei flohen.

Es sind Geschichten aus Syrien, von Menschen, die sich retten konnten auf die türkische Seite der Grenze, und die erzählen, was ihnen widerfahren ist. Doch bei allem Grauen, das hinter ihnen liegt, ist eine Frage bislang völlig offen: Was kommt auf sie zu?

Tag für Tag fliehen Syrer nach Jordanien, in den Libanon, selbst in den Irak, vor allem aber in die Türkei. Das Flüchtlingskommissariat der Uno zählte über 30.000 Menschen. Sie harren aus in Zeltlagern und Container-Städten; sie bekommen Decken und Nahrung, ihre Wunden werden behandelt, zumindest die körperlichen. Aber es sieht nicht so aus, als könnten sie bald zurückkehren - im Gegenteil.

Syriens Nachbarländer werden noch lange Manager des Elends bleiben müssen. Wie werden sie reagieren, wenn die Flüchtlingslager nicht mehr die Größe von Dörfern und Kleinstädten haben, sondern zu Metropolen der Not heranwachsen?

"Die Flüchtlinge werden zur Last"

Allein die türkischen Behörden bereiten sich auf 45.000 Flüchtlinge vor, doch einige Helfer glauben nicht daran, dass es dabei bleibt. "Das ist nur die erste Welle", sagt Gökhan Erkutlu von der türkischen Hilfsorganisation Hayata Destek. Er fürchtet, der Flüchtlingsstrom könnte anschwellen auf mehrere hunderttausend. Mit einem Team erkundet er an der Grenze die Lage. Zwar organisieren bis jetzt der Rote Halbmond und die türkische Regierung

die Nothilfe, doch Erkutlu will vorbereitet sein, falls deren Vorräte an Zelten, Medikamenten, Feldküchen zu Neige gehen. Schon im vergangenen Herbst mussten die Behörden neben der Syrien-Krise auch die Erdbebenkatastrophe in Ost-Anatolien bewältigen.

Die Geschichten der einzelnen Flüchtlinge verschwinden hinter den Zahlen. Sie werden zu einer politischen Größe, einer wirtschaftlichen, einer juristischen. Vor allem die ärmeren Länder, die sie aufnehmen, warnen vor Problemen, auch wenn die EU-Kommission gerade weitere Hilfsmillionen zugesagt hat. "Die Flüchtlinge werden zur Last für unser Gesundheits- und Bildungssystem", warnte ein jordanischer Abgeordneter in der "New York Times". Aber man könne sich trotzdem nicht einfach von den Syrern abwenden, man habe es mit einer humanitären Katastrophe zu tun.

Die Wirtschaft der Türkei hingegen wächst rasant, sie kann sich die Hilfe leisten. Es boomen aber vor allem Industriestädte und Metropolen wie Istanbul. Wer kann, sucht dort sein Glück. So drohen in den ärmeren Gegenden Konflikte zwischen Flüchtlingen und Einheimischen. Schon jetzt gibt es vereinzelt Neid und Missgunst an der türkisch-syrischen Grenze. In einigen Dörfern werfen Händler den Flüchtlingen vor, sie machten die Preise kaputt, weil sie Seife, Kleidung, Decken verkaufen würden, die sie in den Lagern umsonst bekommen. Einige Syrer wiederum sind der Türkei zwar dankbar, dass sie hier Schutz finden, klagen aber über Anfeindungen der Dorfbewohner.

Offiziell heißen die Flüchtlinge "Gäste"

Bislang hatte die türkische Regierung unter Recep Tayyip Erdogan auf ein schnelles Ende der Krise gesetzt und gehofft, die Flüchtlinge bald zurückschicken zu können. Offiziell heißen sie auch nicht Flüchtlinge und haben nicht die mit dem Status verbundenen Rechte - die Regierung nennt sie einfach "Gäste".

Jetzt richtet sich das Land auf eine Dauer-Gastgeberschaft ein und baut die Auffanglager aus. Nahe dem Ort Reyhanli etwa schaffen Bagger Platz für neue Zelte. Es gibt ein Nahverkehrsnetz aus Minibussen, das die Lager mit der Großstadt Antakya verbindet, es gibt provisorische Moscheen und Schulen.

Auch viele Syrer rechnen damit, noch länger bleiben zu müssen, und richten sich darauf ein. Ganz im Süden der Türkei, im Ort Yayladagi, haben Behörden und Roter Halbmond eine ehemalige Zigarettenfabrik zum Flüchtlingslager umfunktioniert. Hierhin rettete sich Omar mit seiner Familie, er floh vor einem Dreivierteljahr aus Dschisr al-Schughur vor Assads Truppen, zusammen mit seinen beiden Kindern und seiner Frau. Früher unterrichtete er Physik und Chemie, erzählt er. Jetzt rekrutiert er andere Lehrer, um einen halbwegs geregelten Schulbetrieb zu organisieren.

Er will nicht mehr abhängig sein von anderen, nicht mehr nur warten darauf, dass etwas passiert. Er brauche kein Mitleid, sagt er, er will etwas tun.

Load-Date: March 23, 2012

Aufstand im Flüchtlingslager

SPIEGEL ONLINE

11. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 428 words

Highlight: Menschenrechtsorganisationen kritisieren seit langem die Zustände in griechischen Flüchtlingslagern. Nun kam es in einem völlig überbelegten Camp nahe Athen zu einem Aufstand - mindestens zehn Insassen sind auf der Flucht.

Body

Athen - Sie kamen in der Hoffnung auf ein besseres Leben - doch nun sitzen sie hinter Stacheldraht. Rund 1700 Menschen werden im griechischen Abschiebelager Amigdalesa nahe Athen festgehalten, dabei wurde es lediglich für 820 gebaut. Die Umstände sind entsprechend schwierig. In der Nacht zum Sonntag begehrten rund 40 der Insassen gewaltsam auf.

"Ohne dass es eine Provokation gegeben hätte, wurden Polizisten mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen", teilte die Polizei mit. Beteiligt hätten sich Flüchtlinge aus Afghanistan, Pakistan, Bangladesch und Marokko.

Den Flüchtlingen war am Samstag mitgeteilt worden, dass sie womöglich bis zu anderthalb Jahre anstelle von einem Jahr in dem Camp verbringen müssten. Die griechischen Behörden haben die maximale Dauer der Abschiebehaft entsprechend erhöht. Außerdem sei wegen Wartungsarbeiten der Strom abgestellt worden, wodurch die Klimaanlage in den überfüllten Containern ausgefallen seien, hieß es.

Am Abend setzten nach Polizeiangaben dann einige der Bewohner Matratzen und Unterkünfte in Brand und griffen Polizisten an. Zehn Beamte seien verletzt worden, hieß es. Die rebellierenden Flüchtlinge blieben unverletzt. In dem Tumult gelang 24 Insassen des Lagers die Flucht, 14 konnten bereits wieder festgenommen werden, nach den übrigen läuft eine Großfahndung.

Berichte über Schläge

Amigdalesa ist eines von mehreren Auffanglagern, in denen die griechischen Behörden Einwanderer ohne Aufenthaltserlaubnis festhalten. Viele von ihnen wurden in den vergangenen zwölf Monaten in Gewahrsam genommen. Griechenland ist eines der Länder der Europäischen Union, in die am meisten Flüchtlinge einreisen. Vorwiegend stammen sie aus Afrika, dem Nahen Osten und Asien.

Die Zustände in griechischen Flüchtlingslagern werden von Menschenrechtsorganisationen immer wieder kritisiert. In der vergangenen Woche gab die linke Gruppierung Keerfa an, muslimische Insassen eines Camps

Aufstand im Flüchtlingslager

seien von Wachleuten während eines Gebets geschlagen worden. Bereits im Juli berichtete die Gruppe von einem Afghanen, der an einer unbehandelten Lungenentzündung gestorben sei.

Die Organisation Human Rights Watch wirft der konservativen Regierung in Athen vor, gegen die Flüchtlinge vorzugehen, um angesichts der Wirtschaftskrise von Problemen abzulenken und sich vor rechtsradikaler Konkurrenz zu schützen. Nach dem Aufstand vom Samstag teilte die Polizei mit, die Beteiligten sollten unter anderem wegen schwerer Körperverletzung und Sachbeschädigung strafrechtlich verfolgt werden.

ler/AFP/dpa

Load-Date: September 6, 2013

End of Document

"Wir haben Ratten in den Zelten"

SPIEGEL ONLINE

30. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND; S. 0; Ausg. 0

Length: 1028 words

Byline: Horand Knaup

Highlight: Das Lager wird von kriminellen Banden kontrolliert, die Anti-Assad-Kämpfer rekrutieren hier ihren Nachwuchs - aber immerhin haben die 120.000 Flüchtlinge das Nötigste zum Überleben. SPD-Fraktionschef Steinmeier macht sich in Zaatari ein Bild von der Lage an der jordanisch-syrischen Grenze.

Body

Vor sieben Monaten kam Abu Safi mit seinen zwei Frauen und neun Kindern aus Syrien. Zu Hause herrsche Krieg, sein Haus sei völlig zerstört, sagt er. Schmuggler hätten ihm über die Grenze geholfen.

Frank-Walter Steinmeier will sich ein Bild verschaffen von der Lage der syrischen Flüchtlinge, von der politischen Situation, von dem Druck auf Syriens Nachbarn - und da steht der SPD-Fraktionschef nun im Staub des Camps in Zaatari. "Uns geht es schlecht", sagt eine der Frauen von Safi. "Wir haben kein Wasser in den Waschräumen. Es gibt keine Medikamente. Wir haben Ratten in den Zelten, große Ratten." Und sie hätte gerne einen Container statt einem Zelt. So wie andere auch.

Zehn Kilometer weiter verläuft die Grenze zu Syrien, 120 Kilometer weiter zerfällt gerade Damaskus. Mehr als 120.000 Flüchtlinge haben sich bereits in das Camp gerettet, täglich kommen neue hinzu, manchmal 200, manchmal 2000.

Über eine halbe Million Flüchtlinge sind im Land, zu viele für sechs Millionen Einwohner. Das wäre, als ob Deutschland innerhalb eines halben Jahres von rund acht Millionen Flüchtlingen überrannt würde. "Nicht auszudenken, wie bei solchen Zahlen die Reaktionen bei uns wären", sagt Steinmeier.

Erst versuchte Jordanien, Zaatari allein zu managen. Doch dann geriet die Situation außer Kontrolle, und die Regierung rief das Uno-Flüchtlingskommissariat UNHCR zu Hilfe. Das Commissariat schickte Kilian Kleinschmidt, einen 50-jährigen Troubleshooter aus Berlin, der schon im Kongo, im Sudan und in Sri Lanka mit der Flüchtlingsproblematik zu tun hatte, in Somalia Selbstmordkommandos überlebt hat und als einer der Erfahrensten gilt, den das UNHCR überhaupt hat.

Beim Gang durchs Lager gewährt der Uno-Mann Steinmeier einen Schnellkurs in humanitärer Hilfe unter Extrembedingungen. Die 45 Grad im Schatten sind noch das harmloseste. Zweieinhalb Monate ist Kleinschmidt nun in Zaatari, und er spricht vom "schwierigsten Einsatz meines Lebens". Das Lager wird kontrolliert von kriminellen Banden, die jordanische Polizei, die tagsüber zu sehen ist, verzieht sich in der Dämmerung,

"Wir haben Ratten in den Zelten"

donnerstags warten teure Autos am Lager-Eingang, um junge Frauen in die Bordelle der Hauptstadt Amman zu schaffen.

Nichts ist sicher in dem Lager

Die syrischen Rebellen rekrutieren im Lager Kämpfer, heißt es. Nichts ist sicher. Zelte verschwinden, Matratzen verschwinden, Wassertanks verschwinden - und finden sich wieder auf den Dächern der jordanischen Häuser in der Umgebung. "Das ist so knallhart hier", stöhnt Kleinschmidt. "Hier hat keiner kapiert, was wirklich los ist." Zweimal schon musste er sich von Kindern schlagen lassen, andere warfen Steine.

Der Frust unter den Lagerbewohnern gärt, 55 Prozent sind unter 18 Jahre alt, immer wieder rücken Sicherheitskräfte an, gerne auch mit Tränengas.

Und dennoch funktioniert es irgendwie. Vier Millionen Liter Frischwasser gibt es am Tag, von Technikern des deutschen THW aus dem Boden gepumpt und von weither herangefahren, täglich werden Hunderte von Zelten durch feste Container ersetzt, es gibt Gesundheitsstationen und genügend Verpflegung. Und in guten Stunden bringt Kleinschmidt sogar Verständnis auf für seine Klienten: "Wir Helfer sind hier der Sündenbock für alles, was die internationale Gemeinschaft in Syrien verpennt hat."

Aber hat sie wirklich etwas verpennt? Und wo ist die Lösung für einen Konflikt, der keine Sieger kennt - und bei dem sich zunehmend eines offenbart: Präsident Baschar al-Assad wird sich nicht aus dem Amt hebeln lassen. Von den Rebellen nicht und auch nicht von US-Außenminister John Kerry, der sich gerade um ein bisschen Frieden in der Region bemüht.

Den Preis zahlen neben den Flüchtlingen, denen immerhin mit dem Nötigsten geholfen wird, vor allem die Gastgeber, die Jordanier. Das Land gehört zu den wasserärmsten Staaten der Welt, den Bewohnern im Norden des Landes wurde die Trinkwassermenge, um die Flüchtlinge zu versorgen, kürzlich halbiert. Die Krankenstationen in der Umgebung des Lagers sind voller syrischer Flüchtlinge, die Mieten selbst in der Hauptstadt Amman deutlich gestiegen, die Schulen überfüllt. "Die Jordanier werden in absehbarer Zeit sagen, es reicht", sagt ein internationaler Helfer.

Denn absehbar ist auch, dass Zigtausende nie mehr zurückkehren werden in ihr zerstörtes Land.

Neues Lager soll noch weiter in die Wüste

In Zaatari versucht die internationale Gemeinschaft derweil, die Lagerbedingungen zu verbessern. Daran hat wiederum die jordanische Regierung wenig Interesse. Das lockt nur weitere Flüchtlinge an, sagt sie. Und hat deshalb das Gelände für ein weiteres Lager, das angelegt werden soll, noch weiter hinaus in die Wüste, ins Niemandsland verlegt, so dass die Versorgung noch schwieriger wird.

Das erkennt auch SPD-Mann Steinmeier, der vor allem zuhört und sehr zurückhaltend ist mit schnellen Forderungen. Das hat er gelernt in seiner Amtszeit als Außenminister. Und er hat registriert, dass die eilige Zusage von Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), 5000 zusätzliche Syrien-Flüchtlinge in Deutschland aufzunehmen, die Jordanier nicht wirklich erfreut hat. Sie befürchten einen weiteren Flüchtlingsstrom in ihr Land.

Steinmeier weiß, dass Politikern gerne schnelle Lösungen abverlangt werden. Aber die gibt es in diesem Fall nicht. Er nennt es "ein Armutszeugnis", dass sich drei europäische Außenministertreffen "ausschließlich mit Waffenlieferungen" für die Rebellen beschäftigen, "anstatt Waffenlieferungen zu verhindern, die in Hände von Leuten fallen, die wir nicht kennen". Deutschland müsse mehr tun, sagt er. "Das gilt für die Politik und für die Bürger." Aber was?

Jordanien effizienter helfen? Humanitär? Politisch? Mehr Flüchtlinge aufnehmen?

In jedem Fall muss auch die deutsche Politik helfen zu verhindern, dass die Krise auf Jordanien übergreift. Also ruft Steinmeier erst einmal nach einer "großen gemeinsamen Spendenaktion" in Deutschland. Das hört sich gut an, es hört sich generös an. Aber es wird nicht reichen.

"Wir haben Ratten in den Zelten"

Schon gar nicht, wenn Steinmeier im September in Berlin wieder Teil einer Regierung sein sollte.

Load-Date: June 25, 2013

End of Document

Im toten Winkel der Welt

SPIEGEL ONLINE

02. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND; S. 0; Ausg. 0

Length: 926 words

Byline: Simone Kaiser

Highlight: Sie kommen aus dem Krieg, ihre Endstation ist die Hoffnungslosigkeit. Zehntausende **Flüchtlinge** aus Syrien suchen Zuflucht im Nachbarland Irak. Auch Refa und ihre Familie leben jetzt im Lager Domiz. Ihr größter Wunsch: Sie wollen so schnell wie möglich zurück in die Heimat.

Body

Mit Sorgenfurchen auf der Stirn streicht Refa über ihren gewölbten Bauch. Die Frau in dem bodenlangen grünen Kleid mit dem roten Kopftuch ist erst Mitte Dreißig, aber ihre Hände sind die einer alten Frau. Refa steht im Eingang eines Zeltes, der Wind ist heiß, der Staub kratzt in den Augen. In wenigen Wochen wird hier am Mittag das Thermometer auf über 50 Grad klettern. "Ich habe einfach Angst", sagt Refa. Sie ist im achten Monat schwanger.

Vor vier Monaten ist Refa aus Damaskus geflohen, zusammen mit ihrem Mann Nadim und ihren beiden Kindern Reber und Resta. Wie packt man für eine Flucht in die Ungewissheit? Am Ende ist doch alles Gepäck zu viel, um es weit zu tragen. Und zu wenig für ein neues Leben. Refa ist mit ihrer Familie quer durch Syrien bis zur Grenze gefahren. Den letzten Teil des Weges musste die Schwangere zu Fuß gehen, zwei Stunden lang, dann lagen fast tausend Kilometer zwischen ihr und ihrer Heimat.

Im Camp Domiz im Nordwesten der autonomen Republik Kurdistan im Irak teilen Zehntausende syrische Flüchtlinge das Schicksal von Refa. Das Ende der schmutzig braunen Zeltstadt in der Nähe der Stadt Dohuk verschwimmt mit dem staubigen Horizont.

Schwere Belastungsprobe für den Irak

"Der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab", erklärt Khalid Hussein Qassim, Leiter des Camps, an manchen Tagen erreichten bis zu tausend neue Flüchtlinge das Lager. Die Zeltstadt wurde im April 2012 errichtet, für rund 30.000 Menschen. Inzwischen leben dort schätzungsweise 140.000 Flüchtlinge aus dem Nachbarland. Die meisten von ihnen sind syrische Kurden, die vor den Kämpfen in ihrer Heimat geflohen sind. Sie stammen wie Refa aus der Hauptstadt Damaskus, oder aus Aleppo, aus Homs, aus all den Städten, die in den letzten Monaten zu Synonymen geworden sind für Heckenschützen, Menschenrechtsverletzungen, Todesangst.

Laut Angaben der UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, hat der Konflikt in Syrien bislang rund 1,5 Millionen Menschen aus dem Land vertrieben. Die meisten fliehen in den Libanon, die Türkei oder nach Jordanien. Aber viele suchen auch Zuflucht im Irak. Für das Land, dessen eigene Kriegsnarben noch lange nicht

Im toten Winkel der Welt

verheilt sind, eine schwere Bewährungsprobe. In der Republik Kurdistan leben gerade einmal rund fünf Millionen Einwohner. Zum Vergleich: Das wäre in etwa so viel, wie wenn Deutschland innerhalb eines Jahres zwei Millionen Flüchtlinge auffangen müsste.

"Die Flüchtlinge hier haben das Gefühl, dass sie übersehen werden", sagt Camp-Leiter Qassim. Das Camp liege im toten Winkel der Weltöffentlichkeit. Die Regionalregierung von Kurdistan bemüht sich, die Flüchtlingswelle so gut wie möglich aufzufangen. 15 Millionen Dollar hat sie allein im vergangenen Jahr für das Camp ausgegeben. Gerade hat der Ministerrat zehn weitere Millionen genehmigt, demnächst soll in der Nähe von Erbil, der Hauptstadt der autonomen Region Kurdistan, ein weiteres Flüchtlingslager entstehen.

Im Lager herrscht offenbar kein Mangel an Nahrungsmitteln oder Wasser. Es gibt ein Krankenhaus, das von der Organisation Ärzte ohne Grenzen betrieben wird, Schulen für die Kinder, die meisten Lehrer sind selbst Flüchtlinge aus dem Lager. Alle erhalten mit ihrer Registrierung eine Arbeitsgenehmigung und eine Aufenthaltserlaubnis im Land. "Die Flüchtlinge hier sind frei", erklärt Qassim, "sie werden wie normale Bürger behandelt."

Viele Flüchtlinge sind traumatisiert

Inzwischen haben auch deutsche Politiker das Lager besucht. Claudia Roth von den Grünen war im April vor Ort, im Mai verschaffte sich Nils Schmid, Finanz- und Wirtschaftsminister aus Baden-Württemberg, im Rahmen einer Delegationsreise nach Kurdistan einen Überblick von der Situation der Flüchtlinge. "Die Menschen werden hier offensichtlich gut versorgt, dennoch ist die aussichtslose Lage der Familien bedrückend", so Schmid.

Die größten Sorgen bereiten den Verantwortlichen die männlichen Flüchtlinge, die alleine aus Syrien fliehen. Sie sind in einem eigenen Teil des Lagers untergebracht, getrennt von den Familien, unter ihnen sind auch ehemalige Kämpfer der Truppen von Präsident Baschar al-Assad - und solche, die zeitweise auf Seiten der Rebellen standen. Nicht wenige von ihnen sind traumatisiert, "sie tragen Frust und Wut im Bauch", erklärt Lailan Dosky, eine Mitarbeiterin des Camps, "wo sollen sie ihre Energie rauslassen?" Viele wüssten nicht, was aus ihren Familien geworden ist, "wer keine Arbeit findet, kann nur hier sitzen und warten", sagt Dosky. Das zermürbe die Menschen, führe zu Aggressionen. Der Rückhalt in der kurdisch-irakischen Bevölkerung sei derzeit noch sehr groß, aber auch das könne sich natürlich ändern, wenn immer mehr Flüchtlinge ins Land strömen, befürchtet er.

Lange Zeit hielten die syrischen Kurden Assad und die Rebellen gleichermaßen auf Distanz, doch inzwischen geraten auch sie immer mehr zwischen die Fronten des Krieges .

Nadim, der Mann der schwangeren Refa, scheint wie viele Flüchtlinge im Lager Domiz nicht zu wissen, auf welcher Seite er politisch stehen will, stehen soll, stehen darf. "Wir wollen nur Frieden", sagt Nadim deshalb. Er schaut fragend, als könnte auch diese Antwort falsch sein. Refa hingegen verschwendet keine Gedanken an die Politik, sie hat ihren Sohn und ihre Tochter per Kaiserschnitt geboren und hat nun Angst, dass auch ihr drittes Kind per Operation zur Welt kommen muss, dass sie es dann nicht schnell genug von ihrem Zelt ins Krankenhaus schafft. "Wir wollen einfach so schnell wie möglich zurück nach Hause."

Load-Date: June 25, 2013

[Türkei verpflichtet sich zur Rücknahme illegaler Einwanderer;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-und-tuerkei-unterzeichnen-
rueckuebernahmeabkommen-fuer-illegale-a-939344.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-und-tuerkei-unterzeichnen-rueckuebernahmeabkommen-fuer-illegale-a-939344.html)

SPIEGEL ONLINE

16. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 265 words

Highlight: Der türkische Regierungschef Erdogan spricht von einem Meilenstein: Die EU und Ankara haben ein Abkommen zur **Flüchtlingspolitik** unterzeichnet. Die Türkei verpflichtet sich zur Rücknahme illegaler Einwanderer, im Gegenzug winken den Türken Visa-Erleichterungen in Europa.

Body

Brüssel - Für Türken soll der Weg nach Europa künftig leichter werden, für **Flüchtlinge** aus Afrika und Asien wird er deutlich schwerer. Die Europäische Union und die Türkei haben am Montag ein Abkommen unterzeichnet, in dem sich Ankara verpflichtet, alle **Flüchtlinge** wieder aufzunehmen, die über ihr Territorium in die EU gelangen.

Der Vertrag, der nun dem türkischen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt wird, soll den Ansturm von Flüchtlingen in die EU bremsen. 2011 gelangten nach Angaben der Regierung in Ankara 70.000 Menschen illegal über die Türkei nach Europa, im vergangenen Jahr waren es 35.000.

Im Gegenzug zur Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens nimmt Brüssel jetzt mit der Türkei Gespräche über die Visumpflicht für Türken bei Reisen nach Europa auf.

Erdogan bezeichnet Abkommen als Meilenstein

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan sagte bei der Unterzeichnungszeremonie in Ankara, in drei bis dreieinhalb Jahren werde der Visumszwang für Türken fallen. "Das Abkommen ist ein Meilenstein in den Beziehungen zwischen der Türkei und der EU", sagte Erdogan. Auch Malmström erklärte, die Zusammenarbeit in der Flüchtlings- und Visumpolitik habe "historische Bedeutung".

Erdogan sagte, die Tatsache, dass der Visazwang für Türken in der EU noch nicht aufgehoben worden sei, habe Europa mehr geschadet als genützt. Ängste vor einem Ansturm der Türken in die EU seien unbegründet. "Die Türkei ist heute kein Land mehr, aus dem die Leute fliehen, sondern ein Land, in das die Leute zurückkehren", sagte der Premier.

syd/AFP/dpa

Türkei verpflichtet sich zur Rücknahme illegaler Einwanderer <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-und-tuerkei-unterzeichnen-rueckuebernahmeabkommen-fuer-ill....>

Load-Date: December 16, 2013

End of Document

[15 Palästinenser in Flüchtlingslager verhungert;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/buergerkrieg-in-syrien-15-
palaestinenser-verhungern-in-lager-a-941265.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/buergerkrieg-in-syrien-15-palaestinenser-verhungern-in-lager-a-941265.html)

SPIEGEL ONLINE

30. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 240 words

Highlight: Die Lage der Flüchtlinge in Syrien wird immer katastrophaler: In einem Flüchtlingscamp sollen in den vergangenen drei Monaten 15 Menschen verhungert sein. Weitere 20.000 Menschen sind dort noch eingeschlossen, die Uno befürchtet eine dramatische Verschlimmerung.

Body

Gaza - In einem von der syrischen Armee eingekesselten Lager mit palästinensischen Flüchtlingen in Damaskus sind nach Angaben der Uno seit September mindestens 15 Menschen verhungert. Am Wochenende seien Berichte über fünf neue Hungertote in dem Camp Jarmuk eingegangen, womit die Zahl der Todesopfer durch Unterernährung auf mindestens 15 gestiegen sei, erklärte das Uno-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA).

In dem Camp sind rund 20.000 Palästinenser ohne ausreichende Nahrungsmittel und Medikamente eingeschlossen. Seit September sei das Lager für Hilfstransporte nicht mehr erreichbar, sagte UNRWA-Sprecher Chris Gunness. Gunness warnte vor einer dramatischen Verschlechterung der Lage in dem Lager. Die anhaltende Präsenz bewaffneter Gruppen und die Blockade durch Regierungstruppen durchkreuze alle humanitären Bemühungen, sagte er.

Syrien wird seit fast zwei Jahren von einem Bürgerkrieg beherrscht, in dem sich Gegner von Präsident Baschar al-Assad gegen die Regierung auflehnen. Die amtliche Nachrichtenagentur Sana berichtete am späten Sonntagabend, dank der "Anstrengungen der syrischen Armee" sei es dem Sozialministerium gelungen, mehr als 5000 eingeschlossene Zivilisten aus der Stadt Adra nahe Damaskus in Sicherheit zu bringen. Die Menschen seien von Aufständischen "blockiert" worden und nun an einem sicheren Ort, hieß es. Worum genau es sich bei der "Blockade" handelte, blieb offen.

ade/AFP

Load-Date: December 30, 2013

Griechen machen Grenze zur Türkei dicht

Spiegel Online

30. Juli 2012 Montag 7:09 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FLÜCHTLINGSWELLE AUS SYRIEN

Length: 559 words

Highlight: Die Zahl der Grenzsoldaten wird vervierfacht, schwimmende Barrieren und weitere Patrouillenboote kommen zum Einsatz: Griechenland verstärkt seine Grenze zur Türkei massiv. Die Regierung in Athen fürchtet einen Strom an **Flüchtlingen** aus Syrien.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-verstaerkt-grenze-zur-tuerkei-wegen-syrien-fluechtlingen-a-847257.html>

Body

Athen/Ankara - Aus Angst vor einer **Flüchtlingswelle** aus Syrien lässt Griechenland die EU-Außengrenze zur Türkei noch schärfer bewachen. 1800 Grenzpolizisten würden zusätzlich an die Grenze geschickt, sagte Justizminister Nikos Dendias am Montag nach einem Treffen mit dem griechischen Regierungschef Antonis Samaras. Bislang werden lediglich 600 griechische Grenzsoldaten eingesetzt. Auf dem Grenzfluss Evros würden weitere Patrouillenboote und schwimmende Barrieren eingesetzt.

Über die griechisch-türkische Grenze gelangen Hunderttausende Flüchtlinge aus Asien und Afrika illegal in die Europäische Union. Seit einigen Monaten patrouillieren an der Grenze neben griechischen Beamten auch Dutzende Mitarbeiter der EU-Grenzagentur Frontex.

In der vergangenen Woche hatte Dendias angekündigt, dass sein Land trotz internationaler Kritik am Bau eines knapp elf Kilometer langen Grenzzauns zur Türkei festhalte. Er soll Anfang Oktober fertig sein.

Mit der Eskalation der Gewalt in Syrien rund um die Großstadt Aleppo hat die Zahl der Flüchtlinge noch einmal drastisch zugenommen. Die schwersten Kämpfe seit Beginn der Proteste gegen Präsident Baschar al-Assad lösten eine massive Flüchtlingswelle aus. Rund 200.000 Menschen sind nach Schätzungen von Rotem Kreuz und Rotem Halbmond in den vergangenen Tagen aus Aleppo geflohen - viele zieht es in die Türkei. Schon jetzt leben mehr als 43.000 syrische Flüchtlinge in türkischen Lagern in der Grenzregion.

Am Montag verstärkte auch die türkische Armee ihre Präsenz an der Grenze zu Syrien. Ein Konvoi mit rund 20 Fahrzeugen sei in die Grenzregion entsandt worden, berichteten türkische Medien. Panzer, Raketenwerfer und Soldaten sind laut der Nachrichtenagentur Anadolu in die südtürkischen Provinzen Kilis und Hatay entsandt worden.

Nach Angaben aus Ankara sind erneut zwölf Offiziere der syrischen Armee desertiert und in der Nacht zum Montag in die Türkei geflohen. Unter ihnen befand sich den Angaben zufolge ein Brigadegeneral, der zuvor als stellvertretender Polizeichef in der Region Latakia im Nordwesten Syriens stationiert war. Damit stieg die Zahl der

Griechen machen Grenze zur Türkei dicht

seit dem Beginn der Proteste gegen Staatschef Baschar al-Assad vor 16 Monaten in die Türkei geflohenen Generäle auf 28.

Höchster Diplomat in London kehrt Assad den Rücken

Auch im Ausland kehren Vertreter des Regimes Präsident Assad den Rücken. Der ranghöchste syrische Diplomat in London sagte sich am Montag vom Regime los. Der Geschäftsträger der Botschaft in London, Chalid al-Ajubi, habe die britischen Behörden darüber informiert, dass er nicht länger bereit sei, die syrische Regierung Assads zu unterstützen, sagte ein Sprecher des Außenministeriums in London. Ajubi ist erst seit Mai Geschäftsträger. Sein Vorgänger und der Botschafter waren bereits des Landes verwiesen worden.

Der Schritt Ajubis zeige den "Umschwung und die Verzweiflung" der Syrer. Das britische Außenministerium forderte andere syrische Diplomaten in aller Welt auf, es ihm gleichzutun. "Der Abgang ist ein weiterer Schlag für das Assad-Regime", sagte der Ministeriumssprecher.

In Aleppo bot das Regime den dritten Tag in Folge seine Panzer und Kampfhubschrauber gegen die Aufständischen in Aleppo auf. Die Regierung behauptet, schon gesiegt und die Rebellen aus der Stadt vertrieben zu haben. Doch die Aufständischen leisten offenbar nach wie vor Widerstand.

fab/dpa/dapd/Reuters

Load-Date: July 31, 2012

End of Document

Schleuserdrama in der Karibik

Spiegel Online

6. Februar 2012 Montag 11:20 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: BOOTSUNGLÜCK

Length: 145 words

Highlight: Eine **Flüchtlingstragödie** erschüttert die Dominikanische Republik. Vor der Karibikinsel ist am Wochenende ein Schleuserboot gekentert. Mehr als ein Dutzend Menschen kamen ums Leben, die Suche nach Vermissten geht weiter.; <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,813699,00.html>

Body

Santo Domingo - Das Boot war offenbar heillos überladen. Bei der Havarie eines **Flüchtlingsboots** sind nach einem Bericht der Tageszeitung "Listin Diario" mindestens 19 Menschen vor der Küste der Dominikanischen Republik ums Leben gekommen.

Wie die Behörden des Karibikstaates am Montag mitteilten, ereignete sich die Tragödie am Samstag vor der Bucht von Samaná, als ein Boot mit etwa 65 Migranten an Bord wegen hohen Wellengangs verunglückte. Die Passagiere wollten den Angaben zufolge die zu den USA gehörende Nachbarinsel Puerto Rico erreichen. Der mutmaßliche Kapitän des Schleuserboots wurde festgenommen und verhört.

Die Kriegsmarine der Dominikanischen Republik teilte mit, 13 Schiffbrüchige seien gerettet worden, 32 weitere würden noch vermisst. Vizeadmiral Nicolás Cabrera Arias sagte laut lokalen Medienberichten vom Montag, die Suche werde fortgesetzt.

bos/dpa/dapd

Load-Date: February 7, 2012

Mehr als 800 Flüchtlinge aus Afrika aufgegriffen;
<http://www.spiegel.de/panorama/mehr-als-800-fluechtlinge-aus-afrika-im-mittelmeer-aufgegriffen-a-929919.html>

SPIEGEL ONLINE

25. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / DEFAULT

Length: 239 words

Highlight: In der Nacht zum Freitag hat die italienische Marine und Küstenwache erneut Hunderte Bootsflüchtlinge im Mittelmeer aufgenommen. Mehr als 300 Menschen gerieten vor Lampedusa in Seenot.

Body

Rom - Mehr als 800 Bootsflüchtlinge aus Afrika sind in der Nacht zum Freitag vor der italienischen Küste im Mittelmeer aufgegriffen worden. Zwei Schiffe der italienischen Kriegsmarine haben etwa 400 Menschen aufgenommen, wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa berichtete.

Weitere 250 Flüchtlinge seien vor Lampedusa an Bord von zwei Schnellbooten der Küstenwache gegangen. Sie waren vor der Insel in Seenot geraten. Ein Patrouillenboot der Küstenwache habe 95 Menschen aus Eritrea südöstlich vor Lampedusa aufgegriffen. Weitere 80 Flüchtlinge sind von einem Handelsschiff gerettet worden. Ihr Boot war südlich von Lampedusa in Schwierigkeiten geraten. Die Einsatzkräfte brachten einige der geretteten Flüchtlinge vorerst auf die Insel. Die anderen Menschen sollten an anderen Orte untergebracht werden, wie Ansa berichtete.

Erst Anfang des Monats waren bei der Havarie eines Flüchtlingsbootes 360 Menschen ertrunken. Rund 440 Flüchtlingen hatten sich auf einem Holzboot gedrängt. Viele von ihnen kamen aus Somalia und Eritrea. Wenige Tage war erneut ein Schiff mit Flüchtlingen aus Afrika gesunken. An Bord waren Hunderte Menschen, mehr als 30 starben.

Erst vor anderthalb Wochen hatten Einsatzkräfte mehr als 400 Menschen im Mittelmeer gerettet und nach Lampedusa oder Sizilien gebracht. Die Flüchtlingsdramen im Mittelmeer sind an diesem Freitag auch ein Thema auf dem EU-Gipfel in Brüssel.

kha/dpa

Load-Date: November 15, 2013

Assange kündigt öffentlichen Auftritt an

Spiegel Online

17. August 2012 Freitag 3:01 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ASYL IN ECUADORS BOTSCHAFT

Length: 497 words

Highlight: Ecuador gewährt Julian Assange Asyl - doch wie kommt er aus der Botschaft in London? Die Regierung in Quito fordert Unterstützung durch die Organisation Amerikanischer Staaten. Der WikiLeaks-Gründer selbst kündigt einen öffentlichen Auftritt an.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wikileaks-assange-kuendigt-oeffentlichen-auftritt-in-london-an-a-850640.html>

Body

London - Die Situation ist verfahren. Zwar gewährt Ecuador dem WikiLeaks-Gründer Julian Assange Asyl. Aber die Botschaft des Landes in London kann er nicht verlassen, weil er dann sofort verhaftet würde. Denn Assange soll wegen des Verdachts, Sexualdelikte verübt zu haben, nach Schweden ausgeliefert werden.

Dennoch kündigte WikiLeaks am Freitag über Twitter an, der 41 Jahre alte Australier wolle vor die Öffentlichkeit treten. Er werde "live" und "vor der Botschaft Ecuadors" ein Statement abgeben, hieß es. Ob er tatsächlich persönlich vor dem Gebäude erscheint ist dennoch zweifelhaft. Zwei Dutzend Polizisten postierten sich rund um die Botschaft, um Assange festzunehmen.

Ecuador wendet sich an OAS

Ecuador schaltete inzwischen die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in den Konflikt ein. Quito habe ein Treffen der Außenminister für den 23. August beantragt, teilte die OAS am Freitag mit.

Die ecuadorianische OAS-Botschafterin María Isabel Salvador sagte, die Regierung ihres Landes wolle, dass die Außenminister der Organisation über die "ausdrücklichen Drohungen" der britischen Regierung gegen Assange berieten. Ecuador hatte Assange, der am 19. Juni in die Londoner Botschaft geflohen war, am Donnerstag diplomatisches Asyl gewährt.

Assange soll in Schweden zu Vorwürfen befragt werden, zwei Frauen sexuell belästigt beziehungsweise vergewaltigt zu haben. Außenminister William Hague hatte am Donnerstag die Entschlossenheit seines Landes bekräftigt, den schwedischen Haftbefehl zu vollstrecken und Assange auszuliefern. Zugleich gestand er ein, dass sich das Tauziehen um den Australier über Monate oder Jahre hinziehen könnte.

Wegen des Streits schaltete Ecuador auch die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR) ein und beraumte für Sonntag ein Treffen der Außenminister an. Am Wochenende kommt zudem das lateinamerikanische

Assange kündigt öffentlichen Auftritt an

Staatenbündnis ALBA zu Beratungen über Assange zusammen. Assanges Rechtsberater Baltasar Garzón kündigte an, notfalls die Ausreise vor dem Internationalen Gerichtshof zu erstreiten.

In Schweden traf ein Vertreter des Außenministeriums Ecuadors Botschafter, um ihm die "Grundprinzipien des schwedischen Justizsystems" in Erinnerung zu rufen. Außenminister Carl Bildt hatte bereits zuvor Vorwürfe zurückgewiesen, Assange würden in Schweden nicht alle Rechte zu seiner Verteidigung eingeräumt. Ecuadors Außenminister Ricardo Patiño hatte den Verdacht geäußert, Assange könnte von Schweden weiter an die USA ausgeliefert werden.

WikiLeaks hat durch die Veröffentlichung hunderttausender vertraulicher US-Diplomatendepeschen und brisanter Dokumente zu den Kriegen im Irak und Afghanistan den Zorn Washingtons auf sich gezogen. Der US-Soldat Bradley Manning, der die Depeschen an WikiLeaks weitergegeben haben soll, muss sich derzeit vor einem US-Militärgericht verantworten. Die USA dementieren jedoch, dass Assange ebenfalls gesucht werde. Auch Schweden und Großbritannien haben eigenen Angaben nach kein Auslieferungsgesuch erhalten.

ler/dpa/AFP

Load-Date: August 17, 2012

End of Document

[Nur jedes vierte Kind kann in die Schule;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/oxfam-die-lage-der-syrischen-
fluechtlinge-im-libanon-ist-prekaer-a-934690.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/oxfam-die-lage-der-syrischen-fluechtlinge-im-libanon-ist-prekaer-a-934690.html)

SPIEGEL ONLINE

21. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 694 words

Byline: Raniah Salloum

Highlight: Die Situation für Syriens Flüchtlinge im Libanon wird immer verzweifelter. Es fehlt an Hilfe, die Familien leiden Not und müssen selbst sehen, wie sie über die Runden kommen. Die Folge laut einer aktuellen Studie: Nur ein Viertel der Kinder im Schulalter kann zum Unterricht.

Body

Beirut - Inzwischen ist etwa jeder Dritte im Libanon Syrer. Kein Land hat so viele Flüchtlinge aufgenommen wie der kleine Nachbarstaat. Und stetig werden es mehr. Rund 800.000 Syrer haben sich inzwischen offiziell als Flüchtling registriert. Wie groß die Dunkelziffer derer ist, die sich nicht gemeldet haben, ist nicht bekannt. Nach Schätzungen des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind insgesamt mehr als zwei Millionen Syrer auf der Flucht.

Die libanesische Regierung möchte für die Syrer keine großen Flüchtlingslager einrichten. Sie müssen sich selbst darum kümmern, eine Unterkunft zu finden und Essen zu kaufen. Manche von ihnen haben sich mit ihrer Familie ein Zimmer gemietet, andere haben sich selbst ein Zelt gebaut und von einem libanesischen Bauern ein kleines Stück Acker gemietet.

Je mehr Flüchtlinge kommen, desto schwieriger wird für sie das Leben im Libanon: Die Mieten steigen, und die Löhne, die libanesische Arbeitgeber den Syrern anbieten, sinken. Es findet sich immer jemand, der noch verzweifelter ist - und billiger zu haben.

Studie im Auftrag von Oxfam

Wie verzweifelt die Situation der syrischen Flüchtlinge im Libanon inzwischen ist, hat die Hilfsorganisation Oxfam herauszufinden versucht. Drei Monate lang befragten Forscher des "Beirut Research and Innovation Center" verschiedene Flüchtlingsgruppen, insgesamt 1591 Menschen.

Die Ergebnisse, die Oxfam am Donnerstag veröffentlichte, sind erschreckend:

Verlorene Generation: Nur etwa 25 Prozent der syrischen Flüchtlingskinder im Schulalter gehen im Libanon zum Unterricht. Die syrischen Flüchtlingsfamilien scheinen es sich nur leisten zu können, im Durchschnitt ein Kind zur Schule zu schicken. Die anderen Kinder müssen mithelfen, dass die Familie über die Runden kommt.

Nur jedes vierte Kind kann in die Schule <http://www.spiegel.de/politik/ausland/oxfam-die-lage-der-syrischen-fluechtlinge-im-libanon-ist-prekaer-a-934690.html>

Wachsende Prekarität: Im Durchschnitt muss jede Flüchtlingsfamilie im Libanon im Monat 275 Dollar für Essen und 225 Dollar für die Miete ausgeben. Das Land ist teuer, viel teurer als Syrien vor den Aufständen. Dort lag der Durchschnittslohn bei monatlich 200 Dollar. Das bedeutet für die Flüchtlinge monatliche Fixkosten von etwa 500 Dollar nur fürs Allernötigste. Vom Uno-Flüchtlingswerk erhalten sie monatlich durchschnittlich 90 Dollar, eine Lücke von im Schnitt 410 Dollar - und das jeden Monat.

Mit den verschiedensten Mitteln versuchen die Syrer im Libanon über die Runden zu kommen. Ein Drittel der Syrer im arbeitsfähigen Alter hat hin und wieder einen kleinen Job, die anderen sind auf Arbeitssuche. Manche versuchen von anderen Hilfsorganisationen Unterstützung oder Sachspenden zu bekommen.

Wer noch Ersparnisse hat, lebt davon. In der Regel reichen diese den syrischen Flüchtlingen gerade einmal für die ersten sechs Monate, heißt es in dem Oxfam-Bericht, dann versiegt auch diese Reserve.

Die Flüchtlinge träumen von einer Rückkehr nach Hause

Wer Verwandte oder Freunde hat, die aushelfen können, schlägt sich mithilfe ihrer Unterstützung durch oder nimmt einen Kredit auf. Wie Recherchen des SPIEGEL zeigen, sind nicht wenige Flüchtlinge so verzweifelt,

dass sie ihre Organe verkaufen, um an etwas Geld zu kommen. Manche der syrischen Flüchtlinge, vor allem die im Norden des Libanons, sind schon zu Beginn der Aufstände vor fast drei Jahren geflohen. Andere, vor allem die, die sich im Süden Libanons niedergelassen haben, weil überall sonst kaum noch Platz ist, sind erst im vergangenen halben Jahr eingetroffen.

Die Gewalt in Syrien verschont Zivilisten nicht. Den Flüchtlingen geht es darum, ihr Leben zu retten. Derzeit treffen im bereits überfüllten Nordlibanon neue syrischen Familien ein, die vor der Offensive des syrischen Militärs gegen die Kalamun-Region nördlich von Damaskus fliehen.

Sobald in ihrer Heimat wieder Frieden herrscht, wollen die syrischen Flüchtlinge zurückkehren, heißt es im Bericht von Oxfam. Ausgerechnet diejenigen, die als erste bereits vor fast drei Jahren fliehen mussten, sind am hoffnungsvollsten, dass es jeden Moment so weit sein könnte.

Ein Zehntel der Befragten geht allerdings davon aus, dass der Krieg in ihrer Heimat auch in fünf Jahren noch nicht vorbei sein wird.

Load-Date: November 21, 2013

Assange flieht in ecuadorianische Botschaft

Spiegel Online

19. Juni 2012 Dienstag 10:10 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ASYLANTRAG DES WIKILEAKS-GRÜNDERS

Length: 503 words

Highlight: Julian Assange versucht mit allen Mitteln einer Auslieferung nach Schweden zu entgehen: Der WikiLeaks-Gründer ist in die Londoner Botschaft des Landes Ecuador geflohen und hat dort Asyl beantragt. In seinem Schreiben bezeichnet er sich als politisch Verfolgter.; <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/wikileaks-gruender-julian-assange-beantragt-asyl-in-ecuador-a-839851.html>

Body

Quito - Dem Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks gehen die juristischen Mittel aus, um eine Auslieferung nach Schweden zu verhindern. Nun hat Julian Assange Asyl in Ecuador beantragt. Er sei in die Botschaft Ecuadors in London geflohen, teilte Ecuadors Außenminister Ricardo Patiño mit. Er befinde sich nun auf diplomatischem Territorium, jenseits des Zugriffs der Polizei, teilte das Ministerium nach Angaben des britischen "Guardian" mit. Der Asylantrag werde nun geprüft. Auch in dem Twitter-Feed von WikiLeaks heißt es, Assange befinde sich in der Botschaft.

Vor weniger als einer Woche hatte der Oberste Gerichtshof in Großbritannien eine Wiederaufnahme des Auslieferungsverfahrens gegen Assange abgelehnt. Der WikiLeaks-Gründer soll in Schweden wegen Vergewaltigungs- und Nötigungsvorwürfen verhört werden. Ihm bliebe damit lediglich noch der Weg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte - dieser kann seine Auslieferung jedoch auch nicht verhindern.

Assange steht seit rund einem Jahr in London unter Hausarrest. In Schweden erwarte ihn kein fairer Prozess, hatte Assange erklärt und damit seinen Widerstand gegen eine Auslieferung begründet. Diese Bedenken ließ er nun offenbar auch in seinen Asylantrag einfließen: Er verstehe sich als politischer Verfolgter, hieß es in einer Mitteilung, die das ecuadorianische Außenministerium am Dienstagabend auf seiner Internetseite veröffentlichte.

Mit seiner Flucht in die Botschaft des südamerikanischen Landes könnte Assange gegen seine Bewährungsaufgaben verstoßen haben, mit denen er seit mehr als einem Jahr die britische Auslieferungshaft umgeht.

Assange sehe seine grundlegenden Rechte von seinem Heimatland Australien nicht ausreichend geschützt, hieß es in dem Schreiben weiter. Außerdem werde in den USA gegen ihn ermittelt, "ein Staat in dem auf diese Vergehen (*Spionage und Geheimnisverrat, Anm. d. Red.*) die Todesstrafe steht".

Bislang war Assange in Ecuador nicht gerade willkommen: Im November 2010 hatte Präsident Rafael Correa einen Besuch des WikiLeaks-Gründers abgelehnt und ihn des Rechtsbruchs bezichtigt.

Assange flieht in ecuadorianische Botschaft

Vor zwei Jahren hatte Assange für weltweites Aufsehen gesorgt, weil WikiLeaks Tausende geheime US-Dokumente unter anderem über die Kriege im Irak und in Afghanistan veröffentlichte. Es war die größte Enthüllung geheimer Dokumente in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Dem Vernehmen nach wird in den USA seit einem Jahr an einer bislang nicht öffentlichen Anklage gegen Assange gearbeitet. Zwar steht die Publikation geheimer Informationen dort an sich nicht unter Strafe. Sollte man Assange jedoch nachweisen können, dass er einen Informanten zum Stehlen und Weitergeben geheimer Informationen überredet hat, könnte er wegen Verschwörung zum Geheimnisverrat angeklagt werden.

Ob Schweden Assange im Fall einer Anklageerhebung in den USA dorthin ausliefern könnte, ist jedoch unklar. Allerdings hätte auch Großbritannien Assange in die USA ausliefern können, wenn dort eine Anklage gegen ihn vorgelegen hätte.

usp/ssu/dapd/dpa-AFX/Reuters

Load-Date: June 20, 2012

End of Document

Deutsche Abgeordnete fordern Aufnahme von Flüchtlingen

Spiegel Online

24. August 2012 Freitag 8:32 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SYRIEN

Length: 478 words

Highlight: Immer mehr Syrer flüchten vor den Kämpfen, sie suchen Schutz in den Nachbarländern. Doch diese kommen langsam an ihre Grenzen. In Deutschland fordern nun führende Außenpolitiker, **Flüchtlinge** aus dem Bürgerkriegsland aufzunehmen.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutsche-abgeordnete-fordern-aufnahme-von-fluechtlingen-a-852001.html>

Body

Damaskus/Berlin - Seit 18 Monaten tobt der Bürgerkrieg in Syrien schon. Immer mehr Menschen fliehen vor der Gewalt in die Nachbarländer. Angesichts der dramatischen Lage werden in Deutschland die Rufe lauter, auch **Flüchtlinge** nach Deutschland zu holen. Unions-Fraktionschef Volker Kauder kündigte am Freitag an. Gespräche darüber mit Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) und den Bundesländern zu führen. "Wir müssen bereit sein, Verfolgte, Verletzte und Bedrohte aus Syrien in Europa aufzunehmen", sagte er der "Schwäbischen Zeitung".

Außenpolitiker aller anderen Bundestagsfraktionen plädierten ebenfalls für die Öffnung der deutschen Grenzen für notleidende Syrer. "Moralisch wäre eine Aufnahme in Deutschland grundsätzlich geboten", sagte der SPD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, Rolf Mützenich der "Welt". Das sehen auch die Außenpolitiker Rainer Stinner (FDP), Kerstin Müller (Grüne) und Wolfgang Gehrke (Linke) so.

Philipp Mißfelder, CDU-Obmann im Auswärtigen Ausschuss, sprach sich dafür aus, nur ausgewählte Flüchtlinge ins Land zu lassen. Große Sorgen mache ihm die Lage der Christen in Syrien, da der Bürgerkrieg vor allem auch religiös motiviert sei. "Deshalb sollte Deutschland an dieser Stelle eine Aufnahme von Flüchtlingen nicht ausschließen."

Das Auswärtige Amt warnte vor einem deutschen Alleingang. Außenamts-Sprecher Andreas Peschke betonte, dass Deutschland eine solche Entscheidung nicht alleine treffen könne. "Es kann in so einer wichtigen, sensiblen Frage keine Alleingänge geben." Auch die Einrichtung von militärisch geschützten Flüchtlingszonen in Syrien lehnte Peschke ab. In den internationalen Gremien sei man sich bewusst, welche schwerwiegenden Konsequenzen so etwas haben könne, sagte er zur Begründung.

Die internationale Gemeinschaft sei sich derzeit einig, die Hilfe weiterhin auf Maßnahmen vor Ort zu konzentrieren. Die Bundesregierung hat bisher 22 Millionen Euro für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt.

Deutsche Abgeordnete fordern Aufnahme von Flüchtlingen

Nach Angaben der Regierung in Ankara überquerten in dieser Woche binnen 24 Stunden mehr als 3500 Menschen die Grenze. Das ist einer der höchsten Werte seit Beginn der Gewalt im Land. Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) sprach am Freitag von mehr als 200.000 Menschen, die bereits Schutz in der Türkei, im Libanon, dem Irak und Jordanien gesucht haben.

In New York empfing Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon den neuen Sondergesandten der Weltorganisation, Lakhdar Brahimi. Bans Sprecher Martin Nesirky zitierte den Generalsekretär mit den Worten, Brahimis außerordentliche Kompetenz werde für die äußerst wichtige Frage gebraucht, "Frieden und Stabilität nach Syrien zu bringen und die Menschenrechte dort zu fördern". Brahimi tritt offiziell am 1. September die Nachfolge von Kofi Annan an, dessen Friedensplan gescheitert ist. Am Donnerstag hatten die letzten Uno-Beobachter Damaskus verlassen-.

heb/dpa/Reuters

Load-Date: August 25, 2012

End of Document

Deutschland soll mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen

SPIEGEL ONLINE

11. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND; S. 0; Ausg. 0

Length: 315 words

Highlight: Mehr als eine Million Syrer sind vor dem Bürgerkrieg aus ihrem Land geflohen. Ein kleiner Teil von ihnen könnte schon bald in Deutschland unterkommen. Die Uno verhandelt laut der Nachrichtenagentur Reuters mit der Bundesrepublik über die Aufnahme weiterer Flüchtlinge. Das Innenministerium dementiert.

Body

Berlin/Damaskus - Seit mehr als zwei Jahren tobt der Bürgerkrieg in Syrien. Zehntausende Menschen wurden in den Gefechten zwischen Rebellen und den Regierungstruppen getötet, rund 1,6 Millionen sind auf der Flucht. Wenn es nach den Vereinten Nationen geht, könnten einige von ihnen in Deutschland zumindest vorübergehend eine neue Heimat bekommen. Eine entsprechende Anfrage des Uno-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) an Berlin bestätigte UNHCR-Sprecher Adrian Edwards am Dienstag.

Er nannte nach Informationen der Nachrichtenagentur Reuters die Zahl von bis zu 10.000 Flüchtlingen. Ein Sprecher des Innenministeriums zeigte sich von der Ankündigung überrascht. Deutschland nehme bereits Flüchtlinge auf. Von einer derartigen Ausweitung sei allerdings nichts bekannt. Auch die konkrete Anfrage des UNHCR könne man nicht bestätigen.

"Priorität haben derzeit noch Zufluchtsstätten in der Region", so Edwards mit Blick auf die syrischen Nachbarn Türkei, Libanon, Jordanien und Irak. Dort ist bisher ein Großteil der Flüchtlinge untergekommen. "Aber auch Länder außerhalb der Region müssen ihre Solidarität beweisen."

Ende Juni sollen in Genf entsprechende Gespräche mit den Landesregierungen geführt werden. Für die Umsiedlung nach Europa kämen aber nur besonders heikle Fälle in Frage.

Auch mit anderen europäischen Regierungen liefen bereits Gespräche über entsprechende Hilfsangebote an die syrischen Flüchtlinge. Das UNHCR geht davon aus, dass die Zahl der Vertriebenen bis Ende 2013 bei mehr als drei Millionen liegen könnte.

Anmerkung: In einer früheren Version des Artikels hieß es unter Berufung auf die Nachrichtenagentur Reuters, Deutschland könnte bis zu 10.000 Flüchtlinge aufnehmen. Wie das Innenministerium mitteilt, kann diese Zahl jedoch, ebenso wie die Anfrage, nicht bestätigt werden. Wir haben die entsprechenden Textstellen angepasst.

jok/Reuters

Deutschland soll mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen

Load-Date: June 25, 2013

End of Document

Ecuador kommt Obama zuvor

SPIEGEL ONLINE

27. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 723 words

Byline: Johannes Schneider

Highlight: Im Streit um den Asylantrag von Whistleblower Snowden hat Ecuador das Zollabkommen mit Washington gekündigt - und gibt sich als furchtloses Land, das den mächtigen USA die Stirn bietet. Tatsächlich bringt die Maßnahme auch Vorteile für Quito.

Body

In der Affäre um Edward Snowden nehmen die Spannungen zwischen den Regierungen in Quito und Washington weiter zu. Nachdem die USA gedroht haben, Ecuador Zollerleichterungen zu streichen, falls es Snowden Asyl gewähren sollte, hat das südamerikanische Land das Zollabkommen am Donnerstag seinerseits gekündigt. Kurz danach kündigten die USA erneut an, ihrerseits die Handelsvorteile für Ecuador zu überprüfen.

Für Washington ist die jüngste Entwicklung ein weiterer Rückschlag im diplomatischen Albtraum um den flüchtigen Whistleblower Snowden. Dass Ecuador Snowden Asyl bewilligen wird, ist nun wahrscheinlicher denn je. Die öffentlichen Drohgebärden aus Washington kommen Quito gerade recht.

Denn in Ecuador hat ohnehin niemand mehr damit gerechnet, dass die USA das seit 1991 bestehende Zollabkommen verlängern würden. Zu zahlreich waren die Konflikte zwischen den beiden Ländern schon vor der Snowden-Affäre.

Washington düpiert, Quito erbost

So ließ der ecuadorianische Präsident Rafael Correa 2009 eine US-amerikanische Militärbasis an der ecuadorianischen Küste schließen - und das, obwohl die Zollerleichterungen eben gerade eine Gegenleistung dafür sein sollen, dass Ecuador im Kampf gegen den Drogenschmuggel mit den USA zusammenarbeitet. 2012 düpierte Correa Washington abermals, als er Julien Assange Asyl in Ecuador gewährte; der Wikileaks-Gründer harrt seitdem in der ecuadorianischen Botschaft in London aus.

Zuletzt revanchierte sich Washington, indem es das neue ecuadorianische Kommunikationsgesetz harsch kritisierte. Als der amerikanische Botschafter Adam Namm im Mai eine Protestveranstaltung gegen das Gesetz besuchte, schimpfte Correa, Namm sei ein Störenfried und solle sich nicht in fremde Angelegenheiten einmischen.

"Der ecuadorianischen Regierung war schon lange klar, dass das Zollabkommen nicht verlängert würde", sagt dementsprechend Santiago Zeas, Politik-Analyst bei der Quitoer Tageszeitung "El Comercio". In den TV-

Ecuador kommt Obama zuvor

Nachrichten erklärten Politiker bereits in den vergangenen Tagen, wie das Ende des Abkommens durch Subventionen für exportierende Firmen aufgefangen werden könne. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Ecuador so schnell auf die Drohung aus Washington reagiert hat.

Ohne Rücksicht auf Verluste

Tatsächlich birgt die Entwicklung auch Vorteile für Quito. Correa und seine Mitstreiter können sich nun noch offensiver als mutige Kämpfer für die Meinungsfreiheit präsentieren. In der Pressekonferenz zur Kündigung des Zollabkommens bot Correas Sprecher den USA 23 Millionen Dollar jährlich an, das entspricht in etwa dem Volumen der Zollerleichterungen. Mit dem Geld, so führte er aus, sollten die USA die humanitäre Lage im eigenen Land verbessern.

Ecuador als furchtloses Land, das den mächtigen USA ohne Rücksicht auf Verluste die Stirn bietet - in keiner Rolle sieht Correa seinen Staat lieber.

"Correa hat schon immer viel daran gelegen, allen zu zeigen, dass er den USA nicht gehorcht", sagt der Politologe und Ecuador-Experte Jonas Wolff gegenüber SPIEGEL ONLINE. Seine stundenlangen Reden, in denen er den amerikanischen Imperialismus geißelt, sind berüchtigt.

Und selbst wenn er wollte: Nach der jetzigen Zuspitzung kann Correa kaum noch anders, als Snowden Asyl zu gewähren. Würde er anders entscheiden, würde er sein Gesicht verlieren. Falls es je eine Möglichkeit auf Einigung zwischen den USA und Ecuador gegeben haben sollte - durch die jüngsten Drohgebärden scheint Washington sie endgültig verspielt zu haben.

Doch während Ecuadors Spitze demonstrativ Stärke zeigt, sehen viele Ecuadorianer die Entwicklung mit Sorge. Ecuadors gute wirtschaftliche Entwicklung, so fürchten sie, könnte leiden, falls die USA mit weiteren Sanktionen reagieren sollten. "Das ist eine unverantwortliche und rein ideologische Entscheidung, die nicht das Wohlergehen der Bevölkerung im Sinn hat", sagte der Präsident der ecuadorianischen Handelskammer, Blasco Peñaherrera der Nachrichtenagentur EFE. Er befürchte, dass die USA noch weitere Sanktionen folgen lassen könnten

"Edward Snowden ist ein mutiger Mann, ich bin eigentlich dafür, dass wir ihn aufnehmen", sagt etwa die Lehrerin Zulema Mera in Quito. "Aber ich habe auch Angst, dass wir uns damit einen Gegner machen, der zu mächtig für uns sein könnte."

Load-Date: July 23, 2013

Ein Viertel aller Syrer ist auf der Flucht

Spiegel Online

4. April 2013 Donnerstag 8:57 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: NEUE UNO-ZAHLEN

Length: 484 words

Highlight: Die Uno meldet erschreckende Zahlen: Wegen des Bürgerkriegs in Syrien mussten schon vier Millionen Menschen ihr Zuhause verlassen. Hinzu kommen etwa 1,2 Millionen, die ins Ausland geflohen sind.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/uno-ein-viertel-der-syrer-mittlerweile-auf-der-flucht-a-892630.html>

Body

Damaskus - Nach zwei Jahren Bürgerkrieg in Syrien ist nach neuen Schätzungen der Vereinten Nationen rund ein Viertel der Bevölkerung auf der Flucht. Allein innerhalb des Landes gebe es derzeit rund vier Millionen Betroffene, erklärte eine Sprecherin des Uno-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR). Hinzu kommen etwa 1,2 Millionen Syrer, die angesichts der anhaltenden Gewalt ins benachbarte Ausland geflohen sind.

Bisher war das UNHCR von rund 2,5 Millionen Flüchtlingen innerhalb Syriens ausgegangen. Derzeit überarbeiten die Vereinten Nationen aber ihre Schätzung. Die alte Angabe "spiegelt die sich schnell entwickelnde Lage nicht mehr wider", schrieb UNHCR-Sprecherin Reem Alsalem der Nachrichtenagentur AFP. In dem Konflikt starben nach Uno-Schätzungen bisher mehr als 70.000 Menschen.

Not der Zivilbevölkerung steigt

In Syrien lebten vor Beginn des Aufstands gegen Präsident Baschar al-Assad 22,5 Millionen Menschen. Zahlreiche Bürger flüchteten nicht nur vor der Gewalt, sondern auch, weil es oftmals für sie keine Lebensgrundlage mehr im Land gegeben habe, sagte die Flüchtlingsbeauftragte im US-Außenministerium, Kelly Clements. Die grundlegende Versorgung funktioniere vielfach nicht mehr, Schulen seien geschlossen, das Gesundheitssystem funktioniere nicht.

Die humanitäre Lage in Syrien hat sich auch nach Einschätzung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) dramatisch verschlechtert. Die Not der Zivilbevölkerung habe in den vergangenen Wochen noch einmal deutlich zugenommen. Die internationalen Organisationen könnten weiterhin nur eingeschränkt helfen, sagte IKRK-Präsident Peter Maurer am Donnerstag. Konvois mit dringend benötigten Hilfsgütern würden immer noch beschossen und müssten daher wieder umkehren.

Suleiman fordert Lager sollten innerhalb Syriens

Ein Viertel aller Syrer ist auf der Flucht

Problematisch ist auch die immer weiter ansteigende Zahl der Menschen, die in die Nachbarländer Syriens fliehen. Der libanesischer Präsident Michel Suleiman appellierte am Donnerstag an die internationale Gemeinschaft, in Syrien selbst Uno-geschützte Hilfscamps zu errichten. Er rief zu einer Krisenkonferenz auf.

Die Lager sollten "innerhalb Syriens, weit von den Konfliktzonen entfernt, von Uno-Truppen geschützt und nahe der libanesischen, jordanischen, türkischen und irakischen Grenzen errichtet werden", forderte der Staatschef. Darüber hinaus empfahl Suleiman, alle neu im Libanon ankommenden Flüchtlinge "auf verbrüderte und befreundete Staaten aufzuteilen". Zur Zeit sind nach einer Uno-Zählung allein im Libanon mehr als 400.000 syrische Flüchtlinge registriert.

"Es werden noch mehr Flüchtlinge kommen. Der Libanon kann das nicht mehr bewältigen", sagte eine nicht näher genannte Quelle aus Suleimans Umfeld. Um den Flüchtlingsansturm zu bewältigen, brachten zwei russische Flugzeuge am Donnerstag je 40 Tonnen Hilfsgüter wie Stromgeneratoren, Decken und Lebensmittelkonserven in den Libanon und nach Jordanien.

heb/AFP/Reuters

Load-Date: April 5, 2013

End of Document

Manchmal ist es besser zu schweigen

Spiegel Online

29. Oktober 2012 Montag 6:45 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: JAUCH-TALK ZU NSU-MORDEN

Length: 802 words

Byline: Mathias Zschaler

Highlight: Waren die deutschen Sicherheitskräfte im Fall der NSU-Morde blind? Die Antwort auf diese Frage fiel den Gästen bei Günther Jauch schwer. Vielleicht war das Thema zu gewichtig und zu groß für eine Sonntagabend-Talkshow.; <http://www.spiegel.de/kultur/tv/talk-bei-guenther-jauch-ueber-die-nsu-morde-a-863923.html>

Body

Worte können auf so schreckliche Weise falsch sein, dass ihre Entlarvung einen Schock auslöst - weil die Wirklichkeit danach eine andere geworden ist. Das Wort von den "Döner-Morden" war ein solches, bis im November 2011 ruchbar wurde, dass sich nicht Menschen mit **Migrationshintergrund** gegenseitig im Zuge krimineller Machenschaften umgebracht haben. Sondern braune Terroristen über Jahre hinweg ein beispielloses Werk tödlichen Hasses vollbracht hatten - unbehelligt von Fahndern und Sicherheitsbehörden.

Von allen Skandalen, die in den vergangenen Jahrzehnten die Republik erschütterten, gehören das Treiben der Zwickauer Terrorzelle NSU und die bis heute beklemmend erfolglosen Aufklärungsbemühungen zu den schlimmsten und gravierendsten. Schon deswegen war es richtig, dass Günther Jauch das Thema jetzt, ein Jahr nachdem die eigentlichen Zusammenhänge bekannt wurden, noch einmal auf seine Talkshow-Tagesordnung setzte.

Damit ist allerdings noch nichts über den Erkenntnisgewinn der Veranstaltung gesagt. Sehr groß konnte er nach Lage der Dinge schon deswegen nicht ausfallen, weil als Vertreter jener Staatsorgane, deren kollektives Systemversagen mittlerweile offenkundig ist, Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) zugegen war. Der hat die Angelegenheit bekanntlich geerbt. Ihm bleibt jetzt nicht viel mehr, als auf vorgenommene strukturelle Verbesserungen in der Kommunikation der Sicherheitsbehörden zu verweisen und Verständnis dafür zu äußern, dass das Vertrauen vieler Menschen in den Rechtsstaat nachhaltig erschüttert wurde. Insbesondere bei jenen, deren Angehörige von den Rechtsterroristen ermordet wurden und die anschließend erleben mussten, wie man sie und die Opfer auch noch kriminalisierte.

Es wäre vielleicht übertrieben zu behaupten, dass der Minister irgendetwas beschönigte oder verharmloste. Aber übermäßig weit war er davon nicht entfernt, etwa wenn er das angeblich generell einwandfreie Wirken der bundesdeutschen Verfassungsschützer pries und vom weltweit anerkannten hohen Standard der hiesigen Behörden sprach. Und das trotz all der unsäglichen Pannen und Peinlichkeiten im Zuge dieser Affäre. Man denke

Manchmal ist es besser zu schweigen

an das Chaos im Thüringer Verfassungsschutz, an die Aktivitäten dubioser V-Leute oder an die Fälle von Aktenvernichtungen.

Zu gewichtig und zu groß

Grünen-Chef Cem Özdemir hatte es denn auch nicht schwer, im Ton berechtigter Empörung dagegenzuhalten. Er konterte die ministerielle Einschätzung von der "phantastischen Arbeit" der Verfassungsschützer mit einer weniger freundlichen Sicht der Dinge. Bei Özdemir lief es auf den Befund hinaus, dass die Verfassung des Verfassungsschutzes noch nie so "desaströs" gewesen sei. Was die Journalistin Mely Kiyak aus eigener Anschauung von den Vernehmungen im Untersuchungsausschuss beizusteuern wusste, komplettierte das bedenkliche Bild von Behörden, die eben gerade nicht in alle Richtungen ermittelten, sondern nur in eine - und das war nun mal nicht die rechtsextremistische.

Die eigentliche Kernfrage lag förmlich in der Luft: Gab es bei den Sicherheitskräften im Fall der NSU-Neonazis eine Art Blindheit oder zumindest eine Sehschwäche? Man hat das Gefühl, dass der Staat im Gefahrenfall irgendwie doch gewohnheitsmäßig nach links schaut. Moderator Jauch stellte diese Frage auch, und Özdemir pflichtete ihm sofort bei. Doch damit hatte es sich auch schon. Spätestens an dieser Stelle entstand beim TV-Zuschauer der Eindruck, dass ein Thema höchst wichtig und zugleich auch zu gewichtig und zu groß für eine Sonntagabend-Talkshow sein kann.

Denn es gab da - sozusagen als Leitidee - auch noch den Versuch, die NSU-Mordserie in einen gesellschaftlichen Kontext zu stellen und die Tiefe jenes braunen Sumpfs auszuloten, den es im deutschen Alltag gibt - rassistisch, bösartig, aggressiv. Was hierzu bei Jauch gesagt wurde, vor allem von dem Journalisten Thomas Kuban, der zehn Jahre undercover in der Szene unterwegs war, hätte gereicht, um eine Sendung zu bestreiten, die Unruhe auslösen müsste.

Es ist nämlich nicht der Untergrund, in dem sich all das abspielt. Es geschieht mittendrin und nicht einmal am Rande der Gesellschaft. Kuban, der sein Äußeres mit einer Verkleidung verbergen musste, sprach von rechtsfreien Räumen, die sich die Rechtsradikalen unter den Augen der Polizei erobern könnten, von Neonazis, die auch deswegen aus der Mitte der Gesellschaft kämen, weil sie inzwischen die Rolle des "Nachwuchses für die Stammtische" einnehmen könnten.

Das waren Momente, in denen die anderen in der Runde schwiegen, auch der Minister. Und wenn Schweigen in diesem Fall auch gewiss nicht die Antwort sein kann, so ist es doch bisweilen besser als ein falsches, beschwichtigendes Wort. Ob der Schock, der vor einem Jahr ausgelöst wurde, doch noch eine dauerhaft heilsame Wirkung entfalten wird, ist wieder eine andere Frage.

Load-Date: October 29, 2012

Endlich Schule

Spiegel Online

10. September 2012 Montag 1:40 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SYRISCHE FLÜCHTLINGSKINDER IM LIBANON

Length: 812 words

Byline: Raniah Salloum

Highlight: Viele hausen unter erbärmlichen Umständen: Zehntausende Syrer sind vor dem Bürgerkrieg in den Libanon geflohen - ihre Kinder bekommen nun ein Stück Normalität zurück. Im nächsten Schuljahr können sie am regulären Unterricht teilnehmen, doch das wirft ganz neue Probleme auf.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrische-fluechtlingskinder-gehen-im-libanon-zur-schule-a-853582.html>

Body

Die zehnjährige Seinab steht mit einem Dutzend anderer Kinder am Straßenrand und wartet auf den Schulbus. Dreimal die Woche, Punkt 14 Uhr, wird sie mit den anderen syrischen **Flüchtlingskindern** in Marj abgeholt und ins benachbarte Bar Elias gefahren, wo libanesische Freiwillige sie unterrichten. "Vorher war es schrecklich. Seit wir Unterricht haben, haben wir Spaß", sagt Seinab strahlend.

Seinab gehört zu den syrischen **Flüchtlingsfamilien**, die nichts mehr haben. Ihre Familie stammt aus Sit Seinab, einem ärmeren Vorort im Süden von Damaskus. Ihr Haus wurde durch Artilleriebeschuss völlig zerstört. Vor zwei Monaten kam sie mit ihren vier Geschwistern, der Mutter und dem Vater nach Marj in den Libanon.

In dem Dorf Marj hausen sie mit gut einem Dutzend anderer Flüchtlingsfamilien aus Vororten von Damaskus in einem leerstehenden Schulgebäude, wo sie auf Matratzen aus sieben Zentimeter dickem Schaumstoff auf dem Boden schlafen. Einmal im Monat bekommen sie ein Lebensmittelpaket mit Reis, Kichererbsen und Linsen. Täglich strömen neue Flüchtlinge über die Grenze. Für die Kinder ist der Unterricht eine willkommene Abwechslung von der Alltagsmisere.

55 Kinder quetschen sich auf 20 Sitze im Schulbus

Der weiße Bus kommt, und die Kinder stürmen hinein. "Nieder mit dem Regime! Nieder mit dem Regime!", fangen die Jungs fröhlich an zu singen. Siebenmal macht der Bus unterwegs halt und sammelt weitere Kinder ein. Sie stammen aus syrischen Flüchtlingsfamilien, die es sich noch leisten können, ein Zimmer oder eine Wohnung in der Gegend zu mieten. Wer irgendwie kann, vermeidet es, in dem Schulgebäude unterkommen zu müssen. Als der Bus in der Kleinstadt Bar Elias ankommt, quetschen sich rund 55 Kinder auf die 20 Sitze.

Offizielle Flüchtlingslager gibt es für die Syrer im Libanon nicht, auch keine zentrale Anlaufstelle. Daher ist unklar, wie viele Flüchtlinge es überhaupt im Libanon gibt. Allein in dem Dorf Marj leben 150 syrische Familien, sagt

Baschir Jarrah, ein örtlicher Freiwilliger. Lediglich etwa 15 davon seien als Flüchtlinge in dem Schulgebäude registriert. Die Dunkelziffer ist enorm. Während die Uno von über 50.000 syrischen Flüchtlingen im Libanon ausgeht, schätzen die syrischen Flüchtlinge selbst ihre Zahl auf über zwei Millionen. Angesichts der Tatsache, dass man inzwischen überall im Libanon, selbst in Bauruinen in Beirut, syrische Flüchtlinge antrifft, scheint ihre Schätzung deutlich realistischer als die Zahlen der Uno. Auch in der Türkei und in Jordanien ächzen die Behörden unter dem Ansturm der Flüchtlinge aus Syrien.

In Bar Elias wartet in der örtlichen Schule die Libanesin Bertha auf die Kinder. Sie gehört zu einer libanesischen Freiwilligenorganisation, die in diesem Sommer im Bekaa-Tal den Unterricht für die Syrer organisiert. Unterstützt werden sie dabei von internationalen Hilfsorganisationen. Die Logos von Unicef, UNHCR, Save the Children und Danish Refugee Council prangen an den Wänden der Klassenzimmer. Hauptsächlich Englisch steht auf dem Programm.

"Das Schulniveau in Syrien ist erschreckend"

Mit dem Ende der Sommerferien in wenigen Wochen sollen die syrischen Kinder zusammen mit den libanesischen die Schulbank drücken. Dies hat die libanesischen Regierung entschieden. Doch anders als in Syrien findet im Libanon der Unterricht halb auf Arabisch und halb auf Englisch statt - eine Sprache, die die syrischen Kinder nicht beherrschen. Daher ist der Vorbereitungskurs nun sehr wichtig.

Bertha ruft Seinab an die Tafel und zeigt ihr, wie man ihren Namen in lateinischen Buchstaben schreibt. Seinab übt danach an ihrem Platz mit Bleistift und Papier, das Bertha ausgeteilt hat. Ihre Sitznachbarin, Lina aus Kudsaja, einem Mittelklasse-Vorort von Damaskus, hilft ihr. "Das Schulniveau in Syrien, vor allem der Kinder, die vom Land kommen, ist erschreckend", sagt Bertha. "Ich habe in einer Klasse Zehnjährige, die können nicht einmal ihren Namen schreiben, weder auf Arabisch noch auf Englisch."

"Mir ist es egal, wenn ich im Libanon in die dritte Klasse komme und nicht in die vierte wie in Syrien", sagt Seinab. "Ich will nur wieder in die Schule." Sie hatte zuletzt normalen Unterricht im Winter 2011. Aufgrund der Bombardierungen ihrer Wohnviertel durch die Assad-treue Armee gehen manche Kinder seit über einem Jahr nicht mehr zur Schule. "Wir freuen uns alle auf die Schule", sagt Mohammed, der aus Bab Amr in Homs stammt.

Während die Kinder den Beginn eines neuen Schuljahres kaum erwarten können, sind manche ihrer Eltern weniger erfreut. Der Schulbeginn bedeutet auch, dass ihre Notunterkünfte nun wieder gebraucht werden: Flüchtlinge, die in Schulgebäuden leben, müssen diese nun in den kommenden Tagen verlassen. Vielerorts ist noch unklar, wohin die Familien umziehen sollen. Seinab hat noch relatives Glück: Die Flüchtlinge aus Marj haben ein altes, nicht mehr benutztes Schulgebäude in der Nähe zugewiesen bekommen.

Load-Date: September 10, 2012

Uno meldet mehr als zwei Millionen Flüchtlinge

SPIEGEL ONLINE

03. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 442 words

Highlight: Die Uno spricht von einer "großen Tragödie dieses Jahrhunderts": Die Zahl der syrischen Flüchtlinge hat sich nach Angaben des Hilfswerks UNHCR auf mehr als zwei Millionen erhöht.

Body

New York - Noch vor einem Jahr waren etwas mehr als 230.000 auf der Flucht vor dem Bürgerkrieg in Syrien, doch binnen zwölf Monaten hat sich die Zahl dramatisch erhöht: Nach Angaben des Uno-Hilfswerks UNHCR gibt es jetzt schon mehr als zwei Millionen Flüchtlinge.

Bei den zwei Millionen handelt es sich laut UNHCR um bereits anerkannte Flüchtlinge sowie um Syrer, die den Flüchtlingsstatus beantragt haben. Ende August lebten demnach 110.000 der Flüchtlinge in Ägypten, 168.000 im Irak, 515.000 in Jordanien, 716.000 im Libanon und 460.000 in der Türkei. Rund 52 Prozent von ihnen waren 17 Jahre alt oder jünger. Weitere 4,25 Millionen Menschen sind demnach innerhalb Syriens auf der Flucht. Für Mittwoch kündigte das UNHCR ein Ministertreffen der Gastländer an, um die internationale Hilfe zu verstärken.

"Syrien ist zur großen Tragödie dieses Jahrhunderts geworden, einer empörenden humanitäre Katastrophe", sagte Flüchtlingskommissar António Guterres. Einziger Trost sei die Hilfsbereitschaft der benachbarten Länder, die in großer Zahl Flüchtlinge aufnehmen und ihnen damit das Leben retteten.

Hollywoodstar Angelina Jolie ermahnte die internationale Gemeinschaft, die humanitäre Katastrophe nicht länger einfach nur hinzunehmen. Die Welt sei "tragischerweise" gespalten in der Frage, wie der Konflikt gestoppt werden könne, sagte die Schauspielerin, die UNHCR-Gesandte ist. "Doch es dürfte keinen Streit über die Notwendigkeit geben, das Leiden der Menschen zu erleichtern", fuhr Jolie fort. "Wir müssen den Millionen von Unschuldigen helfen, die aus ihrem Heim verjagt wurden." Sie forderte unter anderem die Unterstützung der Nachbarländer, um mit der wachsenden Zahl an Flüchtlingen klarzukommen.

Letta kritisierte Flüchtlingspolitik der EU

Italiens Ministerpräsident Enrico Letta warf der EU derweil eine fehlende Strategie im Umgang mit den Flüchtlingen aus Syrien und anderen Krisenländern vor. Er rechne damit, dass der Syrien-Konflikt das allgemeine Flüchtlingsproblem weiter anheizen werde, sagte Letta nach einem Treffen mit seiner slowenischen Kollegin Alenka Bratusek im nordslowenischen Bled. Die Europäische Union habe aber nach wie vor keine Strategie, um dieser "Herausforderung" zu begegnen. Letta kündigte an, während der italienischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2014 eine gemeinsame Herangehensweise anzustreben.

Uno meldet mehr als zwei Millionen Flüchtlinge

Seit Monaten landen mehr und mehr Boote mit Flüchtlingen aus den Konfliktstaaten Nordafrikas und dem östlichen Mittelmeerraum an Italiens Küsten. Nach Schätzung des Innenministeriums kamen allein 3000 der Flüchtlinge seit Anfang des Jahres aus Syrien.

als/dpa/AFP

Load-Date: September 18, 2013

End of Document

120.000 Syrer flüchten vor dem Bürgerkrieg

Spiegel Online

25. Juli 2012 Mittwoch 12:33 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ESKALATION DER KÄMPFE

Length: 620 words

Highlight: Die Gewalt eskaliert in Syrien, Aufständische und Regimetreue liefern sich heftige Gefechte um Aleppo und Damaskus. Nach Angaben der Uno sind bereits 120.000 **Flüchtlinge** in den Nachbarländern registriert, die Dunkelziffer ist hoch. Nun zieht sich offenbar auch die Uno-Beobachtertruppe zurück.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/gewalt-in-syrien-120-000-menschen-fluechten-vor-dem-buergerkrieg-a-846308.html>

Body

Damaskus/Beirut - Syrische Regierungstruppen bekämpfen die Aufständischen in den Metropolen Damaskus und Aleppo den Angaben von Aktivisten zufolge mit rigoroser Härte. In der Hauptstadt beschossen Kampfhubschrauber das südliche Viertel al-Hadschar al-Aswad, wie Aktivisten am Mittwoch berichteten. Das Gebiet ist eine der letzten Hochburgen der Rebellen in Damaskus, nachdem sie in den vergangenen Tagen von den Truppen des Regimes aus etlichen anderen Stadtvierteln verdrängt worden waren.

In mehreren Bezirken der nordsyrischen Metropole Aleppo lieferten sich Regierungstruppen und Rebellen am Mittwoch offenbar heftige Gefechte. Umkämpft waren unter anderem das Einwohnermeldeamt und das lokale Hauptquartier der regierenden Baath-Partei, meldeten syrische Aktivisten. Auch in Aleppo hatte das Regime in den letzten Tagen Gebiete von den Rebellen zurückerobert. Unabhängig überprüfen lässt sich das derzeit nicht.

Am Dienstag waren nach Angaben der syrischen Menschenrechtsbeobachter bei Kämpfen und Razzien der Regierungstruppen landesweit mehr als 160 Menschen ums Leben gekommen, unter ihnen 119 Zivilisten.

Die Gewalt hat nun eine massive Flüchtlingswelle in Bewegung gesetzt. Mehr als 120.000 syrische Flüchtlinge sind nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR in Jordanien, im Libanon, in der Türkei und im Irak registriert. Nach Angaben der Regierungen seien die wirklichen Zahlen jedoch noch weitaus höher, teilte das UNHCR mit. Viele Flüchtlinge seien auf humanitäre Hilfe und auf Spenden angewiesen.

Es fehlt an Wasser, Nahrung, Unterkünften

Drei Viertel der Flüchtlinge sind den Angaben zufolge Frauen und Kinder. "Ich bin den Nachbarländern sehr dankbar, dass sie die Grenzen für die Flüchtlinge offen halten", sagte der Uno-Flüchtlingskommissar António Guterres. In den aufnehmenden Gemeinden fehlten jedoch Unterkünfte, Wasser, Medikamente und Nahrungsmittel.

120.000 Syrer flüchten vor dem Bürgerkrieg

Vor dem Hintergrund der sich ausweitenden Kämpfe haben die Vereinten Nationen inzwischen offenbar die Hälfte ihrer 300 Beobachter aus dem Land abgezogen. 150 Mitglieder der Uno-Überwachungsmission hätten Syrien verlassen, sagten zwei der Beobachter in Damaskus der Nachrichtenagentur AFP. Sie seien am Dienstagabend und Mittwoch ausgereist "und werden nicht zurückkommen", fügte einer der Beobachter hinzu.

Der Uno-Sicherheitsrat hatte das Mandat für die Beobachter in der vergangenen Woche nach schwierigen Verhandlungen nochmals um 30 Tage verlängert. Die USA verwiesen allerdings darauf, dass die Verlängerung nur noch dazu diene, den Beobachtern einen "sicheren und geordneten Rückzug" zu ermöglichen.

Türkei schließt Grenzübergänge

Der Uno-Sicherheitsrat hatte am 14. April die Entsendung von unbewaffneten Beobachtern nach Syrien beschlossen. Aufgabe der Beobachtertruppe war es, die Einhaltung einer Waffenruhe zwischen den Aufständischen und den Sicherheitskräften von Präsident Baschar al-Assad zu überwachen. Die Mission konnte das Blutvergießen jedoch nicht stoppen. Mehrfach wurden die Beobachter daran gehindert, Orte zu besuchen, teils wurden sie auch selbst beschossen.

Nach Übergriffen syrischer Oppositioneller auf türkische Lastwagen schloss die Türkei ihre Grenze zu Syrien für den Güterverkehr. Lastwagen, die Syrien nur als Transitland nutzen wollten, dürften weiterhin passieren, sagte Wirtschaftsminister Zafer Çaglayan am Mittwoch. Ausnahmen gebe es auch für Lastwagen aus Syrien, die Güter zur Versorgung der Bevölkerung aus der Türkei holen wollten.

Am vergangenen Samstag hatten Angehörige der Freien Syrischen Armee (FSA) 30 aus der Türkei kommende Lastwagen ausgeraubt und beschädigt. Neun Lkw wurden zudem in Brand gesteckt. An der 900 Kilometer langen Grenze der Türkei zu Syrien gibt es 13 Grenzübergänge.

ffr/AFP/dpa

Load-Date: July 25, 2012

Türkei weist syrische Flüchtlinge ab

Spiegel Online

27. August 2012 Montag 12:26 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: VERSCHÄRFT GRENZKONTROLLEN

Length: 808 words

Highlight: Die Türkei ist zunehmend überfordert vom Ansturm der **Flüchtlinge** aus Syrien. Jetzt haben die Behörden begonnen, Menschen abzuweisen, Tausende müssen an der Grenze warten. Unklar ist, was dahinter steckt - konkrete Sicherheitsbedenken oder eine neue Strategie im Kampf gegen Assad?;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/krieg-in-syrien-tuerkei-hindert-fluechtlinge-an-grenzuebertritt-a-852246.html>

Body

Istanbul - Tausende **Flüchtlinge** aus Syrien warten darauf, über die Grenze in die Türkei gelassen zu werden. Wegen strenger Sicherheitskontrollen an der türkischen Grenze verzögere sich derzeit die Einreise, **Flüchtlinge** wurden abgewiesen. Diese müssten daher auf der syrischen Seite warten, sagte ein türkischer Regierungsvertreter.

Hintergrund der verschärften Kontrollen ist einerseits die Sorge vor kurdischen Rebellen, die im Südosten des Landes für Autonomie kämpfen. Die türkischen Behörden fürchten, dass Kämpfer über Syrien ins Land gelangen könnten. Zudem gibt es Bedenken, dass ausländische Dschihadisten versuchen könnten, über die Türkei nach Syrien zu gelangen, um dort das Regime von Präsident Baschar al-Assad zu bekämpfen. Gleichwohl würden die wartenden **Flüchtlinge** per Katastrophenhilfe versorgt, teilte ein Regierungsvertreter mit.

Einem anderen Bericht zufolge soll sich Ankara dazu entschlossen haben, nicht mehr alle syrischen Flüchtlinge ins Land zu lassen. Wegen der schnell wachsenden Zahl von Flüchtlingen wolle die Türkei nicht mehr alle Syrer aufnehmen, berichteten türkische Medien am Montag. Ein Regierungsvertreter bestätigte die Berichte auf Anfrage, ohne Details zu der neuen Politik zu nennen.

Türkische Kommentatoren sehen in der Entscheidung einen möglichen Schritt auf dem Weg zur Einrichtung einer Schutzzone auf syrischer Seite der Grenze. Da diese international garantiert werden müsste, um wirksamen Schutz zu bieten, liefe dies auf eine veränderte Anti-Assad-Strategie Ankaras hinaus.

Derzeit haben mehr als 80.000 syrische Flüchtlinge Aufnahme in der Türkei gefunden. In der vergangenen Woche hatte Ankara die Vereinten Nationen aufgefordert, Notunterkünfte in Syrien selbst zu errichten. Zwischen den Flüchtlingen und den Anwohnern in der Grenzregion hat es in den vergangenen Wochen vermehrt Spannungen gegeben.

Tausende Menschen fliehen aus Damaskus nach Jordanien

Türkei weist syrische Flüchtlinge ab

In der syrischen Hauptstadt Damaskus werden unterdessen die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Aufständischen immer heftiger. Ein Armeehubschrauber stürzte über der Hauptstadt ab - die Rebellen meldeten, sie hätten den Helikopter abgeschossen. Insgesamt sollen bei Kämpfen zwischen Revolutionsbrigaden und Regierungstruppen im Süden von Damaskus am Montagmorgen 20 Menschen getötet worden sein. Wie Aktivisten berichten, waren unter den Opfern auch fünf Kinder, die im südlichen Umland von Damaskus starben.

Nach Berichten von Bewohnern ist in der syrischen Hauptstadt die Lage extrem angespannt. An den Einfahrtsstraßen zur Stadt seien Militärcheckpoints errichtet und mehrere Straßen gesperrt worden, berichteten Bewohner [spiegel ONLINE](#). Zudem wurden innerhalb der Stadt Checkpoints aufgebaut.

Tausende sind bereits aus der Hauptstadt geflohen. Ein libanesischer Grenzbeamter sagte am Montag, binnen weniger Stunden hätten mehr als 6000 Menschen die Grenze überquert. Die meisten Flüchtlinge stammten aus den südlichen Vororten von Damaskus.

Oppositionsgruppen sprechen von mehr als 600 Toten bei Massaker

Neue Details gibt es zu dem Massaker, das nach Rebellenangaben in dem Damaszener Vorort Daraja stattgefunden haben soll. Ein Mitarbeiter der "New York Times", der am Sonntag in Daraja war, berichtete, er habe mehrere Leichen übereinander in langen, dünnen Gräbern gesehen. Abu Ahmad, ein 40-jähriger Bewohner von Daraja, sagte der "New York Times": "Die Assad-Kräfte haben sie kaltblütig umgebracht. Ich habe Dutzende Tote gesehen. Sie wurden erschossen oder mit Messern erstochen, die sie an ihren Kalaschnikows angebracht hatten. Das Regime hat ganze Familien umgebracht, einen Vater, die Mutter und die Kinder."

Am Sonntag wurden die Opfer nach Angaben der Aktivisten in einem Massengrabnis beigesetzt. In einem Video war zu sehen, wie die Leichen mit einem Schlauch abgespritzt wurden - als Ersatz für die rituelle Totenwaschung, die der Islam vorschreibt. Ähnlich wie bei früheren Massakern in Syrien gaben die Staatsmedien "Terroristen" die Schuld an dem Blutbad. Das Staatsfernsehen zitierte Präsident Assad mit den Worten, seine Regierung werde weiterkämpfen, "koste es was es wolle". Erneut machte er ausländische Kräfte für den Aufstand verantwortlich.

Die in London ansässige Beobachtungsstelle für Menschenrechte teilte am Sonntag mit, mindestens 320 Leichen seien in den vergangenen Tagen in Daraja gefunden worden. Unter den Toten seien Frauen und Kinder. Die Menschen seien durch Gewehrschüsse und Gruppenexekution getötet worden. Die örtlichen Koordinierungskomitees, die den Widerstand im Land organisieren, berichteten sogar von mehr als 630 Toten und machten Regierungstruppen dafür verantwortlich. In Daraja seien außerdem 1755 Menschen festgenommen worden, hieß es. Damit sollte angedeutet werden, dass es noch Hunderte weitere Tote geben könnte. Die Informationen sind für [spiegel ONLINE](#) nicht zu überprüfen.

anr/dpa/dapd

Load-Date: August 27, 2012

Snowden wirft Obama Täuschung und Rechtsbruch vor

SPIEGEL ONLINE

02. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 887 words

Highlight: Seit einer Woche sitzt Prism-Enthüller Snowden in Moskau fest - nun hat er sich erstmals wieder an die Öffentlichkeit gewandt. In einem von WikiLeaks verbreiteten Statement greift er die US-Regierung an und wirft ihr vor, sein Menschenrecht auf Asyl verletzt zu haben.

Body

Washington/Moskau - Edward Snowden bricht erstmals seit seiner Flucht nach Russland sein Schweigen. In einer Mitteilung bei WikiLeaks wehrt sich der Ex-Mitarbeiter des Geheimdienstes NSA gegen den Druck der US-Regierung, wirft ihr Menschenrechtsverletzungen vor, und bedankt sich bei seinen Unterstützern.

Vor allem kritisiert Snowden, dass die Regierung in Washington seine Bemühungen blockiere, Asyl zu finden. "Am Dienstag hat Präsident Obama gegenüber der Weltöffentlichkeit erklärt, dass er keine diplomatischen Kungeleien in meinem Fall zulassen will", schreibt Snowden. Tatsächlich aber lasse Obama "Druck auf die Staatsführer der Welt" ausüben, "die ich um Schutz gebeten hatte". Damit spielt Snowden unter anderem auf einen Anruf des US-Vizepräsidenten Joseph Biden beim ecuadorianischen Staatsschef Rafael Correa an. Der 30-jährige Snowden hatte zunächst eine Flucht in das lateinamerikanische Land angepeilt, die nun aber zunehmend unrealistisch erscheint.

Snowden verurteilt das Vorgehen Washingtons. "Dies sind die alten, schlechten Werkzeuge der politischen Aggression", heißt es in dem Statement. Es ließ sich zunächst nicht verifizieren, ob Snowden den Text tatsächlich persönlich verfasst oder vielleicht auch nur nachträglich autorisiert hat. Zuletzt hatte er zunehmend mit WikiLeaks kooperiert.

Snowden wirft den USA "Täuschung" vor und beklagt, sie hätten sich von einem Unterstützer des Menschenrechts auf Asyl zu einem Gegner gewandelt. "Traurigerweise wird dieses Recht mir jetzt von der gegenwärtigen Regierung meines Landes verweigert", kritisiert er. "Die Regierung Obama verfolgt jetzt die Strategie, die Staatsangehörigkeit als Waffe zu nutzen." Obwohl er wegen keiner Straftat schuldig gesprochen worden sei, habe man seinen Reisepass für ungültig erklärt und ihn so zum Staatenlosen gemacht.

Die Regierung Obama fürchte nicht Whistleblower wie ihn, Bradley Manning oder Thomas Drake. "Wir sind staatenlos, inhaftiert oder machtlos." Die Regierung habe vielmehr "Angst vor einer informierten, wütenden Öffentlichkeit", kritisiert der IT-Experte. Snowden beendet sein Schreiben, das auf den 1. Juli datiert ist, mit den Worten: "Ich bin ungebrochen in meinen Überzeugungen und beeindruckt von den Bemühungen, die so viele Menschen unternehmen."

Dankesbrief an Correa

Snowden befindet sich seit Tagen im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo und war seitdem praktisch verstummt. Kurz vor Bekanntwerden der WikiLeaks-Mitteilung hatte die Nachrichtenagentur Reuters aber am Montag Zitate aus einem undatierten, auf Spanisch verfassten Brief Snowdens an Ecuadors Präsidenten Correa veröffentlicht. Darin kündigte Snowden weitere Enthüllungen über die Spähprogramme der US-Geheimdienste an und bedankte sich bei der Führung in Quito.

"Ich bin weiterhin frei und kann Informationen publizieren, die dem öffentlichen Interesse dienen", heißt es in dem Brief. "Unabhängig davon, wie viele weitere Tage mein Leben währt, widme ich mich dem Kampf für Gerechtigkeit in dieser ungerechten Welt", schreibt Snowden. Wenn einige dieser Tage dem Gemeinwohl dienen, verdanke die Welt das den Prinzipien Ecuadors.

Es bleibt unklar, wann Snowden den Brief verfasst hat - möglicherweise vor den aktuellen Entwicklungen am Montag. Correa hatte sich zuletzt nämlich sehr zurückhaltend zu einer Einreise Snowdens in den Andenstaat geäußert. Der Asylantrag des US-Bürgers in Moskau könne den Fall "endgültig regeln".

Zuvor war bekannt geworden, dass Snowden auch in Russland um Asyl gebeten hat. Kreml-Chef Wladimir Putin versprach dem Whistleblower daraufhin während einer Pressekonferenz ein Bleiberecht, sofern dieser "unseren amerikanischen Partnern" nicht weiter schade. Russland habe noch nie irgendjemanden irgendwohin ausgeliefert, so Putin, und werde das auch dieses Mal nicht tun. Mit den russischen Geheimdiensten arbeite Snowden nicht zusammen.

US-Regierung: Recht auf "fairen Prozess"

Snowden hat zudem wohl auch andere Regierungen um Hilfe ersucht. Die russische Nachrichtenagentur Ria Nowosti berichtete, der Amerikaner habe sich mit russischen Diplomaten getroffen und sie gebeten, Anträge auf Asyl an 15 Staaten weiterzuleiten. Um welche Länder es sich dabei handeln könnte, wurde zunächst jedoch nicht bekannt.

Auch die US-Regierung äußerte sich am Montag zum dem Fall. Snowden hat nach einer Mitteilung aus dem Weißen Haus ein Recht auf einen "fairen Prozess". Er sei noch immer ein US-Bürger und genieße daher auch die Rechte einer US-Staatsbürgerschaft, sagte der Sprecher des Außenministeriums, Patrick Ventrell, am Montag vor Journalisten in Washington. Dazu gehöre auch "das Recht auf einen freien und fairen Prozess für die Verbrechen, die ihm zur Last gelegt werden".

Snowden war von den USA nach Hongkong geflohen, um seine Enthüllungen über die Arbeit des US-Geheimdienstes NSA zu beginnen. Nach einer Aufforderung zur Ausreise flog er weiter nach Moskau, dann war von Ecuador als nächstem Fluchtpunkt die Rede. Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin schlug am Montag vor, Snowden in Deutschland oder einem anderen europäischen Land Zuflucht zu gewähren. Die aktuellen Enthüllungen im SPIEGEL über das Ausmaß der NSA-Überwachung in Europa stützen sich auf das Material Snowdens.

bos/Reuters/AFP/dpa

Load-Date: July 23, 2013

Ecuador kündigt Zollabkommen mit den USA

SPIEGEL ONLINE

27. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 467 words

Highlight: Der Streit über politisches Asyl für Whistleblower Edward Snowden verschärft sich: Ecuador hat das Zollabkommen mit den USA einseitig aufgekündigt. Die Regierung in Quito geht auf Konfliktkurs mit ihrem wichtigsten Handelspartner.

Body

Quito/Hamburg - Die Affäre um Edward Snowden belastet das Verhältnis zwischen den USA und Ecuador. An diesem Donnerstag hat die Regierung in Quito das Zollabkommen mit den USA aufgekündigt. Ecuador verzichte "unilateral und unwiderruflich auf Zollvergünstigungen", hieß es in einer Erklärung, die der ecuadorianische Informationsminister Fernando Alvarado verlas.

Im Rahmen dieses Abkommens konnte Ecuador seine Produkte zollfrei in die USA exportieren. Ein weiterer Vertrag sieht wirtschaftliche Erleichterungen für Staaten vor, um die Kokainherstellung in Lateinamerika einzudämmen. Im Rahmen dieses Programms lieferte Ecuador im vergangenen Jahr Öl im Wert von 5,4 Milliarden Dollar in die USA. Das Land könnte für sein Rohöl zwar andere Abnehmer finden. Seine Blumenindustrie mit mehr als 100.000 Beschäftigten dürfte aber leiden. Die Vereinigten Staaten sind der wichtigste Handelspartner des südamerikanischen Staates.

Der einflussreiche US-Senator Robert Menendez hatte zuvor seinerseits mit der Streichung dieser Handelserleichterungen gedroht. Ecuadors Informationsminister sagte, seine Regierung werde sich auf diese Erpressungsversuche nicht einlassen. "Ecuador akzeptiert weder Druck noch Drohungen von irgendjemandem, noch unterwirft es sich Handelsinteressen, so wichtig sie auch seien", sagte Alvarado.

Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist Ecuador mit knapp 5.000 Dollar das viertärmste Land Südamerikas. Zum Vergleich: In den USA liegt das BIP pro Kopf bei knapp 45.000 Dollar. Seit dem Jahr 2000 ist Ecuador ohne eigene Währung, der US-Dollar ist offizielles Zahlungsmittel. Viele Ecuadorianer sind von den Überweisungen der Arbeitsmigranten abhängig. Ein Fünftel der Staatsbürger lebt im Ausland - die meisten davon in den USA.

Obama will Snowdens Flugzeug nicht abfangen

Hintergrund des Konflikts zwischen Quito und Washington ist der Streit um den früheren US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden. Der 30-Jährige hat einen Antrag auf politisches Asyl in Ecuador gestellt. Die ecuadorianische Regierung hat nach eigenen Angaben diesen Asylantrag noch nicht bearbeitet, weil er

Ecuador kündigt Zollabkommen mit den USA

sich nicht auf dem Territorium des Landes aufhält. Das sei aber per Gesetz vorgeschrieben. Sie dementierte Berichte, dass Snowden einen gültigen Geleitschein Ecuadors erhalten habe.

Snowden wird von den USA mit Haftbefehl gesucht. Ihm wird Spionage vorgeworfen sowie Diebstahl und Weitergabe von Regierungseigentum.

US-Präsident Barack Obama sagte, sollte der frühere Geheimdienstler auf dem Luftweg vor seinen Verfolgern fliehen, würden die USA seinen Flug nicht militärisch abfangen. "Ich werde keine Jets schicken, um einen 29 Jahre alten Hacker zu fassen", sagte Obama am Donnerstag zum Auftakt seiner Afrika-Reise in Senegals Hauptstadt Dakar.

Load-Date: July 23, 2013

End of Document

Bürger verhindern NPD-Kundgebung vor Flüchtlingscamp

SPIEGEL ONLINE

13. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 211 words

Highlight: Rund 450 Bürger haben sich in Berlin-Kreuzberg einer NPD-Kundgebung in den Weg gestellt. Die Rechtsextremen hatten eine Bustour zu mehreren Flüchtlingscamps geplant - ihre Aktion beim Oranienplatz konnten die Gegendemonstranten unterbinden.

Body

Berlin - Hunderte Bürger haben in Berlin-Kreuzberg eine NPD-Kundgebung verhindert. Die NPD-Anhänger hatten eine Bustour zu mehreren Flüchtlingsheimen in Berlin angekündigt. In der Nähe eines Flüchtlingscamps am Oranienplatz blockierte am Samstagmorgen eine Gruppe mit rund 450 Gegendemonstranten die Wegstrecke.

Der NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke habe die Aktion dort abgesagt, nachdem er von den vielen Gegendemonstranten erfahren habe, sagte Berlins Polizeipräsident Klaus Kandt der Nachrichtenagentur dpa.

Am Mittag versammelten sich außerdem rund 15 Rechtsextreme in Marzahn-Hellersdorf. Auch dort wurden sie von Gegendemonstranten mit Sprechchören wie "Haut ab!" empfangen. Bereits am vergangenen Dienstag war es im Bezirk Marzahn-Hellersdorf zu fremdenfeindlichen Protesten gegen ein dort geplantes Flüchtlingsheim gekommen.

Seit Monaten schwelt in Deutschland ein Streit über ein Verbot der rechtsextremen NPD. Am Freitag hatte die Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht jedoch angekündigt, dass die Ländern ihren Verbotsantrag erst nach der Bundestagswahl stellen wollten. Es gelte, noch Sachfragen zu klären. Die Materialsammlung sei jedoch "eindeutig".

irb/dpa

Load-Date: July 23, 2013

US-Gericht untersagt Asyl für deutsche Schulverweigerer

Spiegel Online

15. Mai 2013 Mittwoch 6:38 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: HOMESCHOOLING

Length: 628 words

Highlight: Für Familie Romeike ist es ein Rückschlag. Die streng religiösen Christen wollen ihre Kinder zu Hause unterrichten. Weil das in Deutschland verboten ist, flüchteten sie in die USA und beantragten Asyl. Jetzt lehnte ein Gericht den Antrag ab. Die Romeikes wollen weiter kämpfen.;

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/ausland/homeschooling-familie-romeike-bekommt-doch-kein-asyl-in-den-usa-a-900109.html>

Body

Nashville - Zeitweise sah es so aus, als habe Familie Romeike ihren Frieden gefunden. Die Eltern wehren sich seit Jahren gegen die deutsche Schulpflicht: Als bibeltreue Christen wollen sie ihre fünf Kinder zu Hause unterrichten, doch das dürfen sie in Deutschland nicht. Deswegen wanderten sie in die USA aus und beantragten Asyl. Ein amerikanisches Gericht gab dem Anfang 2010 statt.

Doch zwei Jahre später nahm das "Board of Immigration Appeals" (BIA) diesen Beschluss zurück. Diese Entscheidung hat ein Gericht am Dienstag bestätigt: Die Einwanderungsgesetze der USA garantierten kein automatisches Bleiberecht für all jene Menschen, die woanders Einschränkungen erfahren, die es unter amerikanischer Verfassung nicht gebe, urteilte das Gericht. Damit hat Amerika den Asylantrag nun also doch abgelehnt.

Das "Board of Immigration Appeals" ist im Justizministerium angesiedelt, es ist die höchste Behörde, die sich um die Anwendung und Interpretation der Einwanderungsgesetze kümmert. Die Mitglieder fragten sich damals: Litt die Familie Romeike unter Verfolgung? Wenn sie verfolgt wurden, wurden sie dann wegen ihrer Religion verfolgt? Wenn sie verfolgt wurden, wurden sie dann verfolgt, weil sie zu einer bestimmten sozialen Gruppe gehörten? Sie haben alle Fragen verneint.

Denn als Verfechter des Heimunterrichts gehörte die Familie in dem Sinne keiner bestimmten sozialen Gruppe an, das Heimunterrichtsverbot werde in Deutschland generell angewendet - nicht nur, weil die Romeikes besonders bibeltreu wären.

In den USA gilt Homeschooling als klassisches Elternrecht

Während das Gericht am Dienstag nun der Sichtweise der Behörde folgte, hatte ein Richter zwei Jahre zuvor noch ganz anders geurteilt: Die sogenannten Homeschooler, die Kinder zu Hause unterrichten, seien eine besondere soziale Gruppe, die von der deutschen Regierung unterdrückt werde. Die Familie habe "gut begründete Angst vor

US -Gericht untersagt Asyl für deutsche Schulverweigerer

Verfolgung" und darum das Recht, in den USA Unterschlupf zu finden. Evangelikale Christen hatten diesen Beschluss damals gefeiert. Überhaupt nahm die Homeschool-Bewegung in den USA großen Anteil an der Familie aus Bissingen in Baden-Württemberg.

Die Romeikes sind natürlich nicht die einzigen, die in Deutschland für Heimunterricht kämpfen. So wurde beispielsweise in Hessen eine streng religiöse Familie vor zwei Jahren zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Eltern hatten ihre Kinder zu Hause unterrichtet, weil sonst die "Verführung zum Bösen" drohe.

Homeschooling ist in Deutschland generell untersagt - die Verfassungen der Bundesländer sehen eine allgemeine Schulpflicht vor. Österreich, Frankreich, Großbritannien und andere Staaten kennen dagegen nur eine Unterrichts- oder Bildungspflicht. In den USA gilt Homeschooling als klassisches Elternrecht. Ein bis zwei Millionen Kinder lernen Schätzungen zufolge bei den Eltern. Nicht immer sind die Gründe dafür religiös; einige Eltern kritisieren auch starre Lehrpläne und hohe Kosten für Privatschulen.

Besonders verbissen führen evangelikale Christen den Kampf für das Homeschooling. Sie wollen ihre Kinder von weltlichen Einflüssen fernhalten und versuchen, sie im Weltbild ihres streng ausgelegten Glaubens zu erziehen. Auch die Familie Romeike wollte ihren Kindern das "unchristliche Treiben" an deutschen Schulen ersparen: Die Kinder würden in der staatlichen Schule "nach einem antichristlichen Weltbild erzogen", in Schulbüchern wimmelte es von obszönen Ausdrücken, Flüchen und Gotteslästerungen, sagte Vater Romeike damals. "Es geht dort mehr um Vampire und Hexen als um Gott."

Sie werden wohl weiter dafür kämpfen. Die evangelikale Lobbygruppe "Home School Legal Defense Association" (HSLDA), die Familie Romeike vertritt, teilt auf ihrer Homepage mit: "Wir werden in den Gerichten weiter für diese Familie kämpfen."

fln/AP

Load-Date: May 18, 2013

Assads Schergen treiben Tausende Syrer in die Flucht

Spiegel Online

15. März 2012 Donnerstag 12:26 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: JAHRESTAG DES AUFSTANDS

Length: 694 words

Highlight: In Syrien haben mehr als 200.000 Menschen ihre Heimat verloren. Allein am Jahrestag des Aufstands gegen das Assad-Regime haben sich rund tausend **Flüchtlinge** in die Türkei gerettet. In einem dramatischen Appell rufen Menschenrechtsgruppen den Uno-Sicherheitsrat zum Handeln auf.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,821471,00.html>

Body

Hamburg - An diesem Donnerstag jährt sich der Beginn des Aufstands in Syrien zum ersten Mal. Mehr als 8500 Menschen wurden nach jüngsten Angaben getötet, seit die Revolte mit Protesten in der südsyrischen Stadt Daraa am 15. März 2011 ihren Anfang nahm.

Immer mehr **Flüchtlinge** versuchen in den vergangenen Wochen, dem Blutvergießen in Syrien zu entkommen. Allein seit Mittwochmorgen sollen etwa tausend Syrer über die türkische Grenze geflohen sein. Die meisten von ihnen stammten nach türkischen Angaben aus der grenznahen Stadt Idlib, die inzwischen von Regimetruppen eingenommen wurde. Bei den Kämpfen sollen dort in den vergangenen Tagen bis zu hundert Menschen getötet worden sein. Am Donnerstag sollen nach Augenzeugenberichten auf einem Feld außerhalb der Stadt die Leichen von 23 Hingerichteten entdeckt worden sein. Insgesamt sind zurzeit 14.000 syrische **Flüchtlinge** in der Türkei registriert.

Der Flüchtlingsstrom bringt die Regierung in Ankara zusehends in Bedrängnis. Zwar lehnt Ministerpräsident Erdogan eine Militärintervention in Syrien bislang strikt ab. Allerdings hat die türkische Führung signalisiert, dass sie sich bei einer weiteren Eskalation der Lage zum Eingreifen gezwungen sehen könnte. Unter anderem brachte die Türkei wiederholt die Einrichtung einer "Sicherheitszone" auf syrischem Boden nahe der Grenze ins Spiel, in der geflohene Syrer Zuflucht finden könnten.

In jedem Fall richtet sich Ankara auf einen weiteren Flüchtlingsstrom ein. Im April soll nahe der Stadt Kilis ein neues Lager eröffnet werden, das etwa 10.000 Menschen aufnehmen kann. Die Arbeiten an einer weiteren Zeltstadt für etwa 20.000 Flüchtlinge nahe dem Ort Ceylanpinar haben erst kürzlich begonnen. Offiziell äußern sich türkische Stellen nicht dazu, wie viele Syrer sie aufnehmen können, da sie fürchten, damit weitere Menschen zur Flucht zu animieren.

Assads Schergen treiben Tausende Syrer in die Flucht

Das Uno-Flüchtlingshilfswerk hatte zuvor berichtet, dass landesweit etwa 230.000 Bürger vor den Kämpfen geflüchtet seien. Das ist etwas mehr als ein Prozent der Gesamtbevölkerung. Die meisten von ihnen suchen innerhalb der syrischen Grenzen Zuflucht. Etwa 30.000 Syrern sei bislang die Flucht ins Ausland gelungen.

Auch wirtschaftliche Not zwingt Syrer ins Ausland

Das Assad-Regime versucht, einen Massenexodus mit allen Mitteln zu verhindern. Entlang der Grenzen zum Libanon und zur Türkei versteckt das Regime massenhaft Landminen. Dabei soll es sich um Anti-Personen-, aber auch Anti-Fahrzeug-Minen handeln. Nach Informationen von Human Rights Watch sind bereits zahlreiche Menschen durch die Sprengsätze verletzt oder getötet worden.

Doch nicht nur die Gewalt sondern auch wachsende wirtschaftliche Probleme treiben Tausende Syrer in die Flucht. Der Wert des Syrischen Pfunds hat sich innerhalb weniger Monate halbiert. Lebensmittel, Treibstoff und Heizöl sind für viele unerschwinglich geworden. Der Handel ist wegen der internationalen Sanktionen gegen Damaskus fast vollkommen zum Erliegen gekommen.

Eine Koalition von 200 Menschenrechtsgruppen aus 27 Ländern ruft nun den Uno-Sicherheitsrat dazu auf, dem Blutvergießen ein Ende zu setzen. In einer Resolution müsse das syrische Regime aufgefordert werden, den Beschuss von Wohnvierteln zu stoppen sowie Hilfslieferungen zuzulassen und Menschenrechtsbeobachtern und Journalisten freien Zugang zu gewähren. Außerdem müsse Diktator Baschar al-Assad dazu gebracht werden, willkürliche Festnahmen und die Folter von Häftlingen zu beenden.

"Russland und China haben zweimal das Handeln des Sicherheitsrats blockiert. Sie haben Assad verteidigt, und er hat das als Lizenz zum Töten interpretiert", erläutert Kenneth Roth, Direktor von Human Rights Watch, die Initiative. "Moskau und Peking müssen aufhören, syrische Grausamkeiten diplomatisch zu schützen, und ein Ende des rücksichtslosen Beschusses und der Angriffe auf friedliche Demonstranten fordern."

Assads Regime ignoriert diese Appelle und demonstriert ein Jahr nach Beginn der Revolte weiterhin Normalität. Am Donnerstag organisierte die Staatsführung Jubelfeiern für den Präsidenten im Zentrum von Damaskus und anderen Städten. Der einfache Slogan der Demonstranten: "Wir lieben dich, Baschar".

syd/Reuters/dapd

Load-Date: March 15, 2012

Syriens Christen geraten zwischen die Fronten

Spiegel Online

23. September 2012 Sonntag 11:34 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FLÜCHTLINGE IM LIBANON

Length: 944 words

Byline: Raniah Salloum

Highlight: Für christliche **Flüchtlinge** aus Syrien ist die Lage besonders prekär: Aus Angst, als Verräter zu gelten, trauen sich die wenigsten, Hilfe anzunehmen. Manche von ihnen fürchten sowohl das Assad-Regime als auch die Rebellen.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-christen-zwischen-regime-und-rebellen-a-855827.html>

Body

Dschamal lebt in ständiger Angst. Wenn der schwächliche 22-Jährige mit rotblondem Stoppelbart den öffentlichen Bus von Beirut nach Zahlé im Bekaa-Tal nimmt, schweigt er während der ganzen Fahrt. Er fürchtet, mit seinem Akzent gegenüber den libanesischen Mitfahrern als Syrer aufzufallen. Das Bekaa-Tal gilt als Hochburg der Hisbollah, die mit dem syrischen Regime verbündet ist. In den vergangenen Monaten wurden in Hisbollah-dominierten Regionen immer wieder Syrer entführt.

Dschamal fürchtet sich auch davor, Hilfe anzunehmen. Im Libanon gibt es für die Syrer keine **Flüchtlingslager**. Um Pakete mit Decken, Essen oder Shampoo zu bekommen, müsste er sich bei einer der Hilfsorganisationen registrieren oder dem Uno-**Flüchtlingswerk** UNHCR. "Wenn ich mich irgendwo als **Flüchtling** melde, geben sie meinen Namen an die libanesischen Behörden weiter und die an die syrischen", glaubt er.

Zwar sind die meisten syrischen Flüchtlinge im Libanon vorsichtig, was den Kontakt mit Hilfsorganisationen angeht. Der Libanon galt lange als Hinterhof von Damaskus. Obwohl viele Organisationen versichern, sie würden keine Namenslisten weitergeben, trauen sich viele Flüchtlinge nicht zu ihnen. Doch für Christen ist die Situation besonders prekär.

Christen fürchten, als Verräter zu gelten

"Die syrische Regierung erwartet, dass die christliche Minderheit auf ihrer Seite steht", sagt Mira Shalghanian, die am Caritas-Flüchtlingszentrum in Zahlé für die syrischen Flüchtlinge zuständig ist. "Die Christen haben Angst, als Verräter zu gelten und nicht zurückkehren zu können, wenn der Regierung bekannt wird, dass sie geflohen sind."

Einer katholischen Organisation wie der Caritas oder den Kirchen vertrauen die christlichen Syrer noch am ehesten. Bei der Caritas in Zahlé sind rund 180 christliche Familien aus Syrien registriert, bei der griechisch-orthodoxen Kirche von Zahlé rund 340 Familien - 3330 Personen, die meisten von ihnen Christen. Manche Familien

Syriens Christen geraten zwischen die Fronten

sind sowohl bei der Caritas als auch bei der Kirche registriert. "So gut wie keine Christen haben sich beim UNHCR gemeldet", sagt Shalghanian.

Wie die Flüchtlinge zu Regime und Rebellen stehen, hängt von ihren jeweiligen Umständen ab. Dschamal stammt aus Sahnaja, einem Vorort von Damaskus, in dem es noch relativ sicher ist. Hauptsächlich Christen und die Minderheit der Drusen leben dort. Dschamal ist im wehrdienstpflichtigen Alter und wie viele seiner Freunde desertiert. "Ich bin für die Freie Syrische Armee", sagt er über die bewaffneten Rebellen. "Ich kenne sie, einige meiner Freunde sind bei ihnen."

"Wir sind für Ordnung statt Chaos"

Es gibt jedoch auch Christen aus Sahnaja, die sich den Assad-treuen "populären Volkskomitees" angeschlossen haben. Diese "Volkskomitees" wurden vielerorts in Minderheitengebieten gegründet, um sich gegen die Rebellen zu verteidigen. Ihre Waffen erhalten sie vom syrischen Regime und mancherorts machen sie mit den Assad-Milizen gemeinsame Sache gegen sunnitische Zivilisten. "Im populären Volkskomitee von Sahnaja sind keine Christen, nur Drusen", behauptet Dschamal.

Über die anderen syrischen Christen, die jetzt in Zahlé gelandet sind, sagt er: "Sie sind alle auf Seiten des Regimes." Ganz so klar ist jedoch auch die Haltung dieser Flüchtlinge nicht. "Wir sind nicht für das Regime, sondern für den Staat - für Ordnung statt Chaos", präzisiert Abu Elias, einer von ihnen.

Fast alle syrischen Christen in Zahlé stammen aus Kusair, einer Stadt nahe Homs. Es ist die einzige, aus der systematische Drohungen und Übergriffe einer Rebellengruppe gegen Christen gemeldet wurden.

Abu Elias ist mit seiner Familie vor einem halben Jahr aus Kusair geflohen. Die Rebellen haben ihm gesagt, sie würden sie alle umbringen, wenn er nicht in einer halben Stunde sein Haus räume. Er sei ein Ungläubiger. Abu Elias packte seine Sachen, seine Frau und die zwei Kinder und verschwand.

Niemand weiß, wer die Rebellen sind

"Wer sind diese Bewaffneten?", fragt Abu Elias. Er erzählt, dass er vor eineinhalb Jahren ebenfalls an den Demonstrationen gegen das Regime teilnahm. "Ich dachte, vielleicht würde sich endlich etwas verbessern. Wir wollen mehr Freiheit, günstigere Lebensmittel und bessere Stromversorgung." In Kusair habe es nie Probleme zwischen den einheimischen Christen und Muslimen gegeben. Seit über tausend Jahren leben in Syrien Christen und Muslime zusammen, worauf man immer besonders stolz war. Die konfessionelle Konfliktlinie verlief in dem Land verstärkt durch die Assad-Herrschaft eher zwischen Sunniten und Alawiten. "Dann kamen diese Männer, die wir noch nie zuvor gesehen hatten, und nannten uns Ungläubige", sagt Abu Elias.

Keiner der geflohenen Christen aus Kusair kann den Namen der Rebellengruppe nennen, die dort operiert. Für sie ist es einfach nur die "Freie Syrische Armee", wie sich der Dachverband der syrischen Rebellen nennt. Ob es sich dabei um eine radikale syrische Gruppe handelt, oder eine, die ausländische Extremisten in ihren Reihen zählt, ist unklar. Je länger der Krieg in Syrien andauert, desto größer ist die Sorge, dass solche Gruppen, wie sie in Kusair bereits herrschen, sich ausbreiten.

Aus Aleppo gibt es Berichte, dass auch dort Extremisten anfangen sollen, gezielt Christen ins Visier zu nehmen. Auch dort bewaffnen sich Christen, um die Rebellen fernzuhalten, die sie als Invasion einer ungebildeten Landbevölkerung ins Stadtzentrum wahrnehmen. Diese Sicht dürften sie mit vielen der sunnitischen Einwohner Aleppos teilen.

Trotz dieser Befürchtungen hält der Deserteur Dschamal fest zu den Rebellen. Natürlich habe er Angst, "dass wir am Ende von Islamisten regiert werden", sagt er. "Aber das Regime ist schlimmer. Wenn sie mich finden, bin ich tot."

Syriens Christen geraten zwischen die Fronten

End of Document

27 Afghanen beantragen Asyl in Deutschland

Spiegel Online

24. April 2013 Mittwoch 8:28 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: BUNDESWEHR-HELPER

Length: 689 words

Byline: Matthias Gebauer

Highlight: Die Bundeswehr packt jeden Tag Kisten, der Abzug aus Afghanistan hat begonnen. Die Helfer der Soldaten, vom Dolmetscher bis zum Fahrer, bangen nun um ihr Leben. 27 von ihnen haben bereits um Ausreise nach Deutschland gebeten, bisher wurde nur ein Fall anerkannt.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/27-afghanen-beantragen-nach-bundeswehreinsatz-asyl-in-deutschland-a-896372.html>

Body

Berlin - Die Bundesregierung hat in der Debatte über die mögliche Aufnahme von afghanischen Helfern der Bundeswehr und anderer am Hindukusch aktiver deutscher Stellen erstmals Zahlen über entsprechende Anträge der sogenannten Ortskräfte genannt.

Laut einer Auskunft des Innenstaatssekretärs Ole Schröder im Bundestag haben sich demnach 24 Ortskräfte der Bundeswehr und drei Helfer der deutschen Polizeiausbilder in Afghanistan gemeldet und wegen einer Gefährdung die Ausreise nach Deutschland beantragt. Bisher hatte die Regierung über die Zahlen stets geschwiegen. Erst auf mehrfache Nachfrage des Grünen-Angeordneten Volker Beck berichtete Schröder am Mittwoch schließlich über den Stand der Dinge.

Demnach seien 15 Einzelfälle bereits von einer Kommission der in Afghanistan engagierten Ministerien überprüft worden, dabei sei bisher nur einem Afghanen wegen einer akuten Gefährdung die Ausreise in Aussicht gestellt worden. Details über den Fall nannte Schröder nicht.

1700 lokale Mitarbeiter fürchten um ihr Leben

Im Bundestag regt sich wegen des deutschen Umgangs mit den Helfern der Bundeswehr und der Polizeiausbilder massive Kritik, da Berlin nach Ansicht vieler Parlamentarier zu restriktiv bei der Vergabe von Aufenthaltstiteln für die Afghanen umgeht.

Viele der rund 1700 lokalen Mitarbeiter deutscher Stellen fürchten nach dem Abzug der Nato-Truppen Ende 2014, dass sie als Helfer der Ausländer angegriffen oder gar getötet werden. Nachdem deutsche Medien in den letzten Wochen intensiv über das Thema berichtet hatten, entzündete sich in Berlin eine teils hitzig geführte Debatte über das Thema.

27 Afghanen beantragen Asyl in Deutschland

Die Bundeswehr betonte am Mittwoch erneut ihre besondere Verantwortung für die Mitarbeiter. Staatssekretär Christian Schmidt sagte im Bundestag, die Truppe prüfe die Anträge nach "pflichtgerechtem Ermessen und der Fürsorgepflicht" für die Dolmetscher, Fahrer und die anderen afghanischen Mitarbeiter der deutschen Soldaten und nehme die Frage der Sicherheit sehr ernst.

Die Prüfung der Einzelfälle wird derzeit in Afghanistan durch ein gemeinsames Gremium von Bundeswehr, dem Militärischen Abschirmdienstes (MAD), dem Auswärtigen Amt und dem Innenministerium durchgeführt. Basis ist ein Kriterienkatalog mit 14 Punkten, die eine Einstufung der möglichen Gefährdung ermöglichen soll.

Broschüren in der Landessprache

Im Verteidigungsausschuss des Bundestags kündigte das Innenministerium zudem an, die afghanischen Helfer in Zukunft besser informieren zu wollen. Eine Broschüre in den Landessprachen mit den wichtigsten Fragen und Ansprechpartnern für einen Ausreiseantrag sei bereits fertig und solle bald im Einsatzland verteilt werden, so Innenstaatssekretär Schröder.

Die Bundesregierung steht in der Frage in einem Interessenskonflikt. Auf der einen Seite erkennt man intern offen an, dass vor allem die Dolmetscher, die beispielsweise bei Kampfoperationen oder gar Missionen von Spezialkräften eingesetzt worden sind, grundsätzlich ein Ziel für Attacken der Taliban sind. Schon jetzt gab es ähnliche Racheaktionen gegen Mitarbeiter der britischen Armee.

Auf der anderen Seite jedoch will Berlin im bettelarmen Krisenland Afghanistan auch nicht das Signal aussenden, dass jeder Mitarbeiter inklusive Familie ohne Prüfung ein Visum für Deutschland erhalten kann. Als Argument wird dabei auch immer wieder angeführt, dass Afghanistan die gut ausgebildeten Kräfte für den weiteren Aufbau dringend benötige.

Aus Kabul kamen in den letzten Monaten ähnliche Töne. So verurteilte die afghanische Regierung Ende Januar in einer scharfen Verbalnote jegliche Asyl-Angebote für die afghanischen Helfer der Bundeswehr als "inakzeptabel". Deutschland wurde aufgefordert, seine Ideen für die Aufnahme "zu überdenken" und rasch eine Stellungnahme "zur Einstellung des Prozesses" abzugeben.

Kabul kritisiert nicht nur Berlin, sondern alle Nato-Nationen, die Asyl-Programme für ihre lokalen Mitarbeiter planen. Die Pläne, so Kabul, würden "die Moral des afghanischen Volkes" schwächen. In einer zweiten Note argumentierte die Regierung sogar, die Offerten würden "Angst, Unruhe und Bedenken" und eine "Demoralisierung der afghanischen Bevölkerung" schüren.

Load-Date: April 25, 2013

Assange nutzt Botschaftsbalkon als Bühne

Spiegel Online

19. August 2012 Sonntag 7:28 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: DIPLOMATISCHER ÄRGER

Length: 928 words

Byline: Ole Reißmann

Highlight: Ecuador gewährt ihm politisches Asyl, doch in der Botschaft in London sitzt Julian Assange in der Falle. Trotzdem versucht er, Großbritannien und Schweden seine Bedingungen zu diktieren. Der Auftritt am Sonntag auf dem Botschaftsbalkon diente dazu, diplomatischen Druck auf Briten und die USA aufzubauen.;

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/wikileaks-gruender-assange-nutzt-botschafts-balkon-als-buehne-a-850873.html>

Body

Auf der Website des britischen Außenministeriums stand am Sonntag eine Meldung über die angestrebte Auslieferung von Julian Assange an Schweden neben einer über Balkonunfälle. Nur ein Zufall? Am Nachmittag hatte Assange vom Balkon der ecuadorianischen Botschaft in London eine kurze Rede gehalten. Er forderte die USA auf, WikiLeaks nicht länger zu verfolgen und den mutmaßlichen Informanten Bradley Manning aus der Haft zu entlassen.

Artig bedankte sich Assange bei Volk und Präsident von Ecuador, das ihm am vergangenen Donnerstag Asyl gewährt hatte. Und genauso bei seinen Unterstützern in aller Welt. In seiner kurzen Rede wies Assange ausdrücklich auf die Unterstützung aus Süd- und Mittelamerika hin und verwies auf Länder wie Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Honduras oder Venezuela. Offensichtlich will er mit Hilfe seines Anwalts Baltasar Garzón und der Regierung von Ecuador maximalen diplomatischen Druck aufbauen.

"Ich stehe hier, weil ich nicht näher bei euch sein kann", sagte Assange zu der jubelnden Menge vor der Botschaft. Würde er das Gebäude, in dem er politisches Asyl gefunden hat, verlassen, würde er verhaftet und nach Schweden ausgeliefert werden. Dort soll er befragt werden, zwei Frauen werfen ihm sexuelle Nötigung und Vergewaltigung vor.

Vorwürfe, zu denen Assange nur zu seinen Bedingungen befragt werden möchte. Er weist die Anschuldigungen zurück. Für etliche Assange-Anhänger steckt hinter den Vorwürfen der Versuch, einen politisch missliebigen Gegner zu diskreditieren. Dass ein Dissident nicht politisch verfolgt werde, sondern strafrechtlich, sei typisch für totalitäre Regime, sagt beispielsweise der ehemalige britische Botschafter in Usbekistan, Craig Murray am Sonntag.

Ausgerechnet Ecuador

Assange nutzt Botschaftsbalkon als Bühne

Assange und seine Anhänger sind überzeugt davon, dass Schweden den WikiLeaks-Gründer umgehend an die USA überstellen würde, wo eine geheime Anklage gegen ihn existieren soll. Tatsächlich wird in den USA gegen Assange ermittelt. Ob wirklich genug Beweise für eine Anklage gegen den gebürtigen Australier Assange zusammen gekommen sind, ist unklar.

Doch nur, wenn man dieser Logik folgt, lässt sich Assanges erbitterter Kampf gegen eine Auslieferung nach Schweden nachvollziehen. Sogar der britische Oberste Gerichtshof musste sich mit dem Fall befassen - hielt den europäischen Haftbefehl allerdings für rechtens. Spätestens da muss Assange beschlossen haben, seine Kautionsauflagen zu verletzen. Am 19. Juni betrat er die ecuadorianische Botschaft.

Ausgerechnet Ecuador, bisher nicht gerade Hort der freien Meinung. Präsidenten Rafael Correa, selbsternannter "Linksnationalist", nutzte die Vorlage, um sich zu profilieren. Bisher ist Assange nicht angeklagt, nicht in Schweden und nicht in den USA. Am Donnerstag bekam Assange Asyl, weil die USA einen Antrag auf Auslieferung stellen könnten. Wäre er dann in Schweden, würde er womöglich ausgeliefert, und ein US-Gericht könnte Assange zu einer drakonischen Strafe verurteilen.

Fehler von Großbritannien

Im Verfahren gegen den mutmaßlichen WikiLeaks-Zuträger Bradley Manning, der Assange mit Hunderttausenden geheimen Botschaftsdepeschen und Akten über den Irak- und Afghanistankrieg versorgt haben soll, wird jedenfalls versucht, eine Verbindung herzustellen. Manning droht wohl nicht die Todesstrafe, aber er könnte den Rest seines Lebens hinter Gittern verbringen müssen. Assange könnte wegen Beihilfe zum Geheimnisverrat verfolgt werden.

Wegen dieser Möglichkeit, gegen die sich Assange natürlich bestmöglich absichern will, riskiert Präsident Correa nur zu gerne diplomatischen Ärger, mindestens mit Großbritannien. Eingefädelt wurde das ganze wohl Ende Mai, als Assange Correa in seiner Talkshow zu Gast hatte. Die wurde auf dem vom russischen Staat finanzierten Auslandssender RT ausgestrahlt. Noch so ein Staat mit einem fragwürdigen Verständnis von Presse- und Meinungsfreiheit, aber bei Assange heiligt der Zweck die Mittel, und das war in dem Fall eine möglichst hohe Verbreitung in den US-Kabelnetzen.

Vergangene Woche leistete sich dann das Land, dass in diesem Fall bisher gelassen und gründlich nach Gesetzbuch vorging, einen schweren Schnitzer: Die Briten übermittelten eine schriftliche Drohung an Ecuador. Gegen Assange liege ein Haftbefehl vor, man könne auch gewaltsam in die Botschaftsräume eindringen, um ihn zu verhaften. Die Regierung in Quito schäumte, mehrere britische Ex-Diplomaten kritisierten den Vorstoß des Außenministeriums.

Außenminister planen Ärger

Am Sonntag trafen sich die Außenminister des südamerikanischen Staatenbundes Unasur, dem neben Ecuador elf weitere Länder angehören, um über die Situation zu beraten. Die Union kündigte an Ecuador im diplomatischen Konflikt mit Großbritannien um Assange zu unterstützen, wie am späten Sonntagabend bekannt wurde.

Assange mag zwar politisches Asyl erhalten haben, in der Botschaft sitzt er trotzdem in der Falle. Betritt er britischen Boden, wird er festgenommen, selbst versteckt im Diplomatengepäck dürfte eine Flucht kaum gelingen.

Keine glückliche Situation für Großbritannien. Am Freitag treffen sich die Außenminister der Organisation Amerikanischer Staaten in Washington. Zu den 35 Mitgliedstaaten gehören auch die USA und Kanada. Ausgang des diplomatischen Schaulaufens: ungewiss.

Seine Anhänger jubelten Assange am Sonntagnachmittag zu, als er US-Präsident Barack Obama aufforderte, die "Hexenjagd" auf WikiLeaks zu beenden. Assange beherrscht das Spiel mit der Öffentlichkeit noch immer ziemlich gut. Der Balkon-Auftritt war perfekt inszeniert, auch wenn er selbst nicht all zu viel Neues zu sagen hatte.

Assange nutzt Botschaftsbalkon als Bühne

End of Document

90 Vermisste nach Schiffsunglück vor Weihnachtsinsel

Spiegel Online

22. Juni 2012 Freitag 9:04 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: INDISCHER OZEAN

Length: 310 words

Highlight: 110 Menschen wurden gerettet, 90 Menschen werden noch vermisst: Im Indischen Ozean suchen australischen Rettungskräfte nach Überlebenden eines Schiffsunglücks. "Wir sind in einem kritischen Zeitfenster", sagte der Innenminister.; <http://www.spiegel.de/panorama/indischer-ozean-dutzende-vermisste-nach-unglueck-von-fluechtlingsschiff-a-840320.html>

Body

Hamburg - Nach dem Kentern eines mutmaßlichen **Flüchtlingsboots** südlich von Indonesien haben Rettungsboote 110 Überlebende auf die australische Weihnachtsinsel gebracht. Drei Leichen seien geborgen worden, sagte ein Sprecher der australischen Wasserschutzbehörde. Rund 90 Menschen würden vermisst. Es gebe Chancen, noch Überlebende zu finden, sagte der Sprecher.

Bis zu 36 Stunden könne man in dem knapp 30 Grad warmen Wasser des Indischen Ozeans überleben, sagte der australische Innenminister Jason Clare. "Wir sind jetzt in einem kritischen Zeitfenster, in dem noch mehr Leben gerettet werden können."

Laut australischer Regierung waren zwei Kriegs- und sieben Handelsschiffe sowie drei Flugzeuge an der Suche beteiligt. Ein Aufklärungsflugzeug hatte das Boot am Donnerstag kieloben treibend rund 200 Kilometer nördlich der Insel entdeckt.

Etwa 200 Menschen seien an Bord gewesen, erzählten Überlebende. Das Boot sei von Sri Lanka in Richtung Australien in See gestochen, teilte das australische Amt für Seesicherheit (Amsa) mit. Erstmals habe man Dienstagnacht von dem Schiff gehört. Jemand von Bord habe sich telefonisch gemeldet und gesagt, es gebe Schwierigkeiten. "Es gab bei dem Anruf aber keinen Hinweis darauf, wo sich das Boot befand", sagte Clare. Daraufhin seien die australischen und indonesischen Rettungsstellen alarmiert worden.

Die Weihnachtsinsel gehört zu Australien, liegt aber viel näher an Indonesien. Sie befindet sich rund 250 Kilometer südlich von Java und rund 2600 Kilometer nordwestlich der australischen Stadt Perth. Es gibt dort ein Flüchtlingslager.

Tausende Flüchtlinge versuchen jedes Jahr, mit teils kaum seetüchtigen Booten nach Australien zu gelangen. Die meisten Boote legen in Indonesien ab. Australischen Angaben zufolge wurden in der Nähe der Insel seit Mittwoch drei weitere Boote mit 238 Flüchtlingen aufgebracht.

90 Vermisste nach Schiffsunglück vor Weihnachtsinsel

hut/dpa/dapd

Load-Date: June 22, 2012

End of Document

Femen attackieren Hamburgs Bürgermeister;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/femen-attackieren-hamburgs-buergermeister-olaf-scholz-a-929416.html>

SPIEGEL ONLINE

22. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 215 words

Byline: Fabian Reinbold

Highlight: In den Streit über die **Flüchtlinge** in Hamburg haben sich jetzt Femen eingeschaltet. Oben-ohne-Aktivistinnen griffen Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz bei einer Bürgersprechstunde an.

Body

Hamburg - Die Feministinnen-Gruppe Femen hat in den Hamburger Streit über die **Flüchtlingspolitik** eingegriffen. Drei Oben-ohne-Aktivistinnen stürmten am Dienstagabend auf Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) zu. Die barbusigen Frauen riefen "Schäm dich, Scholz", bis Securitykräfte sie vom Bürgermeister wegzerren.

Scholz hielt in einem Altersheim im Hamburger Stadtteil Lokstedt eine Bürgersprechstunde ab. Er wurde dabei scharf für die Flüchtlingspolitik seines Senats kritisiert. Ein Teil der rund 200 Besucher piffte ihn minutenlang aus.

In Hamburg tobt seit Wochen ein erbitterter Streit über Dutzende Flüchtlinge, die sich als Lampedusa-Gruppe bezeichnen. Der Senat führt nun Kontrollen Schwarzer Männer durch, die Kritiker als rassistisch bezeichnen.

Femen-Aktivistin Hellen Langhorst sagte SPIEGEL ONLINE: "Wir wollten dem Verantwortlichen für die rassistischen Kontrollen ins Gesicht sagen, dass er sich schämen soll." Femen fordere ein Bleiberecht für die Flüchtlinge.

Andere Anwesende forderten Scholz lautstark auf, "Menschlichkeit zu zeigen" und die Kontrollen einzustellen. Der SPD-Mann zeigte sich unbeirrt und sprach auch während lauter Sprechchöre gegen ihn ohne Unterbrechung weiter. Eine Mehrheit im Saal applaudierte dem Bürgermeister.

Load-Date: November 15, 2013

[Syrische Flüchtlinge im Libanon verkaufen ihre Nieren;
http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/organhandel-syrische-
fluechtlinge-im-libanon-verkaufen-ihre-nieren-a-932573.html](http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/organhandel-syrische-fluechtlinge-im-libanon-verkaufen-ihre-nieren-a-932573.html)

SPIEGEL ONLINE

10. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: GESUNDHEIT / DIAGNOSE & THERAPIE

Length: 256 words

Byline: Ulrike Putz

Highlight: Im Libanon wuchert der Schwarzmarkt für Organe. Als Spender bieten sich zunehmend Flüchtlinge aus Syrien an, getrieben von akuter Armut. Es sind so viele, dass die Preise für Nieren bereits fallen. Der SPIEGEL sprach mit dem Anwerber eines Organhändlerrings.

Body

In den Libanon geflohene Syrer sehen sich gezwungen, Organhändlern Körperteile zur Transplantation zu verkaufen. Die Armut unter den Flüchtlingen sei so groß, dass es einen regelrechten Andrang von Verkaufswilligen gebe, sagte ein Anwerber eines libanesischen Organhändlerrings dem SPIEGEL. Die Schwarzmarkt-Preise zum Beispiel für Nieren seien deshalb bereits gefallen.

Derzeit würde Spendern 7000 Dollar für eine Niere gezahlt. Die meisten Kunden, die zwischen 12.000 und 15.000 Dollar für eine Niere zahlen sollen, seien Ausländer aus den Golfstaaten, aber auch aus den USA und Europa, so der Mittelsmann. Er selbst erhalte 600 bis 700 Dollar Provision für jedes vermittelte Organ.

Operationen in Untergrundkliniken

Der Libanon bietet ideale Bedingungen für den internationalen Organhandel. Einerseits gibt es - auch dank des Zustroms von inzwischen über einer Million syrischer Flüchtlinge - eine arme Bevölkerung mit akuter Geldnot. Andererseits leben in der Region sehr reiche Kunden. Vor allem aber müssen die Organhändler keine staatlichen Kontrollen fürchten. "Das ist genau die Kombination, die Organhandel blühen lässt", sagt Luc Noel, Transplantationsexperte der Weltgesundheitsorganisation in Genf.

Die Entnahme der Organe werde in Untergrundkliniken durchgeführt, so der Informant. Seine Organisation habe im vergangenen Jahr etwa 150 Nieren an zahlungskräftige Kunden vermittelt. Schätzungen von Organhandel-Experten werden weltweit etwa 5000 bis 10.000 illegale Nierenverpflanzungen vorgenommen.

Load-Date: November 15, 2013

Syrische Flüchtlinge im Libanon verkaufen ihre Nieren

<http://www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/organhandel-syrische-fluechtlinge-im-libanon-verkaufen-ihre-nier....>

End of Document

Amsterdams Pranger für Störenfriede

Spiegel Online

26. Dezember 2012 Mittwoch 7:41 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: VERBANNUNG INS CONTAINERDORF

Length: 916 words

Byline: Laurence Thio

Highlight: Es klingt wie eine Idee aus dem Mittelalter: Amsterdam will ab 2013 Bürger in Wohncontainer am Stadtrand verbannen, wenn sie **Migranten** schikanieren oder Schwule und Lesben mobben. Die Stadt will ihre liberalen Werte verteidigen - und nimmt dafür harsche Kritik in Kauf.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/amsterdam-will-abschaum-doefer-am-stadtrand-bauen-a-873448.html>

Body

Aus dem Nachbarschaftsstreit wurde irgendwann Alltagsterror. Erst zerstörten die Nachbarn das Auto einer marokkanischen Familie im Amsterdamer Westen. Dann folgten Einschüchterungen, Drohungen und schließlich Schmierereien an der Wohnung. Es war die Rache dafür, dass der Familienvater vor Gericht als Zeuge einer Straßenschießerei aufgetreten war. Nach vier Jahren hielt die Familie es nicht mehr aus. Sie zog weg. Ähnlich erging es einem offen homosexuell lebenden Mann - er wurde von Nachbarsjungen systematisch aus dem Viertel gemobbt.

Diese und noch mehr Fälle zählt die Amsterdamer Stadtregierung auf, wenn sie ihren neuen Aktionsplan für sicheres Wohnen vorstellt. Mehr als 13.000 Nachbarschaftsstreitigkeiten wurden im vergangenen Jahr im Durchschnitt von der Polizei registriert, für eine Stadt mit etwa 800.000 Einwohnern ist das viel. Darunter fallen allerdings auch harmlose Streitfälle wie Lärmbelästigungen.

Der sozialdemokratische Bürgermeister Eberhard van der Laan will mit seinem "Treiteraapak" (zu Deutsch: Schikane-Ansatz) schwere Streitfälle angehen. In einem Brief an den Amsterdamer Gemeinderat erklärt van der Laan, vor allem Menschen mit Behinderung, anderem kulturellem Hintergrund oder sexueller Orientierung seien Attacken unter Nachbarn ausgesetzt. Der Bürgermeister sieht die liberalen Werte Amsterdams in Gefahr - und greift zu unkonventionellen Mitteln.

Schiffscontainer am Stadtrand

Künftig sollen nicht die Opfer aus ihren Vierteln wegziehen, sondern die Täter umgesiedelt werden, wenn sie ihre Nachbarn immer wieder mobben, einschüchtern oder schlagen. Im Falle von Minderjährigen soll es die Möglichkeit geben, die gesamte Familie in Wohncontainer einzuquartieren. Untergebracht werden sie in umgebauten Schiffscontainern am Rand der Stadt. Diese Maßnahme ist laut Stadtverwaltung als rote Karte gedacht - zuvor soll es Nachbarschaftsgespräche und ein Mediationsverfahren geben.

Amsterdams Pranger für Störenfriede

Die Täter werden während ihres Aufenthalts in den Containern von Sozialarbeitern und wenn nötig auch von Polizisten kontrolliert. Die Täter sollen maximal sechs Monate in den Containern wohnen. Ein Ort, an dem die Wohncontainer stehen sollen, steht noch nicht fest. Mehrere Orte kommen laut Stadtverwaltung in Frage.

Ab Anfang 2013 können die Opfer auch selbst aktiv werden und ihre Nachbarn bei einer Telefonhotline und auf der Website der Stadt melden. Die Informationen zu den Streitfällen werden von der Polizei und den Wohnungsbaugesellschaften registriert und sollen in einer stadtweiten Datenbank zusammengeführt werden.

Insgesamt hat van der Laan für das Programm eine Million Euro bereitgestellt - vorerst für ein Jahr. Das Programm wird von der Stadtregierung aus Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen getragen. Die Koalition hat im Gemeinderat die Mehrheit, ihre Zustimmung gilt nur noch als Formalität. Eine kontroverse Debatte über das Programm blieb weitgehend aus, in der englischsprachigen Presse erschienen einzelne kritische Artikel.

"Wir stecken das ganze Gesindel zusammen"

Die Idee der Amsterdamer Verwaltung ist nicht neu, es gab bereits einige Pilotexperimente mit Siedlungen in Kampen, Tilburg und Utrecht. Das Modell dafür stammt aus Dänemark und ist dort als "Skaeve Huse" bekannt. Die Ergebnisse waren damals gut: Der Streit zwischen den Nachbarn nahm ab, auch die Containerbewohner waren einer Evaluation zufolge zufrieden.

Für manche ähnelt der Vorstoß trotzdem fatal an eine Idee des Rechtspopulisten Geert Wilders. Vor knapp einem Jahr forderte dieser öffentlichkeitswirksam "Abschaum"-Dörfer für Störenfriede. Er sagte im Interview mit der niederländischen Zeitung "De Telegraaf" damals: "Wiederholungstäter sollten unter Zwang aus der Nachbarschaft entfernt und in Abschaum-Dörfer verbannt werden. Wenn es um Jugendliche geht, dann kommen ihre Familien gleich mit. Wir stecken das ganze Gesindel zusammen." Wilders sagte damals, er wolle alle "normalen Menschen" schützen, eine Definition für normal lieferte der Rechtspopulist nicht.

Die Amsterdamer Verwaltung ist bemüht, jeglichen Bezug zu Wilders herunterzuspielen. Die Sprecherin des Bürgermeisters, Tahira Limon, sagt: "Die Bürger sollen vor Einschüchterungen und Schikane geschützt werden. Dieses Programm konzentriert sich natürlich auf die Wiedereingliederung der Täter. Es geht nicht darum, sie aus der Gesellschaft auszuschließen." Die Wohncontainer würden nur deshalb am Stadtrand aufgestellt, weil dort eine Kontrolle besser möglich sei als in der Stadt, sagte Limon zu [spiegel ONLINE](#). Zudem würden nicht alle Täter an den gleichen Ort gebracht, Ghettos sollen sich so nicht bilden können. Die Amsterdamer Verwaltung rechnet mit "höchstens zehn Tätern pro Jahr", die für die Wohncontainer in Frage kommen. Eine Grundlage für diese Schätzung nennt sie nicht.

Insgesamt setzt die Amsterdamer Verwaltung mit dem "Treiteraapak" den Versuch fort, die Stadt stärker zu kontrollieren. In eine ähnliche Richtung zielte in der Vergangenheit bereits der Versuch, das Rotlichtviertel zu sanieren und zu verkleinern. Auch der Versuch, den Cannabisverkauf auf Personen mit Wohnsitz in den Niederlanden zu beschränken, gehört mit zu dieser Politik. Diskutiert wurden diese Versuche immer wieder. In Amsterdam gab es vor einigen Jahren unter dem sozialdemokratischen Bürgermeister Job Cohen schon mal ein Pilotprojekt mit Wohncontainern für Störenfriede, Verhaltensauffällige und psychisch Kranke.

Es wurde vor zwei Jahren allerdings aufgegeben: Die Gründe waren Geldknappheit und ausgerechnet Anwohnerbeschwerden.

Load-Date: December 26, 2012

[Mindestens 30 Tote bei Bootsunglück vor den Bahamas;
http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlingsdrama-mindestens-30-tote-bei-bootsunglueck-vor-den-bahamas-a-935881.html](http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fluechtlingsdrama-mindestens-30-tote-bei-bootsunglueck-vor-den-bahamas-a-935881.html)

SPIEGEL ONLINE

27. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / GESELLSCHAFT

Length: 220 words

Highlight: Vor den Bahamas ist ein Flüchtlingsboot gekentert. Mindestens 30 mutmaßlich aus Haiti stammende Menschen starben, mehr als hundert überlebten das Unglück. Sie warteten stundenlang auf Hilfe.

Body

Nassau - Ein mit geschätzt 150 haitianischen Flüchtlingen vollkommen überladenes Segelboot ist vor den Bahamas gekentert und hat mindestens 30 Menschen in den Tod gerissen. Stundenlang hätten sich die Überlebenden an den Rand des 13 Meter langen Bootes geklammert, bis Hilfe kam, sagte ein Behördensprecher.

Die genaue Zahl der Toten sei derzeit nicht bekannt. Bestätigt sind 20 Opfer, laut Berichten von Flüchtlingen an Bord sollen es mindestens 30 sein. Militär und Polizei auf den Bahamas arbeiten eng mit der US-Küstenwache zusammen, um die Leichen zu bergen.

110 Menschen seien gerettet worden, sagte ein Regierungssprecher in Nassau dem "Miami Herald". Die Flüchtlinge sollen acht oder neun Tag auf See unterwegs gewesen sein - mit wenig Trinkwasser und Lebensmitteln, außerdem ohne Rettungswesten.

Viele Überlebende seien extrem dehydriert gewesen, als die Rettungsmannschaften sie fanden. "Das Boot war eindeutig völlig überladen, instabil und nicht seetüchtig", sagte Leutnant Gabe Somma von der Küstenwache.

Zahlreiche Haitianer versuchen jeden Monat, illegal in die Vereinigten Staaten zu gelangen. Auch die östlich von Haiti liegende, zu den USA gehörende Karibikinsel Puerto Rico hat in letzter Zeit verstärkt haitianische Flüchtlinge vor ihrer Küste aufgegriffen.

ala/dpa/AP

Load-Date: November 27, 2013

Bundesregierung stockt Hilfe für Syrien-Flüchtlinge auf

Spiegel Online

7. November 2012 Mittwoch 9:13 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: BÜRGERKRIEG

Length: 278 words

Highlight: Deutschland hat seine Unterstützung für die Opfer des Bürgerkriegs in Syrien erhöht. Zusätzliche zwölf Millionen Euro sollen unter anderem dafür eingesetzt werden, um die **Flüchtlingsquartiere** winterfest zu machen. Auch Großbritannien hat seine Hilfe aufgestockt.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutschland-erhoehte-hilfe-fuer-syrische-fluechtlinge-a-865974.html>

Body

New York - Die Bundesregierung hat ihre Hilfen für die Opfer des Konflikts in Syrien um zwölf Millionen Euro erhöht. Mit insgesamt mehr als 67 Millionen Euro leiste Berlin "einen wichtigen Beitrag, um die Not der Menschen in Syrien zu lindern", sagte Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) am Mittwoch in New York.

Die zusätzliche deutsche Hilfe sollten die Vereinten Nationen nutzen, "um Flüchtlingsquartiere winterfest zu machen und die Menschen in Syrien mit Essen, lebensnotwendiger Medizin und warmer Kleidung zu versorgen", führte Westerwelle nach Angaben des Auswärtigen Amtes in Berlin aus. Auch der britische Premierminister David Cameron sagte am Mittwoch bei einem Besuch des Flüchtlingslagers Saatari in Syriens Nachbarland Jordanien zu, die Hilfen seines Landes für die syrischen Flüchtlinge um 14 Millionen Pfund auf 50 Millionen Pfund (62,5 Millionen Euro) aufzustocken.

Wegen des Konflikts in Syrien flohen laut Uno 360.000 Menschen in die Nachbarländer. Im Land selbst sind demnach rund 1,2 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Die Union syrischer ärztlicher Hilfsorganisationen (Uossm) warnte unterdessen davor, dass internationale Hilfe, die an den syrischen Roten Halbmond gehe, größtenteils nicht bei der Zivilbevölkerung ankomme. "90, sogar 95 Prozent" der Hilfen für den Roten Halbmond würden von der syrischen Führung konfisziert, sagte Uossm-Sprecher Taufik Tschamaa in Genf. Sie würden dann an verletzte Regierungsanhänger übergeben.

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und das Welternährungsprogramm (WFP) dementierten die Angaben. Es gebe "absolut keine Konfisizierung", sagte WFP-Sprecherin Elisabeth Byrs.

leh/AFP

Load-Date: November 8, 2012

Bundesregierung stockt Hilfe für Syrien-Flüchtlinge auf

End of Document

"Das ist auch für Ärzte kaum zu ertragen"

SPIEGEL ONLINE

27. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 888 words

Highlight: Das Flüchtlingsdrama im Sudan nimmt immer größere Ausmaße an. Jüngsten Zahlen der Uno zufolge sind 250.000 Menschen vor den Stammeskonflikten geflohen, Zehntausende von ihnen in den Tschad. Dort hausen sie unter lebensbedrohlichen Umständen, berichtet Maximilian Gertler von Ärzten ohne Grenzen.

Body

Hamburg - Der Darfur-Konflikt im Westen des Sudan hat sich in den vergangenen Monaten wieder verschärft. Seit einem Jahrzehnt kämpfen in dem Land afrikanische Stämme gegeneinander. Neue Zahlen des UN-Welternährungsprogramms (WFP) zeigen, wie sich auch die Situation der Flüchtlinge zunehmend verschlechtert: Seit Anfang des Jahres sind rund 250.000 Menschen auf der Flucht. "Wir sind sehr besorgt über die Ereignisse", sagt WFP-Landesdirektor Adnan Khan.

Die Männer und Frauen fliehen vor allem in das Nachbarland Tschad westlich des Sudans, insbesondere in die Grenzregion Tissi. Die Organisation Ärzte ohne Grenzen geht davon aus, dass dort in den vergangenen Monaten rund 50.000 neue Flüchtlinge angekommen sind. Allein im Lager Abgadam seien es seit Anfang Mai etwa 16.000 gewesen.

Viele von ihnen stammen ursprünglich aus dem Tschad und waren vor Jahren wegen Unruhen nach Darfur geflohen. Nachdem sie dort als Flüchtlinge gelebt hatten, mussten sie nun erneut fliehen - diesmal vor den Konflikten im Sudan.

Etwa 30 Kilometer vom Lager Abgadam entfernt hat Ärzte ohne Grenzen ein Krankenhaus renoviert. Maximilian Gertler ist Internist und Mitglied im Vorstand der Organisation. Anfang Juni unterstützte er die Ärzte in Tissi für mehrere Wochen. Im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE erzählt er von seinen schockierenden Erfahrungen.

SPIEGEL ONLINE: Sie haben viele Flüchtlinge behandelt - welchen Weg haben die Menschen hinter sich?

Gertler: Etwa ein bis drei Tage dauert die Reise aus Zentral-Darfur. Viele erzählen, dass sie Hals über Kopf aus ihren Dörfern fliehen mussten, als diese überfallen wurden: Kämpfer schossen um sich und brannten die Hütten nieder. Diese Menschen mussten alles zurücklassen. Manche konnten zumindest noch ihr Vieh mitbringen - der größte Besitz, den die Menschen haben.

SPIEGEL ONLINE: Sind die Vertriebenen in den Lagern sicher?

"Das ist auch für Ärzte kaum zu ertragen"

Gertler: Die Sicherheit ist dort eine andere, als wir sie aus Europa kennen: Man muss immer wachsam sein. Aber die Flüchtlinge erzählen, dass sie sich hier sicher fühlen. Viele wollen nach den schrecklichen Erfahrungen nie wieder zurück. Bei manchen sind die Überfälle erst wenige Wochen und Tage her.

SPIEGEL ONLINE: Wie leben die Menschen in den Camps?

Gertler: Sie hausen in Strohhütten, die nur von ein paar Stöcken zusammengehalten werden, kaum dicker als ein Unterarm. Die Hütten sind nur wenige Quadratmeter groß. In der Trockenzeit waren sie gerade ausreichend, um vor der Sonne zu schützen. Doch gegen die Wolkenbrüche der Regenzeit bieten sie jetzt keinen Schutz mehr.

SPIEGEL ONLINE: Woran fehlt es außerdem?

Gertler: Wir haben im Lager Abgadam nach Wasser gebohrt, aber nichts gefunden. Stattdessen mussten wir es mit Tanklastern holen. Vergangene Woche brach auch diese Versorgung zusammen. Die Straßen haben in der Regenzeit tiefe Löcher, in denen die Lastwagen stecken bleiben. Im Camp gab es deshalb fünf Tage lang überhaupt kein sauberes Wasser. Mittlerweile können die Flüchtlinge wieder notdürftig mit zwei Litern pro Person und Tag versorgt werden. Bei Temperaturen von 40 Grad reicht dies allenfalls zum Trinken, für die unverzichtbare Hygiene kaum.

SPIEGEL ONLINE: Wo werden Patienten medizinisch versorgt?

Gertler: Neben dem kleinen Krankenhaus im Dorf Tissu baut Ärzte ohne Grenzen gerade eine weitere Klinik in Abgadam auf. Die Organisation unterhält zudem einen kleinen Gesundheitsposten in Amdoukum, 20 Kilometer nördlich von Tissu, und mobile Kliniken. Dort behandeln wir die häufigsten und akut gefährlichen Krankheiten. Auch können Frauen dort sicher ihre Kinder zur Welt bringen. Außerdem richten wir ein Monitoring der Krankheiten mit Epidemiepotential ein.

SPIEGEL ONLINE: Mit welchen Beschwerden kommen die Menschen zu Ihnen?

Gertler: Etwa 30 Prozent aller Fälle sind Durchfallerkrankungen. Viele Kinder sind mangelernährt oder leiden unter Lungenentzündungen. Jetzt in der Regenzeit wird die Malaria stark zunehmen, denn die Überträger-Mücken finden neue Brutplätze. Cholera-Fälle haben wir bisher noch keine gesehen, aber bei zu wenig sauberem Wasser und Latrinen können schnell Epidemien auftreten. Etwa ein Viertel der stationären Patienten sind Kriegsverletzte.

SPIEGEL ONLINE: Können Sie alle Flüchtlinge ausreichend behandeln?

Gertler: Die meisten Erkrankungen können wir gut behandeln. Ein großes Problem ist jedoch, dass uns viele Menschen wegen der raren medizinischen Versorgung in der Region erst spät erreichen: Ich erinnere mich an ein siebenjähriges Mädchen mit schwerer Malaria. Wir wussten schon abends, dass sie kaum die Nacht überleben wird. Solche Stunden sind auch für den Arzt kaum zu ertragen.

SPIEGEL ONLINE: Gibt es eine Möglichkeit, Patienten in andere Krankenhäuser zu bringen?

Gertler: Das wäre bei einigen Patienten für eine weitergehende chirurgische Versorgung notwendig. Die ist jedoch mehr als 200 Kilometer entfernt. Wenn Patienten verlegt werden, dann ist dies nur per Flugzeug möglich. Allerdings ist auch die Landebahn während der Regenzeit oft nicht benutzbar. Gleich an meinem ersten Tag kamen etwa 20 Schussverletzte zu uns. Drei von ihnen sind trotz unserer Stabilisierung noch in der Wartezeit verstorben, weil das Flugzeug nicht landen konnte. Das war unwahrscheinlich frustrierend.

Das Interview führte Tobias Brunner

Load-Date: August 12, 2013

[Bürger trauen Obama und den USA nicht mehr;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ard-deutschlandtrend-mehrheit-
der-deutschen-ist-mit-obama-unzufrieden-a-932455.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ard-deutschlandtrend-mehrheit-der-deutschen-ist-mit-obama-unzufrieden-a-932455.html)

SPIEGEL ONLINE

07. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 306 words

Highlight: Die Beziehung zwischen Deutschland und den USA ist durch die NSA-Affäre extrem belastet: Die große Mehrheit der Deutschen traut laut ARD-Deutschlandtrend weder der Weltmacht noch US-Präsident Barack Obama. Edward Snowden gilt dagegen als Held.

Body

Köln/Berlin - Das Ansehen der USA ist bei den Deutschen erneut gesunken: Während das Misstrauen in US-Präsident Barack Obama steigt, sieht die Mehrheit (60 Prozent) den Whistleblower Edward Snowden als Helden, nicht als Straftäter. Das geht aus dem aktuellen ARD-Deutschlandtrend hervor. Bei der Frage, ob die Bundesregierung Snowden politisches Asyl in Deutschland anbieten sollte, sind die Deutschen jedoch uneins: 46 Prozent sind für ein Asylangebot, 48 Prozent dagegen.

Nur noch 35 Prozent der Deutschen sehen die USA als Partner, dem man vertrauen könne. Auch die Zustimmung der Deutschen zu Obama ist stark gesunken. Nur noch 43 Prozent sind zufrieden mit seiner politischen Arbeit; 32 Punkte weniger im Vergleich zum September 2012. Die Mehrheit der Deutschen (52 Prozent) ist mit der Arbeit des US-Präsidenten unzufrieden. Ein drastischer Rückgang: Noch im April 2010 war Obama auf eine Zustimmung von 88 Prozent gekommen.

Wird das No-Spy-Abkommen das Verhältnis zwischen Deutschland und den USA verbessern? Nein, antworteten 92 Prozent der Befragten in der Erhebung von Infratest dimap: Ein solches Abkommen sei wirkungslos. Nur sechs Prozent glauben, dass die US-Geheimdienste nach Abschluss eines solchen Abkommens auf Überwachungsmaßnahmen in Deutschland verzichten würden.

Obwohl durch die NSA-Abhöraffaire bekannt wurde, dass der Datenverkehr in Deutschland permanent überwacht wird, sind die Befragten offenbar persönlich nicht vorsichtiger geworden. 90 Prozent geben an, dass sie nicht geändert haben, was sie am Telefon sagen oder in E-Mails schreiben.

Daten zur Umfrage:

Stichprobe: Infratest dimap befragte 1002 repräsentativ ausgesuchte Bundesbürger durch computergesteuerte Telefoninterviews.

Bürger trauen Obama und den USA nicht mehr [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ard-deutschlandtrend-mehrheit-der-deutschen-ist-mit-obama-unzufrieden-a-932....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ard-deutschlandtrend-mehrheit-der-deutschen-ist-mit-obama-unzufrieden-a-932...)

Zeitraum: 4. und 5. November 2013

Statistische Fehlertoleranz: 1,4 bis 3,1 Prozentpunkte

vek

Load-Date: November 15, 2013

End of Document

Bundeswehr-Helfer wollen Camp in Kunduz blockieren

SPIEGEL ONLINE

08. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND; S. 0; Ausg. 0

Length: 758 words

Byline: Matthias Gebauer

Highlight: Nach dem Abzug der Bundeswehr fürchten Dolmetscher und andere Helfer der Truppe die Rache der Taliban. Sie drängen deshalb auf Asyl in Deutschland - und drohen mit Hungerstreik und Blockade des Feldlagers in Kunduz.

Body

Berlin - Der Streit über die mögliche Ausreise von afghanischen Helfern der Bundeswehr nach Deutschland droht zu eskalieren. Nach Informationen von SPIEGEL ONLINE hat eine Gruppe von Dolmetschern und anderen Mitarbeitern der Bundeswehr damit gedroht, vor dem Feldlager in Kunduz eine Zeltstadt zu errichten und die Einfahrt des Lagers zu blockieren.

In einem Telefonat kündigte ein Sprecher der Gruppe auch einen Hungerstreik an, wenn Deutschland den Helfern kein Asyl in Aussicht stellen würde. Die Drohung am vergangenen Mittwoch zeigt die Verzweiflung der Dolmetscher und Angestellten, die den Abzug der Truppen bis Ende 2014 fürchten.

Ihr Protest könnte auch ein Thema für Außenminister Guido Westerwelle werden, der am Samstagmorgen in Kabul eingetroffen ist. Sein öffentlich nicht angekündigter Besuch beim afghanischen Präsidenten Hamid Karzai wird die nächsten Schritte zum Abzug der deutschen Truppen zum Thema haben. Am Nachmittag reist der FDP-Politiker nach Pakistan weiter. Dort trifft Westerwelle als erster westlicher Außenminister den neuen Premierminister Nawaz Sharif, der in dieser Woche vereidigt wurde.

Viele der bis zu 1500 afghanischen Angestellten der Bundeswehr, allen voran die auch bei Kampfmissionen außerhalb der Lager eingesetzten Dolmetscher, fürchten die Rache der Taliban: Die Radikalisirten würden sie und ihre Familien nach dem Abzug als Verräter angreifen oder töten. Deswegen fordern sie, dass gefährdete Helfer und ihre Angehörigen in Deutschland Asyl erhalten.

Mehrmals schon hatten die Helfer vor dem Feldlager in Kunduz demonstriert, die Errichtung einer Barrikade allerdings würde die Truppe unter Zugzwang setzen. Laut einem internen Papier der Bundeswehr nahm der Kommandeur der rund 980 noch in Kunduz stationierten Deutschen die Forderungen der Afghanen zwar entgegen. Gleichzeitig drohte er, dass die Bundeswehr im Fall einer Blockade die afghanischen Sicherheitskräfte alarmieren müsste, die das Zeltlager dann auflösen sollten.

Schwere Bedingungen für Asyl in Deutschland

Bundeswehr-Helfer wollen Camp in Kunduz blockieren

Die Frage, was mit den Helfern der Bundeswehr nach dem Abzug passieren soll, wird seit Monaten intensiv diskutiert, in Deutschland arbeitet ein gemeinsamer Stab von allen in Afghanistan engagierten Ministerien an einer Lösung. Zwar signalisiert die Bundeswehr immer wieder, dass sie die Gefährdung der Mitarbeiter nach 2014 ernst nehme. Demnach prüfe man derzeit eine Handvoll Einzelfälle, die sich an die Truppen gewandt hatten. Die Zahl soll um die 30 liegen.

Die Bedingungen für eine Aufnahme der Afghanen allerdings sind bis heute sehr schwer. So sieht ein bisher geheim gehaltener Katalog von 14 Kriterien vor, dass eine Aufnahme in Deutschland nur möglich sei, wenn die Afghanen eine konkrete Gefährdung nachweisen können, die sich "vom allgemeinen Gefährdungspotential in Afghanistan abhebt", und das Risiko auch durch einen Umzug in Afghanistan und die Einschaltung der afghanischen Sicherheitskräfte nicht behoben werden könne.

Die Bemerkungen zu den Kriterien erinnern an deutsche Amtsformulare. Hinweise auf eine Gefährdung müssen demnach "belegt werden", eine "Behauptung reicht nicht aus". Dann wird geprüft, ob es sich bei Drohungen möglicherweise um "allgemeine Kriminalität" handeln könne. Ebenso wird abgefragt, ob die Arbeit der Afghanen zu einem erheblichen oder sichtbaren Erfolg der deutschen Mission am Hindukusch beigetragen habe.

In Deutschland machen sich die Grünen für die sogenannten Ortskräfte stark. In einem im Bundestag eingebrachten Antrag fordern sie die Regierung auf, "allen afghanischen Ortskräften, die für die Bundeswehr in Afghanistan gearbeitet haben, eine Aufnahme in Deutschland anzubieten". In dem Antrag bemängeln die Grünen die bisherige Praxis. "Wie der Nachweis einer konkreten Bedrohung gelingen soll, die über die allgemeine Gefährdungslage hinaus geht, ist fraglich", heißt es in dem Antrag. Die Lage vor Ort bringt das Papier auf den Punkt: "Im Falle eines Überfalls, einer Entführung oder eines anderen Verbrechens wäre es jedoch zu spät."

Heftige Kritik übte der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen. "Die Bundesregierung agiert viel zu zögerlich", sagte Volker Beck SPIEGEL ONLINE, "langwierige, bürokratische und teilweise entwürdigende Einzelfallprüfungen sind nicht die Lösung". Beck betonte "die humanitäre Pflicht und auch die Möglichkeit, dem gesamten Kontingent der Ortskräfte eine Aufnahme anzubieten", weil die Afghanen "sich für die Interessen Deutschlands in Gefahr begeben" hätten.

Load-Date: June 25, 2013

In der Wüste gestrandet

SPIEGEL ONLINE

03. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WISSENSCHAFT / MENSCH

Length: 332 words

Highlight: Wo vor gut einem Jahr noch niemand lebte, sind nun mehr als 120.000 Menschen untergekommen: Sie sind über die Grenze aus Syrien nach Jordanien geflüchtet - ins Camp Zaatari. Satellitenaufnahmen zeigen, wie die Stadt in der Wüste wächst.

Body

"Aster" heißt eines der Instrumente an Bord des Satelliten "Terra". Es beobachtet, wie es die US-Weltraumbehörde Nasa formuliert, die sich verändernde Oberfläche unseres Planeten. Dafür nimmt es Abbildungen im Bereich des sichtbaren Lichts bis hin zum thermischen Infrarotbereich auf. Und kann so beispielsweise die Veränderungen von Gletschern registrieren oder den Zustand von Korallenriffen überprüfen.

Oder das Entstehen einer provisorischen Wüstenstadt dokumentieren.

Denn in Jordanien, rund zehn Kilometer entfernt von der syrischen Grenze, hat sich einiges verändert in den vergangenen Monaten: Wo im Mai 2009 (links auf dem Foto) nur Landschaft war, sind im September 2012 (Mitte) weiße Dächer zu sehen, die aus der Umgebung herausstechen. Im Juli 2013 (rechts) ist diese Siedlung auf ein Vielfaches angewachsen.

Wasserknappheit und kriminelle Banden

Hier liegt das Flüchtlingscamp Zaatari, in dem inzwischen mehr als 120.000 Menschen leben. Manchen Schätzungen zufolge sind es sogar bis zu 160.000. Im August 2012 schilderte ein Unicef-Mitarbeiter das Camp als belebten Ort, den etwa 6000 Flüchtlinge bevölkerten. Und er erinnerte sich: "Als ich in Zaatari ankam, stand dort noch nichts. Das Lager war nicht mehr als ein leerer Wüstenfleck. Einige Arbeiter waren vor Ort und bemühten sich, den Boden für die Zelte zu begraden."

Jeden Tag kamen neue Flüchtlinge, manchmal 200, manchmal 2000. Inzwischen ist das Camp quasi eine der größten Städte Jordaniens - und die Versorgung ist ebenso schwierig wie die Lebensbedingungen der Flüchtlinge.

Humanitäre Helfer berichten von kriminellen Banden, die das Lager kontrollieren. Von Wasser, Zelten, Matratzen, die verschwinden. 45 Grad Celsius im Schatten und Wasserknappheit machen die Lage nicht einfacher; Jordanien ist eines der trockensten Länder der Welt.

Uno-Koordinator Kilian Kleinschmidt, der als Profi-Helfer in Zaatari ist, spricht vom "schwierigsten Einsatz seines Lebens".

In der Wüste gestrandet

wbr

Load-Date: August 12, 2013

End of Document

"Ich habe meinen eigenen Kopf"

Spiegel Online

20. November 2012 Dienstag 12:56 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: DORIS SCHRÖDER-KÖPF IM WAHLKAMPF

Length: 846 words

Highlight: Sie soll Glanz in den Wahlkampf der SPD-Niedersachsen bringen: Doris Schröder-Köpf kandidiert für den Landtag und kümmert sich um Integration. Im Interview spricht die Altkanzler-Gattin über Attacken auf ihr Büro - und den speziellen Einsatz ihres Mannes als Wahlkampfhelfer.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/ex-kanzlergattin-schroeder-koepf-kaempft-fuer-spd-niedersachsen-a-867391.html>

Body

spiegel ONLINE: Frau Schröder-Köpf, Sie haben sich lange Zeit dagegen gewehrt, im Schattenkabinett von SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil einen Posten zu übernehmen. Jetzt sind Sie zur Integrationsbeauftragten ernannt worden. Warum haben Sie zugesagt?

Schröder-Köpf: Ich beschäftige mich seit Jahren, auch ehrenamtlich, mit Kindern und Jugendlichen. In Niedersachsen hat inzwischen ein Drittel der Menschen unter 15 Jahren eine Einwanderungsgeschichte - ein Drittel! Viele haben Probleme, verlassen zum Beispiel die Schule ohne Abschluss. Wir brauchen eine bessere frühkindliche Bildung, mehr Förderung in Ganztagschulen, Verzicht auf das schädliche Betreuungsgeld. Ich finde es gut, dass meine Stimme jetzt zählt. Ich sehe mich als Ombudsfrau für Anliegen, die mit Migration und Teilhabe zu tun haben.

spiegel ONLINE: Welche Befugnisse haben Sie?

Schröder-Köpf: Stephan Weil hat mir große "Beinfreiheit" zugesichert. In der Härtefallkommission, die konkret über strittige Abschiebungen entscheidet, werden unter meiner Leitung humanitäre Aspekte wieder eine größere Rolle spielen. Im Einzelnen wird das aber Thema bei den Koalitionsverhandlungen sein.

spiegel ONLINE: Wie sehen Sie die Kopftuch-Frage: Dürfen Lehrerinnen ihre Kopfbedeckung in den Schulen auch außerhalb des geplanten islamischen Religionsunterrichts tragen?

Schröder-Köpf: Wir werden das besprechen. Ich persönlich habe als Internatsschülerin bei katholischen Nonnen jedenfalls eines gelernt: Emanzipiertes Verhalten hat nichts mit der Kopfbedeckung zu tun. Es muss nur eine freiwillige Entscheidung sein, sie zu tragen. Es ist immer wichtiger, was im Kopf drin ist, als das, was drauf ist.

spiegel ONLINE: Sie sind die erste Frau eines Ex-Bundeskanzlers, die um eine eigene politische Karriere kämpft. Sie wollen in zwei Monaten in den Landtag von Niedersachsen einziehen. Wie sehr haben Sie sich in den ersten Monaten Wahlkampf emanzipieren können?

"Ich habe meinen eigenen Kopf"

Schröder-Köpf: Emanzipiert war ich schon immer. Es ging allein um die Wahrnehmung von außen. Manche Menschen hatten ein Bild von mir, das auf die Phase der Kanzlerjahre beschränkt war. Da waren meine Möglichkeiten, Eigenständigkeit zu zeigen, eben beschränkt.

spiegel ONLINE: Wie sehr holt Sie die Politik Ihres Mannes ein - zum Beispiel die umstrittene Hartz-IV-Reform, deren Name "Agenda 2010" Sie sich ausgedacht haben?

Schröder-Köpf: Ich hätte viel zu tun, wenn ich heute ständig politische Äußerungen oder Entscheidungen meines Mannes aus dessen 40-jähriger Laufbahn kommentieren würde. Er hatte damals als niedersächsischer Ministerpräsident und als Bundeskanzler seine Themen, ich habe heute meine. Ich konzentriere mich auf die Bereiche Integration, demografischer Wandel, Bildung und Gleichstellung von Frauen und Männern - und auf meinen Wahlkreis.

spiegel ONLINE: Unterstützt Ihr Mann Sie im Wahlkampf?

Schröder-Köpf: Er hilft mir im Familienalltag. Er ist häufiger als früher zu Hause im Einsatz und kümmert sich um die Kinder. Wir stimmen uns ab, so dass er bei den Kleinen ist, wenn sich bei mir die Termine ballen. Eigentlich die blanke Selbstverständlichkeit, finde ich.

spiegel ONLINE: Gerhard Schröder macht den Hausmann?

Schröder-Köpf : Hausmann ist er nicht und wird er sicher auch nie werden. Das muss er auch nicht. Das Wichtigste ist, dass er sich für die Kinder und ihre Angelegenheiten zuständig fühlt.

spiegel ONLINE: Berät Sie Ihr Mann?

Schröder-Köpf: Nein, da habe ich meinen eigenen Kopf. Ich bin ein anderer Mensch, eine Frau - und es ist eine andere Zeit als damals, als er noch aktiver Politiker war.

spiegel ONLINE: Warum haben Sie nicht gleich für den Bundestag kandidiert?

Schröder-Köpf: Warum sollte ich? Für die Themen, die mir wichtig sind, ist die Ebene eines Bundeslandes genau die richtige. Gerade die Bildungspolitik, Schlüssel für die Integration, ist Länderaufgabe. Landespolitik ist sehr konkret, das liegt mir.

spiegel ONLINE: Ihr Wahlkreisbüro in Hannover ist schon dreimal mit Steinen attackiert worden. Wie haben Sie da reagiert?

Schröder-Köpf: Ich habe mir Sorgen um die Mitarbeiterinnen dort gemacht. Die Angriffe hängen wohl mit einem rechtsradikalen Trupp zusammen, der inzwischen verboten ist. Vor vielen Jahren gab es schon einmal ein SPD-Büro in meinem Wahlkreis, das bei einem Brandanschlag zerstört wurde. Auch damals gab es einen rechtsradikalen Hintergrund. Ich habe inzwischen Sicherheitsvorkehrungen getroffen und auch Scheiben in einer anderen Widerstandsklasse einbauen lassen.

spiegel ONLINE: Umfragen zeigen, dass ein Regierungswechsel in Niedersachsen möglich wird. Bisher wirkt SPD-Frontmann Stephan Weil recht blass. Ist er ein guter Spitzenkandidat?

Schröder-Köpf: Ich sage es mal so: Ihm würde ich meine Kinder und meine Kasse in Obhut geben - mehr Vertrauen kann man nicht haben. Er ist ein sehr aufmerksamer und warmherziger Mensch. Es ist im Übrigen völlig normal, dass sich die Bekanntheitsgrad- und Beliebtheitswerte eines Herausforderers im Laufe eines Wahlkampfes erst entwickeln. Stephan Weil wird seinen Weg machen und die Wahl gewinnen, da habe ich keinen Zweifel.

Das Gespräch führte Christina Hebel

"Ich habe meinen eigenen Kopf"

End of Document

Türkei schiebt syrische Flüchtlinge ab

Spiegel Online

28. März 2013 Donnerstag 2:52 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: UNRUHEN IN LAGER

Length: 516 words

Highlight: Die Türkei hat offenbar Dutzende Menschen aus einem **Flüchtlingslager** im Grenzgebiet zurück in das Bürgerkriegsland Syrien geschickt. Womöglich wurden gar rund 600 syrische **Flüchtlinge** in ihre Heimat abgeschoben. Die Uno ist alarmiert.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-schiebt-syrische-fluechtlinge-ab-a-891541.html>

Body

Damaskus - Millionen Syrer sind auf der Flucht vor dem blutigen Bürgerkrieg in ihrem Land. Viele flüchten sich in die Nachbarländer, 200.000 Menschen haben allein in der Türkei Schutz gefunden. Doch dort sind sie offenbar auch nicht sicher.

Aus dem Flüchtlingslager Suleymansah im Südosten des Landes sind jetzt viele Flüchtlinge nach Unruhen abgeschoben worden. Laut Nachrichtenagentur Reuters sollen 600 bis 700 Menschen nach Syrien zurückgeschickt worden sein. "Sie waren an Gewalttaten beteiligt", sagte ein Mitarbeiter des Lagers an der Grenze zu Syrien. Ein anderer Vertreter der örtlichen Behörden nannte demnach die Zahl von 400.

Das türkische Außenministerium wies die Darstellungen zurück. Niemand sei gegen seinen Willen abgeschoben worden, sagte ein Außenamtssprecher Reuters. Die Zahl der Rückkehrer liege eher bei 50 bis 60.

Das Uno-Flüchtlingshilfswerk zeigte sich besorgt über die Berichte von Abschiebungen. Man stehe in direktem Kontakt mit den Behörden, sagte eine Sprecherin in Genf.

In dem Lager war es am Mittwoch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Militärpolizisten und Demonstranten gekommen, die gegen die Bedingungen protestierten, unter denen sie dort leben. Die Sicherheitskräfte wurden mit Steinen beworfen. Die Polizei wiederum setzte Tränengas und Wasserwerfer ein. Auslöser des wütenden Protests war der Tod eines Kindes bei einem Brand am Mittwochmorgen.

Auch in einem Lager in Jordanien hat es nach Informationen der Agentur AP Unruhen gegeben.

Studenten sterben bei Angriff in Damaskus

Auf eine schnelle Lösung des Konflikts in ihrem Heimatland können die Flüchtlinge nicht hoffen. Der Krieg in Syrien tobt weiter, fast täglich sterben Menschen. Seit dem Aufstand gegen Staatschef Baschar al-Assad vor zwei Jahren

Türkei schiebt syrische Flüchtlinge ab

sind laut Uno mehr als 70.000 Menschen getötet wurden. Zivilisten werden stärker in den Krieg hineingezogen - darunter leiden vor allem Kinder.

Am Donnerstag ist die Universität von Damaskus beschossen worden: Das syrische Staatsfernesehen meldet, "Terroristen" hätten die Kantine der Fakultät für Architektur in der syrischen Hauptstadt mit Granaten angegriffen. Nach ersten Informationen gebe es viele tote und verletzte Studenten. Mindestens zwölf Menschen sollen getötet worden sein.

Auf Fernsehbildern sind Blutlachen und Glasscherben auf dem Boden der Kantine zu sehen, überall liegen Tische und Stühle herum. Zu sehen sind außerdem Ärzte, die bei mindestens zwei jungen Männern Nothilfe leisten.

Die syrische Staatsführung bezeichnet die Aufständischen im Land gewöhnlich als "Terroristen". Zahlreiche Menschenrechts- und Hilfsorganisationen warnen vor zunehmenden Kriegsverbrechen auf beiden Seiten. In einem aktuellen Bericht prangert Amnesty International Geiselnahmen, Folter und gezielte Tötungen an.

In den vergangenen Tagen hatte es mindestens zwei Anschläge in der syrischen Hauptstadt gegeben. Am Donnerstag vergangener Woche hatte ein Selbstmordattentäter in einer Moschee fast 50 Menschen mit in den Tod gerissen. Unter den Toten war der bekannte regierungstreue Geistliche Mohammed Said Ramadan al-Buti.

kgp/Reuters/dpa/AP

Load-Date: March 28, 2013

End of Document

"Bitte helfen Sie uns"

Spiegel Online

31. August 2012 Freitag 9:24 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FLÜCHTLINGSNOT IN SYRIEN

Length: 541 words

Highlight: Dramatischer Appell der Uno zur Lage in Syrien: "Wenn die Kämpfe andauern, wird die Zahl der Flüchtlinge unsere Möglichkeiten überschreiten", sagt Vize-Generalsekretär Jan Eliasson. Schon jetzt hätten 2,5 Millionen Menschen ihr Zuhause verlassen. Die Türkei drängt immer stärker auf eine Intervention.;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-uno-warnt-vor-fluechtlingsdrama-a-853085.html>

Body

New York - Die Vereinten Nationen schlagen Alarm, weil die Lage der Flüchtlinge in Syrien immer dramatischer wird. "Wenn die Kämpfe andauern, wird die Zahl der Flüchtlinge unsere Möglichkeiten überschreiten", sagte der stellvertretende Uno-Generalsekretär Jan Eliasson. "Inzwischen brauchen schon 2,5 Millionen Menschen in Syrien unsere Hilfe. Damit hat sich die Zahl seit März verdoppelt."

Mehr als 1,2 Millionen Menschen hätten in öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Moscheen Zuflucht gesucht. "229.000 Menschen sind außerhalb Syriens als Flüchtlinge registriert, und die Zahl steigt schnell", sagte Uno-Flüchtlingskommissar António Guterres. "Die Flucht ist für viele die einzige Möglichkeit zu überleben."

"Allein in den vergangenen drei Tagen sind 12.000 unserer syrischen Brüder in unser Land gekommen", sagte der jordanische Außenminister Nasser Dschuda. Das übersteige bald die Möglichkeiten seines Landes. "Bitte helfen Sie uns zu helfen."

Sein türkischer Kollege Ahmed Davutoglu sagte, innerhalb von nur 30 Stunden hätten mehr als 5000 Flüchtlinge sein Land erreicht. Auch er bat um Hilfe - und zeigte sich enttäuscht vom Sicherheitsrat: "Ich bin davon ausgegangen, dass die große Not den Rat zur Einigkeit drängt. Ich wurde enttäuscht." Er schlug erneut vor, Schutzzonen für die syrische Zivilbevölkerung einzurichten. "Wie lange werden wir zusehen, wie eine ganze Generation mit willkürlichen Bombardements ausgelöscht wird?", sagte Davutoglu.

"Wir sind zur Untätigkeit verdammt"

Großbritannien und Frankreich signalisierten generelle Sympathie für den Vorstoß. Der britische Außenminister William Hague sagte allerdings, ohne militärisches Eingreifen sei die Einrichtung einer solchen Schutzzone nicht durchsetzbar - der Vorschlag werden daher im Sicherheitsrat derzeit keine Unterstützung finden. "Aber für die Zukunft schließen wir keine Option aus", fügte er hinzu. Sein französischer Kollege Laurent Fabius erklärte, London und Paris seien sich in diesem Punkt "ganz und gar einig".

"Bitte helfen Sie uns"

Allein: Aus Russland und China kam ein weiteres Mal Ablehnung. Beide Länder haben bislang drei Syrien-Resolutionen, die den Druck auf Präsident Baschar al-Assad erhöhen sollten, gegen die Mehrheit des Sicherheitsrats blockiert.

Auch der deutsche Uno-Botschafter Peter Wittig beklagte die anhaltende Blockade im Sicherheitsrat. "Wir sind zur Untätigkeit verdammt worden", sagte Wittig. Derzeit sei "keine Resolution oder robuste Reaktion" des mächtigsten Uno-Gremiums zu erwarten. Mit dem dritten Veto durch Russland und China habe sich der Sicherheitsrat "erst mal selbst aus dem Spiel genommen", sagte Wittig. "Ich sehe derzeit nicht, dass sich die russische Haltung verändert und aufweicht." Durch die Kämpfe zwischen Assads Truppen und den Rebellen sind seit März 2011 nach Oppositionsangaben etwa 25.000 Menschen getötet worden.

Das Assad-Regime geht offenbar weiter unbeirrt gegen die Aufständischen vor. Aktivisten der Opposition zählten am Donnerstag landesweit 80 Tote. Nach Angaben der Organisation Syrischer Menschenrechtsbeobachter starben allein beim Beschuss der nördlichen Provinz Idlib durch Regierungstruppen 20 Menschen, darunter acht Kinder und neun Frauen. Eine unabhängige Überprüfung dieser Angaben ist nicht möglich.

ffr/dpa/AFP/dapd

Load-Date: August 31, 2012

End of Document

Jordanien richtet Zeltlager für 130.000 Flüchtlinge ein

Spiegel Online

25. Juli 2012 Mittwoch 6:18 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KRIEG IN SYRIEN

Length: 719 words

Highlight: Syrien und seinen Nachbarländern droht eine humanitäre Katastrophe. Hunderttausende fliehen vor dem Krieg, allein Jordanien stellt sich darauf ein, 130.000 Menschen aufzunehmen. Auch Russland warnte das verbündete Assad-Regime nun scharf vor dem Einsatz von Chemiewaffen.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-heftige-gefechte-machen-hunderttausende-zu-fluechtlingen-a-846416.html>

Body

Damaskus/Istanbul - Schwere Artillerie, Kampfhubschrauber und nun auch Kampfflugzeuge: Der Krieg in Syrien wird mit immer rigoroseren Mitteln geführt. In den Metropolen Aleppo und Damaskus zwingen laut Augenzeugenberichten Regierungstruppen die Rebellen zum Rückzug. Diese wiederum sollen demnach selbst hart gegen mutmaßliche Unterstützer des Assad-Regimes vorgehen. Diese Angaben lassen sich derzeit nicht unabhängig überprüfen.

Als Folge befinden sich inzwischen Hunderttausende Syrer auf der Flucht, dem Land droht eine humanitäre Katastrophe. Das Nachbarland Jordanien hat sich nun entschlossen, in der Nähe der Grenzstadt Mafrak ein Zeltlager für 130.000 **Flüchtlinge** zu errichten. Am kommenden Montag sollen die ersten zehntausend Unterkünfte zur Verfügung stehen. Derzeit bringen sich täglich etwa tausend Syrer in dem Königreich in Sicherheit. Dort gibt es bislang nur ein kleineres Auffanglager, in dem es kürzlich wegen der beengten Verhältnisse zu einem Aufruhr kam.

Laut Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR steigt die Zahl syrischer Flüchtlinge in den Nachbarländern dramatisch. Mehr als 120.000 seien in Jordanien, im Libanon, in der Türkei und im Irak registriert. Zusätzlich gebe es eine große Dunkelziffer von nicht registrierten Flüchtlingen. Viele seien auf humanitäre Hilfe und auf Spenden angewiesen, drei Viertel von ihnen seien Frauen und Kinder. Die Bundesregierung stellt Millionen bereit, auch Schiffe der Bundeswehr könnten zum Einsatz kommen.

Regierungstruppen erlangen Oberhand in Metropolen

In den größten Städten des Landes, Aleppo und Damaskus, scheinen die Regierungstruppen die Oberhand zu gewinnen. Mit massiven Truppenverstärkungen und dem Einsatz von Kampfhelikoptern, Artilleriegeschützen und Panzern gingen sie am Mittwoch in den beiden Städten gegen die Aufständischen der Freien Syrischen Armee (FSA) vor.

Jordanien richtet Zeltlager für 130.000 Flüchtlinge ein

"Wir halten uns noch in sechs Bezirken am Rand von Aleppo, und wir haben Verluste", sagte Abu Omar al-Halebi, ein Kommandeur der FSA, der Nachrichtenagentur dpa am Telefon. Laut Angaben der Rebellen wurden mindestens 2000 syrische Soldaten nach Aleppo in Marsch gesetzt. Das Regime soll die Wirtschaftsmetropole mit Kampfflugzeugen bombardieren lassen, wie die britische BBC berichtet.

In Damaskus hielten die Rebellen am Mittwoch noch das südliche Viertel al-Hadschar al-Aswad, das ihnen zufolge von Regierungstruppen mit Kampfhubschraubern beschossen wurde. Das Gebiet ist eine der letzten Hochburgen der Rebellen in der Hauptstadt, nachdem sie in den vergangenen Tagen von den Regimetruppen aus etlichen anderen Stadtvierteln verdrängt worden waren.

Russland hat das verbündete Assad-Regime ungewöhnlich nachdrücklich vor dem Einsatz von Chemiewaffen gewarnt. Das Regime in Damaskus müsse sich strikt an das Genfer Protokoll halten, das den Einsatz von Giftgas und ähnlichen Kampfstoffen verbietet, forderte Vizeaußenminister Michail Bogdanow am Mittwoch bei einem Treffen mit dem syrischen Botschafter in Moskau.

Zwei Diplomaten kehren Assad den Rücken

Aus Protest gegen die Gewalt des Regimes sollen zwei weitere syrische Diplomaten Assad den Rücken gekehrt haben. Die Botschafterin in Zypern, Lamia al-Hariri, habe sich von Damaskus losgesagt und sei in Katar gelandet, teilte ein Sprecher des oppositionellen Syrischen Nationalrats (SNC) am Mittwoch mit. Auch ihr Mann Abd al-Latif Dabbagh, der bis zuletzt Botschafter in den Vereinigten Arabischen Emiraten gewesen sei, hat sich laut Angaben des SNC abgesetzt. Unabhängig überprüfen lassen sich diese Angaben bislang nicht.

Die Türkei hat wegen der eskalierenden Gewalt ihre Grenze zu Syrien für den Personen- und Güterverkehr weitgehend geschlossen - für Flüchtlinge bleibt sie laut dem Zoll- und Handelsminister Hayati Yazici jedoch nach wie vor offen. Zuletzt hatten Rebellen mindestens zwei Grenzübergänge zur Türkei unter ihre Kontrolle gebracht. An dem Grenzposten Bab al-Hawa wurden Dutzende türkische Lastwagen von Bewaffneten geplündert.

Zudem glauben offenbar einige prominente Mitglieder der Assad-Familie nicht mehr an ein Überleben des Regimes. Wie die Nachrichtenagentur dpa in Istanbul aus gut unterrichteten Kreisen erfuhr, sollen Assads Onkel Mohammed Machluf und dessen Söhne versucht haben, Kontakte im Ausland zu knüpfen. Sie suchten Schutz, falls Assad untergehen sollte.

fdi/Reuters/AFP/dpa/AP

Load-Date: July 26, 2012

Südamerikanische Staaten unterstützen Ecuador

Spiegel Online

20. August 2012 Montag 8:09 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FALL ASSANGE

Length: 445 words

Highlight: Das südamerikanische Staatenbündnis Unasur stellt sich im Streit mit Großbritannien um Julian Assange auf die Seite Ecuadors. Allerdings halten nicht alle Nachbarländer die Entscheidung, dem WikiLeaks-Gründer diplomatisches **Asyl** zu gewähren, für richtig.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/wikileaks-gruender-assange-suedamerikanische-staaten-unterstuetzen-ecuador-a-850902.html>

Body

London - Im Streit zwischen London und Quito um die Ausreise von WikiLeaks-Gründer Julian Assange hat die Union Südamerikanischer Nationen (Unasur) die britische Drohung, die ecuadorianische Botschaft in London zu stürmen, verurteilt. In einer Abschlusserklärung unterstützten die Außenminister der Organisation allerdings nicht einstimmig die Entscheidung Ecuadors, Assange diplomatisches **Asyl** zu gewähren. Das Treffen zum Fall Assange am Wochenende in der ecuadorianischen Stadt Guayaquil war von der Regierung in Quito einberufen worden.

In der Erklärung hieß es, die Außenminister "verurteilten die Androhung von Gewalt zwischen Staaten" und bekräftigten "das Recht von Staaten, Asyl zu gewähren". Die Parteien wurden aufgefordert, "dem Pfad des Dialogs und direkter Verhandlungen" zu folgen, um eine akzeptable Lösung des Streits für alle zu finden. Die Sitzung dauerte nach Angaben des venezolanischen Unasur-Generalsekretärs Ali Rodriguez 20 Minuten.

Der Ton zwischen Großbritannien und Ecuador war in der vergangenen Woche rauer geworden. London hatte angedeutet, notfalls für eine Festnahme Assanges in die ecuadorianische Botschaft eindringen zu wollen, um seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. Der britische Außenminister William Hague sagte später, es gebe keine solche Drohung. Der Präsident Ecuadors, Rafael Correa, bezeichnete das Vorgehen Londons am Samstag als "inakzeptabel, intolerabel, taktlos und rücksichtslos". Sein Land habe "eine souveräne Regierung, die vor niemandem niederkniet".

Der Australier Assange hält sich seit dem 19. Juni in der ecuadorianischen Botschaft in London auf, um sich einer Auslieferung nach Schweden zu entziehen. Dort soll er zu Vorwürfen sexueller Übergriffe befragt werden, fürchtet allerdings seine Auslieferung an die USA, wo ihm wegen Geheimnisverrats im schlimmsten Fall die Todesstrafe drohen würde. Assange zog 2010 den Zorn der US-Regierung auf sich, als auf seiner Enthüllungsplattform Hunderttausende geheime Dokumente über den Krieg im Irak und in Afghanistan sowie vertrauliche Diplomatenbesprechungen veröffentlicht wurden.

Südamerikanische Staaten unterstützen Ecuador

Vor Hunderten von Anhängern sprach der 41-jährige Australier am Sonntag vom Balkon der ecuadorianischen Botschaft in London. Assange bedankte sich für die Unterstützung aus Ecuador und weiteren südamerikanischen Ländern. Er forderte die USA auf, ihre "Hexenjagd" auf Internetaktivisten zu stoppen und den WikiLeaks-Informanten Bradley Manning und andere freizulassen und zu entschädigen. Mehrere hundert Journalisten, Fotografen, Assange-Unterstützer und Schaulustige hatten stundenlang vor der Botschaft ausgeharrt. Eine Hundertschaft der Polizei sperrte die Straße ab.

anr/dapd/dpa

Load-Date: August 20, 2012

End of Document

Westerwelles schwieriger Gast

SPIEGEL ONLINE

22. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 841 words

Byline: Severin Weiland

Highlight: Syrien, Ägypten, NSU-Abschlussbericht: Der Besuch des türkischen Außenministers Ahmed Davutoglu in Berlin ist in diesen Wochen kein Routinetermin. Nach einem Treffen mit Guido Westerwelle findet der Gast aus Ankara klare Worte, vor allem in Richtung Uno.

Body

Berlin - Guido Westerwelle begrüßt seinen Gast mit Vornamen. "Lieber Ahmed", sagt er zu seinem Kollegen aus der Türkei. Ahmed Davutoglu, Außenminister und Mitglied der in Ankara regierenden konservativ-islamischen AKP, ist an diesem Donnerstagmorgen zu einer Kurzvisite nach Berlin gekommen.

Es gibt viel zu besprechen: die Lage in Ägypten, in Syrien, im Nahen Osten. Der Besuch eines türkischen Außenministers in diesen Tagen ist für Westerwelle keine Routineangelegenheit. In Berlin wird am selben Tag dem Bundestagspräsidenten der Abschlussbericht zum NSU-Untersuchungsausschuss übergeben. Der NSU soll für jene rechtsextremistische Mordserie verantwortlich sein, der türkische Migranten in Deutschland zum Opfer fielen. Davutoglu bedankt sich für Westerwelles "sehr entschiedene Haltung" gegen "rassistische Terrorbewegungen". Er freue sich, dass "die Justiz, das Recht zur Geltung kommt", sagt der Gast mit Blick auf den laufenden Prozess in München.

Wer Davutoglu in Berlin reden hört, erlebt den selbstbewussten Außenminister eines aufstrebendes Land am Bosphorus. Vor Wochen war die regierende AKP noch wegen der gewaltsamen Räumung des Gezi-Parks im Mittelpunkt der internationalen Kritik. Dem türkischen Premier Recep Tayyip Erdogan wurden autoritäre Züge zugeschrieben. Doch die Berichterstattung hat nachgelassen, der Fokus hat sich längst anderen alten Krisenherden zugewandt - vor allem der Lage in Syrien und in Ägypten.

Es ist ein erstaunlicher Auftritt: Davutoglu, dessen AKP zuletzt mit innenpolitischen Gegnern nicht zimperlich umging, spricht nach seinem Frühstück mit dem deutschen Außenminister von Menschenrechten und freien Wahlen, von gemeinsamen Werten, die "wir alle verteidigen". Er erinnert an die Uneinigkeit während des Balkankrieges in den neunziger Jahren und schlägt den Bogen zur Gegenwart, eben zu Syrien und Ägypten: "Wir müssen auf Seiten der Völker stehen, die die Demokratie, den Frieden, den Wohlstand fordern."

Syrien überschattet Kurzbesuch

Westerwelles schwieriger Gast

Davutoglu ist auf einer Rundreise, nach Berlin besucht er London und Rom. Eigentlicher Anlass ist die Lage in Ägypten. Seit längerem pflegt die AKP gute Beziehungen zur Muslimbruderschaft, die Türkei hat daher das Eingreifen der Militärs in Ägypten scharf verurteilt. In Berlin sagt Davutoglu in aller Deutlichkeit: "Es ist ein Coup gewesen, ein Umsturz einer gewählten Regierung."

Westerwelle sagt dazu nichts, er meidet das Wort Putsch. Seitdem er vor drei Wochen in Kairo war, spricht er von den "ersten Minuten einer historischen Stunde", einer Entwicklung, die im Fluss sei und noch nicht abschließend zu bewerten. An der Verurteilung der Gewalt in Ägypten aber hat Westerwelle dennoch keinen Zweifel gelassen. Noch am Vortag hat er in Brüssel beim EU-Außenministertreffen eine Verschärfung des Kommuniqués durchgesetzt. Waffenexporte nach Ägypten werden zunächst ausgesetzt.

Auch war Westerwelle einer der ersten im Westen, die Mursis Freilassung verlangten. Seitdem fordert er einen "Neuanfang aller demokratischen und friedlichen Kräfte". Er will sich in Ägypten nicht auf eine Seite schlagen, mahnt stattdessen die demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätze des Westens an. Im Auswärtigen Amt ist man besorgt wegen der jüngsten Verhaftungen der wesentlichen Führer der Muslimbruderschaft. Mögliche Gesprächskanäle werden damit abgeschnitten. In Berlin ist es am türkischen Außenminister, deren Freilassung zu fordern: "An erster Stelle" müsse Mursi und die weiteren Inhaftierten freikommen. Es könne nicht angehen, dass ein freigewählter Präsident in Haft sei und dessen Vorgänger Husni Mubarak aus dem Gefängnis entlassen werde, so Davutoglu.

Sein Besuch wird überlagert von den Berichten über einen angeblichen Chemiewaffeneinsatz in Syrien. Am Vorabend haben Russen und Chinesen im Uno-Sicherheitsrat eine Ausweitung des Mandats für die vor kurzem in Damaskus eingetroffenen Uno-Inspektoren verhindert. Westerwelle kleidet seine Kritik in diplomatische Töne: Das Verhalten Russlands und Chinas "stößt auf unser Unverständnis". Die Inspektoren müssten "umgehend" Zugang erhalten. "Diese Vorwürfe sind so ernst, so ungeheuerlich, dass es notwendig ist, bevor man über Konsequenzen spricht oder spekuliert, erst einmal eine wirkliche Überprüfung zu ermöglichen", mahnt der Liberale vor allzu schnellen Schlussfolgerungen. Noch vor der Pressekonferenz hatte es Meldungen aus Frankreich gegeben - Außenminister Laurent Fabius schloss da eine "Reaktion der Stärke" nicht aus, sollten sich die Giftgasvorwürfe bewahrheiten.

Westerwelles türkischer Kollege zeigt sich in Berlin vor allem verärgert über die Uno. Es gebe in dem Bürgerkrieg in Syrien bereits "zahlreiche rote Linien, die schon überschritten worden sind". Die Vorwürfe über einen Chemiewaffeneinsatz in Syrien müssten verifiziert werden. Er habe Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon erklärt, die Weltgemeinschaft dürfe sich nicht mehr zögerlich verhalten: "Wenn wir nicht entschieden auftreten, werden noch schlimmere Massaker folgen."

Load-Date: September 18, 2013

Dutzende Flüchtlinge sterben bei Bootsunglück

Spiegel Online

6. September 2012 Donnerstag 12:47 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: TÜRKISCHE WESTKÜSTE

Length: 210 words

Highlight: Ein Boot mit rund hundert Personen ist vor der türkischen Küste gesunken. Mindestens 39 Menschen starben - viele der illegalen Einwanderer waren unter Deck eingesperrt. Die **Flüchtlinge** hatten sich Schleusern anvertraut, um nach Europa zu gelangen.; <http://www.spiegel.de/panorama/tuerkei-dutzende-menschen-sterben-bei-bootsunglueck-vor-westkueste-a-854288.html>

Body

Ankara - Vor der türkischen Westküste ist ein Boot mit illegalen Einwanderern gesunken. Nach Angaben des Gouverneurs wurden mindestens 39 Menschen getötet, die Nachrichtenagentur Reuters berichtet von mindestens 58 Toten. Das Boot sei untergegangen, nachdem es Felsen gerammt habe, teilten die Behörden mit.

Auf dem Fischerboot waren etwa hundert Personen, darunter auch Kinder. Die Passagiere hatten sich Schleusern anvertraut. Rund 50 Überlebende, vor allem aus Syrien und dem Irak, schafften es, rund 50 Meter bis ans Land zu schwimmen. Die Überlebenden sagten, die Todesopfer seien unter Deck eingesperrt gewesen. Taucher wurden zu dem Wrack geschickt.

Die Gruppe war von einem Hotel in Izmir gestartet. Den Angaben zufolge hatten Schleuser zugesagt, die Menschen nach Großbritannien zu bringen. Zwei Personen wurden festgenommen. Sie sollen an dem Transport der illegalen Einwanderer beteiligt gewesen sein, berichtete der TV-Sender TRT.

Die Türkei ist für viele illegale Einwanderer ein Transitland auf dem Weg in andere europäische Staaten. Jedes Jahr versuchen Tausende, in kleinen Booten zu den griechischen Inseln zu segeln. Derzeit sind rund 80.000 Flüchtlinge aus Syrien in der Türkei, die meisten von ihnen in Lagern nahe der Grenze.

ulz/Reuters/AP/AFP

Load-Date: September 6, 2012

Die strahlengespaltene Stadt

Spiegel Online

11. März 2013 Montag 8:41 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: ZWEI JAHRE NACH FUKUSHIMA

Length: 861 words

Byline: Heike Sonnberger

Highlight: Die japanische Stadt Iwaki ist zwei Jahre nach der Katastrophe von Fukushima zerrissen: in Flüchtlinge und Alteingesessene, Ängstliche und Gelassene. Die sozialen Konflikte wiegen schwerer als die radioaktive Belastung.; <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/fukushima-katastrophe-zwietracht-in-iwaki-a-887304.html>

Body

Auf dem Weg zur Arbeit kommt Noriko Kubota, 55, jeden Tag an den Siedlungen der Strahlenflüchtlinge vorbei. In Holzhütten wohnen sie und in hellgrauen Boxen, eine exakt wie die andere, nur die Namen an den Türen wechseln. Kubota ist Professorin für Psychologie an der Iwaki Meisei University in der Präfektur Fukushima. Und manche Geschichten, die sich hinter den Türen verbergen, kennt sie gut. Eine handelt von der Hoffnung auf ein neues Leben - und von der Angst vor einem solchen - zwei Jahre nach dem tödlichen Erdbeben und Tsunami vom 11. März und der Atomkatastrophe im 60 Kilometer entfernten Kraftwerk Daiichi.

Kubota arbeitet in einem Therapiezentrum und im vergangenen Sommer bekam sie zum ersten Mal Besuch von einem Ehepaar, Mitte 50, depressiv. Ihr Haus an der Küste hatte der Tsunami weggerissen, ihre Fabrik für Kamaboko, eine Art Kuchen aus püriertem Fischfleisch, auch. "Die Frau wollte gern eine neue Fabrik in Iwaki eröffnen, aber ihr Mann hatte keine Kraft mehr für einen Neustart", sagt Kubota. Einen Job fand er nicht und so lebt das Paar seit Monaten in einer der Flüchtlingssiedlungen von seinen Ersparnissen und weiß nicht, wie es weitergehen soll.

Es ist ein Fall von vielen, der zeigt, wie trostlos die Lage für viele Opfer der Atomkatastrophe immer noch ist. Fast 25.000 Menschen sind vor der radioaktiven Strahlung nach Iwaki geflüchtet. Manche kamen in Mietwohnungen unter, andere in den 3500 engen Behelfshütten, aufgestellt von den Behörden.

"Es herrscht ein Gefühl der Ungleichheit"

Das sorgt in der ehemaligen Bergbaustadt Iwaki mit ihren 330.000 Einwohnern für soziale Spannungen. Wohnraum ist - wie in so vielen japanischen Städten - knapp, die Mieten sind seit der Katastrophe in die Höhe geklettert. Das missfällt der alteingesessenen Bevölkerung von Iwaki, die mit den Flüchtlingen auch um Arbeits- und Parkplätze oder Arzttermine konkurriert.

Die strahlengesplattete Stadt

"Es herrscht ein Gefühl der Ungleichheit", sagt der Experte für Katastrophenpsychiatrie, Jun Shigemura. Die Evakuierten dürften in den provisorischen Unterkünften wohnen, ohne Miete zu zahlen, viele bekämen zudem Geld vom Energiekonzern Tepco oder der Regierung. Die Behörden haben auch versprochen, richtige Wohnungen für die Flüchtlinge zu bauen, die allerdings auf sich warten lassen. "Unter den Einwohnern kursiert der Verdacht, dass sich die Flüchtlinge auf ihrer Entschädigung ausruhen und gar kein Interesse daran haben, schnell einen Job zu finden." Das Mitleid ist mancherorts in Missgunst umgeschlagen.

Den Menschen, deren Heimat jetzt Sperrgebiet ist, setzt die Unsicherheit zu, wann und ob sie jemals zurückkehren können. "Manche schaffen den Neuanfang nicht", sagt Shigemura. Die Kluft zwischen denen, die in der Vergangenheit verharren und denen, die loslassen können, spalte Gemeinden, Familien, Paare.

Manche Menschen leiden unter der Strahlenangst

Es ist nicht so sehr die Radioaktivität an sich, die das Leben in Iwaki schwer macht. Am Mittwoch überschritt die Strahlung an den meisten der 16 städtischen Messstationen nicht die Werte, die das Bundesamt für Strahlenschutz auch in Bayern misst. In Iwaki lag der Spitzenwert bei 0,26 Mikrosievert. An einzelnen Orten der Erde, wie im iranischen Badestädtchen Ramsar, beträgt die natürliche radioaktive Belastung ständig zehn Mikrosievert pro Stunde.

Weil sie solche Zahlen inzwischen besser einschätzen kann, lebt die Psychologin Kubota ohne Angst in Iwaki. "Ich kaufe auch wieder Gemüse aus Fukushima, weil die Stadtverwaltung die Lebensmittel untersucht. Wenn die Strahlenwerte über der Höchstgrenze liegen, werden die Produkte sofort aus dem Verkehr gezogen." Die Weltgesundheitsorganisation WHO rechnet nicht mit einem erhöhten Krebsrisiko für die Bewohner von Iwaki und anderen gering belasteten Gegenden in Fukushima.

Doch nicht jeder sieht das so entspannt. "Manche Menschen glauben Politikern, Wissenschaftlern und anderen Autoritäten seit der Katastrophe nichts mehr", sagt Shigemura. Deren Angst vor der Radioaktivität sei unverändert groß und sie fühlten sich unverstanden. Der unterschiedliche Umgang mit dem Thema Strahlung strapazierte Ehen und Freundschaften. Eine weitere Kluft, die die Menschen in Fukushima auseinanderbringt.

Diabetes, Bluthochdruck, Übergewicht

Hinzu kommen akute Gesundheitsprobleme: Ehemalige Bauern, die früher jeden Tag im Feld arbeiteten, sitzen nun ihre Zeit in engen Wohnungen ab. "Die Flüchtlinge bewegen sich nicht mehr so viel wie früher und leiden öfter an Diabetes, Bluthochdruck oder Übergewicht", sagt die Krankenschwester Tomoko Matsumoto. Die Kinder in Fukushima seien die dicksten im ganzen Land, vermutlich weil sie nicht mehr so viel draußen spielen dürften, berichtete das Erziehungsministerium im Dezember.

Dass eine knappe Autostunde weiter nördlich ein verkrüppeltes Atomkraftwerk steht, in dem Tausende Brennstäbe nach wie vor auf ihren Abtransport warten, ist nur eines von vielen Problemen - und im Alltag der Menschen in Iwaki nicht das dringendste. "Wir wissen, dass die Erde wieder beben und noch viel mehr Radioaktivität in die Umwelt gelangen könnte", sagt Kubota. "Weiter im Süden wären wir vielleicht sicher. Aber unsere Arbeit, Freunde, Familie, die sind hier."

Load-Date: March 11, 2013

Putin bietet Snowden Bleiberecht an - unter einer Bedingung

SPIEGEL ONLINE

01. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 395 words

Highlight: Noch immer hält sich Whistleblower Edward Snowden auf einem Flughafen in Moskau auf, nun soll er 15 Länder um Asyl gebeten haben - und Kreml-Chef Putin erklärt: Snowden könne in Russland bleiben, er dürfe aber keine US-Geheimnisse mehr verraten.

Body

Washington/Moskau - Edward Snowden beschäftigt seit Wochen die Weltpresse. Mit seinen Enthüllungen über die Überwachung des amerikanischen Geheimdienstes NSA und des britischen Geheimdienstes hat ein politisches Beben ausgelöst. Doch auch die Frage, was mit Snowden selbst passieren wird, wurde heftig diskutiert.

Tagelang saß er offenbar im Transitbereich des Moskauer Flughafens fest. Nun steht fest: Er darf in Russland bleiben. Präsident Wladimir Putin bat dem flüchtigen IT-Spezialisten ein Bleiberecht an, sofern dieser den USA nicht weiter schade. "Wenn er hierbleiben möchte, gibt es eine Bedingung: Er sollte mit seiner Arbeit aufhören, die dagegen gerichtet ist, unseren amerikanischen Partnern Schaden zuzufügen - so merkwürdig sich das aus meinem Mund auch anhören mag", sagte Putin.

Putin betonte erneut, dass Snowden nicht mit den russischen Geheimdiensten zusammenarbeite. "In diesem Zusammenhang ist er ein freier Mensch", meinte der frühere Geheimdienstchef. Politiker und Menschenrechtler in Moskau hatten zuletzt immer wieder vorgeschlagen, Snowden könne in Russland Asyl beantragen. "Russland liefert niemals niemanden nirgendwohin aus und plant dies auch nicht", sagte Putin.

Zugleich berichtet die russische Nachrichtenagentur Ria Nowosti, Snowden habe sich mit russischen Diplomaten getroffen. Dabei soll er sie gebeten haben, Anträge auf Asyl an 15 Staaten weiterzuleiten. Um welche Staaten es sich handelt, wurde zunächst nicht bekannt.

Der SPIEGEL enthüllt in seiner aktuellen Ausgabe, dass die NSA in Deutschland monatlich rund eine halbe Milliarde Telefonate, E-Mails oder SMS überwacht - systematisch wird ein Großteil der Telefon- und Internetverbindungsdaten kontrolliert und gespeichert. Die USA betrachten Deutschland in Geheimdokumenten zwar als Partner, zugleich aber auch als Angriffsziel. Die Bundesanwaltschaft prüft derzeit, ob sie wegen der mutmaßlichen Lauschangriffe ein Ermittlungsverfahren einleiten soll.

SPIEGEL-Informationen zufolge überwachen die US-Amerikaner offenbar auch gezielt EU-Vertretungen. Das geht aus geheimen Dokumenten hervor, die der Whistleblower Edward Snowden besitzt. Ziel der NSA könnten laut "Guardian" zudem die diplomatischen Vertretungen von Frankreich, Italien und Griechenland in Washington und bei den Vereinten Nationen gewesen sein.

Putin bietet Snowden Bleiberecht an - unter einer Bedingung

kgp/AP/Reuters/dpa

Load-Date: July 23, 2013

End of Document

US-Gericht untersagt Asyl für deutsche Schulverweigerer

SPIEGEL ONLINE

15. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SCHULSPIEGEL / QUERWELTEIN; S. 0; Ausg. 0

Length: 640 words

Highlight: Für Familie Romeike ist es ein Rückschlag. Die streng religiösen Christen wollen ihre Kinder zu Hause unterrichten. Weil das in Deutschland verboten ist, flüchteten sie in die USA und beantragten Asyl. Jetzt lehnte ein Gericht den Antrag ab. Die Romeikes wollen weiter kämpfen.

Body

Nashville - Zeitweise sah es so aus, als habe Familie Romeike ihren Frieden gefunden. Die Eltern wehren sich seit Jahren gegen die deutsche Schulpflicht: Als bibeltreue Christen wollen sie ihre fünf Kinder zu Hause unterrichten, doch das dürfen sie in Deutschland nicht. Deswegen wanderten sie in die USA aus und beantragten Asyl. Ein amerikanisches Gericht gab dem Anfang 2010 statt.

Doch zwei Jahre später nahm das "Board of Immigration Appeals" (BIA) diesen Beschluss zurück. Diese Entscheidung hat ein Gericht am Dienstag bestätigt: Die Einwanderungsgesetze der USA garantierten kein automatisches Bleiberecht für all jene Menschen, die woanders Einschränkungen erfahren, die es unter amerikanischer Verfassung nicht gebe, urteilte das Gericht. Damit hat Amerika den Asylantrag nun also doch abgelehnt.

Das "Board of Immigration Appeals" ist im Justizministerium angesiedelt, es ist die höchste Behörde, die sich um die Anwendung und Interpretation der Einwanderungsgesetze kümmert. Die Mitglieder fragten sich damals: Litt die Familie Romeike unter Verfolgung? Wenn sie verfolgt wurden, wurden sie dann wegen ihrer Religion verfolgt? Wenn sie verfolgt wurden, wurden sie dann verfolgt, weil sie zu einer bestimmten sozialen Gruppe gehörten? Sie haben alle Fragen verneint.

Denn als Verfechter des Heimunterrichts gehörte die Familie in dem Sinne keiner bestimmten sozialen Gruppe an, das Heimunterrichtsverbot werde in Deutschland generell angewendet - nicht nur, weil die Romeikes besonders bibeltreu wären.

In den USA gilt Homeschooling als klassisches Elternrecht

Während das Gericht am Dienstag nun der Sichtweise der Behörde folgte, hatte ein Richter zwei Jahre zuvor noch ganz anders geurteilt: Die sogenannten Homeschooler, die Kinder zu Hause unterrichten, seien eine besondere soziale Gruppe, die von der deutschen Regierung unterdrückt werde. Die Familie habe "gut begründete Angst vor Verfolgung" und darum das Recht, in den USA Unterschlupf zu finden. Evangelikale Christen hatten diesen Beschluss damals gefeiert. Überhaupt nahm die Homeschool-Bewegung in den USA großen Anteil an der Familie aus Bissingen in Baden-Württemberg.

US -Gericht untersagt Asyl für deutsche Schulverweigerer

Die Romeikes sind natürlich nicht die einzigen, die in Deutschland für Heimunterricht kämpfen. So wurde beispielsweise in Hessen eine streng religiöse Familie vor zwei Jahren zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Eltern hatten ihre Kinder zu Hause unterrichtet, weil sonst die "Verführung zum Bösen" drohe.

Homeschooling ist in Deutschland generell untersagt - die Verfassungen der Bundesländer sehen eine allgemeine Schulpflicht vor. Österreich, Frankreich, Großbritannien und andere Staaten kennen dagegen nur eine Unterrichts- oder Bildungspflicht. In den USA gilt Homeschooling als klassisches Elternrecht. Ein bis zwei Millionen Kinder lernen Schätzungen zufolge bei den Eltern. Nicht immer sind die Gründe dafür religiös; einige Eltern kritisieren auch starre Lehrpläne und hohe Kosten für Privatschulen.

Besonders verbissen führen evangelikale Christen den Kampf für das Homeschooling. Sie wollen ihre Kinder von weltlichen Einflüssen fernhalten und versuchen, sie im Weltbild ihres streng ausgelegten Glaubens zu erziehen. Auch die Familie Romeike wollte ihren Kindern das "unchristliche Treiben" an deutschen Schulen ersparen: Die Kinder würden in der staatlichen Schule "nach einem antichristlichen Weltbild erzogen", in Schulbüchern wimmelte es von obszönen Ausdrücken, Flüchen und Gotteslästerungen, sagte Vater Romeike damals. "Es geht dort mehr um Vampire und Hexen als um Gott."

Sie werden wohl weiter dafür kämpfen. Die evangelikale Lobbygruppe "Home School Legal Defense Association" (HSLDA), die Familie Romeike vertritt, teilt auf ihrer Homepage mit: "Wir werden in den Gerichten weiter für diese Familie kämpfen."

fln/AP

Load-Date: May 31, 2013

End of Document

Ecuadors Verbündete drohen London

Spiegel Online

19. August 2012 Sonntag 9:51 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: STREIT UM WIKILEAKS-GRÜNDER ASSANGE

Length: 700 words

Highlight: Das Drama um Julian Assange steuert auf einen neuen Höhepunkt zu: Am Nachmittag will der WikiLeaks-Gründer in London zum ersten Mal seit Monaten öffentlich auftreten. Linksgerichtete lateinamerikanische Staaten warnen Großbritannien davor, die Immunität der ecuadorianischen Botschaft zu verletzen.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/julian-assange-ecuadors-verbuendete-warnen-london-vor-festnahme-a-850835.html>

Body

London - Es ist ein Stellungskrieg, der sich derzeit rund wenige hundert Meter südlich des Hyde Parks abspielt: Seit dem 19. Juni ist Julian Assange in der Botschaft Ecuadors, vor dem Gebäude stehen Polizisten, immer wieder versammeln sich Demonstranten, auf Plakaten fordern sie die Freilassung des Australiers.

Für Sonntag hat Assange eine Stellungnahme angekündigt, um 15 Uhr (MEZ) will sich der WikiLeaks-Mitbegründer erstmals seit der **Asylzusage** Ecuadors öffentlich äußern. Sollte sich Assange dabei, wie von der Organisation angekündigt, tatsächlich vor die Botschaft in London begeben, würde ihm die Festnahme drohen. Es wird allerdings spekuliert, dass sich Assange deshalb von einem Fenster oder Balkon des Gebäudes aus an die Öffentlichkeit wenden könnte.

Egal, wo er spricht: Ihm ist eine globale Aufmerksamkeit sicher. Längst hat sich die Situation in London zu einer diplomatischen Krise zwischen Großbritannien und Ecuador entwickelt, und immer mehr Staaten schalten sich in den Fall ein.

Am Samstag warnten Ecuadors lateinamerikanische Verbündete Großbritannien davor, die Immunität der Botschaft zu missachten. "Wir warnen die Regierung Großbritanniens, dass sie ernsthafte Konsequenzen befürchten muss, wenn sie die territoriale Integrität der Botschaft von Ecuador in London durchbricht", erklärte das Staatenbündnis Alba, in dem sich linksgerichtete lateinamerikanische Staaten zusammengeschlossen haben. Neben Venezuela und Ecuador gehören dem Bündnis Bolivien, Kuba und Nicaragua sowie einige kleinere Karibikstaaten an.

Bei ihrem Treffen im ecuadorianischen Guayaquil forderten die Alba-Staaten die Vereinten Nationen auf, über die Unverletzlichkeit diplomatischer Missionen weltweit zu beraten.

"Julian ist ein begeisterter Bergsteiger"

Ecuadors Verbündete drohen London

London hatte angekündigt, den 41-Jährigen festzunehmen, sobald er die Botschaft verlasse. Besonderen Ärger lösten aber Gedankenspiele Großbritanniens aus, möglicherweise die diplomatische Immunität der ecuadorianischen Vertretung außer Kraft zu setzen, um Assange aus dem Gebäude zu holen.

Am Sonntag wollen in Guayaquil auch die Außenminister der Union südamerikanischer Staaten (Unasur) über den Fall Assange beraten. Am kommenden Freitag ist ein Treffen der Außenminister der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington geplant.

Assange hält sich in der Botschaft auf, um sich einer Auslieferung nach Schweden zu entziehen, wo er zu Vorwürfen sexueller Übergriffe befragt werden soll. Großbritannien lehnt aber freies Geleit nach Ecuador ab, das Assange am Donnerstag Asyl gewährt hatte.

Der Australier befürchtet, Schweden könnte ihn in die USA abschieben. Assange zog 2010 den Zorn der US-Regierung auf sich, als WikiLeaks Hunderttausende geheime Dokumente über den Krieg im Irak und in Afghanistan sowie vertrauliche Diplomatedepeschen veröffentlichte.

Der ecuadorianische Präsident Rafael Correa hatte sich am Freitag vorsichtig von Assange distanziert, verteidigte aber zugleich die Asylzusage. Er stimme mit Assange nicht in allem überein, und es sei möglich, dass der Australier Vergehen begangen habe, sagte Correa in einem Radiointerview. Assanges Asylantrag sei jedoch stattgegeben worden, weil Schweden nicht versichert habe, von einer Auslieferung des 41-Jährigen in die USA abzusehen. Er fürchte, dass Assange dort die Todesstrafe drohen könnte, erklärte Correa.

Die Mutter von Assange zeigte sich derweil zuversichtlich, dass ihrem Sohn die Ausreise nach Ecuador gelingt. Auf die Frage, ob sie es für realistisch halte, dass ihr Sohn es nach Ecuador schaffe, sagte Christine Assange am Sonntag dem australischen Sender ABC 24: "Ich denke, das ist sehr realistisch." Ihr Sohn habe "Milliarden" Unterstützer in der ganzen Welt und erfahre Tag für Tag mehr Zuspruch. Die USA und ihre Verbündeten stünden dagegen allein da.

Ihr Sohn sei zwar angesichts des Streits um seine Ausreise "sehr beunruhigt", aber dennoch "guter Dinge", sagte Christine Assange dem Sender ABC 24 weiter. Er wolle in Ecuador seine Arbeit als investigativer Journalist fortsetzen, aber auch das Land erkunden. "Julian ist ein begeisterter Bergsteiger", ergänzte sie. Er werde sich in Ecuador sicher fühlen und "seine Zeit dort genießen".

bim/Reuters/AFP/dapd

Load-Date: August 19, 2012

Assads Soldaten sollen Flüchtlinge aus Kusair erschossen haben

SPIEGEL ONLINE

10. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND; S. 0; Ausg. 0

Length: 346 words

Highlight: Beide Kriegsparteien haben in Syrien womöglich neue Gräueltaten verübt. Den Soldaten von Diktator Assad wird die Tötung von mindestens hundert Flüchtlingen aus Kusair vorgeworfen. Rebellen sollen einen 15-Jährigen vor den Augen seiner Eltern erschossen haben.

Body

Damaskus - Die Berichte aus Syrien lassen sich wie meistens nicht überprüfen, weil unabhängige Beobachter kaum Zugang haben. Aber sowohl den Truppen der Regierung als auch den Rebellen werden neue Gräueltaten vorgeworfen. So werfen Mitglieder der Opposition Soldaten des Regimes von Baschar al-Assad vor, nach der Einnahme der strategisch wichtigen Grenzstadt Kusair in der vergangenen Woche mindestens hundert Menschen erschossen zu haben, die vor den Kämpfen geflüchtet seien.

Die Stadt war von syrischen Soldaten und radikalen Schiiten der libanesischen Hisbollah-Miliz eingenommen worden. Die meisten Flüchtlinge seien dann durch Maschinengewehre und Bomben getötet worden, als sie versuchten, östlich von Kusair in Richtung Homs eine Autobahn zu überqueren. Viele verletzte Menschen seien auf der Flucht von den Regimesoldaten festgenommen worden, berichtete der Aktivist Hadi al-Abdallah.

Am Sonntag hatten die Regierungstruppen den letzten von Rebellen gehaltenen Stützpunkt bei Kusair erobert. "Wir können nun Kusair und Umgebung zum vollständig befreiten Gebiet erklären", sagte ein Armeeoffizier im Staatsfernsehen. Damit kontrollieren die Regierungstruppen wieder uneingeschränkt das Gebiet zur libanesischen Grenze. Durch die Region verlaufen wichtige Verkehrswege für den Nachschub und Waffen der Kriegsparteien.

Die oppositionelle Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete, radikalislamische Rebellen hätten in Aleppo einen 15-Jährigen vor den Augen seiner Eltern wegen Blasphemie erschossen. Der Junge verkaufte als Straßenhändler Kaffee. Er soll im Streit mit jemanden gesagt haben: "Auch wenn der Prophet Mohammed aus dem Himmel herabsteigt, werde ich nicht gläubig werden." Dieser Satz wurde ihm zu Verhängnis.

Große Teile von Aleppo werden seit dem vergangenen Jahr von den Rebellen kontrolliert. Zu ihnen gehören auch Islamisten, die al-Qaida nahe stehen.

Bei dem seit mehr als zwei Jahren anhaltenden Bürgerkrieg sind nach Schätzungen der Vereinten Nationen mehr als 80.000 Menschen getötet worden.

als/Reuters

Assads Soldaten sollen Flüchtlinge aus Kusair erschossen haben

Load-Date: June 25, 2013

End of Document

Russlands Konsulat in Hongkong soll Snowden Unterschutz gewährt haben

SPIEGEL ONLINE

26. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: NETZWELT / NETZPOLITIK

Length: 324 words

Highlight: Russland hat den Whistleblower Edward Snowden schon vor seinem Flug nach Moskau im russischen Konsulat in Hongkong aufgenommen, berichtet eine russische Zeitung. Angeblich sei er dazu sogar offiziell eingeladen worden.

Body

Der ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden soll vor seiner Flucht nach Moskau mehrere Tage im russischen Generalkonsulat in Hongkong verbracht haben. Wie die russische Zeitung "Kommersant" in ihrer Montagsausgabe unter Berufung auf einen Vertrauten des Computerexperten berichtet, feierte Snowden sogar seinen 30. Geburtstag im Konsulat, bevor er Ende Juni mit einer Aeroflot-Maschine nach Moskau flog. Mittlerweile genießt der per US-Haftbefehl gesuchte IT-Spezialist vorübergehendes Asyl in Russland.

Dem Bericht zufolge bestätigte eine westliche Quelle der Zeitung die Angaben. Wahrscheinlich habe Russland Snowden damals sogar eingeladen und die Einladung "über die Chinesen überbracht, die ihn loswerden wollten", wurde der Informant zitiert. Russischen Regierungskreisen zufolge soll Snowden insgesamt zwei Tage im Konsulat gewesen sein. Er sei ohne Einladung erschienen, weil er über Moskau nach Lateinamerika fliegen und deshalb Rat suchen wollte.

Snowden war am 23. Juni nach Moskau geflogen und hatte ein Ticket für den späteren Weiterflug nach Kuba reserviert, trat diesen aber letztlich nicht an. Stattdessen verbrachte er mehr als einen Monat im Transitbereich des Moskauer Hauptstadtflughafens Scheremetjewo, bevor ihm die russischen Behörden temporäres Asyl gewährten. Dieser Schritt verschlechterte die ohnehin schon angespannten Beziehungen zwischen den USA und Russland weiter. Dem "Kommersant"-Bericht zufolge hatte Kuba nach entsprechendem Druck durch Washington angekündigt, einem Flugzeug mit Snowden an Bord die Landerechte zu verwehren.

Snowden, der zuletzt als Auftragnehmer für den US-Geheimdienst NSA arbeitete, hatte mehreren Medien Informationen über umfangreiche Überwachungsprogramme zugespielt und damit weltweite Schlagzeilen ausgelöst. Wegen der Enthüllungen wird der 30-Jährige von den USA per Haftbefehl gesucht. Er hält sich in Russland an einem geheimen Ort auf.

mak/afp

Load-Date: September 18, 2013

Russlands Konsulat in Hongkong soll Snowden Unterschutz gewährt haben

End of Document

"Wie ein großer Bruder"

SPIEGEL ONLINE

14. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: UNISPIEGEL / WUNDERBAR; S. 0; Ausg. 0

Length: 1015 words

Byline: Hannah König

Highlight: Jan Philipp und Sefkan: Welten trennen diese beiden, normalerweise hätten sie sich kaum kennengelernt. Der eine ist Arztsohn und Medizinstudent, der andere Migrantenkind und Hauptschüler. Doch das Projekt Rock Your Life brachte sie zusammen. Am Anfang stand ein Missverständnis.

Body

Auf dem Fußballplatz fühlt Sefkan sich wohl. Am liebsten möchte er später einmal Bundesliga-Trainer werden. Als ihm ein paar Studenten in seiner Schule anboten, er könne "einen Coach" bekommen, meldete sich der 16-Jährige sofort. Fußball-Coach, dachte er.

Tatsächlich bekam er Jan Philipp. Der Medizinstudent engagiert sich seit eineinhalb Jahren bei Rock Your Life. Die Bildungsinitiative will sozial benachteiligte Schüler unterstützen, damit sie ihr Potential entfalten können. In den letzten zwei Schuljahren werden sie deshalb von einem dafür ausgebildeten Studenten begleitet, ihrem sogenannten Coach. 2009 von zwölf Studenten gegründet, will das Projekt einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit leisten. Inzwischen engagieren sich dafür mehr als 2000 Studenten an fast 30 Standorten.

Nachhilfe, Döner essen, quatschen

Obwohl Sefkan von Jan Philipp auf dem Fußballplatz nichts mehr lernen kann, hat sich der Hauptschüler auf das Projekt eingelassen. Seit eineinhalb Jahren treffen sich die beiden etwa alle drei Wochen. Dann hilft der 27-Jährige seinem Schützling Sefkan bei der Praktikumssuche oder gibt ihm Nachhilfeunterricht. "Meistens gehen wir aber einfach nur Döner essen und quatschen", sagt der Student.

Was ihre Herkunft angeht, könnten die beiden unterschiedlicher nicht sein. Jan Philipp ist in Münster als Sohn eines Arztes und einer Logopädin aufgewachsen. An einem bilingualen Gymnasium machte er sein deutsch-französisches Abitur. Danach ging er für ein Biologiestudium nach Maastricht. Jetzt will er Arzt werden. Jan Philipp ist fast zwei Meter groß, offen und gesprächig.

Sefkan geht seinem Coach nicht mal bis zur Schulter. Er ist ruhig, fast schüchtern. Seine Eltern stammen aus einem kleinen Dorf im kurdischen Teil der Türkei. Mit ihnen und seinen zwei kleineren Geschwistern lebt er in einer Hamburger Hochhaussiedlung. Sefkan macht gerade seinen Hauptschulabschluss, für Naturwissenschaften hat er nicht viel übrig. Sefkan und Jan Philipp kommen aus verschiedenen Welten und doch haben beide zueinandergefunden.

"Wie ein großer Bruder"

An einem Donnerstag im April besucht Sefkan seinen Coach in dessen Uni-Welt: im Labor am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf. Dort arbeitet Jan Philipp als HiWi. Sefkan bekommt einen weißen Kittel, blaue Latexhandschuhe und ein paar Sicherheitshinweise. Dann legt der Medizinstudent ein Blatt Papier vor ihn auf den Tisch. "Wir arbeiten mit einer Art Rezeptbuch, wie beim Kuchenbacken", erklärt Jan Philipp. "Es ist eigentlich ganz einfach: Man hat verschiedene Stoffe und die kippt man in bestimmten Mengen zusammen."

Heute füllen sie Zellen von einem Gefäß in ein neues um, damit sie genügend Platz haben, um weiter zu wachsen. Sefkan kneift die Augen zusammen. Vorsichtig zieht er die rote Flüssigkeit in der Pipette nach oben. Er will genau die richtige Menge erwischen, bloß nichts falsch machen. "Sonst sterben die Zellen", warnt ihn sein Coach.

Fast drei Stunden steht er im Labor und arbeitet voll konzentriert an seinem Versuch. In der Schule hatte er in letzter Zeit Probleme mit den naturwissenschaftlichen Fächern. Er interessiert sich mehr für Sprachen. Doch jetzt ist er plötzlich fasziniert von den biologischen Vorgängen. Warum? "Weil ich hier auch selbst was machen darf", sagt Sefkan.

"Es geht nicht um Druck, wir wollen eine gute Zeit miteinander haben"

Ein Medizin-Studium kommt für ihn trotzdem nicht in Frage. Er möchte lieber Bankkaufmann oder Kfz-Mechaniker werden. Nach seinem Hauptschulabschluss will er die Mittlere Reife machen, eventuell Abitur. Jan Philipp unterstützt ihn dabei, egal, wie Sefkan sich entscheidet. "Wir Coaches sind keine Eltern oder Lehrer. Es geht nicht um Druck oder darum, die Schüler zu steuern", erklärt der Student. "Wir wollen einfach eine gute Zeit miteinander haben."

Nicht immer klappt das so gut wie bei Sefkan und Jan Philipp. Manchmal schläft der Kontakt nach einer Weile ein oder die Schüler haben keine Lust mehr. "Es ist schwierig, sie bei der Stange zu halten", sagt Jan Philipp. Bei ihm und Sefkan hat es einfach gepasst. Beide sind ruhig, umgänglich und sportbegeistert. Vor allem deshalb wurden sie "gematched", also als zueinander passende Partner ausgewählt.

Jan Philipp hat in seiner Schulzeit in der ersten Regionalliga Basketball gespielt. Bei Sefkan bekommt er "das erste professionelle Fußballtraining" seines Lebens. Seit knapp zwei Jahren trainiert der Schüler eine Hamburger Jugendmannschaft. "Du darfst mich nicht zu hart rannehmen, mein Knie ist kaputt", sagt Jan Philipp noch, bevor es losgeht. Aber Sefkan grinst nur.

Auf dem Platz ist Sefkan der Boss

Der Fußballplatz ist Sefkans Welt. Hier ist er der Coach, Jan Philipp sein Schüler. Zusammen mit einem Haufen Zwölfjähriger läuft der Medizinstudent zwischen bunten Hütchen hin und her, macht Liegestützen und Passübungen - alles nach Sefkans Anweisung. Der bunte Haufen ist nur schwer unter Kontrolle zu halten. Alle paar Minuten donnert ein Flugzeug über den staubigen Fußballplatz. Sefkan ruft dann noch ein bisschen lauter. Aber der seltsame Neue, der sie alle um viele Köpfe überragt, sorgt für Aufregung. Jan Philipp steht im Weg, muss seine Muskeln herzeigen. Dann kann er nicht mehr, das Knie macht Probleme. "Faule Ausrede", rufen ihm die Jungs hinterher, als Jan Philipp vom Platz tritt.

Sefkan macht eine kurze Pause, um sich von seinem Coach zu verabschieden. "Und? Wie hab ich mich geschlagen?", fragt Jan Philipp. "Ganz gut", sagt Sefkan und muss wieder grinsen. Jan Philipp reibt sich den Staub von den Händen. "Viel Glück bei deiner Prüfung morgen", sagt er und klopf seinem Schützling auf die Schulter. "Mathe, oder?" Sefkan nickt. "Ich mach heute bestimmt noch die Nacht durch."

Viel mehr Worte brauchen die beiden nicht. Sie verstehen sich, seit eineinhalb Jahren kennen sie sich schon. Das offizielle Coaching ist bald vorbei. Aber die beiden wollen auch danach in Kontakt bleiben. Für sie ist Rock Your Life mehr als nur ein Projekt. "Jan Philipp ist wie ein großer Bruder für mich", sagt Sefkan.

"Wie ein großer Bruder"

End of Document

Viele Tote bei neuer Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa

SPIEGEL ONLINE

11. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / DEFAULT

Length: 465 words

Highlight: Mindestens 27 Menschen sind ertrunken, darunter drei Kinder: Eine Woche nach der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa ist schon wieder ein Boot mit Hunderten Flüchtlingen im Mittelmeer gekentert. Die italienische Marine brachte Überlebende mit Helikoptern und Schiffen in Sicherheit.

Body

Rom - Vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa ist erneut ein Flüchtlingsboot gekentert. Maltas Premierminister Joseph Muscat bestätigte den Tod von 27 Menschen, darunter mindestens drei Kinder. Die italienische Küstenwache meldete, bislang seien 221 Personen lebend geborgen worden.

Nach Angaben des staatlichen Senders Rai waren Such- und Rettungsboote der Marine an der Unglücksstelle im Einsatz, die rund 110 Kilometer südlich von Lampedusa liegt. "Da sind mindestens 200 Menschen im Meer, und unsere Helikopter sammeln sie ein", sagte ein Sprecher der Marine. Laut der italienischen Küstenwache habe "eine große Zahl" gerettet werden können. Helikopter hätten Verletzte nach Lampedusa gebracht, der Rest befindet sich auf einem maltesischen und einem italienischen Schiff.

Die Einsatzkräfte berichteten nach Angaben der maltesischen Regierung, es seien Menschen mit und ohne Schwimmwesten ins Wasser gesprungen, nachdem das Schiff zwischen Malta und der Insel Lampedusa gekentert war. Angeblich kam es dazu, als die Passagiere versucht hatten, ein maltesisches Militärflugzeug auf ihr Schiff aufmerksam zu machen. Per Satellitentelefon konnten sie einen Notruf absetzen. Die nächtlichen Rettungsarbeiten wurden durch starke Winde erschwert.

Malmström appelliert an EU-Staaten

Die maltesischen Behörden hätten am Nachmittag erste Berichte über ein Flüchtlingsboot in Seenot bekommen, sagte ein Regierungssprecher. Ein maltesisches Schiff sei als erstes am Unglücksort gewesen. Das Unglück ereignete sich den Behörden zufolge in maltesischen Gewässern. Die Malteser hätten die italienischen Einsatzkräfte um Hilfe gebeten.

EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström hat die Rettung mit "Trauer und Sorge" verfolgt: "Diese erneuten schrecklichen Ereignisse geschehen, während wir noch die Tragödie von Lampedusa vor Augen haben."

Malmström appellierte an die EU-Staaten, schnell mehr Ressourcen für die europäische Grenzschutzagentur Frontex zur Verfügung zu stellen. Diese seien nötig, um im Mittelmeer in Seenot geratenen Booten Hilfe zu leisten.

Viele Tote bei neuer Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa

Am Vortag hatte das Europaparlament eine schärfere Überwachung der südlichen Außengrenzen der EU beschlossen.

Zuvor waren vor der italienischen Küste bereits mehr als 500 Menschen gerettet worden. Mehrere Schiffe waren fünf Flüchtlingsbooten zu Hilfe geeilt, die auf dem Weg nach Italien in Seenot geraten waren.

Unterdessen wurden vor Lampedusa weitere Leichen gefunden. Die Zahl der Toten stieg nach der Schiffstragödie am Donnerstag vergangener Woche auf 312.

Auch vor Ägyptens Küste gab es am Freitag ein Unglück mit einem Flüchtlingsboot. Dabei seien 72 Palästinenser, 40 Syrer und vier Ägypter gerettet worden. Zwölf Menschen sollen ertrunken sein.

gam/dpa/Reuters/AFP/AP

Load-Date: October 12, 2013

**[Limburger Bischofsresidenz könnte Flüchtlingsheim werden;
http://www.spiegel.de/panorama/limburger-bistum-koennte-
fluechtlingsheim-werden-a-930209.html](http://www.spiegel.de/panorama/limburger-bistum-koennte-fluechtlingsheim-werden-a-930209.html)**

SPIEGEL ONLINE

27. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / DEFAULT

Length: 488 words

Highlight: Nach dem Skandal um Bischof Tebartz-van Elst diskutiert der Klerus in Limburg über die Zukunft der Bischofsresidenz. Nach SPIEGEL-Informationen stehen die Umwandlung in ein **Flüchtlingsheim**, in eine Suppenküche oder in eine Touristenattraktion zur Debatte. Klar ist: "Der Geldgestank muss weg."

Body

Hamburg - Ein 2000-Quadratmeter-Komplex mit Alabastersteinfenstern, Natursteinverkleidungen und einem eigenen Taubenabwehrsystem könnte bald leer stehen. Es handelt sich um die Bischofsresidenz in Limburg, deren teurer Bau zur Beurlaubung des Bischofs Franz-Peter Tebartz-van Elst geführt hat. Nun debattieren das Bischöfliche Ordinariat und der Klerus über die Zukunft des Protzbaus.

Zu den diskutierten Szenarien gehören laut Informationen des SPIEGEL ein Flüchtlingsheim, eine Anlaufstelle für Obdachlose und eine Suppenküche. "Der Geldgestank muss weg", sagte ein Mitglied des einflussreichen Domkapitels.

Eine mögliche Unterbringung von Flüchtlingen würde sich am Vorbild von Altbischof Franz Kamphaus orientieren, der in den achtziger und neunziger Jahren das damalige Bischofshaus einer fünfköpfigen Familie aus Eritrea überließ und ins Priesterseminar zog.

Eine Öffnung für Obdachlose würde hingegen der Caritas entgegenkommen. "Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, könnten in der Residenz bewirtet werden", sagte ein Caritas-Mitarbeiter. Sollte eine Suppenküche eröffnet werden, kämen dafür laut einem Vorschlag, der im Ordinariat diskutiert wurde, indische Nonnen in Frage, die bislang Bischof Tebartz-van Elst versorgt hatten.

Ein weiteres Szenario sieht vor, den über 31 Millionen Euro teuren Bischofssitz als Touristenattraktion zu nutzen. Zudem könnten die schwarze bischöfliche Privatkanelle und der rund 800.000 Euro teure Mariengarten für die Allgemeinheit geöffnet werden; für die warme Jahreszeit ist an ein kirchliches Park-Café gedacht.

"Eine Erbsünde"

Limburger Bischofsresidenz könnte Flüchtlingsheim werden <http://www.spiegel.de/panorama/limburger-bistum-koennte-fluechtlingsheim-werden-a-930209.html>

Dass Tebartz-van Elst oder ein neuer Bischof die Residenz bezieht, gilt im Ordinariat als schwer vorstellbar. "Der Bau ist so etwas wie eine Erbsünde geworden, die uns der Bischof hinterlassen hat", sagt ein Mitarbeiter der Caritas im Ordinariat.

Tebartz-van Elst steht vor allem wegen seiner Amtsführung und der teuren Residenz auf dem Limburger Domberg in der Kritik. Die Staatsanwaltschaft Limburg prüft derzeit, ob sie gegen Tebartz-van Elst ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue einleitet. Nach Bekanntwerden der hohen Kosten für den neuen Bischofssitz waren mehrere Anzeigen eingegangen. Der Bischof hat sich bislang noch nicht offiziell zu den Vorwürfen geäußert. Papst Franziskus hatte Tebartz-van Elst am Mittwoch eine Auszeit verordnet.

Eine Kommission, die von der Deutschen Bischofskonferenz eingesetzt wurde, prüft derzeit die Kosten der Limburger Residenz. Bis Ergebnisse vorlägen, werde Tebartz-van Elst eine Zeit außerhalb der Diözese verbringen, teilte der Vatikan mit.

Ob er an die Bistumsspitze zurückkehren kann, ist offen, weil die Stimmung in der Diözese vergiftet ist. Der Fall hatte eine neue Vertrauenskrise in der katholischen Kirche ausgelöst. Offenbar wird angestrebt, die Zukunft des Bischofs binnen zwei Monaten - vor dem Weihnachtsfest - endgültig zu klären.

Igr

Load-Date: November 15, 2013

Viel Spaß in der Grauzone!

Spiegel Online

1. Februar 2013 Freitag 7:45 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: HAARFÄRBE-TREND

Length: 807 words

Byline: Daniel Haas

Highlight: Graue Haare galten lange Zeit nicht unbedingt als attraktiv, das hat sich grundlegend geändert: Haare grau zu lassen beziehungsweise silber zu färben ist DER Modetrend unter Frauen. Eine US-Autorin behauptet, mit Grauschopf lande sie besser bei Männern. Was steckt dahinter?;

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/haare-grau-faerben-ist-der-neue-trend-gut-gegen-sexismus-a-880342.html>

Body

Seit ich denken kann, hat meine Mutter dieselbe Haarfarbe. Kastanienbraun mit einem leichten Rotstich. Meine Haarfarbe hat sich in den letzten Jahren stark verändert, die meines Vaters und meines Onkels ebenfalls. Wir tragen jetzt Straßenköttergrau oder Glatze. Die Haare meiner Mutter sind seit 1970 dieselben.

Sie ist mittlerweile 70 Jahre alt, sie kommt nicht mehr viel aus dem Haus, aber der Termin zum Färben, der wird wahrgenommen. Auch wenn die **Migräne** koordinierte Bewegungen bereits unmöglich macht - es geht zum Friseur, alle zwei Wochen.

Ernsthaft Sorgen mache ich mir erst, wenn meine Mutter nicht mehr zum Färben antritt. Die mit mikroskopischer Genauigkeit ausgeführte Tönung noch des kleinsten grauen Haars, das ist quasi der Workout dieser Generation. Man bügelt Bettwäsche, putzt regelmäßig das Silber und färbt sich die Haare. Eine Frage der Ästhetik, sicher. Aber genau so eine der Disziplin.

Man darf nicht vergessen: Leute wie meine Mutter waren Zeugen einer alltagschemischen Revolution. Was war nicht alles in den Fünfzigern und Sechzigern populär: Psychopharmaka, Uhu, Instant-Gerichte. Und eben Tönungsmittel. Aufgehellte Stimmung mit Valium, Mahagonihaar mit Schwarzkopf. Man soll die Moleküle feiern, wie sie unter den Händen innovativer Tüftler zusammenfallen.

Der Gandalf-Effekt

Heute ist so eine Haltung nicht mehr korrekt. Wir wollen natürlich sein und authentisch, das ist umso wichtiger, als durch das Netz unsere Lebensumstände immer künstlicher werden. Für Frauen wie meine Mutter hieße das: Hör auf zu färben. Lass das Grau raus.

Viel Spaß in der Grauzone!

In Amerika gibt es eine regelrechte Bewegung der Grauhaarigen, die Autorin Anne Kreamer hat ein Buch zum Thema geschrieben, in Deutschland zieht gerade die Journalistin Sabine Reichel nach ("Grau ist Great", Heyne).

Kreamer hat sich, wie sie in einer Fernsehsendung berichtete, zum Test auf einer Dating-Website angemeldet. Erst mit gefärbter, dann mit ihrer natürlichen Haarfarbe. Als Grauschopf habe sie dreimal so viele Anfragen bekommen. Warum? "Ich glaube, die Männer schöpfen dann leichter Vertrauen", sagt sie. "Sie wissen, was sie kriegen."

Haarefärben als Sucht

Ich habe mich gefragt, was das für Männer sind. Sind sie ein wenig unselbständig, unsicher? Sehnen sie sich nach einer Partnerin, deren Aussehen Erfahrung und Weisheit signalisiert? So wie im Film "Herr der Ringe" immer alle den Zauberer Gandalf fragen, was sie tun sollen? Gandalfs Beiname ist "der Graue", und wenn er mit seiner anthrazitfarbenen Mähne auftritt, dann denkt man: Klar, der weiß, wo's langgeht. Das wäre der Helmut-Schmidt-Effekt. Dessen Rat wollen ja auch alle hören. Ich bin mir sicher, ein Helmut Schmidt mit braun getönten Haaren wäre nicht halb so beliebt.

Oder sind es Männer, die immer von einer Blondine geträumt, aber zu lange gewartet haben? Blonde Frauen, das bestätigen Coiffeure, haben die besten Chancen, auf sehr attraktive Weise zu ergrauen. Denkt der Typ also: Für Daniela Katzenberger ist es zu spät, dann eben Helen Mirren, die kann außerdem Englisch.

Kreamer hat einen Zirkel gegründet, die "Silver Sisters", und es ist bemerkenswert, wie diese Frauen vom Haarefärben sprechen. "Ich habe vor zwei Jahren aufgehört", sagt eine stolz. "Ich bin jetzt grau seit drei Jahren", eine andere. "Ich bin so dankbar, nicht mehr alle drei Wochen loszumüssen!" Das klingt wie eine Runde Alkoholiker in der Therapiesitzung. Ich bin seit drei Jahren trocken! Die Kneipentouren haben aufgehört! Nüchtern seit 2010!

Hast du Langeweile?

Kreamer und ihre Mitstreiterinnen empfinden das Haarefärben als Sucht. Man hängt am Färbepinsel des Friseurs, und wehe es gibt keinen Termin, dann setzt der Entzug ein. Männer würden so nie über ihre Optimierung sprechen. Schwarzenegger, Berlusconi, diese Typen färben einfach. Ob sie ihr Alter damit verschleiern oder eitel wirken, ist ihnen scheinbar wurscht.

Ich fände es schade, wenn meine Mutter nun denkt, sie sei ein pathologischer Fall, nur weil sie sich eisern zum Friseur schleppt, damit ihre Harre aussehen wie die einer 30-Jährigen.

Umgekehrt müsste man dann nämlich auch Frauen wie Lady Gaga sagen: Lass das mal mit den Silberhaaren, was soll das überhaupt? Hast du Langeweile? Ist die Ironie mit dir durchgegangen? Wenn schon! Ein Supermodel wie Kristen McMenamy mit grau gefärbten Haaren ist erst einmal überraschend, und darum geht es nicht nur im Pop, sondern beim Schönsein allgemein: um Verblüffung.

Bei älteren Menschen denke ich mittlerweile: Sie färben sich die Haare, weil sie uns Jüngere schonen wollen. Sie ersparen uns, wenigstens auf den ersten Blick, die Einsicht, dass der gepflegt ergraute Sixtysomething ein Typus ist, den wir wohl nie verkörpern werden. Finanzkrise, Rentenschwund, Altersarmut: Wenn wir in diese Phase kommen, sind uns die Haare aufgrund der Verhältnisse (Billigessen, Wohnen am Stadtrand) vermutlich schon ausgefallen.

Load-Date: February 1, 2013

Türkei fordert Schutzzone in Syrien

Spiegel Online

20. August 2012 Montag 12:25 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: FLÜCHTLINGSDRAMA

Length: 677 words

Highlight: Fast 70.000 **Flüchtlinge** aus Syrien hat die Türkei bereits aufgenommen, das Land sieht sich am Ende seiner Kräfte. Jetzt regt Ankara an, Schutz zonen innerhalb der syrischen Grenzen einzurichten - unter Aufsicht der Uno. Das wäre der Beginn einer ausländischen Intervention.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkischer-aussenminister-davutoglu-will-fluechtlingslager-in-syrien-a-850954.html>

Body

Ankara - Ankara drängt darauf, dass neue Lösungen für die **Flüchtlinge** aus Syrien gefunden werden. Sein Land, das bereits beinahe 70.000 Syrer aufgenommen habe, sei bald nicht mehr in der Lage, weiteren **Flüchtlingen** Schutz zu bieten, sagte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu nach einem Bericht der Zeitung "Hurriyet". "Wenn die Zahl der **Flüchtlinge** 100.000 übersteigt, werden wir keinen Platz mehr haben." Es sollte die Möglichkeit geben, die Menschen in Syrien unterzubringen, so der Politiker weiter. Die Uno könnte **Flüchtlingslager** innerhalb einer "sicheren Zone" auf syrischem Gebiet errichten, schlug Davutoglu vor.

Medienberichten zufolge hat die Türkei bereits auch auf der syrischen Seite der Grenze bei dem Ort Reyhanli Hunderte wartende Flüchtlinge mit Hilfsgütern und Medikamenten versorgt. Das Krisenzentrum der türkischen Regierung teilte mit, an der Grenze sollten von nun an unter Beachtung internationalen Rechts Hilfsgüter für die Menschen in Syrien übergeben werden.

Der Vorstoß Davutoglus allerdings geht weiter: Flüchtlingslager unter dem Schutz der Uno - das wäre der Beginn eines internationalen Eingreifens in Syrien, wenn auch nur auf niedriger Stufe. Syrische Rebellen hatten in den vergangenen Wochen mehr Gebiete an der Grenze zur Türkei unter ihre Kontrolle gebracht - Teile der syrischen Opposition fordern Flugverbotszonen und sichere Zufluchtszonen, die von ausländischen Soldaten geschützt werden.

Zwar hat sich von den ständigen Mitgliedern des Uno-Sicherheitsrats noch keines offiziell für ein solches Vorgehen ausgesprochen. Allerdings hatte US-Außenministerin Hillary Clinton erklärt, Washington und Ankara würden alle Möglichkeiten prüfen, die Aufständischen zu unterstützen, inklusive einer Flugverbotszone.

Eine Flugverbotszone und das Eingreifen der Nato hatten im vergangenen Jahr den Rebellen in Libyen zum Sturz des dortigen Machthabers Gaddafi verholfen. Der Westen hat bislang wenig Interesse an einem solchen Schritt auch in Syrien erkennen lassen - Russland und China sind zudem strikt gegen jede Form der Intervention.

Syrische Raketen verletzen Menschen in Jordanien

Türkei fordert Schutzzone in Syrien

Frankreich sieht offenbar trotzdem noch Möglichkeiten, Russland zu einem härteren Vorgehen gegen das Regime von Syriens Präsident Assad zu bewegen, und setzt darauf, die syrische Führung finanziell auszutrocknen. Dazu sollten Gespräche mit Russland geführt werden, sagte Frankreichs Außenminister Laurent Fabius dem Sender RTL in Paris. Der Krieg koste die Regierung in Damaskus "ungefähr eine Milliarde Euro pro Monat". Ohne Unterstützung durch Russland oder Iran könne Assad das nur noch wenige Monate durchstehen. Fabius, der erneut die "unmenschliche" Führung in Damaskus kritisierte und Assad einen "Schlächter" nannte, schloss ein militärisches Eingreifen Frankreichs in den Konflikt aus. Auch eine Lieferung von Waffen an die Rebellen lehnte er erneut ab.

Die Uno-Beobachtermmission ist inzwischen aus Syrien abgezogen, der Einsatz wurde nicht verlängert. Das Blutvergießen geht unvermindert weiter. Bei heftigen Gefechten zwischen Regierungstruppen und Rebellen in der südsyrischen Stadt Daraa sind nach Angaben von Aktivisten am Montag sechs Menschen getötet worden. Unter den Opfern der Kämpfe seien zwei Kinder und zwei Frauen gewesen, berichteten die Beobachtungsstelle für Menschenrechte und die Örtlichen Koordinationskomitees. Gefechte tobten demnach auch in vielen anderen Landesteilen, darunter in Vororten der Hauptstadt Damaskus und in der nordsyrischen Wirtschaftsmetropole Aleppo. Zahlreiche Menschen seien getötet oder verwundet worden, hieß es.

Der Bürgerkrieg gefährdet auch Menschenleben in den Nachbarländern: In Jordanien sind vier syrische Raketen eingeschlagen. Mehrere Menschen wurden verletzt, darunter ein kleines Kind. Jordanien reagierte scharf auf den Vorfall und bestellte den Botschafter Syriens ein. Der jordanische Informationsminister Samih al-Maaita erklärte, dem Botschafter sei mitgeteilt worden, Damaskus müsse sicherstellen, dass sich ein solcher Vorfall nicht wiederholen wird.

anr/Reuters/dapd/dpa/AFP

Load-Date: August 20, 2012

"Wer kann, der flieht"

Spiegel Online

6. März 2012 Dienstag 12:17 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SYRISCHE BÜRGERKRIEGSOPFER IM LIBANON

Length: 769 words

Highlight: Syrische **Flüchtlinge** schildern dramatische Zustände in ihren Heimatorten. Panzer schießen auf Wohngebiete, junge Männer werden wahllos festgenommen, gefoltert oder gar getötet. Doch die Regierung im Nachbarland Libanon hilft den Menschen nur zögerlich.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,819547,00.html>

Body

Beirut/Hamburg - Sie sind aus ihrer Heimat geflohen und schildern grausame Erlebnisse. Etwa 2000 Syrer sind nach Angaben des Uno-**Flüchtlingshilfswerks** seit dem Wochenende über die grüne Grenze in den Libanon gekommen und suchen in der Gegend um die Kleinstadt Kaa im nördlichen Bekaa-Tal Zuflucht vor der Verfolgung des Assad-Regimes. Die Mehrzahl von ihnen ist aus den grenznahen Orten Kusair und Sarraa geflohen, die in den vergangenen Tagen von syrischen Regierungstruppen beschossen wurden.

Die **Flüchtlinge** schildern verheerende Zustände aus ihren Heimatorten: "Die Leute sitzen in ihren Häusern und werden von Panzern beschossen", berichtet ein Augenzeuge gegenüber der Nachrichtenagentur AP. "Wer kann, der flieht."

Die libanesisische Regierung versucht, den Flüchtlingsstrom aus Syrien herunterzuspielen. Die meisten seien mittlerweile in ihr Heimatland zurückgekehrt, erklärte Sozialminister Wael Abu Faour am Montagabend. Nur 15 Familien sollen im Libanon geblieben sein. Insgesamt halten sich nach inoffiziellen Angaben aus Beiruter Regierungskreisen etwa 10.000 syrische Flüchtlinge im Zedernstaat auf. Offiziell sind beim Uno-Flüchtlingshilfswerk im Libanon derzeit etwas mehr als 7000 Syrer registriert.

Anders als die Türkei zögert der Libanon bislang, Flüchtlingslager nahe der Grenze zu Syrien zu errichten. Die Regierung in Beirut wird von der Hisbollah und anderen Parteien getragen, die dem Regime in Damaskus nahestehen. Mit dem Aufbau von Zeltstädten für syrische Flüchtlinge müssten die Assad-treuen Kräfte im Libanon eingestehen, dass ihr Nachbarland in einer politischen und humanitären Krise steckt. Bislang stellen die Hisbollah und ihre Verbündeten den Aufstand in Syrien als eine internationale Verschwörung gegen Baschar al-Assad dar, die von "terroristischen Banden" getragen werde.

"Schießt auf alles, was sich bewegt!"

Viele syrische Oppositionelle fürchten auch im Libanon den langen Arm des Assad-Regimes. Bis zum Abzug der syrischen Armee im Jahr 2005 wurden Regierung, Armee und Geheimdienste in Beirut weitgehend vom Baath-

"Wer kann, der flieht"

Regime kontrolliert. Diese Seilschaften funktionieren bis heute. Syriens Botschafter im Libanon, Ali Abdel Karim Ali, erklärte am Montag: "Die libanesische Regierung muss die Grenzen kontrollieren und seine Abkommen mit Syrien einhalten."

In den vergangenen Monaten sollen zahlreiche syrische Oppositionelle nach ihrer Flucht von libanesischen und syrischen Geheimdienstlern aufgegriffen und dem syrischen Regime übergeben worden sein. Augenzeugen berichten, dass besonders junge Männer direkt an der Grenze festgenommen würden, weil sie pauschal unter dem Verdacht stünden, Rebellen zu sein. Allein am Sonntag wurden laut der libanesischen Tageszeitung "al-Nahar" 35 Syrer an der Grenze festgenommen. 28 von ihnen habe die libanesische Armee am Dienstag wieder auf freien Fuß gesetzt, sieben weitere wegen illegalen Waffenbesitzes der Justiz übergeben.

Die meisten syrischen Zivilisten aus Homs schaffen es gar nicht erst bis zur weniger als 30 Kilometer entfernten Grenze. Ein BBC-Reporter berichtet aus Vororten der Protesthochburg, in die sich Einwohner des umkämpften Stadtteils Bab Amr geflüchtet hätten. Diese berichten von Racheakten der syrischen Armee an der Bevölkerung. Dutzende Jungen und Männer seien von Sicherheitskräften festgenommen oder getötet worden. Jeder männliche Bewohner über 14 sei im Visier von Assads Schergen, so Augenzeugen. Desertierte Soldaten, die für die Regierungsarmee in Homs zum Einsatz kommen sollten, erklärten, dass ihnen der Befehl gegeben worden sei, "auf alles zu schießen, was sich bewegt". Von unabhängiger Seite lassen sich diese Berichte nicht belegen.

Verwundeten Syrern droht derweil in Krankenhäusern Folter. Der britische Sender Channel 4 strahlte am Montagabend ein Video aus, das in einem Militärhospital in Homs aufgenommen worden sein soll. Es zeigt zahlreiche Männer, die mit verbundenen Augen an ihre Betten gekettet sind. Viele von ihnen tragen deutliche Spuren von Misshandlungen. Auch die Folterwerkzeuge - Peitschen und Elektrokabel - sind in dem geheim aufgenommenen Video deutlich zu erkennen. Nach einer Anordnung des syrischen Regimes, muss jeder, der bei Protesten in Homs verletzt wird, ins Militärkrankenhaus der Stadt gebracht werden.

Der einflussreiche US-Senator John McCain hat inzwischen eine Unterstützung der syrischen Oppositionsbewegung mit Luftangriffen gegen die Truppen von Staatschef Baschar al-Assad gefordert. Der republikanische Präsidentschaftskandidat von 2008 sagte am Montag in Washington, Luftangriffe seien "der einzige realistische Weg", um das "Gemetzel" zu stoppen.

syd/AP/AFP

Load-Date: March 6, 2012

Zahl der Flüchtlinge steigt dramatisch

Spiegel Online

4. September 2012 Dienstag 1:05 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SYRIEN

Length: 545 words

Highlight: Immer mehr Syrer fliehen vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat. Im August waren es so viele wie noch in keinem Monat zuvor, der Uno zufolge 100.000. Zugleich war es auch der blutigste Monat seit Beginn des Aufstands.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-ueber-100-000-fluechtlinge-allein-im-august-a-853791.html>

Body

Genf/Damaskus - Im August sind mehr Menschen aus Syrien geflohen als in jedem anderen Monat seit Beginn des Aufstands. 100.000 Menschen hätten aus Angst vor der Gewalt das Land verlassen, erklärten die Vereinten Nationen am Dienstag in Genf. Die "bedeutende Zunahme" der Flüchtlingsströme sei ein Anzeichen für eine "bedenkliche Lage" im Land selbst, sagte Melissa Fleming, Sprecherin des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Ihre Organisation versuche, bestmöglich auf den Flüchtlingsansturm zu reagieren. Insgesamt seien bislang 235.000 Syrer aus dem Land geflohen.

In Syrien lässt Präsident Baschar al-Assad seit rund eineinhalb Jahren einen Aufstand gegen seine Führung blutig niederschlagen. Dabei wurden nach Schätzungen von Menschenrechtsaktivisten bislang mehr als 26.000 Menschen getötet. 5000 von ihnen im August, der damit der bislang blutigste Monat in dem Konflikt ist. Allein in der vergangenen Woche wurden nach Angaben des Kinderhilfswerks Unicef 1600 Menschen getötet, so viele wie noch nie seit Beginn des Aufstands.

Rotkreuz-Präsident trifft Assad

Der Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) traf sich am Dienstag mit Assad. Eine Sprecherin des IKRK erklärte, das Treffen habe stattgefunden. Einzelheiten zu dem Gespräch nannte sie nicht. Zuvor hatte es geheißsen, IKRK-Präsident Peter Maurer wolle die "sich rasch verschlechternde humanitäre Lage" ansprechen. Außerdem solle es darum gehen, dass das Rote Kreuz und der Rote Halbmond die betroffenen Zivilisten nur schwer erreichen könnten. Maurer hält sich insgesamt drei Tage in Syrien auf.

Westerwelle ruft zu schneller Hilfe auf

In Berlin befassen sich seit Dienstag Experten mit der Frage, wie es in Syrien nach dem Bürgerkrieg weitergehen kann. Außenminister Guido Westerwelle warnte zum Auftakt der Tagung vor einem Zusammenbruch der Grundversorgung. Die Staatengemeinschaft müsse sofort handeln, sagte er. "Wir müssen alles Mögliche unternehmen, um einen Kollaps der Infrastruktur und der Grundversorgung zu vermeiden." Westerwelle ließ erstmals die grundsätzliche Bereitschaft erkennen, Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. "Ich

Zahl der Flüchtlinge steigt dramatisch

schließe das nicht aus, aber Priorität hat derzeit die Hilfe vor Ort", sagte er der "Frankfurter Rundschau". Bislang hatte die Regierung die Auffassung vertreten, dass sich die Frage nicht stellt. Insbesondere SPD und Grüne machen sich aber für die Aufnahme von Syrien-Flüchtlingen stark.

Den Delegierten bei der Konferenz in Berlin erklärte Westerwelle, in Gebieten, die unter Kontrolle der Rebellen sind, könne schon jetzt geholfen werden. Und die internationale Gemeinschaft müsse sich zudem auf schnelle Hilfe für die Zeit nach dem absehbaren Sturz des Assad-Regimes vorbereiten.

Zu dem Treffen reisten 60 Regierungsdelegationen aus aller Welt an, um mit syrischen Oppositionellen zu beraten. Sie gehören zur Arbeitsgruppe "Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung", die Teil der Freundesgruppe des syrischen Volkes ist.

Die Arbeitsgruppe berät über wirtschaftliche Soforthilfe, die Koordination der internationalen Aufbaumittel und die Wirtschaftspolitik. Die Freunde Syriens kamen zum ersten Mal im Februar in Tunis zusammen. Ziel der Gruppe ist eine politische Lösung des Konflikts und die Unterstützung der Opposition.

ler/dapd/AFP

Load-Date: September 4, 2012

End of Document

Türkische Grenzposten mit Flüchtlingsstrom überfordert

Spiegel Online

27. August 2012 Montag 11:37 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: SYRIEN

Length: 311 words

Highlight: Die Grenze zwischen Syrien und Türkei bleibt für **Flüchtlinge** geöffnet. Doch beim Nachbarn des Bürgerkriegslandes werden Notunterkünfte knapp. Schon jetzt warten Tausende Menschen am Grenzübergang. Währenddessen eskalieren in der Hauptstadt Damaskus die Kämpfe weiter.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/grenze-zwischen-syrien-und-tuerkei-bleibt-fuer-fluechtlinge-geoeffnet-a-852399.html>

Body

Washington - Immer mehr Menschen wollen aus Syrien in die Türkei fliehen. Die Grenze ist nach Angaben des US-Außenministeriums weiter geöffnet - laut Berichten syrischer Aktivisten warten mittlerweile jedoch schon 7000 Menschen darauf, hinübergelassen zu werden.

"Registrierung und Vorankommen" seien etwas langsam gewesen, sagte US-Sprecherin Victoria Nuland am Montag in Washington. "Wir arbeiten mit Uno-Stellen in der Türkei zusammen, um die Fähigkeit zu vergrößern, mehr Menschen schneller zu bewegen. Aber wir haben zurzeit keine geschlossenen Grenzen."

Zuvor hatten türkische Medien berichtet, dass nicht mehr alle Syrer aufgenommen werden sollten. Darüber hinaus hatten die Grenzposten Flüchtlinge schärfer kontrolliert. Laut US-Angaben geht der Engpass jedoch vorrangig auf organisatorische Probleme zurück.

Auch Notunterkünfte in der Türkei werden knapp: "Wenn die Zahl der Flüchtlinge über 100.000 steigt, können wir sie nicht mehr unterbringen", sagte der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu vergangene Woche der Tageszeitung "Hürriyet". Schon jetzt hat die Türkei mehr als 80.000 Menschen aufgenommen.

Die Notlage könnte sich in den kommenden Wochen weiter verschärfen - denn in der Hauptstadt Damaskus eskalieren die Kämpfe zwischen Rebellen und der Armee. Am Abend meldeten Aktivisten, Kampfjets hätten Vororte im Osten der Stadt attackiert. Bei Luftangriffen auf den Ort Semalka seien 60 Menschen getötet worden. Bei einer Attacke im Vorort Sagba seien ebenfalls Menschen ums Leben gekommen.

Dort habe es zuvor Kämpfe zwischen Truppen des Assad-Regimes und der Freien Syrischen Armee gegeben, sagte ein Oppositionsaktivist der Nachrichtenagentur "Reuters". Die meisten Opfer seien jedoch Zivilisten. Am Morgen war in Damaskus ein Hubschrauber der Armee abgestürzt. Die Rebellen meldeten daraufhin, sie hätten den Helikopter abgeschossen.

Türkische Grenzposten mit Flüchtlingsstrom überfordert

usp/dpa/Reuters

Load-Date: August 28, 2012

End of Document

Schweiz stimmt über Begrenzung der Zuwanderung ab

Spiegel Online

21. März 2012 Mittwoch 6:58 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: "AUSLÄNDERQUOTE"

Length: 299 words

Highlight: Es ist ein Erfolg für die Rechtspopulisten der Schweizer Volkspartei: In einem Referendum werden die Schweizer über die Einführung einer sogenannten "Ausländerquote" abstimmen. Die Initiative richtet sich gegen Asylbewerber - aber auch gegen Arbeitsmigranten aus den Nachbarländern.;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,822886,00.html>

Body

Bern - Die Schweiz wird in einem Referendum über die Einführung sogenannter "Ausländerquoten" abstimmen. Eine entsprechende Initiative der nationalistischen Schweizer Volkspartei (SVP) erreichte mit 135.557 gültigen Unterschriften das notwendige Quorum, wie die Schweizer Regierung am Mittwoch mitteilte.

Die Partei will die Zahl der Aufenthaltsbewilligungen limitieren, unter anderem abhängig von Nationalität und finanziellen Stand der Bewerber. Die Obergrenze soll auch für Asylsuchende und Arbeitspendler gelten. In der Schweiz leben etwa 7,8 Millionen Menschen, rund 1,7 Millionen haben nicht die Schweizer Staatsbürgerschaft.

Die SVP hatte die Initiative "Gegen Masseneinwanderung" während des Wahlkampfes im Herbst vergangenen Jahres gestartet. Die Partei, die maßgeblich vom Milliardär Christoph Blocher unterstützt wird, hatte anti-europäische und ausländerfeindliche Themen ins Zentrum ihrer Kampagne gerückt. Auf Plakaten der SVP waren große, schwarze Stiefel zu sehen, die über eine Schweizer Flagge marschieren - unter der Überschrift "Jetzt ist genug - Masseneinwanderung stoppen".

Bei der Wahl im vergangenen Jahr erreichte die SVP gut ein Viertel der Stimmen und ist damit stärkste Kraft im Parlament. Die Partei ist schon länger für ihren aggressiven Wahlkampf bekannt, und auch für den Gebrauch rechtspopulistischer Symbolik: Im Jahr 2007 sorgte sie ebenfalls mit einem Wahlplakat für Empörung auf Seiten der Opposition: Es zeigte ein schwarzes Schaf, das von weißen Schafen aus der Schweiz getreten wurde.

Der neue Vorstoß sorgt jedoch auch auf anderer Ebene für Ungemach: Die Regelung soll auch für Einwanderer aus den Nachbarländern gelten. Eine Einführung der geplanten Obergrenze verstoße gegen gültige Verträge der Schweiz mit der Europäischen Union, monieren Kritiker.

usp/AP/dpa

Load-Date: March 22, 2012

Schweiz stimmt über Begrenzung der Zuwanderung ab

End of Document

Teheran liefert Assad angeblich Waffen

Spiegel Online

24. März 2012 Samstag 12:26 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: AUFSTAND IN SYRIEN

Length: 461 words

Highlight: Machen da zwei Außenseiter gemeinsame Sache? Einem Agenturbericht zufolge hilft die iranische Regierung dem syrischen Präsidenten Assad mit Waffen und Personal bei der Niederschlagung des Aufstands in seinem Land. Die Kämpfe gehen weiter, die Zahl der **Flüchtlinge** wächst.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,823457,00.html>

Body

Laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters hat sich der syrische Staatschef Baschar al-Assad offenbar Unterstützung im verbündeten Iran geholt, um den Aufstand in seinem Land niederzuschlagen. Teheran habe Assads Militär unter anderem mit elektronischen Überwachungssystemen, Waffen und Munition versorgt. Das berichtet die Agentur unter Berufung auf Regierungsmitarbeiter aus den USA und Europa, die jedoch nicht namentlich genannt werden wollten. Iranische Sicherheitsbeamte seien nach Damaskus gereist, um Assad Ratschläge im Kampf gegen die Revolte zu geben, hätten die für Sicherheitsfragen zuständigen Beamten weiter berichtet. Einige der iranischen Beamten seien zu weiteren Beratungen im Land geblieben. Auch bei der Unterbrechung von Internetverbindungen soll Iran geholfen haben, um die Kommunikation der Opposition zu erschweren, so Reuters.

Assad geht seit rund einem Jahr gegen oppositionelle Aufständische in seinem Land vor. Die Vereinten Nationen schätzen, dass seitdem mehr als 8000 Menschen, vor allem Zivilisten, ums Leben gekommen sind.

Am Samstag haben syrische Truppen offenbar erneut die Rebellenhochburg Homs beschossen. Das oppositionelle syrische Observatorium für Menschenrechte erklärte, seit dem frühem Morgen fielen Granaten auf den dicht besiedelten Stadtteil Chalidija, der seit Monaten von Regierungsgegnern kontrolliert wird.

Ein Pilot der syrischen Streitkräfte soll sich während eines Kampfeinsatzes mit seinem Hubschrauber in die Türkei abgesetzt haben. Das berichtete der Nachrichtensender Al-Arabija am Samstag. Den Angaben zufolge hatte der Pilot den Auftrag erhalten, Zivilisten in der Ortschaft Asas nördlich von Aleppo zu bombardieren. Doch anstatt den Befehl auszuführen, habe er Stützpunkte der Sicherheitskräfte in der Provinz Aleppo bombardiert und sei anschließend in der Türkei gelandet. Die staatliche syrische Nachrichtenagentur Sana dementierte den Bericht.

Die Vereinten Nationen rechnen mittlerweile mit einer Massenflucht aus Syrien. Derzeit hätten sich rund hunderttausend Menschen in Nachbarstaaten wie Türkei oder Jordanien in Sicherheit gebracht, sagte der neu ernannte UN-Koordinator für die syrischen Flüchtlinge, Panos Moumtzis, gegenüber Reuters. Die Vereinten

Teheran liefert Assad angeblich Waffen

Nationen rechnen damit, dass die Zahl der hilfsbedürftigen Flüchtlinge auf mehr als 200.000 steigen könnte. Deshalb sei es nun vorrangig, dass die finanzielle Unterstützung der Flüchtlingshilfe mit dem wachsenden Bedarf Schritt halte, so Moumtzis. "In Jordanien, wo ich vor zwei Tagen war, kommen täglich rund 150 Menschen über die Grenze", sagte der Koordinator. "Im Libanon sind es weniger, vielleicht zehn bis 15 Familien pro Tag. In die Türkei sind während der drei Tage, die ich dort war, 1500 Menschen geflüchtet."

ric/APD/dpa/Reuters

Load-Date: March 24, 2012

End of Document